

Aufheben!

Aufheben!

# Der Entwurf der künftigen Reichsverfassung.

Der Entwurf des allgemeinen Teils der künftigen Reichsverfassung hat folgenden Wortlaut:

## I. Abschnitt.

### Das Reich und die deutschen Freistaaten.

#### § 1.

Das Deutsche Reich besteht aus seinen bisherigen Gliedstaaten sowie aus den Gebieten, deren Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts Aufnahme in das Reich begehrt und durch ein Reichsgesetz aufgenommen wird.

#### § 2.

Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke. Sie wird in der Reichsverfassung bestehenden Organen ausübt, in den Landesorganen durch die deutschen Freistaaten nach Maßgabe ihrer Landesverfassungen.

Das Reich erkennt das geltende Völkerrecht als bindenden Bestandteil seines eigenen Rechtes an.

#### § 3.

Reichsangelegenheiten, die ausschließlich der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs unterliegen, sind:

1. die Beziehungen zum Ausland,
2. die Verteidigung des Reichs an Lande, an Wasser und in der Luft,
3. die Zölle,
4. der Handel, einschließlich des Bank- und Börsenwesens, sowie des Münz-, Maß- und Gewichtswesens,
5. das öffentliche Verkehrswesen, und zwar die Eisenbahnen, soweit sie bisher Staatsbahnen waren, die Fernschiffahrt auf den mehreren deutschen Freistaaten gemeinsamen Wasserstraßen, die Post und Telegraphie und der Verkehr mit Kraftfahrzeugen an Lande und in der Luft.

#### § 4.

Der Gesetzgebung des Reichs unterliegen ferner folgende Angelegenheiten:

1. die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, das Armenwesen, das Pächterwesen, die Fremdenpolizei, die Ein- und Auswanderung,
2. das bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren,
3. das Arbeiterrecht, insbesondere Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz,
4. das Gewerbeamt,
5. die Seeschifffahrt,
6. die Vermögensverwaltung gemäß § 28,
7. die für das Reich zu erhebenden Steuern und Abgaben sowie die Einrichtung von Betrieben für Reichszwecke,
8. das Entlassungsrecht für Reichszwecke,
9. das Presse-, Vereins- und Versammlungswesen,
10. das Gesundheitswesen,
11. das Versicherungswesen,
12. Kirche und Schule im Rahmen der §§ 19 und 20.

#### § 5.

Reichsrecht bricht Landesrecht.

#### § 6.

Die bisherigen Reichsgesetze bleiben in Kraft, soweit ihnen nicht diese Verfassung entgegensteht.

Die Befugnisse, die nach den bisherigen Reichsgesetzen dem deutschen Kaiser anstehen, gehen auf den Reichspräsidenten über, die Verwaltungsbefugnisse des Bundesrats auf die künftigen Reichsministerien, die nach Auflösung der Reichsräte ausüben. Die Befugnisse, die der bisherige Reichstag hatte, gehen auf das Volk und den Reichstag über.

#### § 7.

Reichsgesetze treten mit dem 14. Tage nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem das betreffende Stück des Reichsgesetzes in Berlin ausgedruckt worden ist, wenn nicht in dem Gesetze selbst ein anderer Zeitpunkt für den Beginn seiner verbindlichen Kraft bestimmt wird.

#### § 8.

Soweit die Ausführung der Reichsgesetze nicht den Reichsbehörden anheim fällt, sind die Landesbehörden verpflichtet, den Anweisungen der Reichsregierung Folge zu leisten.

Die Reichsregierung hat die Pflicht und das Recht, die Ausführung der Reichsgesetze zu überwachen, und kann zu diesem Zwecke in die deutschen Freistaaten Befugnisse entsenden, denen die Akten vorzulegen sind und jede gewünschte Auskunft erteilt werden muß.

Bei Anwesenheit der Reichsregierung kann gegen die künftigen Landesbeamten auf Grund der für die Reichsbeamten geltenden Disziplinarvorschriften vorgegangen werden.

#### § 9.

Ein Reichsgesetz regelt die Verwaltungsorganisation in Fragen des Reichsrechts sowie die Errichtung von Verwaltungsgerichten des Reichs.

#### § 10.

Es wird nach Maßgabe eines Reichsgesetzes ein Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich errichtet. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes ist seine Befugnisse ein Senat von sieben Mitgliedern aus, den das Plenum des Reichsgerichts aus seiner Mitte wählt. Das Verfahren vor diesem Senat wird vom Plenum des Reichsgerichts geregelt.

#### § 11.

Dem deutschen Volke steht es frei, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgesetze neue deutsche Freistaaten innerhalb des Reichs zu errichten, soweit die Stammesart der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die politischen Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegen. Neu errichtete Freistaaten sollen mindestens 2 Millionen Einwohner umfassen. Die Vereinigung mehrerer Gliedstaaten zu einem neuen Freistaat geschieht durch Staatsvertrag zwischen ihnen, der der Zustimmung der Volksvertretungen und der Reichsregierung bedarf.

Will sich die Bevölkerung eines Landesteils aus dem bisherigen Staatsverband lösen, um sich mit einem oder mehreren anderen deutschen Freistaaten zu vereinigen oder einen selbständigen Freistaat innerhalb des Reichs zu bilden, so bedarf es hierzu einer Volksabstimmung. Die Volksabstimmung wird auf Antrag der künftigen Landesregierung oder der Vertreter eines oder mehrerer Selbstverwaltungskörper, die mindestens ein Viertel der unmittelbar beteiligten Bevölkerung umfassen, von der Reichsregierung anberufen und von den künftigen Landesbehörden durchgeführt.

Entstehen bei der Vereinigung oder Vereinigung deutscher Freistaaten Streitigkeiten über die Vermögens- und Angelegenheiten, so entscheidet darüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.

#### § 12.

Jeder deutsche Freistaat muß eine Landesverfassung haben, die auf folgenden Grundsätzen beruht:

1. Es muß eine aus einer Kammer bestehende Volksvertretung vorhanden sein, die in allgemeiner, unmittelbarer, gleicher und geheimer Wahl unter Berücksichtigung der Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wird.

2) Wird in den Abschnitten der Uebersichtsbefugnisse aufzunehmen sein.

2. Die Landesregierung muß dieser Volksvertretung verantwortlich und von ihrem Vertrauen abhängig sein.

3. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden steht die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten zu. Ihre Vorstände werden entweder unmittelbar nach den Grundsätzen unter Nummer 1 oder durch eine aus solchen Wahlen hervorgegangene Vertretung gewählt. Die Aufsicht des Staates beschränkt sich auf die Geschäftsfähigkeit und Lauterkeit der Verwaltung und die Grundsätze der Finanzverwaltung.

4. Die Volksvertretung sowie die Vertretungskörper der Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht und auf Verlangen von einem Drittel ihrer Mitglieder die Pflicht, Ausschüsse zur öffentlichen Untersuchung von Tatsachen einzusetzen, wenn die Geschäftsfähigkeit oder Lauterkeit von Beamten oder Verwaltungsmaßnahmen angezweifelt wird.

5. Die Ortspolizei ist grundsätzlich Sache der Gemeinden oder Gemeindeverbände.

6. Jedes bewohnte Grundstück muß einer Gemeinde angehören.

#### § 13.

Ueber Verfassungsangelegenheiten innerhalb eines deutschen Freistaats sowie über Streitigkeiten nicht privatrechtlicher Art zwischen verschiedenen deutschen Freistaaten entscheidet auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich.

Das Urteil des Staatsgerichtshofs wird erforderlichenfalls vom Reichspräsidenten vollstreckt.

#### § 14.

Die Repräsentanten der deutschen Freistaaten haben das Recht, zur Reichsregierung Vertreter zu entsenden.

#### § 15.

Bei den einzelnen Reichsministerien sind aus den Vertretern der Freistaaten nach Bedarf Reichsräte zu bilden, deren Gutachten vor der Einbringung von Gesetzesvorlagen beim Reichstag und vor dem Erlaß der zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften einzuholen ist.

#### § 16.

Die Vertreter der Freistaaten sind berechtigt, im Reichstag den Standpunkt ihrer Regierung zu dem Gegenstand der Verhandlung zur Geltung zu bringen, und müssen zu diesem Zwecke während der Beratung auf Verlangen jederzeit geordnet werden.

#### § 17.

Die Angehörigen jedes deutschen Freistaats haben in allen anderen deutschen Freistaaten die gleichen Rechte und Pflichten wie die eigenen Staatsangehörigen.

## II. Abschnitt.

### Die Grundrechte des deutschen Volkes.

#### § 18.

Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleichberechtigt. Alle Vorrechte oder rechtlichen Nachteile der Geburt, des Standes, Berufs oder Glaubens sind beseitigt; ihre Wiederherstellung durch Gesetz oder Verwaltung ist verfassungswidrig.

#### § 19.

Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen ist innerhalb der Grenzen der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet. Niemand darf an einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.

Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung oder seine Anhängerschaft an einer Religionsgemeinschaft zu offenbaren. Die Behörden haben nicht das Recht, danach zu fragen.

Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, ist aber den allgemeinen Gesetzen unterworfen. Keine Religionsgemeinschaft genießt vor anderen Vorrechte durch den Staat. Ueber die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche wird ein Reichsgesetz Grundriss aufstellen, deren Durchführung Sache der deutschen Freistaaten ist.

#### § 20.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Der Unterricht soll allen Deutschen gleichmäßig nach Maßgabe der Beschaffenheit zugänglich sein.

#### § 21.

Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder Bild seine Meinung frei zu äußern, soweit seine strafrechtlichen Vorrechte entgegenstehen. Eine Zensur findet nicht statt.

#### § 22.

Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne besondere Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln oder Vereine zu bilden.

Die Versammlungsfreiheit darf in keiner Weise beschränkt werden.

#### § 23.

Jeder Deutsche hat das Recht, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die Volksvertretung oder die künftige Behörde zu wenden.

#### § 24.

Die persönliche Freiheit ist unverletzlich. Ein Deutscher darf nur auf Grund eines schriftlichen, mit Gründen versehenen richterlichen Haftbefehls verhaftet werden. Wird er auf frischer Tat ertappt, so ist er binnen 24 Stunden dem künftigen Richter vorzuführen, der über seine Verhaftung entscheidet.

#### § 25.

Die Wohnung ist unverletzlich. Hausdurchsuchungen dürfen nur nach Maßgabe eines Reichsgesetzes vorgenommen werden.

#### § 26.

Das Eigentum ist unverletzlich. Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden.

#### § 27.

Das Postgeheimnis ist unverletzlich. Ausnahmen können nur durch ein Reichsgesetz angeordnet werden.

#### § 28.

Zur Wiederherstellung des platten Landes, zur Verbesserung landwirtschaftlich tätiger Arbeitskräfte sowie zur Erhaltung des landwirtschaftlichen Bodenertrags ist im Wege umfassender Innenmigration die berufliche Grundbevölkerung in den Gebieten zu fördern, in denen eine gesunde Mischung von Groß- und Kleinhäusern noch nicht besteht. Unwirtschaftlich genutzte Großgrundstücke, insbesondere der ackerbau, ist zur Veräußerung landwirtschaftlichen Anstalten, wenn nötig, im Wege der Enteignung, Mittel- und Kleingrundbesitz sind durch Schutz gegen Auswanderung und Verwilderung zu sichern.

#### § 29.

Die fremdsprachlichen Volksstämme innerhalb des Reichs dürfen durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in der ihnen eigenen, völkischen Entwicklung beeinträchtigt werden, insbesondere nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterrichte sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege innerhalb der von ihnen bewohnten Landesteile.

## III. Abschnitt.

### Der Reichstag.

#### § 30.

Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Volkshaus und dem Staatenhaus.

#### § 31.

Das Volkshaus besteht aus den Abgeordneten des einheitlichen deutschen Volkes.

Die Abgeordneten werden nach Maßgabe eines Reichsgesetzes in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt, wobei jeder Wähler eine Stimme hat.

Die Vorschriften des Reichsgesetzes haben auch für die Wahl des Reichspräsidenten und für Volksabstimmungen Geltung, soweit sich nicht aus der Eigenart der Abstimmungen etwas anderes ergibt.

#### § 32.

Das Staatenhaus besteht aus den Abgeordneten der deutschen Freistaaten.

Die Abgeordneten werden von den Landtagen der deutschen Freistaaten aus der Mitte der Staatsangehörigen nach Maßgabe des Landesrechts gewählt.

#### § 33.

Bei der Bildung des Staatenhauses entfällt grundsätzlich auf eine Million Landesbewohner ein Abgeordneter.

Kein deutscher Freistaat darf durch mehr als ein Drittel aller Abgeordneten vertreten sein.

Freistaaten, die weniger als eine Million Landesbewohner haben, müssen sich, soweit nicht überwiegende wirtschaftliche Gründe eine selbständige Vertretung erfordern, zur Wahl eines gemeinschaftlichen Abgeordneten mit anderen Staaten verbinden, denen sie benachbart sind oder nach Stammesart der Bewohner oder in wirtschaftlicher Beziehung nahe stehen.

Wenn mehrere Freistaaten gemeinschaftlich vertreten, so werden die Abgeordneten in gemeinsamer Sitzung oder durch übereinstimmende Beschlüsse der Landtage gewählt.

#### § 34.

Vendenungen in der Zusammensetzung des Staatenhauses, die sich aus der Vereinigung oder Zerlegung deutscher Freistaaten ergeben, werden durch Reichsgesetz geregelt.

#### § 35.

Bis sich die neuen deutschen Freistaaten gebildet haben, wird ein provisorisches Staatenhaus eingerichtet (nach Vorschriften, deren Festlegung vorbehalten bleibt).

#### § 36.

Beamte und Militärpersonen bedürfen zur Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen keines Urlasses. Zur Vorbereitung ihrer Wahl ist ihnen ein angemessener Urlaub zu gewähren.

#### § 37.

Die Wahlperiode dauert für die beiden Häuser des Reichstages drei Jahre.

#### § 38.

Niemand kann gleichzeitig Mitglied beider Häuser sein.

#### § 39.

Die Mitglieder des Reichstages dürfen nicht durch Anträge gebunden werden.

#### § 40.

Die Berufung, Veranung, Schließung und Auflösung des Reichstages steht dem Reichspräsidenten zu. Eine wiederholte Auflösung aus dem gleichen Anlaß ist unzulässig.

#### § 41.

Der Reichstag versammelt sich jedes Jahr mindestens einmal am 1. März der Reichsregierung.

Der Reichspräsident muß den Reichstag berufen, wenn es mindestens ein Drittel der Mitglieder des Volkshauses oder des Staatenhauses verlangt.

#### § 42.

Die Vertagung des Reichstages oder eines der beiden Häuser auf mehr als einen Monat bedarf der Zustimmung des Reichstages oder des betreffenden Hauses.

Der Reichstag sowie jedes der beiden Häuser kann sich bis zur Dauer eines Monats selbst vertagen.

#### § 43.

Die Sitzungsperioden beider Häuser des Reichstages sind die gleichen.

#### § 44.

Im Falle der Auflösung ist der Reichstag binnen drei Monaten wieder zu versammeln.

Die Auflösung eines Hauses hat gleichzeitig die Vertagung des anderen bis zur Wiedereinberufung des Reichstages zur Folge.

#### § 45.

Jedes der beiden Häuser regelt seinen Geschäftsablauf und seine Disziplin durch eine Geschäftsordnung und wählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und Schriftführer.

Die geschäftlichen Beziehungen zwischen beiden Häusern werden durch Uebereinkunft beider Häuser geregelt.

#### § 46.

Die Sitzungen des Reichstages sind öffentlich. Ueber die Beziehungen des Reichs zu auswärtigen Staaten können in nichtöffentlicher Sitzung Beratungen stattfinden.

#### § 47.

Dem Präsidenten eines jeden Hauses untersteht die Hausverwaltung. Er verfaßt über Einmahlungen und Ausgaben des Hauses nach Maßgabe des Reichshaushalts und vertritt das Reich in allen rechtlichen und rechtshilflichen Angelegenheiten, die die Verwaltung betreffen.

Zwischen zwei Sitzungsperioden des Reichstages werden die Verwaltungsgeschäfte von dem letzten Präsidenten, zwischen zwei Wahlperioden vom Reichsminister des Innern weitergeführt.

#### § 48.

Zum Zwecke der Wahlprüfungen sowie der Prüfung der Krone, ob ein Mitglied des Reichstages das Recht der Mitgliedschaft verloren hat, wird beim Reichstag ein Wahlprüfungsgericht gebildet. Es besteht aus der erforderlichen Zahl von Mitgliedern des Reichstages, die jedes der beiden Häuser für die Dauer der Wahlperiode aus seiner Mitte wählt, und aus der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern des Reichsverwaltungsgerichts oder aus dessen Errichtung des Reichsgerichts, die der Reichspräsident auf Vorschlag des Präsidiums dieses Gerichts bestellt.

Das Wahlprüfungsgericht erkennt in der Besetzung von drei Mitgliedern des Reichstages und zwei richterlichen Mitgliedern. Hierbei soll, wenn Wahlen zum Volkshaus nachgeprüft werden, sowohl die Partei, die in der angelegten Wahl siegte, als auch diejenige, welche an der Aufhebung der Wahl nach dem Wahlergebnisse das größte Interesse hat, durch ein Mitglied vertreten sein.

Die Durchprüfung des Verfahrens außerhalb der Verhandlungen vor dem Wahlprüfungsgericht liegt einem vom Reichspräsidenten zu ernennenden Reichskommissar für Wahlprüfungen ob.

Im Abschlusse wird das Verfahren vom Plenum des Wahlprüfungsgerichts geregelt.

#### § 49.

Um Beschluß eines jeden Hauses des Reichstages ist die Teilnahme von mindestens der Hälfte der gesetzlichen

Zahl seiner Mitglieder und einfache Stimmenmehrheit erforderlich, sofern nicht die Reichsverfassung ein anderes Stimmverhältnis vorschreibt.

Für die von den beiden Häusern des Reichstages vorzunehmenden Wahlen kann die Geschäftsordnung Ausnahmen aufstellen.

#### § 50.

Ein Reichstagsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser aufkündet kommen.

#### § 51.

In einem Reichsgesetz ist die Uebereinstimmung der Mehrheit beider Häuser des Reichstages erforderlich und vorbehaltlich des § 60 auszusprechen.

Vendenungen der Verfassung können nur vorgenommen werden, wenn in beiden Häusern des Reichstages mindestens zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind und mindestens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen. Nach Ablauf von 5 Jahren nach dem Inkrafttreten dieser Verfassung bedarf jede Verfassungsänderung der Bestätigung durch eine Volksabstimmung.

Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, steht dem Volkshaus, dem Staatenhaus und der Reichsregierung zu.

#### § 52.

Jedes Haus des Reichstages hat das Recht und auf Verlangen von einem Drittel seiner Mitglieder die Pflicht, Ausschüsse zur Untersuchung von Tatsachen einzusetzen, wenn die Geschäftsfähigkeit oder Lauterkeit von Beamten oder Verwaltungsmaßnahmen des Reichs angezweifelt wird. Diese Ausschüsse erheben in öffentlicher Verhandlung die Beweise, die sie oder die Antragsteller für erforderlich erachten.

Alle Gerichte und Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, dem Ersuchen dieser Ausschüsse um Beweiserhebungen Folge zu leisten.

Alle behördlichen Akten sind diesen Ausschüssen auf Verlangen vorzulegen.

#### § 53.

Kein Mitglied des Reichstages darf zu trauend einer Zeit wegen seiner Abstammung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getätigten Neuerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

#### § 54.

Wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

#### § 55.

Kein Mitglied des Reichstages kann ohne die Genehmigung des Hauses, zu dem es gehört, während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß es bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ertappt wird.

Die gleiche Genehmigung ist bei jeder anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit erforderlich, die die Ausübung des Abgeordnetenberufs beeinträchtigt.

Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied des Reichstages und jede Haft oder sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit wird auf Verlangen des Hauses, dem es angehört, für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

#### § 56.

Die Mitglieder des Reichstages sind berechtigt, über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete Tatsachen anvertraut haben, oder denen sie in Ausübung ihres Abgeordnetenberufs solche anvertraut haben, sowie über diese Tatsachen selbst das Zeugnis zu verweigern. Auch bezüglich der Verschwiegenheit stehen sie den Personen gleich, die ein geschäftliches Zeugnisverweigerungsrecht besitzen.

#### § 57.

Die Mitglieder des Reichstages erhalten das Recht zur freien Fahrt auf allen öffentlichen Eisenbahnen sowie eine Entschädigung nach Maßgabe eines Reichsgesetzes.

## IV. Abschnitt.

### Der Reichspräsident und die Reichsregierung.

#### § 58.

Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens 10 Jahren Deutscher ist.

Gewählt ist, wer die Mehrheit von allen im Deutschen Reich abgegebenen Stimmen erhalten hat. Stellt sich eine solche Mehrheit nicht heraus, so muß eine zweite Wahl zwischen den beiden Bewerbern stattfinden, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

#### § 59.

Der Reichspräsident hat das Reich völlerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen sowie Gesandte zu entsenden und zu empfangen.

Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgt durch Reichsgesetz. Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsangelegenheiten beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages.

Schließt ein Völkerbund mit dem Ziele des Ausschusses aller Geheimverträge ab, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbunde vereinigten Staaten der Zustimmung des Reichstages.

#### § 60.

Der Reichspräsident verkündet die vom Reichstag beschlossenen Gesetze binnen Monatsfrist im Reichsgesetzblatt.

Kommt eine Uebereinstimmung zwischen den beiden Häusern des Reichstages über eine Gesetzesvorlage nicht zustande, so ist der Reichspräsident berechtigt, eine Volksabstimmung über den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit herbeizuführen.

#### § 61.

Der Reichspräsident ernennt die Reichsbeamten und die Offiziere, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt wird. Er ist berechtigt, das Ernennungsrecht durch andere Behörden ausüben zu lassen.

#### § 62.

Wenn deutsche Freistaaten die ihnen nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllen, kann sie der Reichspräsident dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

#### § 63.

Der Reichspräsident kann, wenn in einem deutschen Freistaat die öffentliche Sicherheit und Ordnung in einem erheblichen Umfange gefährdet oder gefährdet wird, mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten und die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlichen Anordnungen treffen. Er ist verpflichtet, hierzu unverzüglich die Genehmigung des Reichstages einzuholen und seine Anordnungen aufzuheben, wenn der Reichstag die Genehmigung verweigert.

#### § 64.

Soweit dem Reiche ein Vornamensrecht zusteht, ist es der Reichspräsident aus. Amnestien bedürfen eines Reichsgesetzes.

#### § 65.

Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen auf ihrer



*Dr. Willi Naef. Nr. 21. v. 21. Jan. 1933*

## Wiedereinführung der Briefwahl beantragt

Die nationalsozialistische Fraktion hat einen Antrag auf Erlass eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes eingebracht. Es handelt sich dabei um die Wiedereinführung der sogenannten Briefwahl, die schon einmal im Lande Braunschweig Geltung hatte, aber nach kurzer Zeit wieder abgeschafft worden war. Das beantragte Gesetz lautet:

Das Wahlgesetz vom 19. März 1921 wird wie folgt geändert:

1. Dem § 6 wird folgender Absatz 2 hinzugefügt:

„(2) Inhaber eines Wahlscheines, die sich am Wahltag außerhalb des Landes Braunschweig aufhalten, können ihr Wahlrecht auch im

Wege der Briefwahl (vergl. § 15 Abs. 3 dieses Gesetzes) ausüben.“

2. In dem § 15 wird hinter dem Absatz 2 folgender neue Absatz 3 eingefügt:

„(3) Inhaber von Wahlscheinen, die sich am Wahltag außerhalb des Landes Braunschweig aufhalten, können sich von ihrer Gemeindebehörde einen amtlichen Wahlumschlag und einen amtlich hergestellten Stimmzettel beschaffen. Diesen Stimmzettel legen sie in den amtlichen Wahlumschlag ein, verschließen diesen Umschlag, der nur den Stimmzettel enthalten darf, und senden den so verschlossenen Stimmzettel unter Beifügung des von ihnen persönlich eigenhändig zu unterschreibenden Wahlscheines in einem zweiten Umschlag an den Wahlleiter. Die Wahlscheine sind zu den Akten zu nehmen.“



*Er. Min. Mayfr. n. 30. v. 6. Febr. 1912*

# Die Braunschweigische Wahlrechtsvorlage.

Am heutigen Tage ist den Mitgliedern der Landesversammlung der Entwurf eines Wahlgesetzes für das Herzogtum Braunschweig durch das Herzogliche Staatsministerium zugegangen. Die Vorlage entspricht in ihrem Aufbau den Mitteilungen, welche die neuesten Nachrichten bereits vor einigen Tagen ihren Lesern unterbreiten konnte. Wer eine Ueberraschung erwartet hat, der sieht sich getäuscht. Die Vorlage, die wir an anderer Stelle im Wortlaut wiedergeben, enthält keinerlei neue Gedanken und entfernt sich auch nicht im geringsten von dem Majoritätsbeschlusse der Landesversammlung. Die Regierung hat die Ausführungen der Justizkommission, die diese über die Wahlrechtsreform auf Wunsch des Landtages machte, mit nur ganz geringen Abweichungen paraphrasiert und so das neue Wahlgesetz fertiggestellt. Auf eigne wertvolle Zugaben hat die Regierung überhaupt verzichtet. Sie hat weder die im Plenum des Landtages lautgewordenen Stimmen nach dem Proportionalwahlrecht, noch die nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht berücksichtigt. Sie erkennt in den dem Gesetzentwürfe beigegebenen „Erläuterungen“ wohl an, daß das alte braunschweigische Wahlgesetz, insoweit die indirekte Wahl in Frage kommt, eine überlebte Einrichtung ist, zu einer gründlichen Verbesserung des Wahlrechts kann sie sich aber ebensowenig entschließen, wie die Landtagsmajorität. Sie glaubt, daß mit dem Fortfall der indirekten Wahl und der Besserung einiger anderer Bestimmungen die Unzufriedenheit mit dem alten Wahlgesetze in bürgerlichen Kreisen beseitigt ist. Nach Ansicht der Regierung sind die allgemeinen Wahlen nach dem System der drei Steuerklassen



besser mit dem Landesinteresse zu vereinbaren, als die Einführung des für den Reichstag geltenden allgemeinen gleichen Wahlrechts. Als Begründung führt man an, daß dem Reiche andere Aufgaben als dem Einzelstaate zugewiesen und daß die öffentlich rechtlichen, persönlichen und finanziellen Leistungen der Staatsbürger im Reiche und im Einzelstaate verschiedener Natur seien. Das stimmt und ist nicht zu bestreiten. Die Einnahmen des Reiches bauen sich auf indirekten, die der Einzelstaaten auf direkten Steuern auf. Aber anderseits schließt das doch nicht aus, daß die Wahlen zum Landtage auf der Grundlage des allgemeinen gleichen Wahlrechts vorgenommen werden können. Die Mittelklasse und auch die Besitzlosen sind nicht weniger an dem wirtschaftlichen Gedeihen des Staates interessiert als die Höchstbesteuerten, da das einzige Kapital der beiden erstgenannten Klassen die Arbeitskraft ist, die stets einer der wirtschaftlichen Lage des Staates entsprechenden Wertung unterliegt. Die neuesten Nachrichten haben den Standpunkt vertreten, daß unter gewissen Voraussetzungen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die Einzel-Landtage nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sei. Andere deutsche Staaten haben diesen Wahlmodus eingeführt, ohne daß sich unhaltbare Zustände bemerkbar gemacht hätten. Daß in unsern bis jetzt sozialistenfreien Landtag eine Anzahl „Genossen“ einziehen wird, will doch nichts besagen; auch das Dreiklassenwahlssystem bringt unzweifelhaft mehrere Sozialdemokraten in die Landtagsstube. Damit wird man sich abfinden und auch der Landtag hat in seiner letzten Sitzung ausgesprochen, daß er damit rechnet.

Ueber das Dreiklassenwahlrecht haben wir unsere Ansicht wiederholt eingehend dargelegt und auf die Härten hingewiesen, die dieses Wahlrecht in sich schließt. Es erübrigt sich, heute nochmals diese zahlreichen Schattenseiten darzulegen, da die Majorität des Landtages leider nur für eine Reform auf Grund des Dreiklassenwahlgesetzes zu haben ist. Es ist bedauerlich, daß nicht schon jetzt ganze Arbeit gemacht und eine allseitig befriedigende Lösung der Wahlreformfrage wieder auf Jahre hinaus verschoben wird. Wir stehen allerdings nicht auf dem Standpunkte, daß wir, weil wir nicht alles bekommen können, nun das Wenige nicht haben wollen. Im Gegenteil, wir sind mit dem vorläufig Erreichbaren zufrieden, sehen aber in dem bisher erzielten bescheidenen Erfolge einen Ansporn, dem gesteckten Ziele mit unverminderter Energie auch fernerhin nachzustreben. Die neue Vorlage stellt nur ein Provi-



forum dar, welches vielleicht bald schon einem zeitgemäheren Wahlrechte Platz machen dürfte.

Sehen wir uns die Vorlage der Regierung im einzelnen an, so finden wir nur noch geringfügige Abänderungen des alten Wahlgesetzes. Die berufsständische Vertretung ist beibehalten, da bei der geringen Größe und Einwohnerzahl des Herzogtums das Zwei-Kammernsystem nicht durchführbar ist. Die Zahl der Abgeordneten-sitze ist von 48 auf 54 erhöht. 18 Abgeordnete wählen davon die Berufsstände, 36 gehen aus den allgemeinen direkten Wahlen hervor. Früher betrug die Zahl der letzteren 30. Die Erhöhung der Zahl mußte infolge der Neuverteilung der Wahlbezirke und der Zuweisung von je drei Abgeordneten an jeden Wahlbezirk eintreten.

Die Wahlfähigkeit setzt die Vorlage, wie beim Reichstagswahlrecht, auf das 25. Lebensjahr an. Die Justizkommission hatte das 30. Lebensjahr vorgeschlagen. Auch von der Bestimmung, daß der Wähler längere Zeit hindurch im Besitze der braunschweigischen Staatsangehörigkeit sein muß, ist Abstand genommen, jedoch muß der Wähler in der Regel mindestens drei Jahre ununterbrochen im Herzogtume seinen Wohnsitz gehabt haben. Die Regierung ist der Ansicht, daß in dieser Zeit sich der Wähler mit den Verhältnissen des Landes hinreichend vertraut gemacht hat. Besondern Wert messen wir dieser Bestimmung nicht bei, denn allzu große Verschiedenheiten in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Einzelstaaten bestehen nicht mehr. Muß doch Braunschweig seine ganze Gesetzgebung nach preussischem Muster zuschneiden. Auch die Reichsgesetzgebung trägt immer mehr dazu bei, daß die wirtschaftlichen Verschiedenheiten, die vor der Reichsgründung in den Einzelstaaten bestanden, verschwinden. Landwirte und Industrielle, Handwerker und Arbeiter in Braunschweig haben die gleichen Interessen, wie ihre Berufs- und Arbeitsgenossen in Preußen, Sachsen usw. — Der Wahlmodus ist der alte geblieben. Der Wähler überreicht seinen zusammengefalteten Stimmzettel dem Wahlvorstand, der ihn



in die Wahlurne legt. Hier wäre eine Reform auf Grund des Reichstagswahlverfahrens sehr angebracht. Der Reichstagswähler hat bekanntlich seinen Stimmzettel in einem vom Reiche gelieferten Couvert dem Wahlvorsteher zu übergeben. Diese Form sollte man auch auf die Landtagswahlen übertragen. Man würde dadurch Wahlbeeinflussungen beseitigen und bei dem Wähler das Gefühl der Sicherheit erhöhen, daß seine Stimmabgabe in keiner Weise kontrolliert werden kann. Besonders wertvoll sind die Wahlcouverts für die Wähler in kleinen ländlichen Bezirken.

Bemerkenswert in der Vorlage ist, daß die höchst besteuerten Einkommenspflichtigen nicht mehr unter den Berufsständen aufgeführt werden. Durch die Teilung der Wähler in drei Steuerklassen ist diesen Steuerzahlern das Vorrecht der Berufsstände genommen. Dagegen ist der Berufsstand der Grundbesitzer durch Herabsetzung der Grenze des Grundsteuerkapitals von 6000 Mark auf 2500 Mark wesentlich erweitert. Ferner ist aus Billigkeitsgründen aus den Grundbesitzern des Amtsgerichtsbezirks Thedinghausen eine besondere Klasse gebildet. Die ländlichen Grundbesitzer in Thedinghausen werden nun ihren Abgeordneten selbst wählen. Bisher mußten sie das in Gemeinschaft mit dem Landkreise Braunschweig tun. Das Verhältnis war für die Thedinghäuser unzumutbar und rief ständig bei den Wahlen Proteste der Wähler aus dem Amtsbezirk Thedinghausen hervor durch Abgabe weißer Zettel. Die jetzige Bestimmung bezweckt, jenem Landesteile wieder Gelegenheit zu geben, sich an den Beratungen über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten des Herzogtums zu beteiligen.

Der Wahlkörper der Gewerbetreibenden wird gleichfalls wesentlich erweitert dadurch, daß der jährliche Steuerbetrag von 96 auf 45 Mark herabgesetzt wird. — Entsprechend der Vorschrift für den Wahlkörper der wissenschaftlichen Berufsstände ist bestimmt, daß die Geistlichen durch die Emeritierung oder Versetzung in den Ruhestand nicht aus dem Wahlkörper ausscheiden. Damit wird eine



alte Forderung der Geistlichen erfüllt. — Die Wahlberechtigten der wissenschaftlichen Berufsstände haben nach dem neuen Gesetze nur noch eine dreijährige Berufsausübung nach Abschluß der letzten Prüfung zu absolvieren, ehe sie das Wahlrecht erlangen. Infolgedessen werden sie bereits mit dem 29. oder 30. Lebensjahre wahlberechtigt, anstatt wie bisher erst mit dem 35. Lebensjahre. Die Zahl der Abgeordneten erhöht das neue Wahlgesetz von 4 auf 6.

Das sind die bemerkenswertesten Punkte des neuen Wahlgesetzes. Sache des Landtages wird es jetzt sein, das Gesetz auf seine Verbesserungsfähigkeit zu prüfen, soweit davon bei dieser Gestaltung der Vorlage überhaupt die Rede sein kann. Es gehört wohl keine große Prophetengabe dazu, das Schicksal der Vorlage voraussagen. Nach mehrtägiger Redeschlacht wird der Entwurf der Regierung als Gesetz verabschiedet. Der Landtag wird in Bälde aufgelöst und im Herbst erfolgen die Wahlen nach dem neuen Gesetze. Es wird sich dann zeigen, ob die Befürchtungen der Gegner der Wahlreform sich bewahrheiten, daß mindestens zwölf Sozialdemokraten in den Landtag einziehen, oder ob der Landtag im großen und ganzen das gleiche Bild wie heute zeigen wird.

## Das neue Wahlgesetz und die Stadt Braunschweig.

Wenn die dem Landtage heute zugegangene Wahlrechtsvorlage Gesetz werden sollte, dann würde die Stadt künftig 9 Sitze im Landtage erhalten, also einen mehr als bisher. Da in unserer Residenz fast ein Drittel der Bevölkerung des Herzogtums wohnt, so wird durch die neue Bestimmung den gerechten Ansprüchen der Stadt Braunschweig auf eine ihrer Bedeutung entsprechende Anzahl Sitze im Landesparlamente in keiner Weise Rechnung getragen. Auf 14 Abgeordnete darf die Stadt Braunschweig mit Fug und Recht Anspruch erheben.



Man könnte einwenden, daß ja nach den bisherigen Erfahrungen der größte Teil der aus Berufswahlen hervorgehenden Abgeordneten auch in der Stadt Braunschweig wohnt, mithin nicht verfehlen wird, im Landtage auch für die Interessen unserer Stadt einzutreten. Bisher war das so, ob es aber immer so sein wird, ist doch zum mindesten fraglich. Auch die neue Wahlrechtsvorlage macht es nicht zum Gebot, daß die Abgeordneten der Berufsstände in dem Bezirke wohnen, in dem sie gewählt werden, wie dies auch von den aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten nicht verlangt wird. Wenn daher z. B. die wissenschaftlichen Berufsstände in der Stadt Braunschweig einen Amtsrichter in Thedinghausen, Calvörde oder Ottenstein wählen, der ihr Vertrauen besitzt, so kann dagegen ebensowenig etwas eingewendet werden, als wenn die Angehörigen dieser Stände, die in andern Orten als in der Stadt Braunschweig wohnen, ihren Vertreter aus ihrer Mitte und nicht aus der Stadt Braunschweig wählen. Die Geistlichen suchen ja schon seit Jahren ihre Vertreter nicht in den Reihen der hiesigen Stadtgeistlichen.

Aber noch einen andern Nachteil enthält die neue Wahlrechtsvorlage. Das ist die Einteilung der Stadt Braunschweig in drei Wahlbezirke. Vor einigen Jahren war es glücklich gelungen, diese Dritteilung zu beseitigen. Bis dahin wählte die Stadt Braunschweig in zwei Bezirken je drei Abgeordnete und in einem Bezirke zwei. Entsprechend der Einteilung der Stadt in den August- und Magnitorbezirk, den Stein- und Fallerlebertor-, Benden- und Petritor- und den Hohe- und Wilhelmitorbezirk würde dann das Wahlgesetz dahin geändert, daß die Stadt künftig vier Wahlbezirke bildete, von denen jeder zwei Abgeordnete zu wählen hatte. Nun soll die Dreiteilung, bei der jedesmal zur Landtagswahl zwei Bezirke auffliegen, wieder eingeführt werden. Dagegen sollten die Abgeordneten der Stadt Braunschweig energisch Front machen und mindestens zwölf — für jeden der vier Bezirke drei — Abgeordnete fordern. Das wäre nicht mehr als recht und billig!



# Die Wahlrechtsvorlage.

Sonderabdruck der „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“.

1. ordentl. Landtag 1912.

Drucksache 15.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches  
Staatsministerium.

Braunschweig, den 20. Januar 1912.

Nr. C. I. 305.

Auf Höchsten Befehl lassen wir der Landesversammlung einen Gesetzentwurf über die Zusammensetzung der Landesversammlung und den Entwurf eines Gesetzes über die Wahlen zur Landesversammlung mit dem Ersuchen um verfassungsmäßige Mitwirkung ergehen. Die Begründung für die beiden Gesetzentwürfe werden wir in den nächsten Tagen nachsenden.

Hartweg.

An  
die Landesversammlung  
hier

## Gesetz über die Zusammensetzung der Landesversammlung.

Von Gottes Gnaden, Wir, Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg usw., Regent des Herzogtums Braunschweig, erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das folgende Gesetz über die Zusammensetzung der Landesversammlung:

§ 1. Die Landesversammlung besteht aus 54 Abgeordneten, von denen 36 aus allgemeinen Wahlen und 18 aus besonderen Wahlen der Berufsstände hervorgehen.

§ 2. Die Wahl der Abgeordneten ist unmittelbar und geheim.

§ 3. Wahlberechtigt ist jedes männliche Person, welche

1. das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat,
2. die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzt,
3. seit mindestens drei Jahren, oder wenn sie im Staats-, Gemeindef-, Kirchen- oder Schuldienste angestellt ist, seit mindestens einem Jahre ununterbrochen ihren Wohnsitz im Herzogtum hat,
4. zu direkten Staatssteuern von zusammen mindestens 4 Mk. veranlagt ist oder ein Einkommen von mehr als 500 Mk., in der Stadt Braunschweig von mehr als 600 Mk., hat.

Die Berechtigung zur Teilnahme an den Wahlen der Berufsstände steht außerdem die Zugehörigkeit zu dem Berufsstande voraus.

§ 4. Die Berechtigung zum Wählen ruht für die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen.

§ 5. Von dem Rechte zu wählen sind ausgeschlossen Personen,

1. die entmündigt oder unter vorläufige Vormundschaft gestellt sind, für die Dauer der Entmündigung oder Vormundschaft,
2. über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet ist, für die Dauer des Verfahrens,
3. denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, für die Dauer der Aberkennung,
4. die in dem letzten Jahre mit den fälligen direkten Staatssteuern oder wenn sie zu einer direkten Staatssteuer nicht veranlagt sind, mit den fälligen direkten Gemeindesteuern im Rückstande sind,
5. die eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten oder in dem letzten Jahre bezogen haben.

Als Armenunterstützung im Sinne des Gesetzes gelten nicht:

- a) die Krankenunterstützung,
- b) die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege,
- c) Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder Ausbildung für einen Beruf,
- d) sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form einzelner Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind,
- e) Unterstützungen, die erstattet sind.

§ 6. Das Wahlrecht darf nur an einem Orte ausgeübt werden. Dieser Ort wird durch den Wohnsitz des Wählers bestimmt. Hat der Wähler seinen Wohnsitz in mehreren Gemeinden, so hat er die Wohnsitzgemeinde zu bezeichnen, durch die der Wahlort bestimmt werden soll.

§ 7. Wählbar als Abgeordneter ist jeder Wähler, der das 30. Lebensjahr vollendet hat und Staatseinkommensteuer entrichtet. Die Wahlbarkeit ruht während der Zeit, für die ein Abgeordneter auf Grund der Geschäftsordnung von der Landesversammlung ausgeschlossen ist. Die von den Berufsständen zu wählenden Abgeordneten müssen außerdem dem Berufsstande, der die Wahl vornimmt, angehören.

§ 8. Für die allgemeinen Wahlen werden die folgenden 12 Bezirke gebildet:

1. Stadt Braunschweig I, 2. Stadt Braunschweig II, 3. Stadt Braunschweig III, 4. Städte Wolfenbüttel, Schöppenstedt, Bad Harzburg, Gandersheim, Seesen, 5. Städte Helmstedt, Schöningen, Königslutter, die Flecken Vorsfelde und Calvörde, sowie die Landgemeinden Oberlutter und St. Königslutter, 6. Städte Holzminden, Stadtholzen, Ebershausen, Blankenburg, Hasserode und die Landgemeinden Altdorf, 7. Landkreis Braunschweig, 8. Landkreis Wolfenbüttel mit Ausnahme des Amtsgerichtsbezirks Harzburg, 9. Landkreis Helmstedt mit Ausnahme der Flecken Vorsfelde und Calvörde, sowie der Landgemeinden Oberlutter und St. Königslutter, 10. Landkreis Gandersheim, 11. Landkreis Holzminden mit Ausnahme der Landgemeinden Altdorf, 12. Landkreis Blankenburg und die Landgemeinden des Amtsgerichtsbezirks Harzburg.

§ 9. In jedem Wahlbezirke werden drei Abgeordnete gewählt.

§ 10. Die Wähler eines jeden Wahlbezirks werden in drei Abteilungen derart geteilt, daß auf jede Abteilung ein Drittel des Gesamtsteuerbetrages aller Wähler entfällt. Der Gesamtsteuerbetrag wird aus den von den Wählern zu entrichtenden direkten Staatssteuern, soweit sie sich auf zusammen mindestens 4 Mk. belaufen, und der Summe gebildet, die sich ergibt, wenn für jeden nicht zu direkten Staatssteuern von mindestens 4 Mk. veranlagten Wähler ein Betrag von 4 Mk. in Ansatz gebracht wird. Bei dieser Berechnung werden nur die an dem Wohnsitz des Wählers zu entrichtenden direkten Staatssteuern berücksichtigt.

§ 11. Die erste Abteilung besteht aus denjenigen Wählern, auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zu einem Drittel des Gesamtsteuerbetrages fallen. Die zweite Abteilung setzt sich aus denjenigen Wählern zusammen, auf welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Drittels fallen. Zu der dritten Abteilung gehören die übrigen Wähler.

Wenn bei der Bildung der ersten und der zweiten Abteilung ein Teil des Steuerbetrages eines Wählers oder gleich hohe Steuerbeträge mehrerer Wähler das Drittel des Gesamtsteuerbetrages übersteigen, gehören alle diese Wähler noch der ersten oder der zweiten Abteilung an.

§ 12. Jede Abteilung wählt in jedem Wahlbezirke einen Abgeordneten.

§ 13. Die Berufsstände bestehen aus: 1. den Grundbesitzern, 2. den Gewerbetreibenden, 3. den Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche, 4. den wissenschaftlichen Berufsständen.

§ 14. Zu dem Wahlkörper der Grundbesitzer gehören diejenigen, deren Grundsteuerkapital mindestens 2500 Mark, in dem Amtsgerichtsbezirke Thedinghausen mindestens 1000 Mark, beträgt. Die Grundbesitzer, mit Ausnahme der Grundbesitzer im Amtsgerichtsbezirke Thedinghausen, werden in zwei Klassen geteilt, von denen die erste Klasse die Grundbesitzer mit einem Grundsteuerkapital von mindestens 6000 Mk. und die zweite Klasse die Grundbesitzer mit einem Grundsteuerkapital von mindestens 2500 bis zu 6000 Mark umfaßt. Die Grundbesitzer im Amtsgerichtsbezirke Thedinghausen bilden eine besondere Klasse für sich. Das Grundsteuerkapital der Wohnhäuser kommt nicht in Anrechnung.

§ 15. Die erste Klasse der Grundbesitzer wählt zwei Abgeordnete. Der Wahlbezirk umfaßt das Herzogtum.

§ 16. Die zweite Klasse der Grundbesitzer wählt drei Abgeordnete. Für die Wahlen werden die folgenden drei Wahlbezirke gebildet: 1. Kreis Braunschweig und Amtsgerichtsbezirk Salder, 2. Amtsgerichtsbezirke Wolfenbüttel, Schöppenstedt und Harzburg, 3. Kreise Helmstedt, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg. In jedem Wahlbezirke ist ein Abgeordneter zu wählen.

§ 17. Die Grundbesitzer im Amtsgerichtsbezirke Thedinghausen wählen einen Abgeordneten. Der Wahlbezirk umfaßt den Amtsgerichtsbezirk Thedinghausen.

§ 18. Zu dem Wahlkörper der Gewerbetreibenden gehören diejenigen, welche zu einer Gewerbesteuer von mindestens 45 Mark jährlich veranlagt sind. Sie werden in zwei Klassen geteilt, von denen die erste Klasse die Gewerbetreibenden, welche zu einer Gewerbesteuer von mindestens 150 Mk. jährlich veranlagt sind, und die zweite Klasse die Gewerbetreibenden, welche zu einer Gewerbesteuer von mindestens 45 bis zu 150 Mk. veranlagt sind.

§ 19. Jede Klasse der Gewerbetreibenden wählt zwei Abgeordnete. Für die Wahlen der Gewerbetreibenden der ersten und der zweiten Klasse werden die folgenden beiden Wahlbezirke gebildet: 1. Stadt Braunschweig, 2. das übrige Herzogtum. In jedem Wahlbezirke ist ein Abgeordneter zu wählen.

§ 20. Dem Wahlkörper der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche gehören an die geistlichen Mitglieder des Konfistoriums, die Generalluperintendenten, die Superintendenten, die in einem Gemeindepfarramt angestellten selbständigen Geistlichen und die evangelisch-lutherischen Anstaltsgeistlichen. Durch die Emeritierung oder Veretzung in den Ruhestand scheiden die Geistlichen nicht aus dem Wahlkörper aus.

§ 21. Die Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche wählen zwei Abgeordnete. Für die Wahlen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche werden die folgenden beiden Wahlbezirke gebildet: 1. Kreise Braunschweig und Wolfenbüttel, 2. Kreise Helmstedt, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg. In jedem Wahlbezirke ist ein Abgeordneter zu wählen.

§ 22. Zu dem Wahlkörper der wissenschaftlichen Berufsstände gehören diejenigen, welche auf Grund eines Hochschulstudiums die vorgeschriebenen Staatsprüfungen bestanden haben und nach Abschluß der letzten Prüfung den Beruf, für dessen Ausübung das Hochschulstudium und die Staatsprüfungen die Voraussetzung bilden, seit mindestens drei Jahren ausüben. Wenn jemand die vorgeschriebenen Staatsprüfungen nicht abgelegt hat, gleichwohl aber im Staats- oder Gemeindefeld angestellt ist, so steht ihm das Wahlrecht zu. Apotheker, Zahnärzte, Tierärzte und Feldmesser gehören dem Wahlkörper nur dann an, wenn sie die Voraussetzungen des Absatzes 1 des Absatzes 1 erfüllen und im Staats- oder Gemeindefeld angestellt sind. Die im Staats- oder Gemeindefeld angestellten Beamten scheiden mit der Veretzung in den Ruhestand nicht aus dem Wahlkörper aus.

§ 23. Die wissenschaftlichen Berufsstände wählen sechs Abgeordnete. Für die Wahlen der wissenschaftlichen Berufsstände werden die folgenden vier Wahlbezirke gebildet: 1. Kreis Braunschweig, 2. Kreis Wolfenbüttel, 3. Kreise Helmstedt und Gandersheim, 4. Kreise Holzminden und Blankenburg. In dem ersten Wahlbezirke sind drei Abgeordnete, in dem zweiten, dritten und vierten Wahlbezirke ist je ein Abgeordneter zu wählen.

§ 24. Wer mehreren Berufsständen angehört, kann nur in dem Wahlkörper wählen, der nach der Reihenfolge des § 13 den anderen Wahlkörpern vorangeht.

§ 25. Die Wahl zum Abgeordneten darf abgelehnt werden. Wer von mehreren Wahlkörpern gewählt ist, kann nur eine Wahl annehmen.

§ 26. Die im Staats-, Kirchen-, Gemeinde- und Gemeindefeld stehenden Beamten bedürfen keines Urlasses zum Eintritt in die Landesversammlung. Ihr Dienstverhältnis wird ihnen während ihrer Tätigkeit als Abgeordneter weitergewährt. Die Kosten der notwendigen Vertretung im Dienste trägt der Staat, soweit es sich nicht um die Vertretung der im Gemeindefeld stehenden Beamten handelt.

§ 27. Die Abgeordneten werden für den Zeitraum von vier Jahren gewählt. Von vier zu vier Jahren oder nach einer Auflösung der Landesversammlung werden sämtliche Abgeordnete neu gewählt.

§ 28. Im Falle der Auflösung der Landesversammlung (§ 147 der Neuen Landschaftsordnung) wird die vierjährige Wahlzeit von dem auf die Neuwahl folgenden Monat Dezember berechnet.

§ 29. Der Auftrag als Abgeordneter erlischt, 1. wenn die Neuwahl der Abgeordneten stattgefunden hat, 2. wenn eine Voraustragung für die Wahlbarkeit wegfällt, 3. wenn der Abgeordnete ein besoldetes Staats- oder Hofamt annimmt, oder im Staats- oder Hofdienste in ein besoldetes Amt eintritt, mit dem ein höherer Rang oder ein höheres Gehalt verbunden ist, 4. wenn der Abgeordnete seinen Auftrag niederlegt, 5. wenn der Abgeordnete infolge dauernder körperlicher oder geistiger Schwäche unfähig ist, als Abgeordneter tätig zu sein, 6. wenn die Landesversammlung den Abgeordneten auf Grund der Geschäftsordnung ausschließt. Die Entscheidung darüber, ob in den Fällen 2-5 einschließlich der Auftrags als Abgeordneter erloschen ist, steht der Landesversammlung oder, wenn sie nicht versammelt ist, dem Ausschusse der Landesversammlung zu.

§ 30. Scheidet ein Abgeordneter vor Ablauf der Wahlzeit aus, so hat eine Ersatzwahl für den Rest der Wahlzeit stattzufinden.

§ 31. Der Ausschuss der Landesversammlung besteht aus sieben Abgeordneten, welche die Landesversammlung aus ihrer Mitte nach voller Stimmenmehrheit wählt.

Wird diese Stimmenmehrheit im ersten Wahlgange nicht erreicht, so ist die Wahl unter den Personen, welche die beiden höchsten Stimmenzahlen auf sich vereinigt haben, zu wiederholen. Im zweiten Wahlgange entscheidet einfache Stimmenmehrheit und bei Stimmengleichheit das Los.

§ 32. Für jedes Mitglied des Ausschusses ist aus der Mitte der Abgeordneten nach den Vorschriften des § 31 ein Stellvertreter zu wählen. Der Stellvertreter tritt in den Ausschuss ein, wenn das Mitglied behindert ist. Wenn auch der Stellvertreter behindert ist, so rückt der an Jahren älteste der anderen Stellvertreter ein. Das geschieht auch dann, wenn der Stellvertreter eines behinderten Mitgliedes bereits in den Ausschuss einberufen ist. Ueber die Einberufung der Stellvertreter entscheidet der Ausschuss.

§ 33. Sind aus dem Ausschusse mehr als sieben Mitglieder und Stellvertreter ausgeschieden, so ist der Ausschuss durch Neuwahl auf den vollen Bestand zu ergänzen (§ 113 der Neuen Landschaftsordnung).

§ 34. Der Ausschuss ist alsbald nach der Eröffnung eines jeden ordentlichen Landtages zu wählen.

§ 35. Der Auftrag des Ausschusses erlischt mit der Eröffnung des nächsten ordentlichen Landtages, soweit es sich jedoch um die ihm nach § 127 der Neuen Landschaftsordnung zustehenden Rechte handelt, erst mit der Neuwahl des Ausschusses. Der Auftrag der Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses erlischt in den Fällen des § 29 Ziffer 2-6 mit dem Verlusse der Abgeordneteneigenschaft, in dem Falle des § 29 Ziffer 1 dagegen erst mit der Eröffnung des neuen Landtages.

§ 36. Dieses Gesetz bildet einen Teil des Landesgrundgesetzes und kann nur wie dieses authentisch geändert oder aufgehoben werden.

§ 37. Das Gesetz, betreffend die Zusammensetzung der Landesversammlung vom 6. Mai 1899 Nr. 31 und die Wänderungs-gesetze vom 2. März 1908 Nr. 6 und 16. März 1908 Nr. 17 werden aufgehoben.

§ 38. Die Wahlzeit der ersten, nach den Vorschriften dieses Gesetzes gewählten Landesversammlung läuft bis zum Schluß des Jahres 1916.

§ 39. Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft. Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu richten. Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheim-Kanzlei-Siegels.

(L. S.)

## Gesetz über die Wahlen zur Landesversammlung.

Von Gottes Gnaden, Wir, Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg usw., Regent des Herzogtums Braunschweig, erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das folgende Gesetz über die Wahlen zur Landesversammlung:

§ 1. Die Wahlen erfolgen auf Grund von Listen, welche die Wahlberechtigten enthalten (Wählerlisten). Für jeden Wahlbezirk oder, wenn er in Stimmbezirke eingeteilt ist, für jeden Stimmbezirk ist eine Wählerliste aufzustellen.

§ 2. Die drei Wahlbezirke für die allgemeinen Wahlen in der Stadt Braunschweig werden nach Anhörung des Stadtmagistrats von dem Staatsministerium festgelegt.

§ 3. Bei den allgemeinen Wahlen bildet in der Regel jede Gemeinde einen Stimmbezirk für sich. Landgemeinden mit weniger als 500 Einwohnern können von der Kreisdirektion mit benachbarten Gemeinden zu einem Stimmbezirke vereinigt werden. Die Entscheidung über die Bildung von Stimmbezirken in den Städten steht dem Stadtmagistrate zu. Der einzelne Stimmbezirk darf aber nicht weniger als 2000 Einwohner enthalten und muß räumlich zusammenhängen. Für die einzelnen Abteilungen der Wähler kann die Kreisdirektion, in den Städten der Stadtmagistrat, verschiedene Stimmbezirke bilden, wenn die Zahl der Wähler in einer Abteilung sonst weniger als zehn betragen würde. Dies darf bei Landgemeinden nur geschehen, wenn sie benachbart sind. Die Einwohnerzahl bestimmt sich nach der letzten amtlich abgeschlossenen Volkszählung.

§ 4. Die Wahlbezirke für die Wahlen der Berufsstände können von dem Staatsministerium in Stimmbezirke eingeteilt werden.

§ 5. Die Wählerlisten für die allgemeinen Wahlen werden von der Kreisdirektion, in der Stadt Braunschweig von dem Stadtmagistrate, aufgestellt. Erstreckt sich der Wahlbezirk über mehrere Kreise, so wird die Kreisdirektion von dem Staatsministerium bestimmt. Spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage sind in den Gemeinden, bei den zu einem Stimmbezirke vereinigten Gemeinden in der von der Kreisdirektion bestimmten Gemeinde, die Wählerlisten während einer Woche öffentlich auszuliegen. In jeder Wählerliste sind die Steuerbeträge anzugeben, welche für die Bildung der drei Abteilungen der Wähler in dem Wahlbezirke maßgebend sind. Vor der Auslegung der Wählerlisten ist auf ortsübliche Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, wann und wo die Auslegung geschehen wird. Einwendungen gegen die Wählerlisten müssen bis zum Ablauf einer Woche nach Beendigung der Auslegung bei der Kreisdirektion, in der Stadt Braunschweig bei dem Stadtmagistrate, erhoben werden. Gegen die Entscheidung dieser Behörden ist die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zulässig. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 6. Die Wählerlisten für die Wahlen der Grundbesitzer, der Gewerbetreibenden und der wissenschaftlichen Berufsstände werden von dem Steuerkollegium, die Wählerlisten für die Wahlen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche von dem Konfistorium aufgestellt. Spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage sind die Wählerlisten von dem Steuerkollegium in den Braunschweigischen Anzeigen, von dem Konfistorium in seinem Amtsblatte, öffentlich bekanntzumachen. Einwendungen gegen die Wählerlisten müssen innerhalb einer Woche nach der öffentlichen Bekanntmachung bei dem Steuerkollegium oder dem Konfistorium erhoben werden. Gegen die Entscheidung dieser Behörden ist die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zulässig. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 7. Die allgemeinen Wahlen finden an ein und demselben Tage statt. An dem vierzehnten Tage nach den allgemeinen Wahlen sind die Wahlen der Berufsstände vorzunehmen. Der Tag der Wahlen wird durch Verordnung bestimmt.

§ 8. Die Wahl wird in jedem Wahlbezirke oder, wenn er in Stimmbezirke eingeteilt ist, in jedem Stimmbezirke durch einen Wahlvorstand geleitet, welcher aus dem Wahlvorsteher, zwei bis vier Beisitzern und einem Protokollführer besteht. Der Wahlvorsteher wird für die allgemeinen Wahlen in den Städten von dem Stadtmagistrate, in den Landgemeinden von dem Gemeindevorsteher des Wahlortes, ernannt. Die Ernennung der Wahlvorsteher für die Wahlen der Berufsstände steht dem Staatsministerium zu. Die Beisitzer und der Protokollführer werden von dem Wahlvorsteher bestellt. Die Beisitzer müssen in dem Bezirke wohnen.



### Zu § 6.

Die jetzt alljährlich Ende Dezember erfolgende Aufstellung und Veröffentlichung der Wählerlisten für die Wahlen der Grundbesitzer, der Gewerbetreibenden und der wissenschaftlichen Berufsstände ist beseitigt. Die Wählerlisten sollen wie bei den allgemeinen Wahlen und den Wahlen der Geistlichen nur vor der Wahl aufgestellt und bekannt gemacht werden. Hierdurch wird außer der Einheitlichkeit des Verfahrens der Erfolg erzielt, daß die Wählerlisten ihrer Aufgabe entsprechend dem tatsächlichen Zustande unmittelbar vor der Wahl Rechnung tragen, und daß, da die Wahlen in der Regel nur alle 4 Jahre stattfinden, in der Zwischenzeit keine unnötige Arbeit geleistet wird.

Die Rechtsmittel gegen die Eintragungen in die Wählerlisten sind für alle Berufsstände gleichmäßig vorgeschrieben.

### Zu § 16.

Die Vorschriften in den Absätzen 2 und 3 haben wir in den Gesetzentwurf aufgenommen, damit ähnliche unliebsame Vorkommnisse, wie sie sich als Folge einiger Wahlprüfungen in den letzten Jahren eingestellt haben, in Zukunft vermieden werden.

Nach § 12 des Wahlgesetzes von 1899 haben Wahlberechtigte, welche ohne Entschuldigung bei der Wahl eines Abgeordneten nicht erscheinen, eine Ordnungsstrafe von 10 Mark zu entrichten. Diese Vorschrift gilt bei den allgemeinen Wahlen nur für die von

den Wahlmännern vorzunehmende Wahl. Da nun die indirekte Wahl beseitigt und durch die allgemeine direkte Wahl ersetzt werden soll, für diese jedoch ein Wahlzwang nicht wohl durchführbar sein würde, ist es unserer Ansicht nach auch nicht angängig, die unter Strafe gestellte Wahlpflicht allein für die berufsständischen Wahlen beizubehalten. Damit den Wählern der Wahlkörper der Berufsstände aber die Ausübung ihres Wahlrechts mehr als bisher erleichtert wird, werden wir von der im § 4 des Gesetzes vorgesehenen Befugnis, die Wahlbezirke in Stimmbezirke einzuteilen, voraussichtlich weitgehenden Gebrauch machen müssen.

Sartwieg.

E. Wolff.

Kadkan.



# Gesetzentwürfe

## über die Zusammensetzung der Landesversammlung und die Aenderung des Wahlgesetzes.

Der Landesversammlung sind jetzt die Entwürfe über die Aenderung der Zusammensetzung der Landesversammlung und des Wahlgesetzes zugegangen; sie haben folgenden Wortlaut:

### Zusammensetzung der Landesversammlung.

#### I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Landesversammlung besteht aus 48 Abgeordneten, von welchen 30 aus allgemeinen Wahlen, 14 aus Wahlen der Berufsstände (§ 10) und 4 aus Wahlen öffentlicher Körperschaften (§ 24) hervorgehen.

§ 2. Die Wahl der Abgeordneten ist unmittelbar und geheim.

Die allgemeinen Wahlen der Abgeordneten in dem Wahlbezirk der Stadt Braunschweig erfolgen unter Zugrundelegung der Verhältniswahl, alle übrigen Wahlen durch die Mehrheit aller abgegebenen gültigen Stimmen. Das Wahlverfahren wird, soweit dieses Gesetz keine Vorschriften enthält, durch das Wahlgesetz geregelt.

§ 3. Wahlberechtigt ist jede männliche Person, welche am 1. des Monats März des Wahljahres bestimmten Tage

1. das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat,
2. seit mindestens 3 Jahren die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzt,
3. seit mindestens 1 Jahre ununterbrochen ihren Wohnsitz im Herzogtum hat.

Die Berechtigung zur Teilnahme an den Wahlen eines Berufsstandes und einer öffentlichen Körperschaft steht außerdem die Zugehörigkeit zum Wahlkörper voraus.

§ 4. Die Berechtigung zum Wählen ruht für die zum aktiven Heere gehörigen Militärpersonen.

§ 5. Von dem Rechte, zu wählen, sind ausgeschlossen

1. welche entmündigt sind oder unter vorläufiger Vormundschaft stehen,
2. über deren Vermögen das Konkursverfahren schwebt,
3. welche der bürgerlichen Ehrenrechte entbehren oder welche rechtskräftig zu Freiheitsstrafen wegen einer Straftat verurteilt worden sind, für welche auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt worden kann, solange die Freiheitsstrafe noch nicht verbüßt, erlassen und verläßt ist,
4. welchen die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter abgeht,
5. welche unter Polizeiaufsicht stehen,
6. welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder im letzten Jahre vor dem im § 8 des Wahlgesetzes bestimmten Tage bezogen haben.

Als Armenunterstützung im Sinne dieses Gesetzes gelten nicht

1. die Krankenunterstützung,
2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege,
3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf,
4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in Form vereinzelter Leistungen zur Gehung einer öffentlichen Nothlage gewährt sind,
5. Unterstützungen, welche bis zum Ablauf des im § 8 des Wahlgesetzes bestimmten Tage erlassen sind.

§ 6. 1. Wahlbar als Abgeordneter ist jeder nach §§ 3 und 5 Wahlberechtigte, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat.

2. Die aus den allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten müssen in dem Wahlbezirk, welcher die Wahl vornimmt, seit mindestens einem Jahre ihren Wohnsitz haben.

3. Die von einem Berufsstande zu wählenden Abgeordneten müssen diesem Berufsstande, die von einer öffentlichen Körperschaft zu wählenden Abgeordneten müssen dieser Körperschaft angehören.

4. Die Wahlbarkeit ruht während der Zeit, für welche ein Abgeordneter auf Grund der Geschäftsordnung von der Landesversammlung ausgeschlossen ist.

Die Mitglieder des Staatsministeriums und die landständischen Beamten sind nicht wählbar.

§ 7. Das Wahlrecht darf nur an einem Orte ausgeübt werden. Hat der Wähler seinen Wohnsitz in mehreren Gemeinden, so hat der Wähler

1. bei den allgemeinen Wahlen diesen Gemeinden vor Ablauf der Anlegungsfrist,
2. bei den besonderen Wahlen denjenigen Stellen, die die Wahlstellen aufgestellt haben, innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach der öffentlichen Bekanntmachung der Wahlstellen

schriftlich diejenige Gemeinde zu bezeichnen, in welcher er sein Wahlrecht ausüben beabsichtigt. Andernfalls ruht sein Wahlrecht.

#### II. Allgemeine Wahlen.

§ 8. Die 14 Städte des Herzogtums bilden 7 Wahlbezirke, in denen jedem die nachstehende Zahl von Abgeordneten gewährt wird.

1. Braunschweig 9 Abgeordnete,
2. Wolfenbüttel 1 Abgeordneter,
3. Helmstedt 1 Abgeordneter,
4. Schöningen, Admühl, Schuppenstedt 1 Abgeordneter,
5. Holzminden, Stadtholndorf, Ebershausen 1 Abgeordneter,
6. Gandersheim, Seesen, Bad Harzburg 1 Abgeordneter,
7. Blankenburg, Haffelsfeld 1 Abgeordneter.

§ 9. Die Landgemeinden des Herzogtums werden in 6 Wahlbezirke eingeteilt, in denen jedem die nachstehende Zahl von Abgeordneten gewährt wird.

1. Landkreis Braunschweig 3 Abgeordnete,
2. Landkreis Helmstedt 3 Abgeordnete,
3. Landkreis Wolfenbüttel ohne die Landgemeinden des Amtsbezirks Harzburg 3 Abgeordnete,
4. Landkreis Gandersheim mit den Landgemeinden des Amtsbezirks Harzburg 3 Abgeordnete,
5. Landkreis Holzminden 2 Abgeordnete,
6. Landkreis Blankenburg 1 Abgeordneter.

#### III. Besondere Wahlen der Berufsstände.

§ 10. Die Berufsstände bestehen aus:

1. den Grundbesitzern,
2. den Gewerbetreibenden,
3. den Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche,
4. den wissenschaftlichen Berufsständen.

#### 1. Wahlkörper der Grundbesitzer.

§ 11. In dem Wahlkörper der Grundbesitzer gehören diejenigen Wahlberechtigten, welche im Herzogtum Grundbesitz haben, dessen Grundsteuerkapital mindestens 2000 Mark beträgt.

Das Grundsteuerkapital der Wohnhäuser kommt nicht in Anrechnung.

Wegen die Grundstücke eines Grundbesitzers in verschiedenen Kreisen, so wird der Wahlberechtigte als zu demjenigen Kreise zugehörig angesehen, in welchem nach dem Grundsteuerkapital der größere Teil der Grundstücke liegt, es wird ihm aber das Grundsteuerkapital des in anderen Kreisen gelegenen Grundbesitzes anzurechnen.

Bei Ermittlung des Grundsteuerkapitals wird der Grundbesitz der Ehefrau dem Ehemann, und der Grundbesitz der in elterlicher Gewalt stehenden Kinder dem Vater anzurechnen. Wahlberechtigte Mitgesamte von

Grundbesitzern haben bis zu einem vom Steuerkollegium zu bestimmenden Zeitpunkt eine übereinstimmende schriftliche Erklärung darüber abzugeben, wer als Grundbesitzer das Wahlrecht ausüben soll. Beim Mangel solcher Erklärung ruht das Wahlrecht.

§ 12. Die Grundbesitzer werden in zwei Gruppen eingeteilt:

1. Grundbesitzer mit einem Grundsteuerkapital von mindestens 5000 Mark,
2. Grundbesitzer mit einem Grundsteuerkapital von 2000—5000 Mark.

§ 13. Die erste Gruppe wählt zwei, die zweite Gruppe wählt drei Abgeordnete.

§ 14. Der Wahlbezirk der ersten Gruppe umfaßt das Herzogtum.

Für die Wahl der Grundbesitzer zweiter Gruppe werden drei Wahlbezirke gebildet:

1. Stadt und Kreis Braunschweig mit Amtsbezirk Salder,
2. Kreis Wolfenbüttel ohne Amtsbezirk Salder,
3. die Kreise Helmstedt, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg.

Jeder dieser drei Wahlbezirke wählt einen Abgeordneten.

#### 2. Wahlen der Gewerbetreibenden.

§ 15. In dem Wahlkörper der Gewerbetreibenden gehören diejenigen Wahlberechtigten, welche zu einer Gewerbebetriebe von mindestens 45 Mark jährlich veranlagt sind.

§ 16. Die Gewerbetreibenden werden in zwei Gruppen eingeteilt:

1. Gewerbetreibende, welche zu einer Gewerbebetriebe von mindestens 600 Mark jährlich veranlagt sind,
2. Gewerbetreibende, welche zu einer Gewerbebetriebe von mindestens 45—600 Mark veranlagt sind.

Haben mehrere wahlberechtigte Gewerbetreibende einen gemeinschaftlichen Betrieb, so haben sie bis zu einem vom Steuerkollegium festzusetzenden Zeitpunkt eine übereinstimmende schriftliche Erklärung darüber abzugeben, wer als Gewerbetreibender das Wahlrecht ausüben soll. Beim Mangel solcher Erklärung ruht das Wahlrecht.

§ 17. Jede dieser Gruppen wählt zwei Abgeordnete.

§ 18. Der Wahlbezirk der ersten Gruppe umfaßt das Herzogtum. Für die Gewerbetreibenden der zweiten Gruppe werden zwei Wahlbezirke gebildet:

1. Stadt Braunschweig,
2. das übrige Herzogtum.

In jedem dieser beiden Wahlbezirke ist je ein Abgeordneter zu wählen.

#### 3. Wahlen der Geistlichen.

§ 19. Dem Wahlkörper der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche gehören an:

1. die geistlichen Mitglieder des Konsistoriums, die Generalsuperintendenten, die Superintendenten,
2. die in einem Gemeindefarramt angestellten selbstständigen Geistlichen und die evangelisch-lutherischen Pfarrer und Pfarrverwalter.

§ 20. Die Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche wählen einen Abgeordneten. Der Wahlbezirk umfaßt das Herzogtum.

#### 4. Wahlen der wissenschaftlichen Berufsstände.

§ 21. In dem Wahlkörper der wissenschaftlichen Berufsstände gehören diejenigen, welche die Befähigung an einer nennenswerten höheren Lehranstalt besitzen, ein diese Befähigung voraussetzendes mindestens dreijähriges Hochschulstudium durch das Bestehen einer Staatsprüfung oder durch die Erwerbung der Doktorwürde an einer deutschen Hochschule abgeschlossen und das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben.

Wenn jemand die oben erwähnten Prüfungen nicht

abgelegt hat, gleichwohl aber im Staats- oder Gemeindebedienstet betriebl. Ausübung eines auf das Hochschulstudium gezielten Berufs angeestellt ist, so ist er wahlberechtigt und bleibt es auch nach dem Uebertritt in den Ruhestand.

Darüber, ob die Voraussetzungen in Absatz 1 und 2 vorliegen, entscheidet in Zweifelsfällen ergreifend das Staatsministerium.

Personen, welche bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen dem Wahlkörper angehört haben, bleiben wahlberechtigt, auch wenn sie die obigen Bedingungen nicht voll erfüllen.

Die Zugehörigkeit zu dem Wahlkörper erlischt:

1. bei Beamten und Geistlichen, wenn sie ihr Amt infolge eines Strafverfahrens oder eines Dienstverfalls verloren haben,
2. bei solchen Personen, die die Zugehörigkeit zum Wahlkörper durch die Doktorwürde erlangt haben, wenn ihnen diese entzogen wird,
3. bei sonstigen Beamten, wenn sie auf Grund eines staatlich geordneten Verfahrens das Recht zur Ausübung ihres Berufes verloren haben.

§ 22. Die wissenschaftlichen Berufsstände wählen vier Abgeordnete. Für die Wahlen der wissenschaftlichen Berufsstände werden die folgenden drei Wahlbezirke gebildet:

1. Kreis und Stadt Braunschweig,
2. Kreise Wolfenbüttel und Helmstedt,
3. Kreise Holzminden, Gandersheim, Blankenburg.

In dem ersten Wahlbezirk sind zwei Abgeordnete, in dem zweiten und dritten Wahlbezirk ist je ein Abgeordneter zu wählen.

§ 23. Dem mehreren Berufsständen angehört, kann nur in dem Wahlkörper wählen, der nach der Reihenfolge des § 10 den anderen Wahlkörpern vorangeht.

#### IV. Besondere Wahlen der öffentlichen Körperschaften.

§ 24. Wahlberechtigt sind:

1. die Landrathskammer,
2. die Stadtrathskammer,
3. die Sanitätskammer,
4. die Arbeitskammer, sobald die Einrichtung von Arbeitskammern gesetzlich angeordnet und durchgeführt sein wird. Dieser Zeitpunkt wird durch landesherrliche Verordnung bestimmt.

§ 25. Jede wahlberechtigte Körperschaft wählt durch ihre Mitglieder, auch wenn sie die Wahlberechtigung nach § 3 nicht besitzen, einen Abgeordneten aus demjenigen Mitglieder, die nach § 6 wählbar sind.

#### V. Ausnahme und Dauer des Auftrages eines Abgeordneten.

§ 26. Die Wahl zum Abgeordneten darf abgelehnt werden. Wer von mehreren Wahlkörpern gewählt ist, kann nur eine Wahl annehmen.

§ 27. Die im Staats-, Provinz-, Gemeinde- und Gemeindefunktionen stehenden Abgeordneten bedürfen keines Urlaubes zum Eintritt in die Landesversammlung. Ihr Dienstverhältnis wird ihnen während ihrer Tätigkeit als Abgeordnete weitergewährt. Die Rechte der Vertretung im Dienste trägt der Staat, für Gemeindefunktionen jedoch die Gemeinde.

§ 28. Die Abgeordneten werden für den Zeitraum von vier Jahren gewählt. Dieser Zeitraum beginnt mit dem 1. Januar des nach Vorahme der regelmäßigen Wahlen (§ 12 des Wahlgesetzes) folgenden Kalenderjahres.

§ 29. Von vier zu vier Jahren oder nach einer Auflösung der Landesversammlung werden sämtliche Abgeordnete neu gewählt.

§ 30. Im Falle der Auflösung der Landesversammlung (§ 147 der V. V. D.) wird der Restabgeordnete

### Lehter Dienst.

Von N. S. Raschimiroff, Sofia.\*)

In den ersten Tagen nach der Kriegserklärung waren die alten Landstürmer, die die Landzunge bewachten, schweigend, angedrückt und schlecht gekleidet. Sie blieben mit ihren Gewehren wach, weil der Feind uns überraschen konnte und verließen tagsüber den Schützengraben nicht, weil oft hinter der felsigen Landzunge ein langes auf-eisernes Ungeheuer hervorkam und jeden am Ufer sich zeigenden Menschen mit Schrapnells überhäufte.

Aber die Tage vergingen, und die Alten fingen an sich zu langweilen. Besonders anläßlich waren die ruhigen sonnigen Herbsttage, die alle Wünsche aufwallen ließen und die Seele mit Gram erfüllten. An solchen Tagen hielt es Vorkas Tschopet, den unruhigsten der acht Landstürmer, nicht im Schützengraben; er machte sich unmerklich fort und schlief am Ufer ein. Dann erschien das eisernen Ungeheuer hinter den Felsen, und wieder begannen Schrapnells das Ufer zu durchschlagen.

„Sie schliefen auf Vorkas!“ Die Alten zielten mit ihren Gewehren und blickten mit aufgerissenen Augen aus dem Schützengraben, um Vorkas zu suchen.

Der Rottenführer, ein alter Unteroffizier mit einem kranken Zahn, desentwegen er ständig einen über den Schmelz gewundenen Verband trug, eilte sich aus dem Schützengraben mit gezücktem Mausergewehr und nahm Vorkas in „Haft“. Dieser ging gehorlich unter dem Takt der Schrapnells vor seinem Führer her und sprang in den Schützengraben und sang: „Der Wind, er heult, der Balkan schüttelt, gleichwie ein Held zu Ruh.“

Tschopet stammte aus Tschirvan und er war es

sehr überdrüssig geworden, nichts zu schlucken zu haben, nicht einmal einen Schnaps. Es langweilte ihn auch das, daß ein Monat seit der Kriegserklärung verstrichen war, ohne daß in ihren Schützengraben eine Stenachricht oder eine Zeitung gefallen war. Sie verrichteten weder eine Arbeit, die Alten, noch waren sie im Kampf. Warum meldete man ihnen nicht, wie es unseren Turpen aing?

Als sich ein Sturm erhob, flüchteten sich die feindlichen Kriegsschiffe weit weg und verschwanden im Nebel, der Himmel wurde schwarz und vereinigte sich mit dem Wasser, und die üppigen Hügel hinter dem Ufer erskauerten wie zum Kampfe. Da wachte das Leben im Schützengraben der Landstürmer auf. Die erkrankten Wächter des menschenleeren Ufers (Alter des Meeres) befehlten sich, Feuer anzumachen, um ihre erkrankten Körper zu wärmen. Endlich öffneten sich ihre Seelen.

„Pst! Teufel, uns verärgert man hier,“ sagte als Erster Vorkas Tschopet.

Die Alten zogen die Augenbrauen zu einer Zickel und sprachen einer nach dem andern:

„Erzähre Gott nicht, Vorkas: einen Tag über den anderen erhältst Du Briefe!“

„Briefe... Das heißt, jeder erhält sie — von Kindern und Enkeln. Gesund sind sie zu Hause geblieben... Briefe!“

„Meine Sorge dreht sich um unser Land, Bruder!“ sagte Tschopet, auf die Alte schlagend. „Weißt Du, was uns beschiden ist?“

Der Rottenführer — mit der verbundenen Wade — stand blöde und stumm da. Er hatte nur einmal gehört — von woher wußte er nicht — daß die Unfruchtbarkeit (Meer) eingenommen hätten. Und er teilte das mit, indem er hinzusetzte: „Aber nach einer schweren Schlacht.“ Tschopet wußte, wo Sopie liegt, aber, da er 1885 in Pirok gewesen war, wartete er, daß diese Stadt fiel. „Von dort führt der Weg überall hin,“ sagte er. Der Rottenführer sagte nichts von Pirok... Die anderen Kameraden Vorkas hatten einst am Kampfe bei Slivnitsa teilgenommen, und auch an der Belagerung Adrianopels vor drei Jahren. Aber sie hatten niemals über diese ihre Vergangenheit gesprochen, weil sie jetzt der unbekannte Zustand — der geheimnisvolle Zustand dort weit in Serbien und in Mazedonien bedrückte.

Eines Morgens sprengte der Grenzfürstler auf die Landstürmer heran. — Erster erfuhren die Landstürmer von ihrem Rottenführer, daß der General kommen würde. Der Unteroffizier nahm die Binde ab und Tschopet fragte ihn:

„Welcher General, Herr Unteroffizier? Heißt er Dobres?“

Der sah ihn erkannt an und antwortete nicht. Vielesitz wußte er nicht, welcher General kommen würde.

Es war wieder Sturm, das Meer spielte höflich, und nachmittags erschien der General an Pferde, nur von zwei Adjutanten begleitet. Die Rote Landstürmer, in Reihe aufgestellt, nahm „Dance“ und antwortete herzlich: „Heil Ihnen, Herr General!“ Tschopet hatte sein veraltetes Dienstkreuz von Slivnitsa an, es an seiner breiten Brust befestigt, aber etwas tiefer, damit es nicht von seinem erkrankten Barke verdeckt würde. Er sah lachend dem General direkt in die Augen. Alle anderen waren mit ernsten Gesichtern, und der General bemerkte Tschopet.

„Woher bist Du, Landstürmer?“ Er hielt direkt bei ihm.

„Aus Tschirvan, Herr General!“ antwortete immer freudig, lachend Tschopet und stützte hinzu: „Erlaubt, Herr General, daß ich mich beklage!“

Weil der General ihn vom Kopf bis zu den Füßen maß und ebenfalls zu lächeln anfang, erhob Tschopet seine Stimme zu folgender Klage:

„Wir wünschen, daß uns Nachrichten gegeben werden, Herr General! Wir sind in Slivnitsa und Adrianopel gewesen, und wir wünschen wieder von Siegen zu hören!“

Tschopet stand mit halbgeöffnetem Munde da und sein Bart zitterte.

„Bist Du nicht Vorkas?“ murmelte der General. Tschopet richtete sich auf wie ein Gestoßener und brüllte:

„An Befehl, Herr General!“

Der Rottenführer stand wie verdonnert, die anderen schritten verwirrt Gefäch. Der General wandte sich zu seinem Adjutanten.

„Er war in meiner Kompanie in Slivnitsa. Wir wurden gleichzeitig verwundet, aber er trug mich fort,“ erklärte er.

Dann wandte er sich wieder zu Tschopet.

„Was für Kienkisten willst Du? Soll auch der ferbliche König in Gefangenschaft sein?“

Während die Landstürmer überrascht zu ihm kamen, fragte er den Rottenführer:

„Wird Euch hier nicht das Bulletin zuachschickt?“

Der Rottenführer blickte aber nichts zu antworten: er hatte kein Bulletin gesehen. Da sagte der General:

„Landstürmer, unsere Soldaten vernichteten den Feind und eroberten Serbien und Mazedonien, Gott ist mit uns, Hurra!“

Ein kräftiges Hurra durchschnitt den Sturm.

Nicht zitterte der Unteroffizier Vorkas, er hielt nach dem Hurra Atem und sagte:

„Erlaubt, Herr General!“

„Erlaubt,“

Aber Tschopet gab keinen Laut von sich; er zitterte am ganzen Körper, der alte Krieger!

„Sprich, sprich!“ ermunterte ihn der General.

„Es leben... unsere... unsere Kameraden, Herr General!“ rief Tschopet unter Tränen und senkte den Kopf.

Der General machte Schritt und sprang sein Pferd an. Doch bald darauf hielt er an und sah seinem Adjutanten etwas. Dieser wandte sich zu den Landstürmern. Sie standen noch in Reih und Glied mit ihrem Rottenführer.

Von moran ab sind die Landstürmer der ersten Einberufung entlassen!“ — sagte der Adjutant. — „Aber werdet schon nach Haus gehen, alte Feinde!“

Der General wirkte dieses Geld für Wein und für die Reise aus!“ — Mit diesen Worten überab er dem Rottenführer zwei Banknoten und trüb sein Pferd dem General nach.

Der Adjutant wandte sich einige Male erkund um: Die Landstürmer riefen nicht Hurra... Aber als die Vorzeichen ganz verschwunden waren, sagte Vorkas Tschopet, indem er die Hände in die Hüften legte und die Beine spreizte:

„Se, aber was haben wir nun vom Krieger?“

Es erhob ein leises Murmeln in der Reihe. Und einer antwortete hurtig:

„Das Vorkas: wir haben unseren Dienst in der Welt beendet... wir sind nicht mehr nötig!“

Am folgenden Tage bewachten sich die Alten in Gräben auf den öden Landstrichen von den Ufern des Meeres nach Thrazien fort.

Sie waren schweigend und ernst. Aber wenn sie einen jungen Soldaten trafen, umarmten sie ihn und trauten ihm laute aus... Und dann schritten sie wieder schweigend und ernst weiter: sie hatten ihren letzten Dienst getan...

\*) Wir entnahmen diese Skizze aus dem soeben erschienenen Buche „Blumen aus dem Balkan“, das eine herrliche Auswahl bulgarischer Gedichte und Erzählungen bietet. Es sind das Nachdichtungen und Uebersetzungen von Otto Müller-Mendel, denen eine Uebersicht über die neuere bulgarische Literatur von Dr. M. Tschopet, ehem. Direktor der Nationalbibliothek Sofia, beifolgt ist. Der Deutsch-Bulgarische Gesellschaft gebührt das Verdienst der Verbreitung in weitere Kreise. Das Buch erschien im Verlag A. Hoffmann u. Co., Berlin.



*Lr. Nr. 10. Nr. 49 vom 27. 12. 1918.*

# Rück- und Ausblicke auf Braunschweigs Wahlrecht.

Die in der Thronrede angekündigten Gesetzentwürfe über die Neuordnung der Zusammenfassung der Landesversammlung und über die Wahlen zu derselben sind jetzt den Mitgliedern der Landesversammlung zur Beratung und Beschlußfassung zugegangen. Wie schon die Thronrede erkennen ließ, weisen die Vorlagen erhebliche Reformen in den Wahlrechtsbestimmungen auf. Vor allem ist das vielumstrittene, nicht mehr zeitgemäße Dreiklassenwahlrecht gefallen. Das Wahlrecht wird nicht mehr abhängig gemacht von einer steuerlichen Leistung auf Grund des Einkommens. Der noch tobende gewaltige Krieg, in dem das deutsche Volk in allen seinen Schichten sich gleichmäßig bewährt, hat hier Wandel geschaffen. Die herzogliche Regierung glaubt es unter diesen Umständen nicht rechtfertigen zu können, wenn bestimmten Schichten der Bevölkerung des Herzogtums das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht vorenthalten wird. Einzelne Einschränkungen, die die Verhältnisse des Einzelhauses nachgemäß erscheinen lassen, werden hier freilich eingeschoben. Es sind dies namentlich die Bestimmungen des § 3, daß der Wähler mindestens 25 Jahre alt sein muß, daß er seit mindestens 3 Jahren die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen und seit mindestens einem Jahre ununterbrochen seinen Wohnsitz im Herzogthume haben muß. Diese Beschränkungen begründet das herzogliche Staatsministerium damit, daß die berufsständischen Wahlen nicht aufgegeben werden können. Der Standpunkt der Regierung hinsichtlich der beraufständischen Wahlen gründet sich darauf, daß Braunschweig nicht das Zweikammersystem besitzt, ebenso, daß man hier nicht die Berufung einzelner Personen als Abgeordnete durch den Landesherren kennt. Durch die berufsständischen Wahlen soll dieser fehlende Faktor ersetzt werden und da die Einrichtung sich bisher durchweg bewährt hat, glaubt die Landesregierung im eigensten Interesse des Landes an derselben unbedingt festhalten zu müssen.

Es ist hier wohl angebracht, einen kurzen Rückblick auf

## die geschichtliche Entwicklung der Landesversammlung

zu werfen. Wie in allen Staaten, die dem Mittelalter entstammen basiert auch der braunschweigische Bantag auf dem Ständerecht. Die Stände vertraten den Landesfürsten gegenüber das Volk. In den westlichen Ländern setzten sich die Stände aus drei Kurien, der Ritterschaft, den Prälaten und den Städten zusammen. Die Bawernschaft war nicht vertreten. Bis zum Jahre 1807 wurde nichts in der Zusammenfassung der Stände geändert. Mit der Schaffung des neuen Königreichs Westfalen änderte sich das Bild. An Stelle der Stände trat eine Repräsentativversammlung nach französischem Vorbilde. Diese Landesvertretung, die aus 100 Personen bestand, brachte dem Lande aber vielmehr dem Volke keine wesentliche Verbesserung, da die Abgeordneten nicht unmittelbar vom Volke, sondern von dem Departementskollegium gewählt wurden. Nach der Rückkehr Friedrich Wilhelms wurde die westfälische Repräsentativversammlung aufgehoben und der Herzog verbriefte eine Verfassung, wie sie für das gemeine Wohl und die Bedürfnisse der Untertanen der Lage des Landes noch am zuträglichsten sei. Zur Erfüllung dieses Versprechens kam er nicht, da ihn ein früher Tod hinwegraffte. Unter der normandisch-ständischen Regierung kam es erst am 25. April 1820 nach langem Drängen zum Erlaß einer neuen Landschaftsordnung. Von einer Verbesserung der Rechte der Vertreterversammlung des braunschweigischen Volkes zeigte die neue Landschaftsordnung keine Spur. Sie kehrte zur Ständeorde zurück und machte nur ein verhältnißmäßig kleines Zugeständnis an die Bauernschaft und die Städte. Erst nach dem Regierungsantritt des Herzogs Wilhelm kam es zu einer durchgreifenden Veränderung. Am 12. Oktober 1832 wurde eine Verbesserung der Landschaftsordnung vorgenommen. Das neue Wahlgesetz war von liberalen Geistes getragen, wenn man auch für angemessen hielt, die alte ständische Einteilung beizubehalten. Die Hauptsache war, daß die Landesversammlung eine konstitutionnelle wurde. Sie bestand aus einer Kammer mit 48 Abgeordneten. Von diesen wählten die Ritter-



schaft 10, die Städte 12, die Landgemeinden 10 und 16 waren gemeinschaftlich zu wählen. Jedem 25jährigen unbefähigten steuerzahlenden Bürger stand das aktive Wahlrecht zu. Die Wahl der städtischen und ländlichen Abgeordneten erfolgte durch Wahlmänner. Das Dreiklassensystem konnte die Verfassung von 1832 nicht. Das „tolle Jahr“ 1848 ging nicht spurlos an der Landesversammlung vorüber. Es wurde die Definitivität der Verhandlungen eingeführt. Am 28. August 1848 einigte man sich dahin, daß die Landesversammlung aus 54 Abgeordneten be-

stehen sollte, und zwar aus 20 städtischen und 34 ländlichen. Davon sollten 26 durch die Höchstbesteuerten gewählt werden. Das Wahlgesetz hatte aber nur einen provisorischen Charakter und sollte erst endgültig geregelt werden, wenn die Frankfurter Verfassungsfragen beendet waren. Befristlich ging aber die freiheitliche Bewegung 1849 in die Brüche, und als im Jahre 1851 der Landtag an die definitive Regelung des Wahlgesetzes ging, hatten sich die Verhältnisse völlig geändert. Man wollte nichts mehr von einer demokratischen Verfassung wissen und es bot sich hier das sonderbare Bild, daß der nach freiheitlicheren Bestimmungen gewählte Landtag sich reaktionärer zeigte als sein Vorgänger, der aus den Ständewahlen hervorgegangen war. Dem allgemeinen Wahlrechte brachte man überhaupt keine Freundschaft mehr entgegen. An Stelle des liberalen Geistes war wieder der konservative getreten, und das Ergebnis war das unterm 30. November 1851 veröffentlichte Gesetz, worauf noch die heutige Zusammenlegung der Landesversammlung fußt. Im Laufe der Zeit sind freilich einige Veränderungen und Verbesserungen vorgenommen, im allgemeinen ist aber die Basis nicht verändert. Nach dem Gesetz von 1851 bestand die Landesversammlung aus einer Kammer von 46 Abgeordneten. Es wählten die Städte 10, die Landgemeinden 12, die Höchstbesteuerten 21 und die Geistlichen der Landeskirche 3 Abgeordnete. Die bedenklichste Neuerung, die das Gesetz brachte, war das Dreiklassensystem. Im Laufe der folgenden Jahre sind, wie schon bemerkt, einige Abänderungen und Verbesserungen erfolgt, das Dreiklassensystem aber ist bestehen geblieben und soll jetzt beseitigt werden. Bedeutende Änderungen brachte das Jahr 1899. Dazu gehört, daß die Wahlen nicht mehr öffentlich durch Abstimmung zu Protokoll, sondern geheim und durch Stimmzettel erfolgten. Die Landesversammlung legt sich aus 48 Abgeordneten zusammen, von welchen 30 durch allgemeine Wahlen, und zwar 15 in den Stadtgemeinden, 15 in den Landgemeinden und die übrigen 18 von den Berufsständen in besonderen Wahlen gewählt werden. Die 14 Städte des

Herzogtums bilden 9 Wahlbezirke. Die Stadt Braunschweig, die 3 Wahlbezirke bildet, hat 8 Abgeordnete zu wählen. Den 4. Wahlbezirk bilden Wolfenbüttel und Schöppenstedt, sie haben 2 Abgeordnete zu wählen. Den 5. Wahlbezirk bildet Helmstedt, den 6. Schöningen und Königslutter, den 7. Holzminden, Stadtholzen und Echershausen, den 8. Gandersheim, Seelen und Bad Harzburg und den 9. Blankenburg und Hasserode. Sie haben je einen Abgeordneten zu ernennen. Die Landgemeinden sind in 6 Wahlbezirke eingeteilt, und zwar Landkreis Braunschweig (3 Abgeordnete), Landkreis Helmstedt (3 Abgeordnete), Landkreis Wolfenbüttel ohne Amtsbezirk Harzburg (3 Abgeordnete), Landkreis Gandersheim mit Amtsbezirk Harzburg (3 Abgeordnete), Landkreis Holzminden (2 Abgeordnete), und Landkreis Blankenburg (1 Abgeordneter). In den wahlberechtigten Berufsständen gehören und es wählen: Die angehenden Geistlichen der evangelischen Landeskirche 2, die Großgrundbesitzer 4, die Gewerbetreibenden 3, die wissenschaftlichen Berufsstände 4 und die Höchstbesteuerten Einkommensteuerpflichtigen 5 Abgeordnete.

Nach dem neuen Gesetzentwurf wird die Landesversammlung gleichfalls aus 48 Abgeordneten bestehen. Davon sollen 30 aus den allgemeinen Wahlen, 14 aus Wahlen der Berufsstände und 4 aus Wahlen öffentlicher Körperschaften hervorgehen. Die Wahl der Abgeordneten ist unmittelbar und geheim. Die allgemeinen Wahlen der Abgeordneten in dem Wahlbezirk der Stadt Braunschweig erfolgen unter Zugrundelegung der Verhältnisswahl, alle übrigen Wahlen durch die Mehrheit aller abgegebenen gültigen Stimmen. Statt der bisherigen 8 Abgeordneten wird nach dem Gesetzentwurf die Stadt Braunschweig demnächst 9 und Wolfenbüttel ohne Schöppenstedt einen Abgeordneten zu wählen haben. Schöppenstedt ist dem bisherigen Wahlbezirk Schöningen und Königslutter zugelegt. Es werden mitteln die Landstädte einen Abgeordneten weniger als bisher zu wählen haben. Für die Hauptstadt ist damit eine in den letzten Jahren oft wiederholte Forderung, auf der Bevölkerungsgrößen einen Abgeordneten mehr zu haben, befristet. Für die fernereitige Gestaltung der allgemeinen Wahlen ist für die Bildung der Wahlbezirke die Einwohnerzahl maßgebend gewesen, und zwar die Einwohnerzahl nach der amtlichen Zählung vom 1. Dezember 1910. Nach dieser Zählung besitzt das Herzogtum überhaupt 494 339 (rund 495 000) Einwohner. Danach entfällt für die allgemeinen (30) Wahlen auf je 16 500 Einwohner ein Abgeordneter. Danach sind der Stadt Braunschweig (143 522 Einwohner) 9 Abgeordnete zuzurechnen. Auf Wolfenbüttel



(18 934 Einwohner) und Helmstedt (16 421 Einwohner) entfallen je ein Abgeordneter. Die übrigen kleineren Städte, von deren Angliederung an benachbarte Landgemeinden Abstand genommen ist, sind unter landtlicher Berücksichtigung der kreis kommunalen Zusammengehörigkeit nach der Einwohnerzahl zu Wahlbezirken zusammengelegt.

### Die besonderen Wahlen der Berufsstände.

Die Berufsstände bestehen aus 1. den Grundbesitzern, 2. den Gewerbetreibenden, 3. den Geistlichen der evangelisch-lutherischen Landeskirche, und 4. den wissenschaftlichen Berufsständen. Die Grundbesitzer sind in zwei Gruppen eingeteilt, von denen die Grundbesitzer mit einem Grundsteuerkapital von mindestens 5000 Mark zwei und die mit einem Grundsteuerkapital von 2000—5000 Mark drei Abgeordnete wählen. Zu dem Wahlkörper der Gewerbetreibenden gehören diejenigen Wahlberechtigten, welche zu einer Gewerbesteuer von mindestens 45 Mark jährlich veranlagt sind. Sie sind gleichfalls in 2 Gruppen eingeteilt. Die erste Klasse (mit mindestens 600 Mark Gewerbesteuer) wird 90 Personen mit 167 508 Mark Gewerbesteuer, die zweite Klasse (45—600 Mark) 1338 Personen mit 159 852 Mark Gewerbesteuer umfassen. Jede dieser Gruppen wählt zwei Abgeordnete. Die Einteilung der Wahlbezirke für die zweite Klasse (Stadt Braunschweig ein Abgeordneter, das übrige Herzogtum ein Abgeordneter) ergibt sich aus dem Betrage der aufzubragenden Gewerbesteuer. — Die Geistlichen, die bislang zwei Abgeordnete wählten, haben nach der neuen Zusammenziehung des Landtages nur einen Abgeordneten zu entsenden. Der Wahlbezirk umfaßt das ganze Herzogtum. — Die wissenschaftlichen Berufsstände wählen 4 Abgeordnete (bisher gleichfalls 4). Besondere Wahlen der öffentlichen Körperschaften finden im Gesetzentwurf die für die Landwirthschaftskammer, die Handelskammer, die Handwerkskammer und die Arbeitskammer. Letztere Organisation muß erst geschaffen werden. Die Stimmen für diese Körperschaften werden dadurch frei, daß die höchststeuernden Einkommensteuerpflichtigen aus dem Wahlkörper ausgeschieden.

### Eine Verhäftigung weiterer Sonderklassen

und Sondervertretungen steht der Entwurf nicht vor. Nach der Begründung des letzteren hat

das Staatsministerium sowohl aus inneren Bedenken als auch auf die notwendige Beschränkung der Zahl der Abgeordneten davon Abstand genommen. Die Landesversammlung wird aber nicht darum hinkommen, sich mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigen zu müssen, denn es ist bereits eine Petition aus den Reihen der berechtigten Kreise an die gesetzgebende Körperschaft abgegangen, die die dringende Forderung stellt.

daß bei der Neuregelung der Zusammenziehung der braunschweigischen Landesversammlung auch der großen Bevölkerungsgruppe der nicht akademisch vorgebildeten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten und Lehrer einerseits sowie den kaufmännischen und technischen Angestellten andererseits je eine berufsständische Vertretung eingeräumt wird.

### Die Verhältnisswahl

fährt der Gesetzentwurf für die Stadt Braunschweig ins Auge, und zwar nach dem Vorbilde von Würtemberg. Dort entfallen von den nach diesem Verfahren zu wählenden 23 Abgeordneten 8 auf die Stadt Stuttgart und 9 und 8 auf zwei Landkreise. Die Wahlen erfolgen auf Grund von Listen, die von mindestens 20 wahlberechtigten Personen in Vorschlag gebracht werden müssen. Die Wahllisten dürfen höchstens 50 Personen benennen, als Abgeordnete zu wählen sind. Berücksichtigt werden nur solche Personen, deren Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag beigebracht wird; auch darf ein zur Wahl Gestellter nur auf einer Liste enthalten sein. Die Wahllisten werden nach Vereinfachung der etwaigen Bearbeiterangaben öffentlich bekanntgemacht. Jeder Wähler ist berechtigt, seine Stimmen beliebigen Personen aus allen Listen zu geben. Die Stimmabgabe für Personen, die auf keiner Liste stehen, ist unzulässig. Jeder Wähler hat so viele Stimmen, als Abgeordnete einheitsförmig zu wählen sind; er braucht aber keine Stimmen nicht auf ebenso viele verschiedene Personen zu erstrecken, sondern kann für nur eine Person bis zu 3 seiner Stimmen abgeben. Zulässig ist der Vorschlag von Ergänzmännern auf jedem Wahlvorschlage bis zu 3 Personen. Diese Ergänzmänner treten aber nur für den vor der Wahl etwa weggefallenen Anwärter ein. Für einen gewählten, später aber weggefallenen Abgeordneten findet keine Ersatzwahl statt, da diese mit der Verhältnisswahl nicht vereinbar sein



würde, sondern es trat im allgemeinen dieselbe Person als Abgeordneter ein, die nach der Wahlvorschlagsliste, zu der der wenigste Abgeordnete gehört, als nächstberechtigter Kandidat in Betracht kommt.

Bei der Ermittlung des Wahlergebnisses wird zunächst festgestellt, wie viele gültige Stimmen insgesamt auf eine Einzelperson abgegeben sind. Dieses Ergebnis wird auf den Wahlvorschlag, dem der Betreffende angehört, eingetragen. Auf diese Weise wird ermittelt, welche Zahl gültiger Stimmen jeder Wahlvorschlag erhalten hat. Alsdann erfolgt die Verteilung der Stellen auf die Wahlvorschläge (Listen). Innerhalb des einzelnen Wahlvorschlages entscheidet für die Erlangung einer Stelle die Zahl der der Einzelperson zugefallenen Stimmen, bei Stimmengleichheit die Reihenfolge der Personen.

Die Verhältniswahl ist deshalb vorgelesen, um den in der Unübersichtlichkeit bei den allgemeinen Wahlen gebliebenen Parteilern Gelegenheit zu geben, durch einen Abgeordneten in der gegebenen Körperschaft vertreten zu sein.

### Die Wahlpflicht.

Der bislang für die indirekten (Männer-)Wahlen und für die berufständischen Wahlen vorgeordnete Wahlzwang ist bei der jetzt vorgeschlagenen Ausgestaltung des aktiven Wahlrechtes nicht aufrechterhalten worden, da nach Ansicht der Regierung ein Wahlzwang für die allgemeinen Wahlen nicht durchführbar ist und ausschließlich für die berufständischen Wahlen nicht gerechtfertigt sein würde. Ueber diesen Punkt kann man verschiedener Ansicht sein und den Wahlzwang für wohl durchführbar bei den allgemeinen direkten Wahlen halten. Der Verfassungsausschuss des preussischen Abgeordnetenhauses hatte sich dieser Tage mit dem Wahlzwange zu beschäftigen und hat ihn gegen die Stimme des Sozialdemokraten und des Polen angenommen. Auch in anderen außerdeutschen Ländern ist der Wahlzwang eingeführt, so in einzelnen österreichischen Kronländern, wo nach den vorliegenden statistischen Mittheilungen vorzügliche Ergebnisse im Hinblick auf die Wahlbeteiligung gemacht sind. Bei den Wahlen von 1907 fanden die Beteiligungsziffern in diesen Gebieten zwischen 82,5 und 85,3 Prozent, in den anderen Kronländern, die den Wahlzwang nicht hatten, zwischen 70,8 und 84,8 Prozent. Ueber die Gründe, weshalb die Wahl-

pflicht zum Rechtsgrundjah zu erheben ist, hat sich in Nr. 13 der „Neuesten Nachrichten“ vom 16. Januar d. Js. der bekannte Kieler Universitätsprofessor Dr. J. Reale ausführlich geäußert. Bislang sind auch in Braunschweig mit der Wahlpflicht gute Erfahrungen gemacht. Sie wurde in das Gesetz von 1851 nach dem Vorgange Belgiens und der Schweiz aufgenommen. Die Bestimmung von 1851 im Wahlgesetz, daß zur Vornahme einer gültigen Wahl „mindestens die Hälfte“ der Wähler erforderlich ist und daß den anenthaltendst ausgebliebenen Wählern die Kosten des vertheilten Wahlverfahrens anzuverleihen ist, wurde später durch Einführung eines indirekten Wahlzwanges ersetzt. Es wurde keine Zahl der nötigen Wähler zu einer gültigen Wahl mehr bestimmt, aber es werden fehlende anenthaltendstige Wähler in eine Vermögensstrafe von 10 Mark genommen. Die Strafe fließt zu Wohlthätigkeitszwecken in die Kasse des Kreiskommunalverbandes, in dem der Wahlberechtigte seinen Wohnsitz hat. Als Entschuldigungsgrund gelten, wenn gehörig bescheinigt, Krankheit, unauflösliche und persönlich zu erledigende Geschäfte im Staats-, Gemeinde- und Kirchendienst, eine mindestens 40 Kilometer betragende Entfernung vom eigenen Wohnsitz und zugleich vom Wahlort am Tage der Wahl, und Behinderung durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle. Letzte, Wohlthäter ohne Gehilfen und Personen, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben, sowie bei den besonderen Wahlen der Berufstände die Wahlberechtigten des Amtsbezirks Thebdinghausen unterliegen der Strafbestimmung nicht. Wie schon bemerkt, sind die Erfahrungen, die man mit der Wahlpflicht in Braunschweig machte, gute. Das Gesetz wird streng gehandhabt, und wer nicht nach dem Wortlaut der Strafbestimmung sich entschuldigen kann, wird in Strafe genommen. Aber das Ergebnis der Strafen ist stets ein geringes gewesen, denn die Beteiligung der Wähler war am Wahltag eine sehr rege und es fehlten nur wenige, die sich nicht gültig entschuldigen konnten. Die technischen Schwierigkeiten, die sich der Fortführung des Wahlzwanges etwa entgegenstellen könnten, müssen doch zu beseitigen sein, denn unüberwindlich sind sie nicht. Es wird daher bei der Beratung der neuen Vorlage auch die Angelegenheit einer Ermäßigung und eingehenden Beratung zu unterziehen sein. Was sich in der Vergangenheit gut bewährt hat, sollte man der Zukunft nicht vorenthalten.



# Bedingte Kompromißbereitschaft der braunschweigischen Regierung in der Wahlrechtsfrage.

Die Regierung lehnt das Mehrstimmenrecht für den Grundbesitz ab und verwirft die Uebertragung des allgemeinen Wahlrechts auf die Gemeindewahlen.



L. Lentz vom 20. Mai 1918.

Braunschweig, 29. Mai.

Der Landtag hat gestern die allgemeine Aussprache über die Wahlrechtsvorlage und das Gesetz betr. die Zusammensetzung der Landesversammlung fortgesetzt. Wie weit die Meinungen auseinandergehen, zeigen die verschiedenen Änderungsanträge, die zu der Regierungsvorlage und zu den Kommissionsvorschlägen gemacht worden sind. Die Regierung hat aus den Verhandlungen bereits den Schluß ziehen können, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit für ihre Vorlage nicht vorhanden ist. Sie behält sich ihre Stellungnahme vor und erklärt, daß sie in einzelnen Punkten noch mit sich reden lassen werde. Es wird also aus dem Kompromiß der Kommissionsberatung noch ein Kompromiß des Plenums, der Kommission und der Regierung hervorgehen. Mit erfrischender Deutlichkeit hat die Regierung erklären lassen, daß sie, wenn sie den kleinen Finger reicht, nicht die ganze Hand hingeben wissen will, d. h. daß sie für eine Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts für die Kommunalwahlen nicht zu haben ist. Damit sind Befürchtungen zerstreut worden, die in den Kreisen der ländlichen Abgeordneten aufgetaucht waren. Diese Erklärung der Regierung wird nicht ohne Einfluß sein auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen, und mit ihr ist auch über das Schicksal eines noch im Schoße der Stadtverordnetenversammlung in Braunschweig ruhenden Antrages entschieden. Vorläufig sind die Verhandlungen über die beiden Gesetze abgebrochen worden, um der Kommission Gelegenheit zu geben, die Anträge in die Vorlagen hineinzuarbeiten. Dazu ist ihr eine Frist bis 11. Juni gesetzt, an welchem Tage der Landtag aufs neue zusammentritt. Was dann wird und geschieht, das kann man aus einer Äußerung des führenden Abgeordneten der ländlichen Gruppe des Landtages herauslesen, der von einer Anlehnung an das preussische Vorbild sprach.

Am Ministertische: Staatsminister Wolff, Minister Boden, Minister Krüger.

Präsident Metemeyer eröffnete die Sitzung nach 10½ Uhr. Er bat zunächst die Herren, die gestern die Regierungsvorlage oder den Kommissionsbericht bekämpft haben, ihre Ansichten in Form von Anträgen schriftlich zu überreichen.

Das Haus trat darauf in die

### **Fortsetzung der Beratung der Wahlrechtsvorlage und des Gesetzes über die Zusammensetzung des Landtages**

ein. Zunächst erariff

Abg. Wessel

das Wort. Er stellte fest, daß von den 48 Abgeordneten 18 den Sozialdemokraten ausfallen würden und trat für einen besseren Schutz der kleinen Städte ein. Er ist nicht in der Lage, für die Regierungsvorlage zu stimmen.



men, und er möchte vorschlagen, die berufsständischen Wahlen zu erweitern, in der Weise, daß die Landwirthe mit unter 2000 Mark steuerlichem Grundbesitz noch zwei Sitze erhalten, und zwei Sitze die Gewerbetreibenden, die noch nicht berücksichtigt sind, auch die Hausbesitzer könnten vertreten sein. In der Kommission habe er sich gegen die Pluralstimmen bei den allgemeinen Wahlen gewehrt. Für das Richtige würde er es halten, wenn man das Pluralsystem wieder ganz herausarbeite und die Verhältnisswahl auch für das Land und die kleinen Städte annehme. Für die berufsständischen Wahlen würde er 27 Vertreter vorschlagen. Bei den allgemeinen Wahlen auf Grund des Verhältnisswahlrechtes würden 30 Abgeordnete bestehen bleiben können. Die Leidtragenden sind bei der Reform die kleinen Städte. Lassen Sie uns hier nach dem Kaufmännischen Rezept verfahren: die That ist alles. Ich bitte Sie dringend, den Vorschlägen, die ich gemacht habe, Ihre ernsteste Aufmerksamkeit zu schenken.

#### Abg. Dr. Roth:

Wir sind uns einig, daß das jetzige Wahlrecht fallen muß, aber ich möchte vor einer zu großen Demokratisierung des Wahlrechtes warnen. Ich halte es für durchaus begreiflich, daß die Kommission Sicherungen schaffen wollte. Ich bitte dringend, daß auch diejenigen, die mit dem Kommissionsbeschluß nicht voll gehen können, doch diesen Vorschlägen zustimmen und auch die Verhältnisswahl annehmen, denn wir dürfen nicht auseinandergehen, wie beim Hornberger Schießen.

#### Abg. Meyerhoff:

Hier darf keine Partei majorisiert werden. Das ist mein Prinzip. Gleichheit mag ja möglich sein. Uebermacht nicht. Der Abg. Pust stellt sich in Widerspruch zu unserem Ansiedlungsgesetz, das festhätte Bürger schaffen will. In betreff des § 12 der Regierungsvorlage möchte ich keine Differenz angesetzt sehen, es müßte heißen: Besitzer von einem Morgen Land an. Dasselbe möchte ich bei den Gewerbetreibenden vorschlagen. Diese beiden Punkte sind noch plutokratischen Charakters. Ich bin nicht so gläubig in bezug auf die Sozialdemokraten wie der Abg. Mlotz. Vor dem Einzug der großen Masse möchte ich den Landtag bewahren. Wenn diese sich von der Direktion von Berlin befreien könnte, so ließe sich leichter mit ihr verhandeln. Ich bin für gleiches Recht für alle. Darum muß durch berufsständische Wahlen ein Gegengewicht geschaffen werden.

#### Abg. Schulz

rechtfertigt noch einmal den Standpunkt der Kommission. Er tritt besonders den Ausführungen des Abg. Dedekind entgegen und führte aus: Die Regierungsvorlage hat in viele Kreise, die staatserbaltenden, nicht Verhütung, sondern Beunruhigung gebracht. Durch Gewährung einer Zusatzstimme an das bodenständige Element wollten wir Sicherungen für die etwaige Gestaltung des Gemeindevahlrechtes schaffen. Hiergegen bieten auch die Vorschläge, daß die Hälfte der Abgeordneten hier aus berufsständischen, die Hälfte aus allgemeinen Wahlen hervorgehen soll, nicht genügend Sicherungen. Die Zusatzstimmen kommen gerade den Vertretern der bisher nicht vertretenen dritten Klasse zugute.

#### Abg. v. Gramm:

Für die Regierungsvorlage in der vorgelegten Form kann ich nicht eintreten, da sie nicht genügend sichert. Weil wir das Zweikammersystem nicht kennen, müssen wir darauf Bedacht nehmen, allen Kräften, die im Staate tätig sind, eine gerechte Vertretung zu schaffen. Er möchte beantragen:



Ein Gesetz zu schaffen, in dem unverändert bleiben:

die Vertretung der Geistlichen der lutherischen Landeskirche mit zwei Sitzen,

der Grundbesitzer mit den von der Regierung vorgeschlagenen Mindestsätzen mit vier Sitzen,

der wissenschaftlichen Berufsstände mit vier Sitzen,

ferner dafür einzutreten, daß die Zahl der Vertreter der Gewerbetreibenden von drei auf vier erhöht wird und die Wahlberechtigten der Städte auf zehn, die der Landgemeinden auf elf festgesetzt wird.

Das Wahlverfahren bleibt hier das gleiche wie bisher. Von öffentlichen Körperschaften wählen die Landwirtschaftskammer, Handelskammer, Handwerkskammer und Arbeitskammer je einen Abgeordneten, ebenso die Staatsbeamten.

Auch Handel und Verkehr sollen Vertretung haben. Als Vertreter der Arbeiterchaft werden zehn Abgeordnete gewählt; fünf auf dem Lande und fünf in der Stadt, auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts.

#### Abg. Wessel

ist für die Erweiterung der Berufsstände von 18 auf 27 Sitze.

#### Abg. Deumeland

kann sich für das Wahlgesetz der Regierung nicht erwärmen. Die berufsständischen Wahlen sind am Platze. Landwirtschaft, Industrie usw. bilden eine große Berufsgruppe und senden ihre Vertreter nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht in den Landtag. Unser Mittelstand, die stärkste Gruppe im Herzogtum, kommt in der Vorlage gar nicht zum Zuge. Das Gemeindewahlrecht wird später nicht zu halten sein, wenn das Landtagswahlrecht auf Grund des allgemeinen und direkten Wahlrechts abgeändert wird. Er möchte dafür eintreten, daß die Grenze für Grundbesitzer auf unter 2000 Mark Grundsteuerkapital herabgesetzt wird.

#### Abg. Klotz I

hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Landesversammlung wolle beschließen, in § 3 des Gesetzes zu sagen: „Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme.“ In § 9: „Die 14 Städte des Herzogtums bilden drei Wahlbezirke. Die Städte wählen 18 Abgeordnete, davon Braunschweig 7 und die übrigen zusammen 6.“ In § 10: „Die Landgemeinden werden in vier Bezirke eingeteilt, der Landkreis Braunschweig wählt drei Abgeordnete, Wolfenbüttel ohne Garzburg drei Abgeordnete, Landkreis Helmstedt drei Abgeordnete und die übrigen fünf Abgeordnete.“ Den § 13 aber wie folgt abzuändern: „Die erste Gruppe wählt drei, die zweite Gruppe vier Abgeordnete.“

#### Abg. Herzberg

möchte bitten, die allgemeine Aussprache nicht zu sehr auszudehnen. Die einzelnen Wünsche können ja immer noch bei der Spezialdebatte erörtert werden.

#### Abg. Lambrecht

erkennt an, daß die Kommission sich rechtlich bemüht hat, einen Ausblick zu finden und etwas Brauchbares zu schaffen. Wir haben unsere Schuldigkeit getan, wenn wir den Wünschen so weit entsprochen haben, wie möglich. Die Redner, die hier zu Worte gekommen sind, sind für alle möglichen Stände eingetreten, nur nicht für den Stand, dem ich angehöre. Ich möchte bitten, nehmen Sie die Kommissionsbeschlüsse an. Dann haben wir wenigstens etwas erreicht.



#### Abg. Südekum:

Die Regierungsvorlage hat zwar bei weiten Kreisen im Herzogtum eine sympathische Aufnahme gefunden. Große Kreise vermissen hier aber alle die Sicherungen, die die ruhige Weiterentwicklung unseres engeren Vaterlandes gewährleisten. Besonders anerkannt werden muß die Bereitwilligkeit der Regierung. Mit den ganz extremen Forderungen der linksstehenden Partei kann sich hier im Hause niemand einverstanden erklären. Sie haben von allen Rednern die gleiche Beurteilung erfahren. Der wirtschaftliche Kampf wird vielleicht noch schärfere Formen annehmen, als der Kampf da draußen. Darum muß man nach Sicherungen Umschau halten und solche verlangen. Meine Zustimmung vermag ich der Regierungsvorlage nicht zu geben, werde aber jedem anderen Vorschlage zustimmen, der die Sicherungen vermehrt. Der Mittelstand hat im Kriege am meisten gelitten. Ihm muß Rechnung getragen werden. Es werden nicht Arbeiter sein, die hier einziehen werden. Mit denen könnte man reden. Es werden die Beute hier einziehen, die ihren Beruf in der Verheerung der Massen sehen. Was aus einem Reiche wird, in dem diese die Uebermacht erhalten, das hat man im großen Rußland erlebt. Wehe uns allen, wenn solche Kräfte zur Herrschaft gelangen. Dann haben wir diesen großen Weltkrieg umsonst gekämpft. Ich werde jeden Vorschlag unterstützen, der den vernünftigen Zeitforderungen Rechnung trägt, auf der anderen Seite aber die vernünftige Basis nicht verliert.

#### Abg. Dr. Wolters

will mit seinen Ausführungen nur zur Klärung der Lage beitragen. Er möchte folgenden Antrag stellen:

Die Landesversammlung steht in der Frage der allgemeinen Wahlen grundsätzlich auf dem Boden der Regierungsvorlage. Bei den besonderen Wahlen tritt sie für Gleichstellung der aus den allgemeinen Wahlen und aus den berufständischen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten ein. In erster Linie wird die Zahl auf 30 festgesetzt, in zweiter Linie wird eine Verringerung dieser Zahl auf 27 Abgeordnete vorgeschlagen.

#### Abg. Floto I

begründet seinen Antrag und bemerkt, er habe nur versucht, einen Mittelweg zu finden, und möchte dafür eintreten, wenn es möglich ist, die Vorschläge der Kommission zu halten. Nur in der Hauptfrage der Pluralwahl hat er sich der Regierungsvorlage angeschlossen. Er möchte aber für eine Ausdehnung der Verhältniswahl auf alle Kreise eintreten.

#### Abg. Behr

wendet sich gegen einige Ausführungen des Abg. Bessel.

#### Abg. Tacke:

Für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht kann ich mich nicht erwämen und schließe mich dem Abg. Südekum an, wenn er sagt, daß noch einmal eine Zeit kommen wird, wo man den Tag verflucht, an dem in Preußen dieses Wahlrecht eingebracht worden ist, und doch liegen in Preußen die Verhältnisse dafür noch wesentlich günstiger, als bei uns in Braunschweig. Eine Hauptfrage für die Landbevölkerung ist, daß diesem Landtagswahlrecht auch eine Aenderung des Gemeinde-Wahlrechts folgen wird. Die berufständischen Wahlen müssen so aufgebaut werden, daß sie die Interessen der Berufsangehörigen wirklich vertreten. Vor allem muß der Mittelstand geschützt werden.



Abg. Wessel

bemerkt, daß er nicht die Absicht hatte, den Abg. Behr zu mißkreditieren.

## Staatsminister Wolff

gibt dann namens der Regierung folgende Erklärung ab:

In Uebereinstimmung mit meinen Kollegen ziehe ich aus dem bisherigen Verlaufe der Beratungen den Schluß, daß für die Regierungsvorlage keine Zweidrittel-Mehrheit zu erreichen ist. Diese Erwägung gibt mir Veranlassung zur Abgabe einer Regierungserklärung, der ich einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken möchte, um Mißverständnisse zu beseitigen. Nicht erst der Krieg hat der Herzoglichen Landesregierung Veranlassung gegeben, auch eine Vertretung der breiten Volksschichten im Landtage zu schaffen. Das ist nicht der Fall. Schon im Jahre 1912 war man der Ansicht in der Regierung, daß eine Vertretung der arbeitenden Klassen im Landtage geschaffen werden muß. Sie sollen auch zur Mitarbeit an den Aufgaben des Staates herangezogen werden. Die Bewährung der breiten Massen des Volkes während des Krieges liegt nicht allein in der Haltung der Arbeiter als Kämpfer bei der Verteidigung des Vaterlandes, sondern noch viel mehr darin, daß die breiten Volksmassen den internationalen Standpunkt verlassen haben und zu einem nationalen Standpunkt zurückgekehrt sind.

**Das ist eine löstliche Errungenschaft!**

Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist aber ein Palladium des Volkes, dem entsprochen werden muß, wenn Deutschland auch in einem künftigen Weltkriege schlagkräftig bleiben soll. Die Regierung steht auch auf dem Standpunkte, daß Sicherungen vor einem Ueberwiegen der Arbeiterschichten vorhanden sein müssen. Auf Pluralstimmen für den Grundbesitz kann sich die Regierung nicht einlassen. Ueber alles andere läßt sich reden. Die Regierung ist aber

nicht gewillt, das allgemeine Wahlrecht auch auf die Gemeindevahlen zu übertragen.

Abg. Dr. Schmidt

möchte an die Landesregierung die Frage richten, ob sie bereit sein würde, eine Bestimmung mit aufzunehmen, daß ein Gesetz über die Aenderung des Gemeindevahlrechts nur mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden könne. Mit dieser Bestimmung würden die Besorgnisse des flachen Landes gehoben werden.

Abg. Denmeland

stellt den Antrag:

nur ständische Wahlen mit Einschluß und ausreichender Vertretung der Arbeiterschaft vorzuschicken.

Abg. Dr. Wolters

möchte empfehlen, die Aussprache nicht weiter auszu dehnen, sondern alle Anträge der Kommission zu überweisen, die daraufhin ihre Beschlüsse neu ausarbeiten möge.



#### Abg. Kleve

stellt folgenden Antrag:

„Die Landesversammlung beschließt, den §§ 2, 8 und 9 der Regierungsvorlage folgende Fassung zu geben:

Die Wahl ist unmittelbar und geheim unter Zugrundelegung der Verhältnisswahl. Die 14 Städte des Herzogthums bilden zwei Wahlbezirke. Die Stadt Braunschweig wählt 9 Abgeordnete, die übrigen Städte wählen 6 Abgeordnete. Die Landgemeinden werden in zwei Wahlbezirke eingetheilt und wählen insgesamt 15 Abgeordnete.“

Der Abgeordnete begründete darauf seinen Antrag und bekannte sich als warmer Freund der Verhältnisswahlen. Durch Einführung dieses Systems schaffen wir die unglücklichen Stichwahlergebnisse aus der Luft. Wir können in Braunschweig nur ein einheitliches Wahlrecht brauchen. Für ein verschieden gestaltetes Wahlrecht ist unser Land zu klein. Durch die Grundsätze der Verhältnisswahl würden auch die scharfen Wahlkämpfe fortfallen.

#### Abg. Dedekind

stellt folgenden Antrag:

Die Landesversammlung beschließt, bei den neuen Vorschlägen, die die Wahlrechtskommission ausarbeitet, soll darauf Bedacht genommen werden, ob nicht die in Paragraph 8 der Regierungsvorlage vorgeschlagene Zusammenlegung der Städte beseitigt werden kann.

Hierauf wurde beschlossen, die eingegangenen Anträge der Kommission zu überweisen und dieselben aufzugeben, ihre Beschlüsse auf Grund der geäußerten Wünsche umzuarbeiten.

Ueber die Frage, wann

#### die nächste Sitzung

anzuberaumen sei, entspann sich eine lebhafte Aussprache.

Abg. Lambrecht schlägt vor, die noch vorliegenden kleinen Sachen am Donnerstag zu erledigen und dann den Landtag zur Weiterberatung der Wahlrechtsvorlage bis nach der Ernte zu vertagen.

Präsident Netemeyer fand diesen Zeitpunkt für zu weit hinauszgeschoben.

Abg. Behr stimmte dem Abg. Lambrecht bei.

Abg. Floto I ist dagegen und schlägt vor, die Beratung am Dienstag fortzusetzen.

Abg. Lambrecht erwähnt, daß im Herbst das preussische Abgeordnetenhaus mit der Wahlrechtsvorlage fertig sei und man sich dann an diese Vorlage etwas anlehnen könne.

Abg. Kleve erwähnt, daß der Landwirt im Herbst noch viel weniger Zeit habe als jetzt. Darum sei er dafür, die Vorlage jetzt weiter zu beraten.

Abg. Lambrecht stellt den Antrag, den Landtag bis zum 20. August zu vertagen.

Abg. Wessel schlägt vor, am nächsten Dienstag wieder zusammenzutreten.

Der Antrag Lambrecht wird darauf abgelehnt.

Staatsminister Wolff bittet, wenigstens die nächste Woche zu pausieren. Darauf wird beschlossen, die nächste Sitzung am Dienstag, den 11. Juni, anzuberaumen.

Schluß der Sitzung 1¼ Uhr.



# Ausführungsvorschriften

für die in der forstlichen Republik Braunschweig vorzunehmenden Neuwahlen für die Gemeinderatsmitglieder (Stadtvorordnungen und Gemeinderatsmitglieder).

§ 1. Wahlberechtigt für die Stadtvorordnungen und Gemeinderatsmitglieder sind unter der Voraussetzung des § 1 des neuen Wahlgesetzes vom 15. November d. J. alle Reichsbürger, welche in der betreffenden Gemeinde ihren Wohnsitz haben.

§ 2. Zum Zwecke der Wahlen sind unverzüglich nach Veröffentlichung dieser Ausführungsvorschriften in den Städten vom Stadtmagistrat, in den Landgemeinden vom Gemeindevorsteher die Wählerlisten aufzustellen. Die Listen sind mindestens vierzehn Tage vor dem Wahltermin eine Woche lang an einem geeigneten Orte öffentlich auszuzeigen. Der Beginn der Auslegung ist in ordnungsgemäßer Weise vorher bekannt zu machen. Einmalige Beschwerden sind spätestens eine Woche nach geschlossener Auslegung der Listen vorzubringen. Es haben darüber in den Städten der Stadtmagistrat und in den Landgemeinden der Gemeinderat zu entscheiden.

§ 3. Für die bis zum Wahltag in der betr. Gemeinde noch eintreffenden Beurlaubten oder entlassenen Soldaten, die sich bei der Ortspolizeibehörde anmelden und sich darüber durch eine Bescheinigung ausweisen, sind nach Abschluß der im § 2 erwähnten Listen Nachtragslisten anzufügen. In diese Nachtragslisten sind jedoch nur solche Soldaten aufzunehmen, die in der betreffenden Gemeinde ihren Wohnsitz zu nehmen beabsichtigen.

§ 4. Hinsichtlich der Abwicklung der Wahlhandlung sowie hinsichtlich des Aufzählungsverfahrens finden die Vorschriften der Städteordnung (§§ 32 bis 39) und der Landgemeindevorordnungen (§§ 25 bis 32) Anwendung, soweit sich nicht aus dem neuen Wahlgesetz und diesen Ausführungsvorschriften etwas anderes ergibt.

§ 5. Nach Fertigstellung der Wählerlisten erläßt der Stadtmagistrat bzw. der Gemeindevorsteher eine öffentliche Aufforderung an die Wahlberechtigten zur Teilnahme der Wahl. Der Tag der Wahl ist so anzuberaumen, daß zwischen der öffentlichen Aufforderung und der Wahlhandlung ein Zeitraum von mindestens 14 Tagen liegt. Mit der öffentlichen Einladung zur Wahl ist die Aufforderung zu verbinden, bei dem Stadtmagistrat bzw. dem Gemeindevorsteher spätestens bis zu einer bestimmten Stunde des letzten Tages vor der Wahl Wahlvorschläge einzureichen. Dabei ist anzugeben, wie die Wahlvorschläge beschaffen sein müssen. Der Wahltag kann ein Sonntag sein.

§ 6. Die Bekanntmachung der öffentlichen Aufforderung erfolgt:

1. in den Landgemeinden durch Aufschlag an der Verlautbarungstafel des Gemeindevorstehers und an mindestens noch einem zweiten geeigneten Orte (z. B. Wirtshaus);
2. in den Städten durch Aufschlag im Rathaus und durch Einrücken in das oder die für die Bekanntmachung des Stadtmagistrats üblichen Blätter.

Die Nachweise über die hienach erfolgte Bekanntmachung sind den Wählern anzuschließen.

§ 7. Jede Wahlvorschlagsliste muß förmlich Namen von Bewerbern oder Bewerberinnen enthalten, als Gemeindevorsteher zu wählen sind, mit in der Stadt Braunschweig 30, in den Städten über 5000 Einwohnern 18, in solchen bis zu 5000 Einwohnern 9, in den ländlichen Gemeinden 9, in solchen von weniger als 250 Einwohnern 6. Sie muß von 5 (fünf) in der Wählerliste der betr. Gemeinde stehenden Personen unterzeichnet sein. Neben den vorgeschlagenen Kandidaten dürfen bis zu drei Ersatzpersonen benannt werden, welche in der Reihenfolge, in der sie aufgeführt sind, als Wahlamtsvertreter eintreten, wenn bis zum Wahltag einer oder mehrere vorgeschlagene Bewerber wegfallen. Der Eintritt erfolgt an letzter Stelle.

Die Wahlbewerber und Ersatzpersonen sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und so zu bezeichnen, daß ihre Person unzweifelhaft zu erkennen ist. Auch ist von jedem Vorschlagsnamen eine schriftliche Erklärung beizufügen, daß der Aufnahme in die Vorschlagsliste zugestimmt wird. Ein Bewerber oder eine Ersatzperson darf sich nur einmal vorlaglegen lassen.

Die Unterschriften einer Wahlvorschlagsliste haben bei der Einreichung derselben einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter aus ihrer Mitte zu benennen, die zu ihrer Vertretung dem Stadtmagistrat bzw. dem Gemeindevorsteher gegenüber als ermächtigt für die Verhandlungen gelten. Fehlt es an einer solchen Benennung, so gilt der erste Unterschriften als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander derart verbunden werden, daß sie gegenüber anderen Wahlvorschlägen als einziger Wahlvorschlag behandelt werden. Dies erfolgt dadurch, daß der Unterschriften der betreffenden Wahlvorschläge oder die Vertrauensmänner spätestens sechs Kalendertage vor dem Wahltag über einstimmend dem Stadtmagistrat bzw. dem Gemeindevorsteher gegenüber schriftlich erklären, daß die Vorschläge miteinander verbunden sein sollen.

§ 8. Das vom Stadtmagistrat beauftragte Mitglied bzw. der Gemeindevorsteher hat die eingereichten Wahlvorschlagslisten zu prüfen und Mängel, welche die Ungültigkeit der Liste oder einzelner Wahlvorschläge zur Folge haben müssen, durch Benennung mit dem Vertrauensmann zu beheben, welcher hierbei auf die im § 9 Abs. 4 bestimmte Frist hinzuweisen ist.

§ 9. Ungültig ist eine Wahlvorschlagsliste, wenn sie

1. verfaßt ist; oder
2. nicht die erforderliche Zahl gültiger Unterschriften oder
3. nicht die erforderliche Zahl gültiger Vorschlagsnamen Bewerber enthält.

Einzelne Wahlvorschläge sind ungültig,

1. wenn der Vorschlagsname nicht in einer der Vorschriften des § 7 Abs. 2 entsprechenden Weise bezeichnet ist;
2. soweit die Zahl der Vorschlagsnamen über die zulässige Zahl (§ 7 Abs. 1) hinausgeht;
3. wenn die Aufzählungsverordnung des Vorschlagsnamen fehlt;
4. soweit ein Vorschlagsname auf mehr als einer Liste enthalten ist. In einem solchen Falle ist der Vorschlagsname derjenigen Liste zuzurechnen, auf der er an oberster Stelle steht. Steht er auf mehreren Listen an gleicher Stelle, so ist er derjenigen Liste zuzurechnen, welche zuerst eingebracht ist.

Auf Verlangen des Vertrauensmannes ist eine Bescheinigung des Stadtmagistrats bzw. des Gemeindevorstehers über die Nichtanerkennung herbeizuführen.

Die Entscheidung der Mängel durch die Vertrauensmänner muß spätestens bis zum Ablauf des 6. Tages vor dem Wahltag herbeiführen.

§ 10. Die Vorschlagslisten sind nach der Reihenfolge ihres Einbringens mit Namen versehen. Nach Ablauf der in § 9 Abs. 4 bestimmten Frist ist Entscheidung darüber zu treffen, welche Wahlvorschlagsliste als gültig anzuerkennen und welche als ungültig zu erklären sind.

Von der letzten Entscheidung sind die Vertrauensmänner in Kenntnis zu setzen.

Rechtsens am 6. und spätestens am 4. Tage vor dem Wahltag sind die endgültig festgestellten Wahlvorschlagslisten in der durch § 6 vorgeschriebenen Weise in der Reihenfolge des Eintrags, aber unter Beibehaltung der Namen der Unterschriften vom Stadtmagistrat bzw. dem Gemeindevorsteher bekannt zu machen. Dabei ist nochmals auf Ort, Tag und Stunden der Wahl hinzuweisen, und bekannt zu geben, wie die Stimmzettel beschaffen sein müssen (§ 11). Ausgesondert ist darauf hinzuweisen, daß nur solche Stimmzettel gültig sind, welche mit den bekanntgemachten Vorschlägen genau übereinstimmen (§ 11, Ziffer 4 und 5).

§ 11. Ungültig sind Stimmzettel,

1. welche nicht von reinem Papier sind;
2. welche mit einem Kennzeichen versehen sind;
3. wenn sie eine Verwundung oder einen Vorbehalt gegenüber dem Wahlzettel enthalten;
4. wenn die Reihenfolge der Vorschlagsnamen nach der Vorschlagsliste nicht eingehalten oder eine Reihenfolge nicht erkennbar ist;
5. wenn der Stimmzettel gegenüber der eingereichten Vorschlagsliste Streichungen oder Abänderungen enthält;
6. wenn ein Wähler mehrere verschiedene Stimmzettel abgegeben hat;
7. wenn auf einem Stimmzettel mehr Namen als die Anzahl der zu wählenden beträgt, so werden sie unbenutzbar und zerstört. Die ungültigen Stimmzettel kommen bei Feststellung des Wahlergebnisses nicht in Betracht.

§ 12. Die zu besetzenden Sitze werden auf die einzelnen Wahlvorschläge im Verhältnis der ihnen anfallenden Stimmen verteilt. Zunächst wird festgestellt, wie viele Stimmzettel für jede Vorschlagsliste abgegeben sind. Die gewonnenen Zahlen werden nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt. Von den hierbei ergebenden Teilzahlen werden die ersten Teilzahlen der Größe nach angeordnet, als Sitze zu besetzen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält somit Sitze, als auf ihn Stimmzettel entfallen. Wenn die an letzter Stelle stehende Teilzahl auf mehrere Wahlvorschläge gleichmäßig entfällt, entscheidet das Los.

Sind Wahlvorschläge miteinander verbunden (§ 7 letzter Absatz), so ist schlußendlich, wieviel Stimmzettel auf die verbundenen Wahlvorschläge zusammengefallen sind, zu berücksichtigen. Verbundene Wahlvorschläge werden mit der Gesamtzahl der auf sie entfallenden Stimmzettel als ein Wahlvorschlag in Rechnung gestellt. Die ihnen anfallenden Sitze werden auf die einzelnen Wahlvorschläge nach Absatz 1 verteilt.

(Zu veranschaulichen hierzu die untenstehenden Beispiele.)

§ 13. Die Bewerber gelten als gewählt, in der Reihenfolge, in welcher sie auf einer Vorschlagsliste aufgeführt sind.

§ 14. In dem Protokoll sind die Wahlen der auf jeden Wahlvorschlag und nacheinander auf die verbundenen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmzettel, ferner die berechneten Teilzahlen, die Verteilung auf die Wahlvorschläge und die Namen der Gewählten anzugeben. Mit der Gemeindevorstandsliste in mehrere Stimmbezirke eingeteilt, ist auch das für den Stimmbezirk aufgenommene Protokoll der Wahl der in dem betreffenden Stimmbezirk auf die einzelnen Wahlvorschläge bzw. die verbundenen Vorschläge abgegebenen Stimmzettel anzugeben.

§ 15. Wenn ein Gewählter die Wahl ablehnt, oder im Falle der Wahlperiode aus der Stadtvorordnetenversammlung bzw. dem Gemeinderat ausscheidet, tritt an seine Stelle ohne Vorname einer Ersatzwahl der nächste nach den vorstehenden Grundregeln zum Zweck kommende Bewerber.

§ 16. Die vorstehenden Ausführungsbestimmungen haben Geltung, soweit sie nicht in Widerspruch stehen mit dem von den Reichsregierungen und Ortsvorstehern erlassenen Wahlordnungen (§ 6 Satz 1 des Wahlgesetzes vom 15. November 1918).

Braunschweig, den 22. November 1918.

Namens des Arbeiter- und Soldatenrates.  
Sepp Oerter  
Volkskommissar für Inneres und Finanzen.

Beispiel 1: In der Gemeinde X sind 9 Gemeinderatsmitglieder zu wählen. Es sind 3 Wahlvorschläge A, B und C mit je 9 Kandidaten eingegangen. Für den Wahlvorschlag A sind 120, für B 72 und für C 22 gültige Stimmzettel abgegeben. Diese 3 Zahlen sind mit 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, bis ein Rest entsteht, der offensichtlich ist, daß durch weitere Teilungen in Betracht kommende Stimmzahlen nicht mehr gebildet werden können.

Wahlvorschlag	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
A	120	60	40	30	24	20	18	16	14	12	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1
B	72	36	24	18	14	12	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1				
C	22	11	7	6	5	4	3	2	1											

Die 9 Stimmzahlen sind 120 vom Wahlvorschlag A, 72 von B, 22 von C. Die 9 Stimmzahlen sind 120 vom Wahlvorschlag A, 72 von B, 22 von C. Die 9 Stimmzahlen sind 120 vom Wahlvorschlag A, 72 von B, 22 von C.

Es erhalten die Wahlvorschläge A 5 Sitze, B 3 Sitze, C 1 Sitz. Es sind gewählt die auf dem Wahlvorschlag A an den 5 ersten Stellen stehenden Kandidaten, desgleichen die 3 ersten des Wahlvorschlags B und der auf dem Wahlvorschlag C an erster Stelle stehende Bewerber.

Beispiel 2: In der Stadt Y (unter 5000 Einwohnern) sind 5 Stadtvorordnete zu wählen. Es sind 5 Wahlvorschläge A, B, C, D und E. Gültige Stimmzettel sind abgegeben auf Wahlvorschlag A 21, auf B 58, auf C 72, auf D 192 und auf E 468.

Wahlvorschlag	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
A	21	10	7	6	5	4	3	2	1											
B	58	29	19	14	11	9	8	7	6	5	4	3	2	1						
C	72	36	24	18	14	11	9	8	7	6	5	4	3	2	1					
D	192	96	64	48	36	27	20	16	12	9	8	7	6	5	4	3	2	1		
E	468	234	156	117	89	67	51	39	30	23	18	14	11	9	7	6	5	4	3	2

Die 5 Stimmzahlen sind 588 (Wahlvorschlag B) 468 (E), 24 (A), 27 (B), 34 (E), 19 (D), 186 (B), 162 (A) und 158 (E). Auf Wahlvorschlag B entfallen 3 Sitze, auf E 3 Sitze, auf A 2 Sitze und auf D 1 Sitz in der Reihenfolge der Namen auf den einzelnen Wahlvorschlägen. Wahlvorschlag C erhält keinen Sitz, da auf ihn keine Stimmzahl entfällt.

Beispiel 3: In der Stadt Z mit mehr als 5000 Einwohnern sind 18 Stadtvorordnete zu wählen. 4 Wahlvorschläge A-D.

Wahlvorschlag	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
A	319	159	106	79	64	53	45	38	31	26	21	17	14	11	9	7	6	5	4	3
B	2901	1450	967	725	580	483	394	315	252	201	161	130	104	83	67	53	42	34	27	21
C	2901	1450	967	725	580	483	394	315	252	201	161	130	104	83	67	53	42	34	27	21
D	2901	1450	967	725	580	483	394	315	252	201	161	130	104	83	67	53	42	34	27	21

Die 18 Stimmzahlen sind 3219 (A), 2901 (D), 1809 (A), 1450 (D), 1033 (A), 937 (D), 804 (A), 725 (D), 70 (B), 643 (A), 580 (D), 538 (C), 538 (A), 483 (D), 459 (A), 414 (D), 402 (A) und 382 (D).

Auf den Wahlvorschlag A entfallen 8 Sitze, auf D 3 Sitze, auf B 1 Sitz und auf C ebenfalls 1 Sitz. Sind die Vorschläge B und C des vorstehenden Beispiels verbunden, so ergeben sich folgende Zahlen:

Wahlvorschlag	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
A	3219	1609	1073	804	643	538	459	382	315	252	201	161	130	104	83	67	53	42	34	27
B+C	2901	1450	967	725	580	483	394	315	252	201	161	130	104	83	67	53	42	34	27	21

Die 18 Stimmzahlen sind 3219 (A), 2901 (D), 1809 (A), 1450 (D), 1278 (B+C), 1073 (A), 967 (D), 804 (A), 725 (D), 643 (A), 580 (B+C), 538 (D), 483 (D), 459 (A), 428 (B+C), 414 (D) und 402 (A). Auf A entfallen hienach 8 Sitze, auf D 3 Sitze und auf B+C 7 Sitze (also eine mehr als bei Nichtverbindungs der beiden Wahlvorschläge). Die 3 auf B+C entfallenden Sitze sind nach Maßgabe der auf B u. C im Falle ihrer Nichtverbindungs entfallenden Stimmzahlen zu verteilen. Die Stimmzahlen sind für B 720 und 380, für C 558 (s. oben). Wahlvorschlag B erhält also 2 Sitze und Wahlvorschlag C einen.

## Wertblatt für die Ortsarbeiter- und Soldatenräte.

Tatsächlich und rechtlich liegt die Regierungsgewalt in der Republik Braunschweig in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates zu Braunschweig. Der Arbeiter- und Soldatenrat zu Braunschweig überträgt die Ausübung der politischen Gewalt in den Gemeinden den in den Gemeinden bestehenden Ortsarbeiter- und Soldatenräten. Folgende Grundzüge sind für die Ortsarbeiter- und Soldatenräte maßgebend:

1. Die politische Gewalt in den Gemeinden der Republik Braunschweig liegt ausschließlich in den Händen der Ortsarbeiter- und Soldatenräte.
2. Die Ortsarbeiter- und Soldatenräte haben die Geschäftsführung in den Gemeinden zu kontrollieren und darauf zu achten, daß in allen Fällen das Allgemeininteresse in der Geschäftsführung maßgebend ist. Sie haben für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu sorgen und die Gemeindebehörden in der Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu unterstützen. Alle öffentlichen Bekanntmachungen und Anordnungen der Gemeindebehörden sind von einem Mitgliede des Arbeiter- und Soldatenrates gegenzuzeichnen.
3. Den Anweisungen der Arbeiter- und Soldatenräte ist unter allen Umständen Folge zu leisten.
4. Die Unkosten, welche durch die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte entstehen, sind von den Gemeindefassen zu verauslagen. Die Gemeindefassen werden, soweit diese Unkosten, wie es sich aus den Belegen ergeben wird, den Kreisen zur Last fallen, mit den Kreis- bzw. den Landesstellen verrechnen.
5. Die Gemeindebehörden sind zu verpflichten, ihre Geschäfte unter der Kontrolle der Ortsarbeiter- und Soldatenräte weiterzuführen. Wenn Beamte sich weigern, sind sie ihres Postens zu entheben und sind die Geschäfte des betreffenden Beamten von einem Mitgliede des Arbeiter- und Soldatenrates vorläufig weiterzuführen.
6. Die Mitglieder der Ortsarbeiter- und Soldatenräte tragen eine Armbinde mit der Aufschrift Arbeiter- und Soldatenrat und mit dem Namen des betreffenden Orts. Diese Armbinden müssen zugleich mit dem Stempel des Ortsarbeiter- und Soldatenrates oder mit dem Gemeindestempel versehen sein.
7. Zum Sicherheitsdienste der Ortsarbeiter- und Soldatenräte gehört auch die Überwachung der Waghöfe und der Post.
8. Die Ortsarbeiter- und Soldatenräte haben befähigt auch für die Sicherung der Volksernährung zu sorgen. Sie können zu diesem Zwecke Befandmaßnahmen anordnen und kontrollieren, ob die eingegangenen Befandmaßnahmen richtig sind.
9. Die Ortsarbeiter- und Soldatenräte müssen ihre Funktionen mit Umsicht ausüben, sich eines ersten und würdigen Auftretens befleißigen und unbedingt ihre Autorität gegenüber den Gemeindebehörden, sowie gegenüber der Bevölkerung wahren.
10. Besondere Anweisungen, die im allgemeinen Landesinteresse erforderlich sind, empfangen die Ortsarbeiter- und Soldatenräte vom Arbeiter- und Soldatenrat zu Braunschweig bzw. von dem Landesarbeiter- und Soldatenrat.
11. Publikationsorgan für alle Anordnungen und Gemeindefassungen ist neben der Kreisblätter der Volksfreund, Republik Braunschweig und Arbeiter- und Soldatenrat zu Braunschweig.

Arbeiter- und Soldatenrat zu Braunschweig.  
Emil Schütz.

Der Volkskommissar für das Innere.  
Sepp Oerter.

## Wirtschaftliche Demobilisierung.

Bekanntmachung Nr. 3  
(Nr. 2 vom 18. November 1918.)

Bei dem Gewerbeaufsichtsdienst Braunschweig sind zwei Nebengewerbebeamte aus dem Kreise der Arbeitnehmer bestellt worden, welche die industriellen und gewerblichen Betriebe des Landes in Unterhütung der Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten insbesondere darauf zu überweisen haben, daß die Anordnungen der Wirtschaftlichen Demobilisierung möglichst durchzuführen sind. Diese Nebengewerbebeamten erhalten insoweit mit dem Stempel des Gewerbeaufsichtsdienstes und der eigenhändigen Unterschrift des Inhabers.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte sind z. B. beauftragt:

1. Dreher Hermann Holzhausen, wohnhaft Braunschweig, Corneliestraße.
2. Dreher Paul Hühne, wohnhaft Braunschweig, Marienstraße.

Braunschweig, den 22. November 1918.

Das Volkskommissariat für Arbeit.  
Eckardt.

## Bekanntmachung.

Zur Versorgung der heimkehrenden Krieger fehlt es den Truppendienst und Behörden an Geldern, Uniformen, Strümpfen und Uniformen. An alle geht die dringende und herzliche Bitte im Interesse ihrer selbst und des damit verloterten guten Zweckes an den unterzeichneten Ausschuss unentgeltlich verlässbare und zur Not noch transbare Wäsche und Strümpfe abzugeben, damit die in der am Rühlweg errichteten Entlassungsanstalt angetretenen Krieger nicht die vorher ausgesetzten unrentablen Wäsche wieder anzusehen brauchen, wodurch der mit der Entlassung verloterte Zweck aufzuheben würde. Die Reinigung der Wäsche ist sicherzustellen, so daß tatsächlich eine gewisse Gewähr für die Reinheit der zur Entlassung kommenden Truppen geleistet werden kann. Auch die noch bei vielen Familien in Besitz befindlichen Uniformstücke wollen umgehend abgegeben werden.

Als Sammelstelle wird die Regimentskammer des I. B. 92 in der Kaserne an der Humboldtstraße errichtet. Annahme täglich von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags. Bitte tut nur, was Sie selbst kann.

Der Volkskommissar für rehol. Verteidigung  
H. Rosenthal.  
H. Rehnberg.

## Aufruf.

Betrifft Rückbeförderung ausländischer und ortsfremder Arbeiter aus Rüstungsindustrie und Landwirtschaft im Lande Braunschweig in die Heimat oder in ihren früheren Beschäftigungsort.

Um den zurückkehrenden ortsfremden Arbeitern Platz zu machen, werden sämtliche in Frage kommende Betriebe des Landes aufgefordert, von diesem Aufruf den betreffenden Personen Kenntnis zu geben und Zahl und Heimweg bis spätestens zum 30. d. Mts. zu melden an den

Ausschuss für wirtschaftliche Demobilisierung Braunschweig, Wendenstr. 11, Zimmer 28.

Von betretenden Personen ist zu eröffnen, daß freie Rückbeförderung gewährt werden soll, falls Rückreise bis zum 15. Dezember angetreten wird.

Braunschweig, den 25. November 1918.

## Der Demobilisierungskommissar.

Schmidt.

## Bekanntmachung.

Die Reister der Privatbeauftragten, der größeren Wägereien und mehrerer (20-30) Kreuze werden gehalten. Dienstag vormittags 9 Uhr zur Abstellung Sanitätsmessen im Schloß zu kommen.

Der Volkskommissar für rehol. Verteidigung.  
Abt. Sanitätswesen.  
Wettgen.

Die städtischen Volksbrennstoffwerke haben vom 27. d. Mts. ab dem Herrn Volkskommissar für die revolutionäre Verteidigung (Abteilung Sanitätsmessen) für die heimkehrenden Krieger zur Verfügung und sind deshalb von diesem Tage an bis auf weiteres für die kleinen Einwohner geschlossen.

Braunschweig, den 25. November 1918.

## Der Stadtmagistrat.

## Städtischer Seefischverkauf

Dienstag, den 26. November d. J., unter den bekannten Bedingungen bei:

Waren	Nr.	Waren	Nr.
Brade	2616-2880	Räber	2616-2880
Paume	151-145	Damm	1583-1724
Grübel	1795-1993	Räber	
Pommes	1498-1625	Stellweg	2616-2880
Pose	983-1161	Schmidt	875-890
Welfer	1011-1050	Schmidt	1752-1800
Rauschbrenn	1888-1891	Stanke Nachf.	1058-1114
Jul. Roever	1798-1725	Sonst.	1720-1875

Die Fische müssen bis Dienstag 1 Uhr mittags abgeholt sein. Papier zum Einpacken ist mitzubringen.

Braunschweig, den 25. November 1918.

## Der Stadtmagistrat.

Lebensmittelstelle.

Teile hierdurch meiner geehrten Kundchaft mit daß ich Telefonanschluss

No. 1996

erhalten habe. So hatungssoß

Wasch- und Plättanstalt Schneeweiss,

Hermann Kerst, Markt 1.

## Pachtzession.

Die Pacht eines im Kreise Wolfenbüttel gelegenen herrschaftlichen Gutes von ca. 400 Morgen mit bestem Boden ist sofort oder am 15. März 1919 zu pachten. Angebote von schnell entschlossenen Pächtern unter Nr. 979 an anwaltendant, Braunschweig, Bantolag 8.

## Auktion in Hallendorf.

Am Freitag, den 29. November, vorm. 11 Uhr, versteigere ich auf dem H. Hühne'schen Hofe gegen Frischhaltung:

2 Pferde, 8 Mischkühe, 1 hochtragendes Hind, 3 Suckelkälber, 1 Sammelkühe, 1 Flug, 1 Fandwagen mit Fuß, 1 Traktor u. d. m.

Herm. Vahlberg.

Beddinaen, den 24. November 1918.

## „Deutsche Waren-Zeitung“

Jede Nummer enthält reiches Propaganda-Material.

Neuere Ausgabe Wk. 1,50.  
Verlag „Deutsche Waren-Zeitung“  
Luzia, Inselstraße 4.



*H. Landey. N. 316 vom 14. Nov. 1918.*

**Blankenburg** Der Herzog traf am Sonnabend vormittag mit seiner Gemahlin, sowie der Prinzessin Mar von Baden und Gefolge von Braunschweig hier ein. Herzog und Herzogin hatten sich nachmittags in herzlichster Weise von den Angestellten des hiesigen Schlosses verabschiedet, wobei die Herzogin, in Tränen ausbrechend ihrem Schmerz mit den Worten „Nun habe ich keine Heimat mehr“ Ausdruck gab. Es waren er-

greifende Augen, die Mäen, die sie durchlebt haben, unvergessliche wehmütige Erinnerungen für das ganze Leben bleiben werden. Gerade für das Welfenhaus bietet die Entthronung eine ganz besondere Tragik. Der Arbeiter- und Soldatenrat stellt dem Herzogspaar mit Gefolge einen Passierschein aus und in der siebenten Stunde brachten zwei Automobile die Herzogsfamilie mit Gefolge nach Wülfersleben, von wo aus die Reise per Eisenbahn nach Baden fortgesetzt wurde.

*H. Landey. N. 339 v. 7. J. 1918.*

\* Vom ehemaligen Herzog. Herzog Ernst August, der sich nach seiner Abreise aus Braunschweig nach Rußburg begeben und dort die Gastfreundschaft eines Privatmannes genossen hatte, ist am Donnerstag mit seiner Familie nach Gmund abgereist.

*H. Landey. N. 333 v. 1. J. 1918.*

## **Eine falsche Rechnung.**

### **Die landesfürstliche Rente.**

Von Finanzpräsident Bartels.

Es wird allgemein angenommen, daß mit dem Thronverzicht des Herzogs die landesfürstliche Rente, welche zuletzt jährlich 1 130 930,78 Mark betrug, für das Land eingespart werde. Man stellt sie sich als das Gehalt vor, welches das Land dem Herzog gab, damit er davon die Ausgaben für sich und seine Familie einschließlich der Kosten der Hofhaltung bestreiten könne, etwa wie der Beamte von seinem Gehalt seinen und seiner Angehörigen Lebensunterhalt einschließlich der sonstigen Haushaltskosten zu bestreiten hat. Wäre diese landläufige Anschauung richtig, so würde mit dem



Thronverzicht eine immerhin ansehnliche Summe für andere Landes Zwecke frei werden, denn eine Pension bezieht der Herzog nicht.

Die Rechnung stimmt aber nicht. Eine Klarstellung der Sachlage wird allgemeines Interesse finden.

Die Regenten des Landes wie der Herzog selbst hatten, bevor sie für ihre privaten Bedürfnisse an die landesfürstliche Rente zurückgreifen konnten verschiedene Ausgaben davon zu bestreiten, die auch heute, wo die Republik besteht, fort dauern. Hauptsächlich sind zu nennen: der Zuschuß zum Hoftheater, die bauliche Unterhaltung der Schlösser und sonstigen Gebäude der Hofstatt, die Zahlung der Pensionen an frühere Beamte, frühere Mitglieder des Hoftheaters usw., die Zahlung der Gehälter an die aktiven Hofbeamten, Gärtner, Rechnungsbeamten, die Unterhaltung des Landgestüts in Bündeheim, des Marstalls, die Tilgung staatlicher Vorschüsse früherer Jahrzehnte für den Wiederaufbau des abgebrannten Residenzschlosses, für den Umbau des Hoftheaters und manches andere.

Ein klareres Bild gewinnt man, wenn man die echten Zahlen sich vor Augen hält. Im Jahre 1917 betrugen die Aufwendungen für

das Hoftheater (Zuschuß aus der Rente)	431 267,08 Mk.
(1916: 454 442,51 Mk., 1915: 446 503,68 Mk.)	
Gehälter	378 049,83 "
Pensionen, Hinterbliebenenfürsorge, Kriegsunterstützungen, Beihilfen	138 155,30 "
Arzt und Medikalkosten für Beamte	3 502,50 "
Bauliche Unterhaltung der Gebäude	52 402,91 "
	<hr/> 1 003 377,62 Mk.

Von dem verbleibenden Rest von 127 553,16 Mk. hatte der Herzog vorweg noch die Kosten des Landgestüts, des Marstalls, die Amortisation der staatlichen Vorschüsse für den Wiederaufbau des Schlosses, den Umbau des Hoftheaters usw. zu bestreiten. Was übrig blieb, diente seinen persönlichen Bedürfnissen und zur Bestreitung des herzoglichen Haushalts. Tatsächlich ist 1917 nichts übrig geblieben, vielmehr noch ein ansehnlicher Fehlbetrag entstanden, der vom Vater des Herzogs gedeckt ist. Dieser hat außerdem die gesamten Privatausgaben für den herzoglichen



Haushalt einschließlich der aus der Privatschatulle des Herzogs verwilligten Gelder für Landeswohljahrszwecke bestritten. Der gesammte väterliche Zuschuß lam der landesfürstlichen Rente beinahe gleich.

Es bleibt danach die für manchen wohl überraschende Tatsache bestehen, daß die landesfürstliche Rente auch nach der Abdankung des Herzogs in voller Höhe weitergezahlt werden muß, ja, daß sie voraussichtlich in der nächsten Zeit nicht einmal ausreichen wird, um die verbleibenden festen Ausgaaben zu decken. Dabei scheiden alle Kosten für die geplant gewesenen Umbauten, für die jüngst der Landtag höhere Mittel bewilligt hatte, aus. Inwieweit später wenigstens die Baulichkeiten, die zur erhöhten Sicherheit des Hoftheaters und zur Abwendung eines weiteren Verfalls der Schlösser dienen sollten, ausgeführt werden, mag dahingestellt bleiben.

Die Hoffnung, hier Ersparnisse zu machen, ist also einstweilen unbegründet. Die Beamten sind bis auf verschwindende Ausnahmen lebenslänglich angestellt. Sie können also nur mit Pension entlassen werden. Die schon pensionierten Beamten beziehen ihr Ruhegehalt weiter. Die Unterhaltung der Bauten dauert fort, die Kosten wachsen. Das Hoftheater muß seinen Zuschuß weiter erhalten. Die geplante Aufbesserung des Balletts, Chores usw. wird den Zuschuß sogar erheblich erhöhen. Ersparnisse an Beamtengehältern werden schon hierdurch wieder ausgeglichen werden. Einstweilen sind auch der Marstall und das Landgestüt bestehen geblieben. Erst mit der Zeit würde es möglich sein, nennenswerte Einsparungen zu erzielen (Ueberführung jüngerer Hofbeamten in andere Stellungen, Zuschuß der Stadt zum Theater, Verkauf entbehrlicher Gebäude der Hofstatt, Auflösung des Marstalls und des Landgestüts). Ein erheblicher Teil der landesfürstlichen Rente wird aber dauernd das Land zur Erhaltung des Landesheaters, der Schlösser und Parks, zur Tilgung früherer Vorschüsse des Kammerkassalfonds usw. belasten.



Pr. Landtag. n. 338 vom 6. Jg. 1918

## Zur Rückkehr der Braunschweiger Husaren.

Infolge des unerwarteten Eintreffens der 6. Schwadron unserer Husaren konnte sie nicht, wie vorgesehen, vom Liebesgaben-Ausschuß festlich empfangen werden. Das Versäumte wurde am Donnerstag nachgeholt. Die Schwadron nahm vor-mittags um 11 Uhr in der Husarenkaserne Aufstellung, um den Willkommensgruß der Heimat entgegen zu nehmen. Zunächst begrüßte der Führer des Regiments, Herr Major Trojcke, die heimgekehrten Krieger im Namen des Regiments. Diese Ergriffenheit klang aus seinen Worten, als er daran erinnerte, mit welchem Jubel und welchem Stolz die Husaren vor vier Jahren ausgezogen waren und wie anders nun das Regiment zurückgekommen ist, anders, als es damals gehofft, gewünscht und geglaubt hat. „Über das eine wollen wir mit uns nehmen,“ so sagte er weiter, „daß wir in einer großen Zeit gelebt haben, und daß es nicht an uns gelegen hat, daß wir diesen Krieg verloren haben.“ Zum Schluß mahnte er dann, sich mit den Dingen, wie sie liegen, abzufinden. Jeder müsse zu seinem Teil an dem Aufbau mitarbeiten. „Arbeiten und nicht verzweifeln“, muß die Losung sein und jeder muß die Hoffnung mitnehmen, daß der alte Herrgott Deutschland nicht verlassen und unsere Heimat wieder besseren Zeiten entgegenführen wird. In sein dreifaches Hurra auf das deutsche Vaterland stimmte die Schwadron begeistert ein. Dann hieß Herr Schulinspektor Sattler die Schwadron für den Liebesgaben-Ausschuß willkommen. Er wies darauf hin, daß die Krieger aus dem Empfang am Mittwoch geküßt haben müssen, wie lieb sie der Heimat seien. Auch er forberte zur Mitarbeit in der kommenden Zeit auf, damit Deutschland wieder das würde, was es gewesen. „Braunschweigs Bürger sind überzeugt, daß der alte Ruf der 17. Husaren auch in der kommenden neuen Zeit nicht verloren gehen wird. Seine Bedeutung wird das Regiment sich erhalten und jeder wird den Geist treuer Liebe zu Heimat und Vaterland und treuer Kameradschaft mit sich hinausnehmen in das neue Leben.“ Nach Worten des heißen Dankes für alles das, was die Soldaten für die Heimat getan und gelitten haben, brachte der Redner ein dreifaches Hoch auf das Braunschweiger Husaren-Regiment aus.



Der Führer des Regiments, Herr Major Trotsche, schritt darauf durch die Reihen der Soldaten und begrüßte jeden durch Handschlag. Die Vertreter des Liebesgaben-Ausschusses verteilten darauf die für die Truppen bestimmten Liebesgaben. Jeder Soldat, bis hinauf zum Kommandeur, erhielt eine Briefftasche, eine Schachtel mit 20 Zigaretten, einen Taschenkalendar, sowie eine Streichholzschachtel mit Hindenburgbild. Außerdem wurden noch 100 Mark für Bier zur Verfügung gestellt.

Zu unserer Mitteilung, daß die 5. Schwadron noch in letzter Stunde in Gefangenschaft geraten sei, erfahren wir, daß diese Meldung glücklicherweise nicht zutrifft. Die Schwadron befindet sich wohlbehalten auf der Rückkehr in die Garnison.

## Die Ankunft der 5. Schwadron.

**Scharfe Schüsse. Ein Kind getödtet, zwei Personen verletzt.**

Um 12 Uhr kündete Glockenklingen wieder die Ankunft von Truppen an. Die Plätze und Straßen am Bahnhof füllten sich bald mit einer Menschenmenge, die auch bei der Notwendigkeit des brei-kündigen Wartens nicht von ihrem Plaze wichen. Der Zug, der die eintreffenden Soldaten brachte, war inzwischen am Güterbahnhof angekommen; es war die 5. Schwadron, unter Führung des Oberleutnants Samlah. Der Eintritt des Waffentillstandes hatte sie bei Montmedt angetroffen. Von hier waren sie beim Rückzug bis nach Müdesheim zu Pferde gekommen. Am Dienstaag abends schied endlich die ersetzte Stunde, wo die Schwadron verladen wurde.

Auf dem Bahnhof sollte zunächst die Art des Eintrages geregelt werden. Vom Soldatenrat waren Abgesandte erschienen mit denen die Schwadron verhandelte. Wenn sich auch nicht alles überblicken ließ da die Befehlsbefugnisse mit kleineren Gruppen geführt wurden, so ließ sich doch als Endergebnis zusammenfassen, daß

die Schwadron es ablehnte, unter der roten Fahne zu marschieren.

Es schien auch, als wäre ein Teil der Abgesandten



damit zufrieden; ein anderer Teil bestand auf der Forderung, daß die rote Fahne vorangetragen werden müsse.

Auf dem Bahnhof waren bald Vertreter des Viehesaaten-Ausschusses erschienen und ließen durch Damen jedem Husaren kleine Blumensträußchen überreichen. Auch die Pferde wurden festlich geschmückt. Nach 2 Uhr erschien der Führer des Regiments Herr Major Troschke und begrüßte seine Soldaten. Gegen 3 Uhr setzte sich der Zug schließlich in Bewegung. Voran der Regimentsführer nebst seinem Adjutanten, sowie der Schwadronsführer und die übrigen Offiziere setzte sich die Schwadron in Bewegung. An der Brücke beim Gieseler hatte sich eine Abordnung mit einer roten Fahne aufgestellt. Die nun folgenden Vorfälle spielten sich mit Blitzesschnelle ab, so daß keiner der Teilnehmer ein genaues Bild von dem erhalten konnte, was jetzt geschah. Man hörte

#### mehrere Schüsse

und es herrschte bald ein wildes Durcheinander. Offiziere sowie ein Teil der Mannschaften wurden von dem übrigen Teil der Schwadron getrennt. Dieser letzte suchte wieder auf den Güterbahnhof zu gelangen. Dazwischen bränate sich das kopfloß gewordene Publikum. Alles suchte sich möglichst schnell in Sicherheit zu bringen. Das Durcheinander wurde noch ärger, als auch das Schießen sich wiederholte. Erst nach einigen Minuten war die Ordnung notdürftig wieder hergestellt. Das Publikum bränate sich in die Frankfurter Straße. Wie sich das Bild nun im einzelnen weiter entwickelte, ließ sich nach der Meldung unseres Berichtserstatters nicht feststellen. Bestimmt ist nur, daß die Husaren wieder zusammen trafen und sich auch die Offiziere wieder einfanden bis auf einen. Dieser wurde von einem Matrosen zur Schloßwache geführt. Der Führer des Regiments, Herr Major Troschke, mußte am weiteren Ginzau zu Fuß teilnehmen, da ihm das Pferd unterm Leibe erschossen worden war. Als der Zug wieder in Bewegung setzte, wurden ihm zwei rote Fahnen vorangetragen. Auf dem Schloßhofe wurde wieder Halt gemacht. Am Halbkreis stellte sich hier die Schwadron auf und nahm einige Ansprachen entgegen von einem Matrosen und dem Vorsitzenden des Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenrats Schütz. Nach ihnen sprach der Schwadronsführer, Herr Oberleutnant Ramtsh. Er führte aus, wie sehr



sich die Truppen auf den Tag des Einmarsches gefreut hätten, nachdem sie ihre Pflicht im Kriege getan. Da seien, als sie, mit den Landesfarben geschmückt, einzuziehen wollten Vertreter vom Soldatenrat gekommen und hätten

den Truppen die rote Fahne aufdrängen wollen. Schließlich habe man sich geeinigt, ohne rote Fahne einzuziehen. Als der Offizier zu der Frage der Schierei kam und seinen Standpunkt darstellen wollte, wurde er von Zwischenrufen, die ihn dafür verantwortlich machten, unterbrochen, so daß er für den Kernstehenden unverständlich blieb. Nachdem noch mehreres besprochen worden war, wurde nochmals darüber abgestimmt, ob die rote Fahne dem Rufe vorangetragen werden solle oder nicht. Diesmal sprach sich die Truppe dafür aus.

Es machte sich noch eine Strömung bei den Anhängern des Arbeiter- und Soldatenrats bemerkbar, die Offiziere, zumindest den Schwadronsführer, zu verhaften, andere widersprachen, so daß man davon abließ. Ueber den Steinweg hinauf der Rufe weiter, der Husarenkaserne zu.

Was die Frage anlangt, wer zuerst geschossen hat, so läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Die Angehörigen des Arbeiter- und Soldatenrats versichern, die Offiziere hätten die Schwadron zur Attacke aufgeföhrt. Ein Offizier soll zuerst abgeschossen haben. Die Offiziere bestreiten diese Darstellung entschieden und behaupten, daß von ihnen aus nur das Kommando „Anreiten“ gegeben worden sei dessen Zweck gewesen sei, an der Abordnung mit der roten Fahne vorbeizureiten. Damit sollte das Vorantreiben der roten Fahne verhindert werden, da die Schwadron das nicht gewollt hatte. Nach dieser Darstellung sollen die ersten Schüsse von den Angehörigen des Arbeiter- und Soldatenrats gefallen sein. Durch die

ein Kind getötet und zwei Personen verletzt.

\*

### Ämtliche Berichte.

Das Volkskommissariat für Inneres läßt der Presse folgende Darstellung des Sachverhalts zugehen:

Es war bekannt geworden, daß die 5. Schwadron des Husarenregiments Nr. 17 um 3 Uhr in Braunschweig einzuziehen wollte.



Eine Abordnung der Rotgardisten hatte sich vorher zum Hauptbahnhof begeben, um mit den Husaren über das Vortraagen einer roten Fahne zu verhandeln. Diese Verhandlungen sind gescheitert.

Die Husaren zogen ohne rote Fahne vom Bahnhof ab. Sie beabsichtigten nicht durch das von der Menge gebildete Spalier zu ziehen, sondern wollten quer durch die Menge reiten. Das ließen die Rotgardisten und sonstigen Ordnungsmannschaften nicht zu. Daraufhin kommandierte Oberleutnant Kamlah „Attacke“. Als sich die Rotgardisten den attackereitenden Husaren entgegenstellten, fielen von seiten der Offiziere mehrere Schüsse. Die Rotgardisten und Matrosen erwiderten die Schüsse und forderten sogleich die Husaren zum Absetzen auf. Die Husaren kamen dieser Aufforderung unverzüglich nach. Feldwebel Uhde stellte sich gleichfalls seiner Abtheilung entgegen und kommandierte „Absetzen“. Die Abtheilung Uhde kam diesem Befehl nach. Dadurch wurde die Schwadron auseinandergezogen. Ein Offizier wurde verhaftet und in das Schloß gebracht, leider war es der falsche. Als Opfer sind zu beklagen ein dreijähriges Kind, das leider getödtet wurde. Weiter erhielt ein älterer Herr einen Schuß in das Bein; er wurde von Rotgardisten verbunden. Weitere Verwundungen sind bis jetzt noch nicht bekannt.

Die Verwundung des älteren Herrn kann unmöglich von den Rotgardisten geschehen sein, da derselbe neben einem Matrosen stand.“

•

Der Bericht der Unfallwache. Bei der Schießerei auf dem Gieselerwall vor der Bahnhofsbrücke sind drei Personen durch Klintenschüsse verlegt worden. Der in den 50er Jahren stehende Magistrator Zellmann, bei der Kreisbirektion hier angestellt erhielt einen Klintenschuß durch den linken Unterschenkel. Der Verletzte wurde im Krankenwagen nach seiner Wohnung gefahren. Außerdem wurden dann noch ein 15jähriger Kreiskurslehrling mit einer Schußwunde am rechten Fuß ins Landeskrankenhaus eingeliefert. Ein etwa drei Jahre altes Mädchen ist durch einen Schuß so schwer verlegt worden, daß es auf dem Wege nach dem Krankenhaus verstarb. Die Leiche ist in der Leichenhalle des Landeskrankenhauses untergebracht worden. Bis gestern abend hat sich der Name des Kindes nicht feststellen lassen.



# Der Braunschweiger N.- u. S.-Korps über die Vorgänge am Bahnhof.

Die traurigen Vorfälle des Nachmittags wurden in der nach 5 Uhr beginnenden Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates eingehend erörtert. Soldatenrat Wilhelm führte aus: Wir waren der Meinung, daß, wie bisher, so auch heute nachmittag unsere Kameraden aus dem Felde durch eine Abordnung abgeholt werden sollten. Es fanden sich dazu Rotgardisten und Matrosen ein, nahmen an der Brücke Aufstellung und sollten sich an die Spitze der Truppen setzen. Die Matrosen stellten sich auf. Auf einmal war ein allgemeines Geschrei, die Husaren kamen im Trabe herangesprengt. Ich weiß nicht, wer das Kommando dazu gegeben hat. Selbstverständlich stürzten sich die Leute auf die Pferde und hielten die Pferde der Offiziere an. Da kam es zur Schießerei. Wer zuerst geschossen hat, weiß ich nicht; ich hörte, es sollte ein Offizier gewesen sein. Wenn erst ein Schuß fällt, sind es selbstverständlich auch gleich mehrere. Es gelang uns, dann die Husaren aufzuhalten, die Offiziere setzten sich an die Spitze, und auch die Rotgardisten und die Matrosen mit der roten Fahne zogen mit. Ob jemand verwundet worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Soldatenrat Ebieß: Als ich heute nachmittag zum Bahnhof kam, waren die Husaren am Ausgang aufgestellt. Es erschien eine Abordnung, um die Kameraden zu empfangen. Es wurde mit dem Oberleutnant verhandelt, zu gestatten, daß die rote Fahne vorangetragen werde, er war damit nicht einverstanden. Ueberhaupt waren die Offiziere in keiner Weise geneigt, die rote Fahne zu respektieren; wir könnten sie sonstwo tragen, aber nicht im Zuge. Darauf erklärten die Matrosen, nicht mehr mitmachen und unsere Fahne nicht blamieren lassen zu wollen. Dann zogen die Matrosen und ein Teil der Roten Garde nach der Brücke zu. Kurz vor der Brücke griff der Oberleutnant nach seiner Pistole. Ich sprang vor, zog meine Pistole und forderte den Offizier auf, nicht zu schießen. Andere Offiziere aber machten Miene, mich zu überreiten. Darauf rief ich Matrosen und Rotgardisten an, die einen Korbon bildeten und den Zug aufhielten. Nun fing der Oberleutnant an zu schießen.

Meine Ordonnanzern bemächtigten sich der Fahne, die die Husaren mit sich führten,

und darauf ging die Schießerei los. Die Offiziere prunkten vom Pferd und ergaben sich. Ein Offizier ist abgeführt worden. Der Oberleutnant gab den Befehl zum Attacieren an die Mannschaft, die Mannschaft machte auch Miene dazu, aber ich habe den Anschein gewonnen, daß sie es in Wirklichkeit doch nicht



getan hätten. Die Offiziere sprengten mit ihren Pferden auf uns los, sie wurden aber, wie schon gesagt, ent-  
waffnet und dann setzte sich der Zug in Bewegung. Ich  
habe gehört, daß zwei Zivilisten getötet worden sein  
sollen, soweit ich bestimmt weiß, ist aber nur ein Zivi-  
list verletzt, und zwar durch einen Schuß durch den  
Unterleiber.

Volkskommissar Dertter teilte mit, daß nach dem  
Bericht des Polizeihauptmanns ein dreijähriges Kind  
getötet worden sei.

Soldatenrat Thieß: Auf dem Schloßhof hat sich die  
Mannschaft durch Erheben der Hand solidarisch mit dem  
Soldatenrat erklärt und in ein Hoch auf die Republik  
eingestimmt. Auf dem Bahnhof hat der Schwadron-  
führer Oberleutnant Kamlah blindlings in die  
Menge geschossen.

Soldatenrat Regener: Ich war in der Kaserne  
am Kallersleber Tor. Auf einmal war große Unruhe,  
ich wurde gerufen, und es wurde mir erzählt, auf dem  
Bahnhof sei eine große Schießeret, es würde auch mit  
Handgranaten geworfen. Die Offiziere waren sehr er-  
regt beieinander, außer Hauptmann Hartwig, Haupt-  
mann v. Negelein und der Regimentsadjutant Ober-  
leutnant Burmann. Eben sei in der Husarenkaserne  
ein Melbereiter mit einem blutigen Pferd eingetroffen  
und habe hierfür gemeldet, am Bahnhof seien sechs  
Husaren erschossen und ein großer Teil verwundet wor-  
den. Die Offiziere seien gleich bereit, Befehl zu geben,  
daß es losgehen müsse. Es sei eine Schmach, wenn man  
sich so etwas gefallen lassen müsse. Die Baube müsse  
jetzt veriaat werden, sie müsse jetzt kleingemacht werden.  
Ich sagte, vor allen Dingen sei Ruhe nötig. Dann rief  
ich Rosenthal an und erfuhr, daß der Vorfall harmloser  
sei. Leutnant Seeland ist inzwischen von  
der Roten Garde verhaftet worden, er sollte  
den Kommandeur des Infanterie-Regiments 92 unter-  
richten. Hauptmann Hartwig gab als stellvertretender  
Regimentskommandeur dem Hauptmann v. Negelein  
Auftrag, sich zur Regierung zu begeben und um Klä-  
rung der Angelegenheit sich zu bemühen. Inzwischen  
wurden schon Maschinengewehre herbeigeholt. Ich sagte  
zu dem Hauptmann v. Negelein, er könne doch noch  
nicht klar in dieser Angelegenheit sehen. Darauf erwi-  
derte er: Ja, es sind doch sechs Tote. Ich entgegnete  
ihm: Wollen Sie denn, daß es 50 werden? Hinterher  
habe ich feststellen können, daß die Sache weniger ge-  
fährlich war, als es nach den ersten Berichten schien.  
Hauptmann Hartwig befahl in meinem Beisein: Die  
Leute bleiben so lange in der Kaserne, bis wir Nach-  
richten haben, wie die Dinge stehen.

Soldatenrat Behrens: Die Matrosen wollten  
sich hinter dem Zuge anschließen. 50 bis 80 Schritte  
von der Brücke kommandierte ein Offizier: Reitet das  
Volk nieder! (Psull) In diesem Augenblick wurde ge-  
schossen. Wer geschossen hat, kann ich nicht sagen. Ich  
sagte zu meinen Leuten: Hoch die Mündungen! Wir



wollen nicht schießen. Es ist auch eine Handgranate geworfen worden, von wem, weiß ich nicht; verletzt hat sie niemand, denn sie sprang ins Wasser. (Zuruf: Ein Kaufmannslehrling wurde durch die Handgranate am Bein verletzt.) Zwei Beute fielen vor Scharck um. Ich habe mich sofort befragt und erfahren, es sei niemand verletzt. Wer der Offizier gewesen ist, der das oben erwähnte gerufen hat, weiß ich nicht. Der verhaftete Offizier ist es nicht gewesen. Ich habe im Schloß sofort dafür gesprochen, daß er wieder freikommt. Am Schloß hieß es, der Offizier mit dem Schimmel sei es gewesen. Ich ließ dann die Husaren über die rote Fahne abstimmen, sie erklärten sich dafür, und dann wurde sie der Schwadron vorangetragen.

**Soldatenrat Sotopv:** Der Oberleutnant, der sich geweigert hat, die rote Fahne mitzuführen, gehört angeblich dem Soldatenrat an. Ichklärte bereits auf dem Bahnhof die Husaren auf, und sie waren damit einverstanden, daß die rote Fahne, wenn nicht vornweg, so doch hinten im Zuge getragen würde. Darauf verließ ich den Bahnhof. Auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz hörte ich noch, daß keine Musik da wäre, gleich darauf gingen die Schüsse los, und ich sah, wie die Husaren zurückwichen.

**Soldatenrat Wilhelm:** Im Schloß hörte ich, daß die 92. er Kaserne unter Alarm stehe. Im Schloß war bereits Leutnant Seeland und hatte erklärt, daß die 92. er mit Waffen und Munition ausgerüstet seien und daß das mit Zustimmung des Kammeraden Regener geschehen sei. Ich muß mich wundern, wenn er hier sagt, daß das nicht der Fall gewesen sei.

Der Vorsitzende Soldatenrat Schütz verlas folgende  
**Erklärung:**

Der irrtümlich verhaftete Offizier Seeland, der nach dem Schloß gebracht worden ist, erklärte hier folgendes: Die Munitionsausgabe ist veranlaßt worden in Gegenwart der Garnisonleitung, bestehend aus Hauptmann Hartweg (der Redner erklärte dazu: Wir müssen beantragen, daß er entfernt wird), Hauptmann Brenk, Hauptmann v. Regelein, Leutnant Seeland, Soldatenrat Regener. Leutnant Seeland versichert auf Ehrenwort als Offizier, daß mit der Munitionsausgabe keine aggressiven Absichten gegen die Regierung vorhanden waren. Unterzeichnet: Seeland.

**Soldatenrat Weber:** Ich war im Schloß zugegen, als Leutnant Seeland sich in dieser Weise rechtfertigen wollte. Die Offiziere hatten beschlossen, das Regiment Nr. 92 in Alarm zu setzen auf Grund der Nachricht vom Bahnhof, da die Annahme bestand, es handelte sich um einen Putschversuch. Es wurde erklärt, daß die Offiziere sich weder propagandistisch noch in anderer Weise aktiv gegen das wenden, was die Regierung unternimmt.



Br. Landay. N. 340 v. 12. Jg. 1918

## Garnison und Regierung.

Uns wird folgendes Schriftstück übermittelt:

In der am Freitag, den 6. Dezember 1918, stattgefundenen Versammlung der Kommission des Vertrauensausschusses der Garnison Braunschweig wurde einstimmig nachstehende Resolution beschlossen:

Unter Bezugnahme auf die in der am 4. Dezember im Wilhelmsgarten stattgefundenen Soldatenversammlung von Mitgliedern der gegenwärtigen Regierung gemachten Zusicherungen und unter Berücksichtigung verschiedener Vorkommnisse verlangt die Garnison Braunschweig jetzt endgültig, die von der gegenwärtigen Regierung gemachten Zusagen — wie in folgenden Punkten formuliert — zur Tat werden zu lassen:

1. Sofortiger Abschub der nicht in der Garnison Braunschweig beheimateten Matrosen und, falls Braunschweiger in Frage kommen sollten, schnellste Demobilisierung derselben.

2. Abbau der „Roten Garde“ nach Stellung von Ersatz.

Die Garnison Braunschweig stellt die zum Wach- und Sicherheitsdienst nötigen Mannschaften, die von der Regierung zu übernehmen sind.

Die Gesamtheit der Garnison Braunschweig gibt der Regierung die ausdrücklichste Erklärung, daß sie sich einmütig auf den Boden der Demokratie stellt und die jetzige Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen gewillt ist.

Die Kommission des Vertrauensausschusses:  
Buscher. Hensec. Fischer. Jacobs. Pfann. Röber.



H. Landy. N. 316 v. 14. Nov. 1918.

## Pressefreiheit auch in Braunschweig.

In einer kurzen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am Mittwoch nachmittag wurde beschlossen, die bisherigen Zensurbeschränkungen, unter denen die bürgerliche Presse zu leiden hatte, wieder aufzuheben. In der Aussprache traten zunächst zwei Soldatenräte dringend für die Pressefreiheit ein. Besonders aber traten dafür ein die Volkskommissare Wefemeier und Sepp Dertter. Beide Redner betonten, daß sie selbst in ihrer früheren Tätigkeit die Schwierigkeiten hinreichend kennen gelernt hätten, die den Redakteuren durch eine Zensur erwachsen.

Volkskommissar Wefemeier bemerkte, es habe ihn sehr bedrückt, als in der sozialen Republik die Zensurbeschränkungen eingeführt wurden. In seiner Weissagung will er zwar die Schwierigkeiten verkennen, die einem jungen Staatswesen wie dem der A. u. S.-Räte durch Angriffe hinterzuckern erwachsen können. Auch will er durchaus nicht die Macht der Presse, auch der bürgerlichen Presse, außer weite Kreise des Volkes ihr ganzes Wissen schöpfen, verkennen. Unter keinen Umständen könne man aber als soziale Republik das freie Wort einschränken, für das die Sozialdemokratie sonst immer gekämpft hat. Die Zensur müsse daher in jeder Richtung aufgehoben werden; er selbst wisse die elenden Verhältnisse der Zensur zu würdigen und kenne die Schwierigkeiten, die einem Redakteur daraus erwachsen. Gerade darum müsse er für volle Pressefreiheit eintreten.

Arbeiterrat Gehrke führte aus, daß er zwar für eine beschränkte Aufhebung zu haben sei, die Presse aber ganz ohne Zensur zu lassen, gehe zu weit. Der neue Staat stehe noch in einer Kampfperiode; da könne das einzige Streben seiner Gründer nur die Erreichung ihrer Ziele sein; eine freie Presse kann dabei viel Schaden. Redner trat für eine Aufhebung der Vorzensur ein, eine Nachzensur aber könne man unter keinen Umständen fallen lassen. Der Redner stellte einen bezüglichen Antrag.

Soldatenrat Mößner trat ebenfalls für die Aufhebung aller Zensurbeschränkungen ein. Wenn die Zensur, so führte er aus, in ihrem jetzigen Umfange bestehen bleibt, so wird nur Mißtrauen in die Bevölkerung getragen.

Volkskommissar Dertter trat ebenfalls für vollständige Pressefreiheit ein. Er bemerkte unter anderem: Eine freie bürgerliche Presse kann uns nicht schaden. Aber wenn wir sie unterdrücken und zum Märtyrer machen, dann kann sie es. Wir würden uns der Lächerlichkeit aussetzen.



wenn wir unser Werk mit dem beginnen, was wir früher mit allen Mitteln bekämpft haben. Wenn es notwendig wäre, würde ich für rücksichtslose Zensur sein, im gegenwärtigen Moment ist aber Pressfreiheit das einzig Nothwendige.

In Verbindung damit regte der Redner noch die  
**Versammlungsfreiheit**

an, die mit der Zensurfrage gleichzeitig gelöst werden müsse. Bisher sei sie seines Wissens in Braunschweig nicht gehindert. Auch durch die Versammlungsfreiheit leide man keinen Schaden. Zu der Frage der Zensur zurückkehrend, bemerkte der Redner noch, daß man sich weite Kreise der Bevölkerung durch die Zensur zum Feinde mache, zumal, wenn sie in solcher Weise gehandhabt wird, wie das in den letzten Tagen geschehen ist.

Arbeiterrat Klaus möchte auch heute noch einer vernünftigen Zensur das Wort reden. Er trat dafür ein, sie nicht zu kleinlich zu handhaben, möchte aber dringend bitten, die Fingel nicht zu schlass zu führen.

Arbeiterrat Gehrke sagte, man habe mit der Zensur auf die bürgerliche Presse nur erzieherisch wirken wollen. Redner trat dann nochmals für Aufhebung der Vorzensur ein, auf eine Nachzensur wolle er nicht verzichten.

Dann wurde ein Antrag Dertter,  
alle Zensur der Presse und die Beschränkung  
der Versammlungsfreiheit aufzuheben,  
angenommen.

\* Zur Ausdeckerlegung der drei Minister der alten herzoglichen Regierung erfahren wir, daß alle drei Minister sich dem Arbeiter- und Soldatenrat sofort zur Mitarbeit zur Verfügung gestellt und daß sie sich bereit erklärt haben, ihre Arbeit fortzusetzen; man habe ihnen aber erklärt, auf ihre Mitarbeit werde verzichtet. Die Annahme, daß die Minister der veränderten Verhältnisse wegen ihr Amt niedergelegt haben, ist also unzutreffend.



*N. Landg. N. 320. v. 18. Nov. 1918.*

# Militärische Demobilmachung

**Zusatzbestimmung zum Gesetz über die Demobilmachung vom 11. 11. 18. und Ergänzung zu den Zusatzbestimmungen vom 13. 11. 18**

**In § 8 Demob.-Ges. v. 11. 11. 18.**

Den Entlassenen ist der zuständige Anzug (Wäsche usw.) im Interesse der unbelleidet in den Lazaretten liegenden und demnächst von der Front zurückkehrenden bedürftigsten Leute nur leihweise gegen Bescheinigung mitzugeben. Die militärischen Bekleidungsstücke sind nach Umtausch durch eigene Bekleidungsstücke an die Heimatsbehörde abzuliefern. Die Gemeindebehörden der Republik Braunschweig haben diese Bekleidungsstücke zu sammeln und als Frachtgut dem Bezirkskommando II Braunschweig zuzufenden.

Diejenigen Leute, welche nicht im Besitz von Zivilkleidung sind, solche aus eigenen Mitteln auch nicht beschaffen können, wird die Militärkleidung gegen eine von der Ortspolizeibehörde auszustellende Bedürftigkeitsbescheinigung belassen.

**In § 1 Ziff. 1 d. Zuf.-Best. v. 13. 11. 18.**

Die Truppenteile haben für die zu entlassenden Leute die Militärpapiere auszustellen. Denjenigen Leuten, die nicht im Besitz von Papieren sind, ist ein Entlassungsausweis auszuhändigen. In der Stammrolle dieser Leute ist vor ihrer Entlassung ein Vermerk über Verzichtleistung auf Versorgungsansprüche anzunehmen und dieser gegen Namensunterschrift zu bescheinigen. Für Angehörige fremder, nicht in der Republik Braunschweig beheimateter Truppenteile ist dieser Vermerk in der letzten Rubrik besonders anzulegender namentlicher Listen aufzunehmen. Diese Leute sind vom Tage ihrer Entlassung ab weder der Kontrolle des Bezirkskommandos noch der des Truppenteils unterworfen.

**In § 1 Ziff. 2.**

Ferner sollen nach Möglichkeit alle Kriegsbeschädigten, welche Versorgungsansprüche stellen, vorläufig beurlaubt werden. Die Beurlaubten warten weitere Entscheidung durch die Bezirkskommandos ab.

Die Krankenpapiere und Unterlagen für die Kriegsdienstbeschädigung sind unter genauer Angabe des zettigen Aufenthaltsorts des Beschädigten dem zuständigen Bezirkskommando zu übersenden. Alle Krankenpapiere der Beurlaubten, für die kein Bezirkskommando der Republik Braunschweig zuständig ist, werden dem Bezirkskommando II, Versorgungsabteilung, Braunschweig, zur weiteren Veranlassung übersandt. Sämtlichen Krankenpapieren sind auch die Ueberweisungsanträge, soweit vorhanden, beizufügen.

Entgültige Regelung und Entscheidung über Versorgungsansprüche erfolgt durch die Bezirkskommandos, die für eine kommissarische Untersuchung unter Mitwirkung eines Ausschusses des A. und S.-Rates zur Feststellung der Erwerbsunfähigkeit sorgen.

Die Truppenteile der Republik reichen dem Bezirkskommando bis zum 30. 11. 18. Listen ein über



genannten Wohnort der vorläufig Beurlaubten und die bisher erfolgte Gebührenzahlung. Veränderungslisten werden nach Bedarf angefordert.

Abfindung der Leute hat durch die Truppenzahlstellen bis zum 31. 12. 18. zu erfolgen. Ab 1. 1. 19. geschieht dieselbe durch die Bezirkskommandos im Benehmen mit den Gemeindebehörden.

Festsetzung der Rente erfolgt durch neue Gesetzgebung. Auszahlung erfolgt mit rückwirkender Kraft unter Verrechnung der bisher empfangenen Gebühren.

## **Sicherstellung von Quartieren und Verpflegung der von der Front zurückkehrenden Truppen.**

Da in der nächsten Zeit mit über 25000 Mann Einquartierung zu rechnen ist, ist es unbedingt erforderlich, daß die Demobilisations-Abteilung unterrichtet ist, wo diese Leute untergebracht und verpflegt werden können. Es wird daher bestimmt:

**Für Landkreis Braunschweig.**

I. Die Kreisdirektion und Stadtmagistrate haben bis zum 25. November schriftlich zahlenmäßig hierher zu berichten, wieviel Leute in ihren Orten untergebracht werden können und zwar

bei normaler Belegung (Einzelquartier)

bei engerer Belegung (Massenquartier)

II. Für Verpflegung der Truppen haben vorbenannte Behörden besondere Rüchen einrichten zu lassen. Zur Sicherstellung des Verpflegungsmaterials ist mit dem Volkskommissariat für Ernährung in Verbindung zu treten.

Den hier in der Stadt Braunschweig eintreffenden Truppen ist vor Abmarsch in die Quartiere aus den vom Garnisonkommando zu bestimmenden Truppenküchen warme Verpflegung zu verabfolgen. Nach dem Essen sind die Truppen von den Kommissionsmitgliedern des Garnisonkommandos in die bereitstehenden Quartiere geschlossen in Marsch zu setzen.

## **Waffenablieferung.**

Die Abnahme der Waffen regelt die Waffenabteilung (Dies) selbständig.

## **Arbeitsaufnahme.**

Für die von der Front zurückkehrenden Leute, welche zur sofortigen Arbeitsaufnahme bereit sind, sind vom Städtischen Arbeitsnachweis und Bezirkskommando II Stellen eingerichtet, in denen Auskunft erteilt wird, in welchen besonderen Betriebsarten der Republik Braunschweig Beschäftigung für Entlassene vorhanden ist.

## **Löhnung.**

In Bezug auf Löhnung sind die zurückkehrenden Truppenteile, soweit sie noch bestehen, zuständig. Aufgelöste und gemischte Verbände sind von den Bezirkskommandos neu zu formieren. Die Zahlung des Demobilisationsgeldes (50 Mk.) erfolgt später.

**Kommissar für revolut. Verteidigung**  
gez. Rosenthal.

Braunschweig, den 16. November 1918.

**Zentral-Abteilung für Demobilisation**  
i. A. Mandel.



*N. Anzeigen. b. 292 v. 12. J. 1918*

### **Was wir wollen.**

Die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte will den Sozialismus. Unter dem Sozialismus verstehen wir die gesellschaftliche Bewirtschaftung von Grund und Boden, der Bergwerke und Gruben, der Fabriken, der Einrichtungen des Handels und Verkehrs, und die Zuteilung der Erträgnisse dieser gesellschaftlichen Bewirtschaftung an alle, die sich an der wertschaffenden Arbeit beteiligen. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese gesellschaftliche Bewirtschaftung durchgeführt werden muß. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß sie nur nach und nach in dem Maße, als das Menschenmaterial, die Arbeitenden, sich geeignet erweisen, zu einer gesellschaftlichen Bewirtschaftung. Der Sozialismus wird als wirtschaftliche Betätigungsform nicht von einem auf den andern Tag eingeführt werden können, sondern er wird nach und nach kommen, in dem Maße, als durch sozialistische Einrichtungen das Volk der Arbeiter erzogen sein wird zum Sozialismus.

Wir werden daher nicht von heute auf morgen den Sozialismus zu schaffen vermögen, sondern wir werden nur sozialistische Gedanken, sozialistische Verbesserungen vornehmen können, durch welche wir die volle gesellschaftliche Bewirtschaftung vorbereiten. Es wird wohl angehen, vielleicht heute schon, im Bergwerksbetrieb, im Werftbetrieb, in großen Betrieben der Elektrizitäts- und sonstigen Industrie, die einen Stamm hoch intelligenter und vom Sozialismus erfakter Arbeiter beschäftigen, eine der sozialistischen Bewirtschaftung nahe kommende Produktionsform einzuführen. In anderen Industrien, sowie in der Landwirtschaft — bei dieser besonders — fehlen zur sozialistischen Bewirtschaftung die Voraussetzungen, deren wichtigste ist ein intelligentes, vom Sozialismus erfaßtes Proletariat.

Wir werden daher als Sozialdemokraten unverwandt unser letztes Ziel im Auge behalten. Jedoch für die nächste Zukunft werden wir lediglich eine Reihe sozialer und sozialistischer Maßnahmen vorbereiten und durchführen müssen, die als Hauptzweck haben werden die Erziehung der Masse des Volkes zum Sozialismus, d. h. zu Menschen, wie sie die sozialistische Wirtschaftsform benötigt.



Es ist in die weitesten Kreise des Volkes die Erkenntnis gedrungen, daß der Kapitalismus eine Wirtschaftsform des Verbrechens und des Verderbens ist. Nur ganz vereinzelte Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind heute noch deren Anhänger. Sie sind es, welche durch alle möglichen Verleumdungen und Verdächtigungen den Sozialismus bei der Masse des Volkes in Mißkredit zu bringen versuchen. Wenn aber auch die Erkenntnis von der Verderblichkeit des Kapitalismus in weiteste Kreise gedrungen ist, wenn gewissermaßen im Volke ein guter Wille zum Sozialismus lebendig wurde, so fehlt, das muß gesagt werden, die klare Erkenntnis, was der Sozialismus ist und was der Sozialismus vom einzelnen Menschen fordert. Diese Erkenntnis wird nicht von heute auf morgen den Massen kommen. Sie wird vielmehr das Resultat eines sehr guten und daher wirksamen Anschauungsunterrichtes sein müssen.

Die Regierung der A.- u. S.-Räte wird daher in der nächsten Zeit bezüglich ihres wirtschaftlichen Programmes dahin wirken müssen, eine Reihe von Musterbetrieben in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Handel und Verkehr zu schaffen, in denen die gesellschaftliche bzw. die genossenschaftliche Bewirtschaftung durchgeführt wird, und an denen die Masse des Volkes lernen kann, wie die gesellschaftliche Bewirtschaftung für das ganze Land nützlich, gut und ersprießlich sein würde.

Von diesen Gesichtspunkten geleitet, hatte das Volkskommissariat des Innern dieser Tage ein Programm veröffentlicht, das sich mit der Reform der landwirtschaftlichen Betriebe befaßt. Dieses Programm steht zur Diskussion. Es ist nicht sozialistisch in dem Sinne, daß es das Endziel des Sozialismus verwirklicht. Aber es ist sozialistisch insofern, als es Grundlagen und Möglichkeiten schafft, die Landbevölkerung für den Sozialismus zu gewinnen und sie zum Sozialismus zu erziehen. In ähnlicher Weise wird es notwendig sein, in der Industrie und im Handel eine Reihe ebenfalls sozialistischer bzw. genossenschaftlicher Musterbetriebe zu schaffen. Das schließt nicht aus, daß einige Betriebe, und besonders die Betriebe der Bergindustrie, schon eine Gestaltung erlangen, welche sich dem Sozialismus, d. h. der gesellschaftlichen Bewirtschaftung bis zur letzten Grenze nähern.



Ist dies in großen Zügen das Wirtschaftsprogramm der Regierung der A.- u. S.-Räte, so ist das politische Programm selbstverständlich der Bruch mit allen Formen der politischen Unterdrückung und die Durchführung einer vollkommenen Demokratie. Und zwar nicht der Demokratie in weitester Zukunft, sondern der Demokratie sofort und jetzt. Die Regierung der A.- u. S.-Räte wird ja gegenwärtig von ihren bürgerlichen und ihren rechtssozialistischen Gegnern der Gewalt und der Diktatur bezichtigt. Es kann im Grunde genommen einen lächerlicheren Vorwurf nicht geben. Die Gegner wissen auch, daß sie die Regierung der A.- u. S.-Räte zu Unrecht der Diktatur bezichtigen. Aber sie glauben, ein gutes Propagandamittel mit dieser Lüge zu haben und steckt in ihnen allen ein Stück der Jesuitenmoral: Der Zweck heiligt die Mittel.

Die Diktatur war, bevor die Regierung der A.- u. S.-Räte kam. Es war eine Diktatur der rohesten und brutalsten Gewalt. Die Bürgerlichen haben gegen diese Diktatur keinen oder nur sehr zahmen Protest erhoben. Die Soldaten und die Arbeiter haben gegen den Willen der Bürgerlichen und der Rechtssozialisten die Diktatur des Militarismus gebrochen. Sie haben die Pressfreiheit und die Versammlungsfreiheit wiederhergestellt. Sie haben dem Volke sofort das freieste Wahlrecht für Gemeinde und Staat gegeben. Sie haben die Schule vom Banne der Kirche gelöst. Sie haben die Verbrechen der Klassenjustiz wieder gutgemacht. Alle diese und all dieses nennen die bürgerlichen und rechtssozialistischen Gegner der Arbeiter und Soldaten Diktatur und Gewalt Herrschaft. Wahrlich, sie wissen anscheinend nicht, was Diktatur und Gewalt Herrschaft bedeutet. Sie können keine Ahnung davon haben, was die Freiheit ist, wenn sie die Freiheit der Presse, der Versammlung, die Freiheit und Gerechtigkeit bei den Wahlen Diktatur und Gewalt nennen. Oder sie wollen die Regierung der A.- u. S.-Räte lediglich verdächtigen und verleumden, und das ist das Wahrscheinliche.

Gewiß, die Revolution ist noch nicht abgeschlossen und durchgeführt. Wer je die Geschichte der Revolution studiert hat, weiß, daß die Revolutionsregierungen für die Übergangszeit zu Mitteln und Maßnahmen greifen mußte, die den Anschein hatten, als würden sie diktatorisch sein. Diese Mittel und Maßnahmen haben jedoch immer den Zweck gehabt, das Werk der Revolution zu sichern und die Frei-



heit und das Recht dem Volke zu sichern. Soll die Regierung der Arbeiter und Soldaten sich jeder realen Macht berauben, um den Gegnern der Revolution zu ermöglichen, die errungene Freiheit schließlich sogar im Bürgerkrieg niederzuschlagen und dem Volke seine Rechte wieder zu rauben? Soll die Regierung der A.- u. S.-Räte zusehen, wie die von der Front heimkehrenden Soldaten verhezt und belogen werden, um die Soldaten aufzureizen gegen die bestehende Regierung? Wenn die Regierung der Arbeiter und Soldaten sich eine Macht geschaffen hat, auf die sie sich stützen kann, so hat sie diese Macht nicht um ihrer selbst willen geschaffen, sondern um das Werk der Revolution durchzuführen und zu sichern. Es ist deshalb eine Lüge und eine Verleumdung, von der jetzigen Regierung zu behaupten, sie übe Diktatur und wolle mit der Diktatur sich in der Herrschaft erhalten.

Die Regierung der A.- u. S.-Räte will die vollkommenste Demokratie. Sie unternimmt mit Entschlossenheit alles, was hindern könnte, daß die Demokratie wieder in Frage gestellt wird. Sie ist Gegner deshalb eines neuen stehenden Heeres. Sie fordert die Volkswehr, die Bewaffnung des ganzen Volkes zur Verteidigung seiner Rechte und seiner Freiheit, wenn es sein muß. Die Regierung der A.- u. S.-Räte hat um der Demokratie willen die Presse- und Versammlungsfreiheit wiederhergestellt und das freieste Wahlrecht dem Braunschweiger Volke gegeben. Ein Zeugnis dafür, daß die Braunschweiger Regierung die Demokratie will. Aber was sie nicht will und nicht dulden wird, ist das Bestreben jener gewissen Kreise, die sich recht plötzlich in den Mantel der Demokratie gehüllt haben, und die das Volk belügen und täuschen, damit sie mit demokratischen Mitteln, mit dem demokratischen und freiesten Wahlrecht, das die Braunschweiger Regierung gegeben hat, am Ende die Demokratie abwürgen können und das alte System der Reaktion, der Unterdrückung und Beraubung wieder aufzurichten. Die Demokratie muß durchgeführt werden, aber nicht mit demokratischen Mitteln die Reaktion. Die Regierung der Arbeiter und Soldaten will entschlossen und entschieden auf dem politischen Gebiete die Demokratie vollkommen durchführen. Auf wirtschaftlichem Gebiete will sie den Sozialismus, die gesellschaftliche Bewirtschaftung aller Produktionsmittel des Grundes und Bodens, der Bergwerke und Hütten, des Handels und des



Verkehr. Sie will bis zur endgültigen Durchführung der gesellschaftlichen Bewirtschaftung vorläufig in Landwirtschaft, Industrie und Handel genossenschaftliche und sozialistische Musterbetriebe schaffen, die dem Volke einen sozialistischen Anschauungsunterricht geben und es zum Sozialismus erziehen.

Das ist unser Programm, das Programm der Regierung der A.- u. S.-Räte: Beseitigung jeder Reaktion und all dessen, was zur Wiedererrichtung der Reaktion dienen könnte, Beseitigung des Kapitalismus. Wir wollen die Demokratie und wenden alle Mittel an, um die Demokratie durchzuführen und dem Volke zu erhalten. Und wir wollen den Sozialismus und wollen die Bahn frei machen zum Sozialismus. Wer mit uns dasselbe will, der stimme bei den kommenden Wahlen für die Liste derjenigen Partei, die sich hinter die Regierung der A.- u. S.-Räte stellt, und das sind nicht die bürgerlichen Parteien, das sind nicht die Rechtssozialisten, das ist allein die unabhängige sozialdemokratische Partei. Deren Liste muß siegreich aus dem Wahlkampfe hervorgehen, wenn das Werk der Revolution gesichert sein soll: Die Beseitigung des Kapitalismus und die Aufrichtung des Sozialismus.



*Pr. Anzeigen. N. 294 vom 14. Dez. 1918*

## **Zur Sicherung und Weiterführung der Revolution.**

Der 53er Ausschuß der Marine erläßt folgenden Aufruf:  
**Das politische Programm des 53er Ausschusses (Zentralrat der Marine):**

I. Der 53er Ausschuß der Marine steht auf dem Boden der Errichtung einer sozialistischen Republik und verwendet sich für den baldigen Abschluß eines dauernden Völkerfriedens auf gleicher Grundlage.

II. Im Prinzip wird der Einberufung der gesetzgebenden Nationalversammlung zugestimmt. Vorher verlangen wir:  
a) Verstaatlichung aller dafür reifen Betriebe. b) Hinreichende Gelegenheit zur Aufklärung der Massen. Bis zur Nationalversammlung bleibt die Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte.

III. In Anlehnung an das Erfurter Programm werden folgende Maßnahmen verlangt: 1. Trennung von Staat und Kirche, soziale Gesetzgebung, grundlegende Umgestaltung des Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehungs- und Bildungswesens (Einheitschule). 2. Bildung einer sozialistisch-republikanischen Armee und Marine (Volkswehr). 3. Aufhebung aller Fideikomisse, Aufteilung des Großgrundbesitzes. 4. Reißlose Erfassung aller Kriegsgewinne, Vermögensbeschlagnahme auch der „toten Hand“. 5. Zur Abtragung der Kriegsschuld und Sicherung der Reichsfinanzen durchgreifende Steuerreformen. 6. Strenge Bestrafung derjenigen Personen, die sich während des Krieges in betrügerischer Weise bereichert haben. 7. Verhinderung der Versuche des Kapitalismus, sich der Sozialisierung durch Flucht oder Verschwendung zu entziehen. 8. Einsetzen eines Volksgerichtes zur Untersuchung und Aburteilung der am Kriege schuldigen Personen, sowie derjenigen, die einen früheren Verständigungsfrieden bereitet haben. Überdies strenge Bestrafung der Richter und Offiziere, die durch Kriegs- und Feldgerichte Schreckensurteile gefällt haben. 9. Ergreifung von Maßnahmen, die geeignet sind, gegenrevolutionäre Machenschaften zu ersticken. 10. Der 53er Ausschuß erstrebt die Einigung der sozialistischen Massen Deutschlands und unterstützt die Bestrebungen, die eine Verständigung der sozialistischen Internationale anstreben.

Berlin, Reichs-Marine-Amt, den 9. Dezember 1918.

**53er Ausschuß (Zentralrat der Marine)**

gez. Albers.



Weitere Grundlagen für Dienstordnungen (Wehrordnung, Besoldungsvorschrift, Verpflegungsvorschrift, Schießvorschrift u. dgl.) sind von Regierungsvertretern im Entwurf auszuarbeiten und sobald als möglich dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Kenntnis und Genehmigung zu unterbreiten.

## Nationalbürgerliche Agitation.

Von amtlicher Stelle wird uns mitgeteilt: Vor einigen Tagen fand in Dannes Hotel eine Versammlung der deutschen Volkspartei statt, die einen Protest abgeben sollte gegen die Benutzung von Schußwaffen und Handgranaten durch die Rote Garde. Eine Anzahl Besucher aus den Kreisen der Matrosen waren über die Ausführungen der Redner des Abends, Herren Südekum und Professor Bach, dermaßen empört, daß sie lebhaften Protest gegen die Äußerungen der beiden Herren erhoben. Durch Schlagworte und Unwahrheiten hatten die Herren die Versammelten aufs äußerste erregt und gegen die Regierung aufgebracht. Aus der Versammlung fielen von den bürgerlichen Besuchern gegen die Leiter der Regierung, gegen den A.- und S.-Rat, gegen Matrosen und Soldaten, Rufe wie Zuchthäusler, Verbrecher, Schurken, Halunken usw. Diese Zwischenrufe kennzeichnen die mangelhafte Erziehung und Bildung weiter bürgerlicher Kreise. Unfähig zu einer ernststen politischen Diskussion, bringen sie es nur zu Beschimpfungen ihrer politischen Gegner. Die Herren Südekum und Professor Bach, sowie ein Leutnant wurden im Laufe des Mittwoch, vormittags, dem Volkskommissariat vorgeführt. Bei der Besprechung mit den Volkskommissaren waren die genannten Herren weniger tapfer als in der Versammlung. Es wurde festgestellt, daß Herr Südekum davon gesprochen hat, daß durch die Handlungen vom 3.—11. November das größte Verbrechen der deutschen Nation verübt worden sei. Die anwesenden Matrosen, die die Träger der Revolution in den genannten Tagen waren, schlußfolgerten daraus, daß sie somit von Herrn Südekum als die größten Verbrecher in der deutschen Nation angesehen würden. Herr Südekum bestritt, daß er die Matrosen gemeint habe. übrigens erklärte er, habe er gar nicht gewußt, daß Matrosen in der Versammlung anwesend waren. Herr Professor Bach, der in der Versammlung drei Fälle vorgebracht hatte, die beweisen sollten, wie leichtfertig Matrosen und Rote Gardisten mit den Waffen hantieren, mußte sich sagen lassen, daß alle drei Fälle vollkommen unzutreffend sind; er hätte sich, wie das für ehrliche Politiker Gebot des Anstandes ist, bei den entsprechenden Instanzen



vorher erkundigen müssen. Es wurde Herrn Professor Bach ganz energisch gesagt, daß nur der Mangel an politischem Tact dazu führen könne, zum Zwecke der Verhezung und Aufreizung der Bevölkerung auf Klatsch und Tratsch hin Behauptungen aufzustellen, die sehr leicht bei Erkundigungen an den zuständigen Stellen geklärt werden können.

Wir wissen im allgemeinen, daß unsern politischen Gegnern der politische Tact völlig abgeht. Was über die Regierung und deren leitende Männer von seiten gewisser Kreise verbreitet wird, offenbart, daß diese Blätter und Kreise des elementarsten politischen Anstandes bar sind. Man lügt und schwindelt darauf los zum Zwecke der Verhezung und Aufreizung, daß sich die Balken biegen. Es ist Sisyphusarbeit, all den Unsinn, der in bürgerlichen Kreisen kursiert und abgelagert wird, zu widerlegen. Es ist ebenso unmöglich, die politischen Gegner der gegenwärtigen Regierung zu politischem Anstand zu erziehen. Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als die Herren immer wieder darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen sich aus der durch Lügen und Verleumdungen hervorgerufenen Aufreizung ergeben können. Die Regierung achtet die Pressefreiheit und achtet die Versammlungsfreiheit. Sie setzte, als sie alle Einschränkungen für die Presse und die Versammlungen aufhob, voraus, daß die bürgerlichen Kreise wenigstens ein geringes Maß von der politischen Schulung besäßen, welche die Arbeiterschaft im allgemeinen hat. Diese Rechnung ist leider falsch gewesen.

Wenn es durch die fortgesetzte Verhezung der bürgerlichen Kreise und Blätter zu schwerwiegenden Folgen kommt, so haben sie die Verantwortung dafür zu tragen. Und es soll Ihnen hiermit gesagt sein, daß die Verantwortung sehr schwer und folgereich für sie sein kann. Die Regierung ist entschlossen, alles zu tun, um Unruhe und Verwirrung zu verhüten. Sie wird es schließlich dadurch tun, daß die Personen, die berufsmäßig durch Lügen und Verleumdung Verwirrung stiften, mit sehr entschiedenen Mitteln unschädlich macht.



Her. Nach.  
N. Landesg. v. 298 o. 10. Jg. 1918

## Stimmungsbild aus dem landchaftlichen Hause.

Tempora mutantur, nos et mutamur in alis —  
zu deutsch: eigentlich hat doch die Revolution ihr Gutes und wir sind ja alle selbstverwandlich schon immer überzeugte Demokraten und Republikaner gewesen. Dieser Ausdruck ist gerade jetzt ein nachdenklicher Spruch. — Innerlich — trotz seiner unerschütterlichen Durchhaltungskraft war ich noch kontervaus genug, manchmal allen auch weiter anzuhängen, und so sag ich denn, meiner den meisten unbegreiflichen Liebhaber folgend, wieder einmal zum landchaftlichen Hause, um mich davon zu überzeugen, ob einem dort der Saft der neuen goldenen Zeit bereits merklich zur Nase wehe.

Das Landchaftsgebäude selbst hat sich wenig verändert. Ganz wie in früheren Zeiten gelangt man nur als flüchtiger Mensch durch die Stränge des Gebäudes auf die Tribünen des Sitzungssaales, und ganz wie früher müssen die aufrechten Männer tieferen Stufen die letzten Stufen zur Tribüne emporsteigen, um sich nicht an dem niederen Eingang den Kopf einzufangen. Ich nannte schließlich oben, so müht es einem dort noch zunächst ganz unverständlich, betrachte heimlich an: Ringsum sind Stühle, um sich einzulegen, schwebende Beere herrscht, vom vollstehenden Volke keine Spur. Vereinzelt Menagerie oder Gutschöpfung stehen in mehr oder weniger malerischer Pose an dem schwarzen Gitter und starrt hinein in die Tiefe unter ihnen. Eröffnet sich ihnen ein Weg?

Unter im Saale hat sich das Bild merklich geändert. Im früher Eigendünkel, Pocherei und Selbstüberhebung gerätig schafften, der Boden mit ihm durchdrungen, verzieht, und der Landchafts Saal seinen eigenen Saal wieser — der Vermittler ist allem zum dazwischen Seienden verurteilt — da ist jetzt Feuerungssticht, zur Saal getragener Mannesmut und Unbegreiflichkeit erschienen. Mit unabhängiger Geistes und harter Kraft wird verhandelt werden, das merkt man sofort. Anders soll es werden. Ob auch besser? Einreden ist so leicht, so leicht... Inzwischen laufen noch geschäftliche Genossen im Saale herum, zuweilen, klütern, entziehen sich: Wieder ein Oberhaushalt erndet! Die Volkskommissare nehmen Platz und allmählich gruppiert man sich.

Das neue Regime zeichnet sich deutlich ab. Wo früher des Stadtwahlmann markante Erscheinung die Geschäfte des Abgeordneten unterstühnlichen Selbstparlamentes, klütern, steht jetzt ein schlichter Guter, die Männertracht mit roter Schleife geziert. Es ist Herr Schick, der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates. Mit verbindlicher Miene und, aus noch allen militärischen Bewegungen eröffnet er die Versammlung. Neben ihm der Platz ist frei. Man munkelt, für des Braunschweigischen Volkes höchste Vertretung, für den Präsidenten Meeres, sei er bestimmt. Wieder läßt der Herr Präsident auf sich warten. Die Heiligkeit der Könige liegt ihm nun mal nicht. Auch der Tisch, an dem früher der Charakterkopf des Staatsministers, das treuherzige Antlitz des Finanzministers und die Grandseigneur-Erscheinung des Ministers des Innern zu bemerken waren, ist leer. Nur eine Sonderprüfung macht sich dort breit und scheint sich dabei sehr wohl zu fühlen. Die Volkskommissare, darunter die letzten Minister, sitzen in heuliger Stille — mitten unter ihnen die Gütern von Bildung, Kunst und Güte, Frau Kahlauer — im Saale selbst an Tische, wo früher die Stenographen kauften. Um sie herum ihre Auftraggeber vom Arbeiter- und Soldatenrat zu dieser Nacht. Das ist noch ein Haal Gutschöpfung und gereifter Männer, wie Herr Dertter zu sagen beliebt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat fällt das Sitzungsgemüht nicht an. Hier und da finden sich amoralische Gruppen zusammen. Wer auf seinem Platz

gesessen ist, findet beim Qualm der Zigaretten und Zigarren eifrig den „Volksfreund“, viele — und es sind nicht die Jüngsten — lesen auch die „Neue Bader“. Ob der Zeitungen der letzteren sind sie offenbar neugierig und halten den „Volksfreund“ für ein vom Kapitalismus getauftes Familienblatt. Und dabei reden bösartige Jungen von einem sozialistischen Niederland Braunschweig.

Die Debatte beginnt und die Verhandlungen gehen weiter. Es werden heute unwichtige Sachen beraten, doch immer wieder wird die Erörterung. Man könnte sich in die guten alten Zeiten zurückverwandeln, wenn es auch zu „Niederden“ nicht kommt. Dafür wird zu viel mit den Rauten beschäftigt. Die politischen Volkskommissare reden mit Gutschöpfung, aber es kommt bei der Debatte nichts reelles heraus. Jeder bleibt bei seiner Meinung; man ist nicht umsonst unabhängig. Da erscheint noch im richtigen Augenblick der bislang fehlende Volkskommissar für das Innere und Finanzen, Herr Epp Dertter. Ich muß sagen, ich war auf den Mann gewohnt. Noch nie hatte ich ihn gesehen und nur wenig hatte ich von ihm gehört. Gefallen hatte mir aber die Unentwegtheit, mit der er stets seinen Vornamen unter allen Staatsurkunden verwendete. Epp — es klingt halt so treuherzig, so nett, so gar nicht Braunschweigisch. Offenbar ist Herr Dertter auch kein geborener Braunschweiger. Nur erzieht! Denn das Ausland ist doch Trumol — nationale Ziele sind Nebenbäume. Welch Anlaß zur Internationalen, wenn ein „Ausländer“ in Braunschweig Minister ist! Das ist wirklich Abscheu vom alten Kriege. Und im übrigen nichts mit der Internationalen so hoffnungslos windig aus.

Herr Dertter nimmt das Wort. Er ist klein, leibhaftig nervös. Zweifellos ein geistiger Arbeiter. Will vielleicht manches Gute, aber mit untauglichen Mitteln. Er redet gewandt, höher und flüchtig; man merkt ihm die Spannung an. Er nähert die auseinanderstrebenden Meinungen einander an. Man hat sofort den Eindruck, daß Herr Dertter der Kopf des Ganges ist. Ihm fehlt die schwebliche Kunst des „produktiven“ Arbeiters, er ist offenbar nur ein Angehöriger der verhassten Intelligenz. Ob es allerdings zum Arbeiterrat mitwählen darf? Es würde mich interessieren. Inzwischen macht Herr Dertter den Arbeiter- und Soldatenrat nachdrücklich auf seine Pflichten aufmerksam und liest ihm gebührend die Gezeiten. Seine durch Sachkunde herrliche Fähigkeit der Arbeit, oder Intelligenz ist für die Mitglieder des Arbeiterrates nötig, nur kann man die Mitglieder freie Bahn den Tatsachen, für das Heilige sorgt sich Herr Dertter. Je länger ich ihn höre, desto mehr wird mir klar: ob Herr Dertter mit seinen Tönen lügt oder mit der Diktatur droht, er allein ist maßgebend. Die sogenannte Diktatur des Arbeiterrates ist tatsächlich die Diktatur Dertter. Er

ist der wahre Beherrscher Braunschweigs, und zwar trotz des „Präsidenten“ Meeres. Du glaubst an siehien und du wirst es erleben...

Mit einem letzten, wenn auch nicht gerade neuen Anfall gegen den Sozialismus, einer müßigen Dichtung gegen die Konterrevolution und einem Hinweis auf die Notwendigkeit der billigen roten Garde schließt Herr Dertter. Man streift zur Abstimmung. Sein Antrag wird einstimmig angenommen. Es ist, glaube ich, noch jeder Antrag von ihm einstimmig angenommen. Doch das kann man immerhin verschiedener denken.

Die Verhandlung geht weiter. Es wird debattiert. Herr Dertter greift ein, sein Antrag wird einstimmig angenommen. Er hat offenbar den Arbeiter- und Soldatenrat und seine Volkskommissare völlig in der Fänge, sie tun alles, was er will. Nichts tangt, trotz der Revolution, die Mehrheitszahl...

Blühend ein trauriger Moment. Herr Schick schließt mit gelassener Miene den Beginn der vernünftigen Sitzung an. Da ist es nichts, man muß wieder hinaus in den frühen Morgen. Die Tribünen werden geräumt, drei Männer stolpern mühsam die Treppen hinunter und während draußen mal wieder die Glocken zum Beginn der Soldatenkassen läuten, wird hinter verschlossenen Türen vom sogenannten Arbeiter- und Soldatenrat weiterberaten über das Schicksal der selbständigen Republik Braunschweig. Wie es anständig abgeht!



# Was will der Landeswahlverband?

Die Demokratische Volkspartei nennt sich eine Mittelpartei. In Wahrheit ist sie eine extrem linksstehende Partei; sie könnte nach Aussage ihrer Führer den rechten Flügel der Sozialdemokratie bilden.

## Die wahre Mittelstandspartei sind wir!

Denn: In unseren Reihen stehen die Anhänger der bisherigen Mittelparteien. Wir vertreten das Interesse des gesamten Mittelstandes für Stadt und Land, in Handel, Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft. Wir treten ein für den Mittelstand der Beamten und der Angestellten, weil wir wissen, daß der Mittelstand durch den Krieg zum wahren Proletariat geworden ist.

**Wir kämpfen in gleicher Weise gegen Anarchie und Reaktion.**

**Wir stehen auf dem Boden der neuen Staatsordnung,**  
aber wir verlangen von unseren Anhängern nicht das Bekenntnis von heute auf morgen, überzeugte Republikaner geworden zu sein.

Wir verschmähen es, im gegenwärtigen Augenblicke die Schuldfrage nach dem Kriege aufzurollen und besonders Deutschland die Hauptschuld am Kriege aufzubürden, denn wir wissen, daß unsere Feinde uns deshalb verachten.

**Wir versprechen keine goldenen Berge;** wir verhehlen unseren Feinden nicht, daß wir ersten Zeiten entgegengehen.

## Unser Programm ist ein Arbeitsprogramm!

Wir wollen Hand ans Werk legen, um zu retten, was noch zu retten ist.

**Unser erstes Ziel ist die Wiederaufrichtung eines gesunden, leistungsfähigen deutschen Wirtschaftslebens!**

Nur dadurch bekommen wir Rohstoffe und Lebensmittel, die uns unentbehrlich sind.

Wir sind überzeugt, daß man den persönlichen Unternehmungsgeist und das persönliche Verantwortungsgefühl nicht ausschalten darf.

**Wir wollen dem Mittelstandsmann seine Werkstatt, seinen Laden, seinen Acker sicher stellen!**

Wir treten ein für die Erhaltung einer religiös-sittlichen Erziehung.

Wir treten ein für Freiheit der Persönlichkeit, für Schutz der politischen Minderheiten und der religiösen Ueberzeugung.

Wir fordern Ausbau der Selbstverwaltung und Aufstieg der Tüchtigen.

**Wer gegen toten Buchstabengeist und öde Schablone ist,**

**Wer für praktische, tätige Arbeit eintritt,**

**Wer ein glückliches, sorgenfreies Deutschland schaffen will,**

**= der wählt Liste C =**  
**des Landeswahlverbandes!**



# Demokratische Volkspartei.

## Landtags-Wahl 22. Dezember!

### An die Wählerschaft in Stadt und Land!

Am Sonntag, dem 22. Dezember, wird das braunschweigische Volk seine Vertreter zum Landtag wählen. Dann wird es zum ersten Male eine Vertretung des ganzen Volkes sein. Die bürgerliche **demokratische Volkspartei** fordert, daß dem Landtage **allein** das Recht zustehen soll, alle Gesetze zu beschließen und die Regierung zu wählen.

Wir wollen aus dem alten Obrigkeitsstaate einen Volksstaat machen, in dem fortan keine Volksschicht besondere Vorrechte haben darf. — Darum sind wir mit der **jetzigen Regierung nicht einverstanden**, weil sie sich nur auf einen Teil der braunschweigischen Bevölkerung stützt und für diesen Sonderrechte fordert.

Wir fordern im Gegensatz zur Unabhängigen Sozialdemokratie die **sofortige Wahl der deutschen Nationalversammlung**, damit wir eine gesetzmäßige, feste Ordnung und eine Regierung bekommen, welche uns allein geben kann:

**sofortigen Frieden,  
Arbeit und Brot für alle,  
gleiches Recht für alle,  
Erhaltung der Einheit des Reiches  
und Verhinderung des feindlichen Einmarsches.**

Weiter muß im Interesse der breiten Masse sofort begonnen werden mit dem Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens. Keine sozialistischen Wirtschaftsexperimente, die uns zum völligen Zusammenbruche führen, wie die russischen Verhältnisse es uns lehren!

**Abichaffung der kostspieligen Roten Garde**, nachdem sie durch die Rückkehr der Garnisonstruppen völlig überflüssig geworden ist.

Nach der Bildung der Landesregierung durch die Mehrheit des Landtages haben die **Arbeiter- und Soldatenräte** ihre Aufgabe erfüllt und müssen sich auflösen.

Wir treten ein für die Erhaltung des so wichtigen, selbstständigen **Mittelstandes**, der niemals untergehen darf. Für ihn ist zu fordern: Abbau der Zwangskriegswirtschaft, Staatshilfe bei der Wiederaufrichtung der durch den Krieg gefährdeten Existenzen durch weitgehendste Kreditunterstützung, Zuweisung von Rohstoffen, Waren und Aufträgen, Unterstützung seiner genossenschaftlichen Selbsthilfe-Einrichtungen.

für die **Landwirtschaft** fordern wir:

**Erhaltung des bäuerlichen Eigentums, Vermehrung der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe**, die ihre Wichtigkeit für die Volksernährung in diesem Kriege erwiesen haben, durch **teilweise Aufteilung der Staatsdomänen** und Abgabe von Land durch die Großgrundbesitzer gegen angemessene Entschädigung. — Den von den Sozialdemokraten befürworteten landwirtschaftlichen Staats- und Großbetrieb **lehnen wir ab**. — Die Forsten müssen Eigentum der Gemeinden oder des Staates werden. Verminderung des Wildschadens durch stärkeren Abschuß!

**Die Demokratische Volkspartei tritt ferner ein:**

1. für eine großzügige Verbesserung der **Wohnungsverhältnisse**, Schaffung von Arbeiter-Wohnheimen mit kleinem Landbesitz;
2. für eine Verbesserung der **Arbeitsbedingungen** der ländlichen und städtischen Arbeiterschaft, Schaffung von Schutzgesetzen gegen die rücksichtslose Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft (der 8stündige Arbeitstag ist zwar auf dem Lande nicht durchführbar);
3. für Schaffung von **Beamten-, Lehrer- und Angestelltenkammern**, Schaffung von Mindestgehältern für die Angestellten, durchgreifende Besoldungsreform für die Beamtenschaft;
4. für ganze oder teilweise Übernahme von industriellen **Riesenbetrieben** und Bergwerken durch den Staat, dem a. h. die Ausnützung der elektrischen und Wasserkraft bleibt. — für Erhaltung des **Privateigentums** und **Anerkennung der Kriegsanleihen**. Freie Bahn der persönlichen Tüchtigkeit, dem Fleiß, der Sparsamkeit, der Klugheit und dem Wagemut des Einzelnen!
5. für eine weitgehende **Fürsorge** für die Kriegsteilnehmer durch Beschaffung von Arbeit, Errichtung von Kriegerheimstätten und Einführung einer Arbeitslosenfürsorge;
6. für eine Existenzsicherung der Kriegskrüppel, der Kriegswitwen und -waisen, Reform des Rentengesetzes;
7. für restlose Erfassung der Kriegsgewinne (soweit sie über normale Friedensverdienste hinausgehen); nach oben steigende Vermögen- und Einkommensteuern, für kräftigen Ausbau der Erbschaftsteuer, welche aber die kleinen Erbschaften freiläßt; Sicherung der **genauen Steuereinschätzung** durch Steuerbeamte;
8. für Schaffung einer Schule, welche **allen** befähigten Kindern den **Beluch sämtlicher Schulen** ermöglicht, ohne Rücksicht auf Stand und Vermögen der Eltern;
9. für Schaffung einer vom Staate unabhängigen **Kirche**, welche **allein ihrer** hohen Aufgabe dienen soll, — das Kirchenvermögen bleibt ungeschmälert. Der Staat schützt die Kirche. Der Religionsunterricht wird verbessert, bleibt aber in der Schule. —
10. für ein **gleiches Wahlrecht** aller mündigen Männer und Frauen;
11. für eine Beschränkung des **maßlosen Reichtums** und Besserung der ärmeren Volksschichten, sowie einer Stärkung der Mittelschicht unseres Volkes.



*B. Landy. N. 350. 19. Jg. 1918*

## Wozu der Landtag?

Die Presse- und Propaganda-Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrats Braunschweig läßt seit gestern eine „Braunschweigische sozialistische Landeskorrespondenz“ erscheinen, die gleich in ihrer ersten Nummer eine wichtige Mitteilung enthält. In einem Artikel über die Aufgaben des Volkskommissariats des Innern heißt es:

„Das Volkskommissariat des Innern ist der Ansicht, daß ein künftig zusammentretender Landtag die Aufgabe hat, die Gesetze zu beraten, die notwendig sind, um die Aufgaben der gegenwärtigen Landesregierung zu erleichtern. Die Regierung des Landes Braunschweig wird auch nach den Landtagswahlen in den Händen des A. und S.-Rates bleiben. Der Landtag hat lediglich gesetzgebende Tätigkeit auszuüben. Diese gesetzgebende Tätigkeit des Landtags kann nur darin bestehen, die Ziele der Revolution durchzuführen und zu verwirklichen. Jeder Landtag, der diesen Aufgaben nicht gerecht werden würde, der sich aumaken würde, darüber zu debattieren, ob der Sozialismus durchgeföhrt werden soll, wird sich in Widerspruch setzen zu der Regierung des Landes. In diesem Falle würde nicht die Regierung des Landes abtreten, sondern der Landtag müßte abtreten. Die Rechte der Regierung des A. und S.-Rates zu Braunschweig sind ihr übertragen von der Revolution. Nicht der Landtag hat die Regierung eingesetzt, sondern umgekehrt durch die Revolution und die Regierung der A. und S.-Räte hat der Landtag seine Rechte erhalten. Der Landtag ist also nicht souverän. Er steht nicht über der Regierung der A. und S.-Räte. Das Volkskommissariat des Innern steht auf dem Standpunkt, daß also der Landtag nicht verfassungsgebend sein kann, daß er nicht über die Regierung des Landes bestimmen kann, sondern daß er lediglich ein Organ der bestehenden Landesregierung zur Durchführung der Ziele der Revolution ist.“

Dem braunschweigischen Landtag wird also angedroht, daß er nach Hause geschickt wird, wenn er sich weigert, die Aufträge des A. und S.-Rates auszuführen, bevor er noch gewählt ist. Soll am Ende statt des überlebten Janusschauer preussischen Beutnants mit zehn Mann auch gleich ein Braunschweiger Schlosshauptmann mit zehn Matrosen in Bereitschaft gehalten werden?

Der Landtag ist demnach nicht souverän, daß heißt: die Regierung von der der Volksfreund bei Besprechung des Ergebnisses der Gemeinbewahlen, der Tatsache zum Trost, daß ihre Partei im Stadtverordnetenkollegium nur ein Drittel der Sitze erhielt, behauptete, daß sie vom Vertrauen des Volkes getragen sei, ist nicht bereit, den Willen des Volkes zu achten, wenn er mit dem der Regierung nicht übereinstimmt. Der Landtag soll nicht verfassungsgebend, sondern lediglich ein Organ der Landesregierung zur Durchführung der Ziele der Revolution sein — das ist offener Hohn auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Was nützt es den Braunschweiger Männern und Frauen über 20 Jahren, wenn sie nun wählen können und die Regierung aus dem Geschenk dieses Wahlrechts, mit dem sie so meisterhaft zu agieren versteht, nicht die logische Schlussfolgerung zieht, wenn sie sich nicht bereit erklärt, sich vor dem Spruch der allgemeinen Volksabstimmung zu beugen?

Die braunschweigische Regierung will keinen Parlamentarismus, sondern lediglich ein Organ zur Selbstbewilligung und Abürdung der Verantwortung. Unter solchen Umständen ist das alte Wahlrecht ein Marktschreierschild, das viel verspricht und wenig hält.

Man stelle sich einmal vor, die alte Reichsregierung würde unter einer ähnlichen Machthebise zur Reichstagswahl eingeladen haben, welche Lebedournes Liebnachtgeheil den Wallonbau und das ganze Reich erfüllt hätte! Aber die U. S. B. D. — die Unabhängige sozialistische Parteidiktatur, Verzeihung: Partei Deutschlands — verfolgt lediglich ihre Parteiinteressen, die mit denen Deutschlands leider nicht immer sehr viel zu tun haben.



Das braunschweigische Volk steht drei Tage vor den Landtagswahlen und da kommt die Rundgebung aus dem Volkskommissariat des Innern gerade recht, um das Volk erkennen zu lassen, daß das gleiche Wahlrecht lediglich als ein lauges Kartenspielfür den Volkswillen gedacht ist. Braunschweiger Männer und Frauen, die mit einer solchen Parteibistatur einer Volksminderheit nicht einverstanden sind, beweisen am Sonntag, 22. Dezember, reiflos durch Abgabe ihrer Stimmzetteln, daß eine Regierung, die so undemokratisch von dem Willen des Volkes denkt, sich niemals auf das Vertrauen des Volkes berufen darf. Und „Volk“ ist — mit gütiger Erlaubnis — auch die große Zahl der Wähler, die politisch auf einem anderen Standpunkt stehen wie die U. S. P. D.

Selbst der Redaktion der Landeskorrespondenz erscheint die Haltung der Regierung nicht folgerichtig. Sie macht daher folgende Anmerkungen:

Auf die Ausführungen des Volkskommissariats über die Stellung des Landtags werden wir noch zurückkommen. Sie scheinen uns noch nicht genügend geklärt zu sein. Vor allem ist folgendes zu bedenken:

Entweder der Landtag ist gesetzgebende Körperschaft, dann wird er sich seine Wirksamkeit nicht von der Regierung vorzeichnen lassen, oder der Landtag hat nur beratende Stimme, die gesetzgebende Gewalt ist der Arbeiter- und Soldatenrat. Dies wäre die Wiederherstellung des Zweikammer Systems, noch dazu in einer ziemlich unalltlichen Verbindung. Die Notwendigkeit des Landtags wäre dann nicht einzusehen.

Daraus folgt: entweder die Regierung will ihre revolutionäre Macht festigen und erweitern, dann muß sie sich einzeln und allein auf die Organe der Revolution, die Arbeiter- und Soldatenräte, stützen. Diese müssen ausgebaut werden, insbesondere die Betriebsräte und das Recht der Zurückberufung der Delegierten durch die Mandatgeber gewährleistet werden;

oder die Regierung will sich nicht auf die Massenorganisation des Proletariats, sondern auf einen nach altem Wahlrecht gewählten Landtag stützen. Dann wird sie zum Kompromiß und zur Koalition mit den Rechtssozialisten und Bürgerlichen gezwungen werden, oder den sofortigen Konflikt mit dem neuorganisierten Landtag riskieren.

Auch zu dem vorläufigen Avarprogramm des Volkskommissariats wird noch einiges zu sagen sein.

## Sozialisierungsversuche im braunschweigischen Lande.

Das Volkskommissariat des Innern stellt über

die geplanten Sozialisierungsversuche folgendes mit:

„Im Sinne der Durchführung der sozialistischen Aufgabe konnte das Volkskommissariat bisher nur wenig tun. Es ist allerdings durch die Proklamation der Republik ein Teil des Grund und Bodens, die Domänen und Kammergüter zu Staatsbesitz erklärt worden. Es bestehen jedoch die Verträge mit den Pächtern dieser Ländereien noch weiter. Gegenwärtig ist das Volkskommissariat daran, zu prüfen, wie diese Staatsländereien der gesellschaftlichen Bewirtschaftung zugänglich gemacht werden können. Die Frage ist schwierig, weil wir

weder ein Landproletariat noch ein Bauerntum haben, das von den sozialistischen Ideen erfasst ist

und sich für die sozialistische Bewirtschaftung eignet. Das Volkskommissariat glaubt nun, auf dem Wege der Landbesiedelungs genossenschaften, die eine gewisse gemeinschaftliche Bewirtschaftung des Grund und Bodens vornehmen, dazu zu kommen, daß sich allmählich eine Landbevölkerung herausbildet, die zur gesellschaftlichen Bewirtschaftung des Grund und Bodens geeignet ist. Es werden gegenwärtig Pläne und Gesetze vorbereitet, die es größeren Kreisen der Bevölkerung, den heimkehrenden Soldaten besonders, ermöglichen, Landbesiedlungen mit angelegten Wohnhäusern zu erhalten. Diese Gesetzentwürfe und Pläne sind lediglich Sozialisierungsversuche.

Der Übergang von Grund und Boden in die gemeinsame gesellschaftliche Bewirtschaftung

wird immer letztes Ziel bleiben. Wie weit fortschreitend Eroberungsbefehl erteilt werden soll, muß künftiger Gesetzungsarbeit überlassen bleiben. Es ist die Ansicht des Volkskommissars, daß durch Aufhebung des Erbrechts an Grund und Boden die Überleitung des Grund und Bodens in den Besitz der Allgemeinheit durchgeföhrt werden kann und muß. Die wichtigste Frage ist jedoch die gesellschaftliche Bewirtschaftung von Grund und Boden, und dazu

fehlen uns gegenwärtig die vom Sozialismus erfassten, organisierten Menschen.

Solche Menschen herauszubilden durch praktische, sei es genossenschaftliche Bewirtschaftung, sei es in anderer Form, wird eine der dringendsten Aufgabenpflichten des Volkskommissariats des Innern sein.



### Die sozialistische Bewirtschaftung gewisser Großbetriebe

und der bereits teilweise im Staatsbesitz befindlichen Bergwerke und Saligruben usw. wird nicht so große Schwierigkeiten begegnen wie die gesellschaftliche Bewirtschaftung von Grund und Boden. In einer Reihe von Großbetrieben industrieller Art ist bereits eine vom Sozialismus erfasste Arbeiterschaft vorhanden, welche nach dem Vorfürhalten des Volkskommissariats des Innern schon zu praktischer gesellschaftlicher Bewirtschaftung herangezogen werden soll und muß. Ebenso wird es möglich sein,

die noch im Privatbesitz befindlichen Gruben und Bergwerke sofort in Gemeinbesitz überzuführen und gesellschaftlich zu bewirtschaften. Wie weit zur Lösung dieser Fragen die Gewerkschaften herangezogen und mitbeteiligt werden können, ist noch Gegenstand der Erwägung. Auf jeden Fall ist der Volkskommissar des Innern der Meinung, daß die Sozialisierung eines großen Teiles der Großindustrie und der Bergwerke möglichst bald in Angriff genommen werden muß. Es gilt, den Sozialismus praktisch zur Durchführung zu bringen und

ihn als Anschauungsunterricht für die Erziehung der Bevölkerung zum Sozialismus zu verwenden. Bestimmte Pläne und Gesetzesvorlagen sind allerdings im Volkskommissariat des Innern nicht ausgearbeitet worden. Es wird das die Aufgabe einer einzusetzenden Kommission sein, deren Mitglieder einer sorgfältigen Auswahl unterzogen werden müssen.

\*

Wir meinen, ohne uns heute auf Einzelheiten einzulassen, daß zunächst einmal die Neuorganisation des Reiches abgewartet werden muß, weil sie unter Umständen auch verfassungsrechtlich in kleine Staatsgebiete eingreifen könnte, die bisher völlig selbständig waren. Folgeschwere wirtschaftliche Experimente, wie sie das Volkskommissariat für das Innere mit seinen Sozialisierungsversuchen plant, sollten jedenfalls mit äußerster Vorsicht angefaßt werden. Am eigenen Interesse dürfte die Kommission nicht einseitig zusammengesetzt sein. Experimente dürften zunächst unter allen Umständen nur vereinzelt erfolgen, um den Erfolg zu studieren, damit nicht ganze blühende Zweige unserer Wirtschaft um einer Theorie willen ruiniert werden.



# Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates Braunschweig.

Braunschweig, 13. Dezember.

Die heutige Sitzung, die vom A.-R. P. Junke geleitet wurde, beschäftigte sich zunächst mit der **Verlängerung der Verordnung, betr. Schutz der Schuldner gegen Gläubiger bis 1. Juli 1919.**

Volkstkommissar Aug. Junke berichtete, daß von hier aus bei der Reichsregierung angefragt worden sei, wie sie sich zu dieser Frage stelle. Wenn nicht innerhalb dreier Wochen etwas geschehe, so würde die braunschweigische Regierung selbständig vorgehen. Nachdem 14 Tage vergangen seien, sei ein Vertreter in dieser Angelegenheit nach Berlin gefahren, und gestern ist nun ein Telegramm der Reichsregierung eingetroffen, in dem der Erlass einer Verordnung angekündigt wird, in der folgendes gesagt werden soll: „Die Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner, der Kriegsteilnehmer ist oder gewesen ist, ist bis zum 1. Juli 1919 nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig. Diese Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn ihre Versagung nach den Umständen des Falles unbillig wäre. Vor der Bewilligung ist der Schuldner zu hören. Gegen die Entscheidung findet sofortige Beschwerde statt.“ Sie sehen also, es liegt das vom Reiche bereits vor, was wir beabsichtigt hatten. Der Reichsregierung ist sofort telegraphiert worden, daß wir in Braunschweig diese Verfügung ohne weiteres anerkennen. Ich erlaube nun, Ihre prinzipielle Zustimmung zu dem von uns unternommenen Schritte zu geben.

A.-R. Schmidt möchte, daß solchen Kriegsteilnehmern, die später, vielleicht aus Gefangenschaft, zurückkehren, eine Fristverlängerung über den 1. Juli hinaus bewilligt werde.

Volkstkommissar Aug. Junke führt aus, daß die vom Vorredner geäußerten Bedenken hinfällig seien. Er bitte, der vorliegenden Form der Verfügung zuzustimmen. In Einzelfällen könne ja eine Nachprüfung stattfinden.

A.-R. P. Junke erklärt, man habe die hiesigen Vorschläge zurückgestellt, da eine reichsgesetzliche Regelung der Angelegen-



heit den Vorzug verdiene. Er ersuche, den Vorschlägen des Reichsjustizamts beizutreten.

Die Versammlung gab darauf ihre Zustimmung.

Volkskommissar Aug. Junke sprach darauf über die **Bekanntmachung der reichsgesetzlichen Amnestie** und bemerkte dabei, daß diese in einigen Punkten weiter gehe als die braunschweigische Amnestie, in anderen Punkten aber hinter dieser zurückbleibe. Es ist nun vom Reiche verfügt worden, daß da, wo die Reichsamnestie weiter geht, diese Anwendung zu finden hat, während da, wo die braunschweigische Amnestie weiter geht, diese anzuwenden ist. In den Reichs-Amnestiebestimmungen findet sich ferner ein § 5, wonach die im Wege der Amnestie erlassenen Straftaten im Strafregister gelöscht werden sollen. Er beantrage, in den braunschweigischen Amnestieerlaß eine gleichartige Bestimmung aufzunehmen.

Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag angenommen.

Sodann berichtete Mr. P. Junke über einen Gesetzentwurf, betreffend die **Bildung von Fachräten**. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

1. Die Arbeiterschaft hat die Revolution in Gemeinschaft mit den zu ihr gehörigen Soldaten durchgeführt. Sie hat die politische Macht zum Zwecke der Durchführung des Sozialismus erobert und wird sie auch behaupten. Diese politische Macht ist verkörpert im Arbeiter- und Soldatenrat.

2. Die Vertretungen der sogenannten freien Berufe, der Ärzte, Beamten, Künstler usw. sollen von der Mitarbeit am Aufbau des Staatswesens nicht ausgeschlossen sein. Das Recht, ihre speziellen Interessen zu vertreten, ist ihnen sichergestellt. Auch bei Inangriffnahme einschlägiger fachtechnischer Arbeiten müssen sie vom Arbeiterrat zugezogen werden.

3. Die freien Berufe werden daher aufgefordert, während der Übergangsperiode, wo sie in die Sozialisierung des Wirtschaftslebens und Gesellschaftslebens noch nicht einbezogen sind, Ausschüsse zu bilden. Diese haben sich beim Arbeiterrat anzumelden.

4. Voraussetzung der Gründung und Bedingung der weiteren Existenz ist, daß sich diese Vereinigungen nicht zu Konspirationsklubs der Gegenrevolution entwickeln und sich im kapitalistisch-imperialistischen Sinne betätigen.

Die Regierung ist nicht gewillt, einem Kreis von Bürgern das Selbstbestimmungsrecht zu entziehen, oder ihm eine bestimmte politische Tendenz aufzunötigen. Sie wird deshalb mit aller Schärfe und allen zur Verfügung stehenden Mitteln eingreifen, wenn es gilt, die Er rungenschaften der Revolution zu sichern.



Mr. P. Junke betonte, daß durch dieses Gesetz der Vorwurf entkräftet werden solle, daß durch Diktatur bestimmte Gruppen von der Mitarbeit am Aufbau des Staatswesens ausgeschaltet werden sollten.

Mr. Künne erklärte, daß der vom Arbeiter- und Soldatenrat bestätigte Angestelltenrat nicht in der Lage sei, die Interessen der Privatangestellten zu vertreten, da er sich nur aus Bürgerlichen zusammensetze. Besonders müsse man Fräulein Koch, deren Name auf Wahlliste 1, und Kaufmann Schille, der auf Wahlliste 2 genannt werde, ausschalten. Er beantrage zu beschließen, daß die Mitglieder des Angestelltenrats sich nur aus Angehörigen der Gewerkschaften zusammensetzen dürfe.

Volkskommissar Dertter bemerkte, der Zweck der Fachräte sei vor allem, deren Mitglieder als Berater bei dem Entwurfe von Gesetzen hinzuzuziehen. Im übrigen sei es nicht angängig, in die Fachräte Leute zu wählen, die nicht wünschenswert seien. In den Entwurf müsse noch eine Reihe von Paragraphen eingearbeitet werden, er beantrage daher, den Gesetzentwurf zur nochmaligen Durcharbeitung einer Kommission zu überweisen.

Nach kurzer Besprechung wurde dem Antrage Dertter zugestimmt und als Mitglieder der Kommission Künne, Dertter, Begele, Hanne und Wbt gewählt.

Volkskommissar Dertter teilte hierauf mit, daß ihm eine Reihe von Vorschlägen über den **Verkauf von Möbeln des hiesigen Schlosses** unterbreitet worden seien. Er habe die Angelegenheit mit dem Finanzpräsidenten Bartels und dem Regierungsrat v. Hantelmann besprochen und möchte nun folgende Vorschläge der Versammlung unterbreiten: Zunächst müsse eine genaue Inventaraufnahme gemacht und dabei festgestellt werden, inwieweit die Gegenstände noch vorhanden oder nach Blankenburg gebracht worden sind. Gegenstände, die einen kunsthistorischen oder kunstgewerblichen Wert besitzen, sollen unter Hinzuziehung von Sachverständigen ausgewählt und den hiesigen Museen überwiesen, alle übrigen Sachen, wie Betten usw. verkauft werden. Der Erlös solle einem besonderen Fonds überwiesen werden. Geheimrat Krole hatte mitgeteilt, daß das Herzogspaar mehrere Silberfachen, an denen es ein besonderes Interesse habe, kaufen möchte. Diesem Wunsche könne man entsprechen. Er bitte, sich mit diesen Vorschlägen einverstanden zu erklären und neben den hinzuziehenden Sachverständigen noch einige



Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats in die Kommission für die Auswahl und Veräußerung des Schloßinventars zu wählen.

Die Vorschläge des Volkskommissars Dertter wurden gutgeheißen und in die Kommission Meyer, Begele und Born gewählt.

Der Sitzung wurden noch die nachstehenden **Nichtlinien für eine Volkswehr für Stadt und Land Braunschweig** vorgelegt:

1. Sobald als möglich (Zeitpunkt hat die Regierung zu bestimmen), ist mit dem vollkommenen Abbau des preußischen Militärsystems und dem gleichzeitigen Aufbau der Volkswehr zu beginnen.

2. Die nächsten Vorarbeiten hierfür sind, Instanzen zu schaffen, die als Volkswehrbehörden zu fungieren haben. Vorge schlagen werden:

a) Als obere Volkswehrbehörde für Stadt und Land Braunschweig: Eine Volkswehr-Inspektion, bestehend aus: einem Inspektour, einem Assistenten, einem Arzt als Beirat, einem Intendanten, Proviantmeister und Sekretariat. Gerichtswesen. Sitz in Braunschweig.

b) Der Inspektion unterstellt werden:

1. Volkswehr-Infanterie-Kommando, Sitz Braunschweig.

2. Volkswehr-Kavallerie-Kommando, Sitz Braunschweig.

3. Volkswehr-Train-Kommando, Sitz Braunschweig.

4. Volkswehr-Artillerie-Kommando, Sitz Wolfenbüttel.

Das zu 1 genannte Kommando ist gleichzeitig Zentralstelle für alle im Lande Braunschweig zu bildenden Volkswehrausbildungskompagnien.

Die zu 1—4 genannten Kommandos setzen sich zusammen aus je einem Kommandanten, einem Assistenten (für Infanterie gegebenenfalls 2 Assistenten), einem Arzt als Beirat, einem Rechnungsführer, Sekretariat und entsprechendem Ausbildungspersonal.

c) Dem Volkswehr-Infanterie-Kommando unterstehen außer den in Stadt Braunschweig zu bildenden Kompagnien noch die im Lande Braunschweig aufzustellenden Kompagnien, und zwar je eine in Helmstedt, Blankenburg, Holzminden, Gandersheim (Sitz Seesen) und Wolfenbüttel.

Stab einer Kompagnie: Führer, Arzt als Beirat, Rechnungsführer, Ausbildungs- und Schreiberpersonal.



# Aufklärung zur Landtagswahl

am 22. Dezember 1918

Die Gegner der Revolution treten in den Wahlkampf mit der im Voraus gefaßten festen Absicht, die Revolution und ihre Anhänger, die revolutionäre Regierung des braunschweigischen Freistaates und die Unabhängige Sozialdemokratie, unter allen Umständen schlecht zu machen und herabzureißen.

Was die revolutionäre Regierung auch tun mag, ihre Gegner haben nur das Bestreben, sie zu stürzen, weshalb sie alle Taten der Revolution verlästern und alle Errungenschaften der Revolution verewüßeln.

**Im Zeichen der Geschäftigkeit, der Verleumdung, der Voreingenommenheit, des bösen Willens steht der Wahlkampf, den die Gegner der Revolution gegen die Anhänger derselben führen.**

Bei allen früheren Reichs- und Landtagswahlen spielten sich die Gegner der Sozialdemokratie heuchlerisch als die Kämpfer für die göttliche Weltordnung, als die Stützen von Thron und Altar, als die Wächter der Vaterlandsliebe und die Schützer des Deutschtums auf. Diese Felle sind jetzt den betrieblen Rohgerbern fortgeschliffen. Was den Kapitalisten das Wohl des Vaterlandes galt, das hat der Weltkrieg mit der ungeheuren Not gezeigt, die er im Innern des deutschen Vaterlandes hervorgerufen hat.

Das deutsche Kapital hat sich als der größte Vaterlandsverräter gezeigt, der sich nur denken läßt.

Das Kapital war der treueste Verbündete der Engländer, die das deutsche Volk durch Ausbeutung müde machen wollten. Die englische Lebensmittelpresse hatte kaum eingeleitet, da schickte sich schon das Kapital an, aus der Lebensmittelpresse Kapital zu schlagen. Alle Ausbeutungsmaßnahmen der Engländer waren gar nichts gegen die künstliche Teuerung, die das Kapital als Kriegswucher über Deutschland gebracht. Die unerschämten Entschädigungsansprüche, die die Entente zu erheben droht, reichen noch nicht an die Summen heran, um die das Kapital als Kriegslieferant das deutsche Volk betrogen hat. Der Räuber im Innern hat sein eigenes Vaterland während des Krieges schon so gründlich ausgeraubt, daß der Räuber, der jetzt von außen kommt, nichts mehr zu rauben vorfindet.

Nun will dasselbe Kapital, das Deutschland an den Rand des Bankrotts gebracht und gerade während der größten Not sich am unverschämtesten die Taschen gefüllt hat, die Revolution beschuldigen, daß sie es sei, die die größte Gefahr über Deutschland heraufbeschwöre, die Gefahr des Verhungerns, der Anarchie, der Auflösung. Das Kapital will wieder Ordnung schaffen. Nun, man kennt die Ordnung. Es ist die Ordnung, die dem Kapitalisten die Ausbeutungsfreiheit sichert. Unter dieser schönen Ordnung hat der Kriegswucher seine glänzendsten Geschäfte gemacht. Alle Gesetze und Verordnungen gegen ihn standen nur auf dem Papier. Er spottete ihrer aller. Die gute alte kapitalistische Ordnung strafe nur die allzu unvorsichtigen oder gar zu dummen Kriegswucherer. Die großen Diebe wurden nicht gehängt. Das war ganz in der Ordnung, in der kapitalistischen Ordnung. Deshalb erkennen auch die Gegner der Revolution die neue Ordnung nicht als Ordnung an. Sie haben Angst vor ihr, vor der Ordnung der sozialistischen Gerechtigkeit. Nur wo die Kapitalisten die politische Gewalt in der Hand haben, herrscht nach ihrer Meinung Ordnung.

Diese Ordnung hat

## im Braunschweiger Lande

Bis vor dem Ausbruch der Revolution geherrschte. Nur Vertreter dieser Ordnung saßen im alten Landtage: Geistliche, hohe Beamte, Rechtsanwälte, Großindustrielle, Bankherren, Baupfandanten, die sich Mittelständler und Handwerker nannten, strebsame regierungsfremde Bürgermeister, reiche Bauern und noch reichere Groß- und Rittergutsbesitzer. Auch wenn einige Arbeiter, kleine Beamte, richtige Handwerker und Privatangestellte dazu gekommen wären, in der Hauptsache wäre der Landtag ein Spiegelbild der alten Ordnung geblieben.

## Landtagswähler und -Wählerinnen!

Ihr braucht Euch nur den alten Landtag zu vergegenwärtigen, um zu wissen, was Ihr von den alten Männern der alten kapitalistischen Ordnung zu erwarten habt, wenn diese im neuen Landtage wieder die Vorherrschaft erlangten, d. h., wenn eine bürgerliche und keine sozialistische Landtagsmehrheit zustande käme.

**Mögen einige Beispiele reden.**

Da ist der Hotelier und Vorsitzende der Landesbankgesellschaft, Herr Südekum aus Garzburg, der auch als Abgeordneter im Landtage saß und jetzt als gehässiger Gegner der Revolution von sich reden macht. Er ist ein selbstgefälliger, fader Schwärzer, aber er möchte sich doch dem Bürgertum mit seinen Gefreuden gegen die revolutionäre Regierung als Landtagskandidat empfehlen, und er ist für die Wesenart der Gegenrevolutionäre um so begehrter, als er im alten Landtage noch für einer der am wenigsten reaktionären Abgeordneten galt. Daß der Mann sich noch im vergangenen Sommer im Landtage in scharfer Weise gegen das gleiche Landtagswahlrecht äußerte, war nicht zu verwundern, da das gleiche Wahlrecht im ganzen Landtage keinen ehrlichen Freund hatte. Die Hauptsache

ist, daß Herr Südekum, der kürzlich die deutschen Soldaten Verbrecher nannte, weil sie sich an der Front nicht weiter für das Kapital sinnlos toteschießen lassen wollten, uns so schön zeigt, wie die Männer der alten Ordnung ihre Vaterlandsliebe betätigten.

## Garzburg war das Eldorado der großen Berliner Kriegswucherer,

die sich dort mit dem müßeligen Gewinn, den sie aus dem hungernden deutschen Volke durch Lebensmittelpreierhöhung herausgegaunert, das Leben verfrachten und an vollen Tafeln schmelzten. Geld spielte für die noblen Leute keine Rolle, und für Geld war alles zu haben. Die Garzburger Hoteliers kauften also auf Schleichwegen auf, was sie nur aufaufen konnten, und kinnerten sich den Teufel darum, daß sie damit dem Volksganzen die Nahrungsmittelmenge freventlich schmälerten und dem Ausbeutungsplan der Engländer treffliche Vorspanndienste leisteten. Sie boten den Berliner Kriegswucherern eine reich und herrlich besetzte Tafel und ließen sich natürlich Preise zahlen, die sich nur eine überspannte Phantasie ausmalen konnte. So wurde dem Lande die Nahrung entzogen. Sie wanderte in die Bäuche der Berliner Kriegswucherer und das Geld dafür, um das diese das deutsche Volk begaunert hatten, wanderte in die Taschen der Garzburger Hoteliers. So freiste der Kriegswucher.

Man trieb es so bunt, daß schließlich das Reichs-ernährungsamt das allzu tolle Treiben nicht mehr mit ansehen konnte und eine Verordnung plante, nach der nur noch Kranke mit einem Krankenzertifikat in die Bäder gelassen wurden und den Hoteliers der Schleichhandel ein wenig beschränkt werden sollte. Da entrißte sich der Patriot Südekum noch mehr über das Reichs-ernährungsamt, als später über die Revolution. Er hielt im Landtage eine feurige Rede für den Schleichhandel der Hoteliers, also eigentlich auch für den Kriegswucher und bestimmte den Landtag, die Regierung zu ersuchen, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß den Hoteliers die Beteiligung an der Einjagung des Kriegswuchers durch Schleichhandel nicht beschränkt werde.

**Der ganze Landtag trat einstimmig auf seine Seite, billigte also den Schleichhandel und segnete den Kriegswucher und seine fashonablen Luxusbäder.**

Daß derselbe Landtag für das gleiche Wahlrecht bis zuletzt nicht zu haben war, an den bevorrechtigten Berufsstandsvertretern festhielt und in die neue Wahlreform auch noch fast einstimmig die Bestimmung einschmuggelte, daß das Dreiklassenwahlrecht bei den Gemeindevahlen nur durch Zweidrittelmehrheit aufgehoben

werden könne, ist bekannt. Bekannt ist auch, daß derselbe Landtag unter einem Schwall byzantinischer Redensarten dem verflochtenen Herzog Ernst August im Sommer d. J., als die Hungersnot schon recht weit vorgeschritten war, noch durch ein Millionengeld für bauliche Änderungen im Schloß und Marstall fast einstimmig die Zivilliste erhöhte. Gegen diese Geldvergeudung hat derselbe Südekum, der jetzt der revolutionären Regierung die Ausgaben für die Volkswehr als verbrecherische Verschwendung der Staatsgelder vorwirft, kein Wort gesagt.

Doch der Landtag konnte auch sparsam sein. Als der Abgeordnete Seidler während der Frühjahrstagung 1918 beantragte, den Hilfsgefangenen aufsehern, die nur 4 M. Tagesgeld erhielten, eine Teuerungszulage zu gewähren, da stieg der Landtagspräsident, Herr Oberbürgermeister Kete Meyer, von seinem Sitz herab, übergab dem Vizepräsidenten das Präsidium und hielt eine scharfe Rede gegen den Antrag Seidler. Die Hilfsbeamten seien, staatsrechtlich aufgefagt, nur Arbeiter, Arbeiter brauchten aber keine Teuerungszulage. Ihr Lohn richte sich nach Angebot und Nachfrage; steige die Nachfrage, so werde der Lohn der Hilfsgefangenen aufseher schon von selbst steigen. Herr Seidler zog seinen Antrag zurück und der ganze Landtag stimmte Herrn Kete Meyer bei. Als sich aber am 31. Oktober d. J. der Stadtverordnete Stegmann an der städtischen Hilfsbeamten annahm, die bei den Teuerungszulagen wieder zurückgesetzt worden seien, da wandte Oberbürgermeister Kete Meyer dagegen ein, daß die Stadt die Angelegenheit gern regeln, aber übereinstimmend mit den Landtagsbeschlüssen vorgehen müsse. Daß der Landtag nur beschlossen, was ihm Herr Kete Meyer vorgeredet, sagte der Oberbürgermeister nicht. Im Landtage hatte er den Hilfsbeamten die Teuerungszulagen abgesprochen und in der Stadtverordnetenversammlung bedauerte er, gegen die Landtagsbeschlüsse nichts tun zu können. Ja, wenn es sich um Arbeiter und kleine Beamte handelte, ist die alte Ordnung immer sehr sparsam gewesen. So hat auch derselbe Landtag, der nie ein Wort gegen den Kriegswucher gefunden, immer wieder über die hohen Löhne gekammert, die die Munitionsarbeiter bezögen. Gegen den ungerechten Gewinn der Munitionsfabrikanten und der übrigen Kriegsgewinnler hatte er nie etwas einzuwenden. Einen unerschämten Unternehmervogel fand er ganz in der Ordnung, in der alten Ordnung.

Ganz in der alten Ordnung fanden es auch die Herren der alten Ordnung, daß die alte Regierung drakonisch gegen

jeden vorging, der sie öffentlich oder in der Presse angreifen wagte.

**Genosse Wesemeier hat 1 1/2 Jahre im Gefängnis sitzen müssen,**

weil er die Regierung wegen der blutigen Straßenschlachten angegriffen, die sie von der Polizei der friedlich demonstrierenden Arbeiterschaft hatte liefern lassen.

**Genosse Brenner mußte wegen angeblicher Beleidigung des Landtages 5 Monate Gefängnis abbüßen**

und der Landtag hatte selbst den Strafantag gestellt. Die Klassenjustiz hauste unter der alten Ordnung gegen die Führer der Arbeiterschaft auf russische Art, nämlich auf die Art, die unter dem Zaren Nikolaus in Rußland Mode war. Wenn aber die revolutionäre braunschweigische Regierung einen gegenrevolutionären Fetter und Verleumder, wie Südekum, zur Vernehmung führen oder andere der Anstiftung zur Gegenrevolution verdächtige Personen zur Feststellung der Tatsachen einmal einen Tag lang festnehmen läßt, dann schreien dieselben Ordnungsmänner, die die schrecklichsten politischen Schreckensurteile der alten Ordnung gebilligt haben, über russische Zustände, über den Bolschewismus in Braunschweig.

**Was würden diese Heuchler erst sagen, wenn die Revolution Gleiches mit Gleichem vergelten und ihre Beleidiger durch die Revolutionsjustiz 5 Monate oder gar 1 1/2 Jahre nach Wolfenbüttel in das Gefängnis schicken wollte?**

Jetzt, wo die alten Phrasen nicht mehr versagen und die Ordnungsmänner aus Angst vor der sozialistischen Gerechtigkeit die Revolution und den entschiedenen Sozialismus noch mehr hassen, als vor dem Kriege, bleibt ihnen als Kampfmittel nur noch die Lüge.

Nichts, was die revolutionäre Regierung bisher geleistet hat, erkennen sie an, alles ziehen sie herab. Wenn dagegen sich etwas gegen die revolutionäre Regierung ausbeutet, läßt, dann machen sie aus der Müde einen Elefanten. Da beschuldigen dieselben Leute, die am liebsten die Soldaten sofort wieder gegen die Revolution marschieren und die junge Demokratie mit Gewalt unterdrücken ließen, die revolutionäre Regierung der Diktatur. Was nennen sie denn Diktatur? Sie nennen es Diktatur, wenn die revolutionäre Regierung mit derselben Macht, die die Revolution durchgesetzt hat, mit den Arbeitern und Soldaten, die

**Durchführung der Demokratie**

sicher stellt. Eine Revolution, die schon am ersten Tage die Macht aus der Hand legen wollte, bevor sie die Einrichtung ihrer Ziele einigermaßen gesichert hat, wäre ein Narrending, ein Fastnachtsstreich. Sie hätte gar nicht gemacht zu werden brauchen. Das kann jeder ehrliche Historiker sowohl den Ordnungsmännern wie den Rechtssozialisten sagen. Die Geschäftigkeit ihrer Gegner gibt selbst hierin der Revolution recht. Diese Geschäftigkeit würde jedes Machtmittel, das man ihr belassen, sofort benutzt haben, die alte Ordnung wieder einzuführen.

**Was aber hat denn die Diktatur diktiert?**

Sie hat die Versammlungs- und Pressefreiheit diktiert. Die Versammlungsfreiheit ist so vollkommen, daß sich ungeführt die größten Verleumder und Beschimpfer der Revolution öffentlich austoben können.

Weiter hat die Diktatur das freieste Wahlrecht für Staat und Gemeinde diktiert, obwohl sie sich sagen mußte, daß die Gegner der Revolution dieses Geschenk zu dem gehässigten Wahlkampf, den das braunschweigische Land je gesehen, mißbrauchen würde. Ist das eine Diktatur, die sich selbst in der vollkommensten Demokratie auflöst? Daß die Bedenken gegen die sofortige Einberufung der Nationalversammlung berechtigt waren, leugnen eigentlich nur die Gegner der Revolution, die in der Nationalversammlung das einfachste Mittel sehen, der Freiheit gleich wieder den Garaus zu machen. Dennoch hat die revolutionäre Regierung Braunschweigs auch die Bedenken gegen die Nationalversammlung schwinden lassen. Jedenfalls meint sie es mit der Nationalversammlung, die auf Grund des gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter gewählt werden soll, ehrlicher, als die Ordnungsmänner vom Schlege eines Südekum, die nicht einmal für das gleiche Landtagswahlrecht zu haben waren.

Weiter hat die Diktatur diktiert, daß Staat und Kirche getrennt, daß der Adhstundentag eingeführt und daß Lebensmittelkarten, die der hungernden Gesamtheit die Vorräte entzogen, scharfer auf die Finger gesehen wurde. Die Opfer der Klassenjustiz dagegen hat sie amnestiert. Schließlich fordert die Diktatur auch noch die Abschaffung des stehenden Heeres und die Bewaffnung des ganzen Volkes zu einem Volksheere. Wenn sie die Volkswehr, die rote Garde, die von den Ordnungsmännern zu einem Rinderstecher lügnertisch aufgeblasen worden ist, noch beibehält, so nur deshalb, um

**gegenrevolutionäre Bestrebungen,**

die vor keinem Blutbade zurückschrecken würden, so lange niederzuhalten,

**bis die junge Freiheit gesichert ist.**



*Fr. Landtag. N. 48<sup>2</sup> vom 19. Febr. 1933*

# Verfassungs-Entwurf für Braunschweig.

**Die Volkskommissare legen ihre Vemler nieder. — Ein neuer Verfassungs-Entwurf. — Nur noch Arbeiterräte.**

Wie wir erfahren, ist bei den Verhandlungen des Landes-Arbeiter- und Soldatenrates am Dienstag, an denen auch die Rechtssozialisten teilnahmen, eine Einigung zwischen beiden Parteien erzielt worden. Auf Grund dieser Einigung

legen sämtliche Volkskommissare und der Präsident Merges ihr Amt in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zurück;

sie werden aber ihr Amt so lange weiterführen, bis die neuen Volksbeauftragten gewählt worden sind.

Die Arbeiter- und Soldatenräte sollen ferner bis zum 1. April aufgelöst werden. Es sollen dann nur Arbeiterräte neugewählt werden. Im Sinne der Verhandlungen liegt es aber, daß die neu zu wählenden Arbeiterräte nicht mehr wie bisher die revolutionäre Regierung bilden, sondern sie sollen lediglich geschaffen werden, um die Sozialisierung im Freistaate Braunschweig vorzubereiten.

Der Versammlung lag sodann auch ein neuer Verfassungs-Entwurf

vor, mit dessen wesentlichsten Punkten sich die Mehrheit der A.- und S.-Räte einverstanden erklärte.

Eine längere Aussprache entstand über den Punkt 6 des Entwurfs, der bestimmt, daß der Landtag die Volksbeauftragten wählt und daß diese das Vertrauen der Mehrheit des Landtages besitzen müssen. Ein Volkskommissar wünschte hierzu, daß auch dem Arbeiter- und Soldatenrat des Landes ein Einspruchsrecht zustehen soll. Zunächst wurde auch in diesem Sinne entschieden. Die Rechtssozialisten zogen sich aber darauf zu einer Besprechung zurück und beantragten bei ihrer Rückkehr in den Saal, diesen wichtigsten Punkt nochmals zu beraten, womit die Versammlung einverstanden war. Nach längerer Aussprache wurde dann beschlossen, es bei der ursprünglichen Fassung, daß also der Landtag die Volksbeauftragten wählt, und diese vom Vertrauen des Landtages gestützt werden müssen, zu belassen. Doch soll der neu zu wählende

Arbeiterrat ein Einspruchsrecht

gegen Beschlüsse des Landtages haben. Dieses Beschwerderecht ist ungefähr so gedacht, daß, falls der

Arbeiterrat gegen einen Beschluß des Landtages Beschwerde einreicht, dann eine Kommission gewählt wird, die Einigungsverhandlungen führen soll; sollten diese nicht zum Ziele führen, so soll die endgültige Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeigeführt werden.

Der der Versammlung vorgelegte

Entwurf einer vorläufigen Verfassung

hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Freistaat Braunschweig besteht aus dem ehemaligen Grafschaft Braunschweig. Der Freistaat bildet ein unteilbares Ganzes. Ohne Zustimmung der Landesversammlung kann kein Bestandteil von ihm losgelöst werden. Der Freistaat Braunschweig ist ein Glied des Deutschen Reiches. Reichsrecht steht vor Landesrecht.

§ 2. Alle Macht ruht bei dem braunschweigischen Volke. Sie wird ausgeübt von der Landesversammlung, dem Landesarbeiterrat und dem Rat der Volksbeauftragten.

§ 3. Die am 22. Dezember 1918 gewählte Landesversammlung hat die Aufgabe, dem Lande eine Verfassung zu geben, die Handlungen, Gesetze und Verordnungen der vorläufigen Regierung nachzuprüfen, sowie sonstige dringende Landesangelegenheiten zu beschließen, auch den Rat der Volksbeauftragten zu wählen und zu beauftragen. Sie übt die oberste gesetzgebende Gewalt im Lande aus.

§ 4. Neben der Landesversammlung besteht ein Landesarbeiterrat. Dem Landesarbeiterrat liegt ob, die Sozialisierung vorzubereiten. Ihm steht das Recht zu, neuen Beschlüsse und Gesetze der Landesversammlung Einspruch zu erheben. Die Beschlüsse und Gesetze sind ihm mitzuteilen. Wird Einspruch erhoben, so soll zwischen Landesversammlung und Landesarbeiterrat eine Einmütigkeit erzielt werden. Kommt eine Einmütigkeit nicht zustande, so hat der Rat der Volksbeauftragten unverzüglich eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen. Wird binnen zwei Wochen, nachdem die Beschlüsse und Gesetze dem Landesarbeiterrat mitgeteilt sind, Einspruch nicht erhoben, erlischt das Einspruchsrecht.

§ 5. Der Landesarbeiterrat ist auf demokratischer Grundlage bis 1. April 1919 zu wählen.

§ 6. Die Geschäfte des Landes führt ein Rat der Volksbeauftragten. Er wird von der Landesversammlung gewählt. Ihm verantwortlich und muß das Vertrauen der Mehrheit der Landesversammlung besitzen. Der Rat der Volksbeauftragten ist eine kollegiale Behörde und faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Er kann Gesetzentwürfe vorbereiten und hat erlassene Gesetze gemeinsam mit dem Landesarbeiterrat durchzuführen. Der



Rat der Volksbeauftragten wird sachverständige Beiräte nach Bedarf auswählen.

§ 7. Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten vertritt das Land nach außen. Er hat die Befehle des Landes an veröffentlichten Staatsverträge und Befehle sind von ihm und dem Präsidenten der Landesversammlung zu unterzeichnen. Alle, in dieser verfassungsmäßigen Form verkündeten Befehle müssen von allen Landesbewohnern befolgt werden.

§ 8. Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Landesversammlung in Kraft.

\*

Ferner lag dem Landes-A. u. S.-Rat ein

### **Entwurf eines Gesetzes über Arbeiterente**

vor, der folgenden Wortlaut hat:

§ 1. Der Landesarbeiterrat hat die Durchföhrung der sozialistischen Revolution zu überwachen und die Sozialisierung vorzubereiten.

§ 2. In jedem Amtsbezirk werden zwei Mitglieder des Landesarbeiterrats erwählt. Die Stadt Braunschweig wählt 20 Mitglieder.

§ 3. Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Wahlbezirk wohnende Deutsche über 20 Jahre, die einer Kranken- oder Invalidenversicherung oder der Invalidenversicherung angehören.

Wahlberechtigt und wählbar sind ferner Personen, die auf Grund der Arbeiterversicherung Unfall- oder Invalidenrente beziehen.

Wahlberechtigt und wählbar sind ferner die Soldaten über 20 Jahre (Ei-Komp., Volkwehr, Hea 7. Baa., Anlassen, aktive Unteroffiziere usw.).

Die Wahl ist geheim. Jeder hat nur eine Stimme. Für die Wahl sind die Grundzüge der Verhältniswahl maßgebend. Ausführungsanordnungen erläßt der Rat der Volksbeauftragten.

§ 4. Die Wahlen zum Landesarbeiterrat finden am 19. März 1919 statt für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920. Spätere Wahlen hat der Rat der Volksbeauftragten in März jeden Jahres anzuordnen.

§ 5. Der Landesarbeiterrat hat das Recht des anschließenden Einspruchs gegen Beschlüsse und Befehle der Landesversammlung. (Befehl § 4 der Verfassung.)

§ 6. In jeder Gemeinde wird ein Arbeiterrat erwählt. Er besteht in Orten bis 2000 Einwohner aus 3,

in Orten über 2000 Einwohner aus 5 und in der Stadt Braunschweig aus 20 Mitgliedern. Die Wahl findet nach den Vorschriften des § 3 statt.

§ 7. Jedes Mitglied eines Gemeindearbeiterrats, das seine Pflichten arößlich verläßt oder sich unehrenhaft fñhrt, kann auf Antrag des Gemeindearbeiterrats durch den Landesarbeiterrat seines Amtes enthoben werden.

Der Gemeindearbeiterrat hat das Recht des anschließenden Einspruchs gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung. Beschlüsse der Gemeindevertretung sind ihm mitzuteilen. Wird Einspruch erhoben, so soll eine Einmütigkeit versucht werden. Kommt eine Einmütigkeit nicht an, so hat die Gemeindeverwaltung (Magistrat, Gemeindevorsteher) unverzüglich eine Gemeindeabstimmung entscheiden zu lassen.

Wird binnen zwei Wochen nach Mitteilung des Gemeindebefehlshabers Einspruch nicht erhoben, so erlischt das Einspruchsrecht.

§ 8. Das Gesetz über die Arbeiter- und Soldatenente vom 12. November 1918 und §§ 4 und 7 des Gesetzes vom 5. Dezember 1918 (Nr. 64) werden aufgehoben.

\*

### **Wie die neue Zusammensetzung der Regierung gebacht ist,**

darüber machte am Montag in der Vollstgung des A.- und S.-Rates Kaufenburg dessen Vorsitzender, Landtagsabgeordneter Hesse, Mitteilungen. Die Einigung wurde eine Zusammensetzung der Regierung aus je vier Vertretungen beider sozialistischer Richtungen bringen. Wegen der abgelaufenen Konferenz wurde darauf hingewiesen, daß beabsichtigt sei, die A.- und S.-Räte einweisen noch beizubehalten, aber eine Neuwahl vorzunehmen, bei der alle diejenigen, die ein Einkommen unter 5000 Mark haben, wahlberechtigt sein sollen. Ein langsamer Abbau der A.- und S.-Räte sei geplant, so daß wahrscheinlich mit dem 1. April auf deren Eingehen zu rechnen sei. Die Zurückziehung der beiden Beigeordneten zum Stadtmagistrat soll mit dem Zeitpunkt der Aufhebung der A.- und S.-Räte erfolgen.



## Der Braunschweigische Landtag von Arbeitslosen gestürmt.

Während der Beratung der Anträge der Kommission zur Arbeitslosenfrage im Landtage versammelten sich die vom Abg. Dexter nach dem Landtage bestellten Arbeitslosen vor dem Gebäude, um ihre Wünsche vorzutragen und für ihre Sache zu demonstrieren. Dabei kam es zu unruhigen Tumulten.

wie sie sich in einem deutschen Parlamente wohl noch nicht ereignet haben. Leider sind dabei auch einige

Abgeordnete lässlich angegriffen

worden. Es wird uns über die Vorgänge folgendes berichtet:

In einem Sturm auf den Landtag kam es am Mittwoch mittags anlässlich eines Demonstrationstages der Arbeitslosen. Bekanntlich hatte bei der letzten Demonstration der Volkskommissar Dexter die Arbeitslosen aufgefordert, am Mittwoch mittags, wenn der Landtag wieder zusammensteht, vereint vor das Landtagsgebäude zu ziehen und so den Abgeordneten ihre Wünsche und Forderungen eindrucksvoll vor die Augen zu führen. Dieser Einladung nun waren die Arbeitslosen denn auch gefolgt, hatten sich auf dem Schlosshofe versammelt und zogen nun in geschlossenem Zuge vor das Landtagsgebäude. Dort legten die Abgeordneten der Kommission für die Arbeitslosenfrage die Forderungen der Demonstranten vor. Diese selber hatten zunächst ganz geduldig auf dem Platz vor dem Landtagsgebäude: Ab und an erschallte wohl der Ruf „Arbeit“, auch „Dexter raus!“, aber man war bis dahin noch immer gemächlich, ja man machte sogar noch keine Witze, schälerte mit den jungen Mädchen herum, die aus den Fenstern des Landtagsgebäudes herabsahen, und machte seine Späße mit den Passanten.

Während jedoch änderte sich die Szene. Es erschien in der Eingangshalle ein Mann, allem Anschein nach einer der Deputierten, und teilte den Demonstranten in erregten Worten mit, daß man die Arbeitslosen dort oben mit dem Titel „Arbeitslose“ beehrt hätte. Schnell pflanzte sich das Wort von Mund zu Mund fort. Von der Treppe her ertönte mit einem Male die Aufforderung laut über den Platz:

„Rein in den Landtag! Treibt die Bande heraus!“

Und nun drängte sich die Menge hinein durch die große Tür über den Flur nach dem Sitzungssaal. Voran liefen junge Burschen in Zivil und Uniform. Die Tür zum Sitzungszimmer, die verschlossen war,

wurde eingeprallt.

Die Füllung hielt den Schlägen und Fußtritten nicht lange stand, und nun kletterte alles durch die Öffnung hinein in den Sitzungssaal. Ein wildes Lärmwaben entstand. Die Tische wurden umgeworfen, Stühle wurden zerbrochen und, mit Tisch- und Stuhlbeinen bewaffnet, brang die Menge auf die Abgeordneten ein, die gerade bei der Beratung waren. Vergeblich suchten die Besonnenen die aufgeregte Menge von Gewalttätigkeiten abzuhalten. Vergeblich schallte mitten hinein in den Tumult die Glode des Präsidenten, der sich ein Solbat bemächtigt hatte, um Ruhe zu schaffen. Vergeblich stellte sich selbst der Volkskommissar Dexter den Einflüsternden entgegen. Seine Worte verhallten ungehört in dem unbeschreiblichen Lärm. Der Tribünenbesitzer bemächtigte sich fast panischer Furcht. Die Schreie mit bleichen Gesichtern die Treppen hinauf aus dem Hause. Den Winkeln, die dort oben ausbarrten, bot sich ein wildes Bild, ein

Bild einer wilden Schlägerei.

Endlich gelang es dem Volkskommissar Dexter, von einem der wilden Tische herab sich Gehör zu verschaffen. Noch immer wieder durch wilde Zwischenrufe unterbrochen, suchte er die Menge zu beruhigen, mahnte sie zur Ordnung und Sitte und empfahl ihr, in Geduld zu warten, schon in wenigen Stunden würde für die Arbeitslosen Rat geschaffen werden. Der Ausdruck, der für die Arbeitslosenfrage eingesetzt worden sei, habe schon ein längeres Arbeitsprogramm entworfen, das für eine große Anzahl Arbeitsloser Arbeit schaffen würde.

Wieder begann ein wilder Lärm. Man schrie Dexter entgegen: „Erst nach einem halben Jahre!“ Man umdrängte den Redner immer mehr.

Man auf die Tische

und alles schrie wild durcheinander, so daß Dexter sich bald nach rechts, bald nach links, nach hinten und vorne wenden mußte, um Ruhe und nochmals Ruhe zu fordern.

Auch Abgeordneter Rechtsanwalt Bracke versuchte, nach dem Volkskommissar Dexter zu Worte zu kommen. Er wollte im Namen der bürgerlichen Parteien die Erklärung abgeben, daß auch sie für die Forderungen der Arbeitslosen eintreten seien. Aber kaum hatte er das Wort „bürgerlich“ ausgesprochen, als ihm ein lautes „Pui!“ entgegenschallte und von neuem ein

beiführender Tumult einsetzte.

Erst als es einem der Besonnenen unter den Demonstranten gelang, den Seinigen auseinanderzusetzen, daß es doch unter den „Bürgerlichen“ auch noch einige wenige gute Ausnahmen gäbe, konnte Dr. Bracke für eine kurze Weile zu den Arbeitslosen sprechen. Er setzte ihnen auseinander, daß in der Kommission soeben beraten wäre, wie man den Arbeitslosen helfen könne, das einzige verschaffte könne, das was sie gebrauchen, „Arbeit“. Es sollen vor allem sofort in Angriff genommen werden der Bau des neuen Bahnhofs, dann einige größere Erdarbeiten, Ausbau einer Eisenbahnstrecke usw. Man hätte

ferner beraten, wie man den dort zu beschäftigten Arbeitslosen die dazu nötigen Kleider und vor allem das Schuhzeug verschaffen könnte. Ferner...

Doch da setzte wieder neuer Tumult ein. Man drang auf den Redner ein und zwang ihn, vom Tisch herabzutreten.

Nunmehr versuchte der

Präsident Mernes

von einem anderen Tisch aus, zu Wort zu kommen. Aber auch seine Worte, von denen man auf der Tribüne immer nur Stichworte wie „Kapitalismus!“ „Bürgerliche Gesellschaft!“

„Auch unsere Zeit kommt noch!“

bernehmen konnte, verhallten in dem ohrenzerreißenden Lärm.

Zum Schluß seiner Rede stellte sich heraus, daß man ihm seinen Stuhl, den er sehr nötig brauchte, fortgenommen hatte. Nun ging mit einem Male statt des Schreies nach Arbeit der Schrei nach Mernes' Stuhl durch den Saal. Man suchte

Diese Pause benutzte wiederum Volkskommissar Dexter, um nochmals die Leute zu beruhigen. Er stellte dabei fest, daß in der Kommissionstzung das Wort „Arbeitslose“, das den Anlaß zum Sturm gegeben hatte, gar nicht gefallen sei. Wer das Gerücht verbreitet habe,

habe eine Unwahrheit gesagt.

Er mahnte nochmals zur Ruhe und Ordnung und ließ diesmal auch scharfe Worte für das Einbringen in den Saal.

Jetzt endlich legte sich der Tumult. Die Menge zog sich langsam aus dem Sitzungssaal zurück.

Während sich diese Szenen im Sitzungssaal abspielten, herrte auf dem Platz vor dem Landtag immer noch ruhig und geduldig der größere Teil der Demonstranten, meistens ältere und gelehrte Leute. Zu ihnen sprachen mehrere Redner, u. a. auch der Volkskommissar Ehardt, die alle zur Ruhe und Ordnung mahnten und auf die bereits vorgeschrittene Arbeit des Ausschusses hinwiesen. Hier versenkte sich bald die Menge.

Ein anderer Augen- und Ohrenzeuge schildert die Tumulten wie folgt:

Die letzten Ausführungen des Abg. Ehardt gingen immer mehr in einem Lärm unter, der vom Treppenhause herübergeschallte. Die Arbeitslosen waren zu der angeforderten Demonstration erschienen. Diese Demonstration wuchs weit über das Maß hinaus, in dem sie offenbar gedacht war. Die Arbeitslosen rüttelten an der stets verschlossenen Tür des Saalesingang, und als diese ihrem Begehren widerstand, zertrümmerten sie die Türfüllungen und drangen auf diese Weise und durch das Ministerzimmer in den Saal.

Es gab für sie kein Halten mehr.

Auch die Volkskommissare Dexter und Ehardt, die sofort, als sie sahen, welchen unerwünschten Verlauf die Demonstration nahm, die Eindringlinge zur Ruhe mahnten, vermochten es nicht mehr, die Geister zu bannen, die sie gerufen hatten. Die ausgeführten Bogen der Leidenschaft ließen sich so schnell nicht mehr glätten. Die Demonstranten drangen in den Saal, wo sich bald die unangenehmsten Szenen abspielten. Der Tisch des Präsidenten, sowie der Regierungstisch wurden gleich beim Einbringen in den Saal umgestürzt, daselbst geschah mit einigen Tischen der Abgeordneten. Ein eigenartiges Geschick wollte, daß gerade der Tisch, an dem die unabhängigen Abgeordneten ihren Platz hatten, zuerst umgestürzt wurde.

Die Eindringlinge ließen Drohungen gegen das Abgeordnetenhaus aus. Man hörte Rufe:

„Schlagt die Hunde tot!“

„Schlagt alles kurz und klein, der Hund soll sterben!“ Einer der Demonstranten hatte aus dem Fraktionszimmer einen Feuerhaken geholt und stürzte mit dem Ruf: „Der Hund muß sterben!“ in den Sitzungssaal. Daß es sich um ein

abgeleitetes Spiel

handelte, in dem parlamentarische Elemente ihr Unwesen trieben, konnte man aus den Rufen entnehmen, die aus der Menge herausdrangen:

„Jetzt sofort Post und Eisenbahn besetzen!“

Mehrere der Abgeordneten, die den Angriffen der Tobenden am meisten ausgesetzt waren, verließen fluchtartig den Sitzungssaal. Die Wut der Menge richtete sich gegen den Abgeordneten Müller-Schöll, dessen Ausführungen zu den Anträgen der Kommission von irgendjemand angegriffen, die aber nicht richtig verstanden und den Demonstranten falsch hinterbracht worden waren. Diesen hatte man nämlich gesagt, der Abgeordnete habe die Arbeitslosen als „Arbeitslose“ bezeichnet. Tatsächlich ist diese Behauptung un wahr! Die Eindringlinge wollten für diese angebliche Bezeichnung sich zu rächen; sie fragten nach dem Abgeordneten, und die Rufe „Schlagt ihn tot!“ galten dem Abg. Müller-Schöll. Dieser wurde, vielleicht durch den ungeschickten Präsidenten, zu Boden geworfen, einige der Demonstranten

traten dann auch auf ihn herum.

Dem Abgeordneten gelang es schließlich, sich in das Kommissionsberatungszimmer zu retten. Hier wurde er auf Anfordern von dem Vorsitzenden des A. u. S. Rates Schütz in Schutz genommen, während die Menge draußen noch immer nach ihm rief.

Auch die Tribünenbesucher

beteiligten sich lebhaft durch anfeuernde Zurufe mit an den Vorgängen im Saal. Endlich gelang es den Volkskommissaren Ehardt, Dexter, Frau Kabbauer, Präsident Mernes, Schütz und anderen „Unabhängigen“, die Eindringlinge einigermaßen zu beruhigen, indem sie darauf hinwiesen, daß die Verhandlungen einen für die Arbeitslosen günstigen Verlauf genommen hätten, und daß allen ihren Wünschen

entsprochen worden sei, indem man ihnen Arbeit verschaffen wolle. Besonders Volkskommissar Dexter hielt nicht mit seiner schärfsten Mißbilligung des Vorgehens der Arbeitslosen zurück. Er habe gedacht, sie würden in einer ruhigen Weise demonstrieren. Ferner nahm er auch den Abgeordneten Müller-Schöll in Schutz; dieser habe nicht die Worte gebraucht, die man ihm zuschrieb. Endlich gelang es so, die Menge einigermaßen zu beruhigen. Auch der Abg. Dr. Bracke richtete noch einige Worte an die Arbeitslosen. Der Sturm brach aufs neue los, als Präsident Dr. Jaspert einige Worte an die Eindringlinge richtete. Einige von ihnen wurden dadurch gereizt, daß sie drohten,

ihn aus dem Fenster zu werfen.

Auch als die Arbeitslosen den Saal wieder verlassen hatten, war die Stimmung draußen noch sehr gereizt. Einige Leute wollten den Präsidenten abfangen und ihn die Treppe hinunter werfen, wovon Besonnenere aber abhielten.

Im Saal war die Ruhe schließlich nicht anders herzustellen, als daß die Abgeordneten den Raum verlassen und die Schlosswache den Saal räumte. Vor dem Gebäude aber stand noch lange eine Menge Menschen. Zwei demokratische Abgeordnete wurden beim Verlassen des Saales von der Menge bedrängt. Volkskommissar Dexter forderte schließlich die Demonstranten auf, Donnerstag nachmittags in einer Versammlung den Bericht über die Beschlüsse des Landtages entgegenzunehmen.

Wie wir vernehmen, haben gestern nach den Vorgängen im Landtage interfraktionelle Besprechungen der Parteien stattgefunden. Es wurde beschlossen, die Beratungen des Landtages vorläufig abzubrechen, weil die Abgeordneten sich im freien Ausdruck ihrer Meinung behindert fühlen und die Regierung anscheinend nicht in der Lage ist, dem Landtag den Schutz zu sichern. In Abgeordnetenkreisen hat man den Eindruck, daß es sich nicht lediglich um eine Demonstration der Arbeitslosen gehandelt hat, man hat vielmehr die Auffassung, daß die Tumulten von parteipolitischen Elementen provoziert worden sind in der Absicht, die Landtagsarbeiten zu stören und die ruhige Entwicklung der Verhältnisse aufzuhalten. Von einem mit Verlautbarung aus- gestatteten Mitarbeiter wird uns übrigens berichtet, daß diejenigen Elemente, die sich bei den Tumulten am lautesten hervorgetan und gewalttätig vorgegangen sind, dieselben seien, die die waffenlose Demonstration der Deutschen demokratischen Partei feierlich verbündet und dabei Gewalt gebraucht haben.

## Der Sitzungsbericht.

Vorsitzender Dr. Jaspert teilte zu Beginn der Sitzung mit, daß die Abgeordneten Mernes und Grabenhorst in die Landesversammlung einzutreten seien. Ferner teilte er eine Reihe von etwa- gungen mit, so ein Schreiben des Reichs- ministeriums des Innern von hier, der um Befreiung seines Gefängnis um Wiedererlassung beim Reichsminister bittet. Der Reichsminister Kretschmar antwortete, daß er um Befreiung des Gefängnis bittet. Der Reichsminister Kretschmar antwortete, daß er um Befreiung des Gefängnis bittet. Der Reichsminister Kretschmar antwortete, daß er um Befreiung des Gefängnis bittet.

Wiederung der parlamentarischen Reorganisationen notwendig gemacht. Diese würde in der Sitzung des Landes-A. u. S. Rates erfolgen. Der Vorsitzende schloß die Sitzung mit dem Hinweis, daß die Verhandlungen der Reorganisationen am nächsten Freitag im Landtag fortgesetzt werden.

Schließlich war noch ein Antrag der demokratischen Fraktion einzuführen. Unter Mitwirkung eines Schreibens an den Staatssekretär Breck in Weimar vom 10. Februar beantragte die demokratische Fraktion, die Landesversammlung wolle

einen Vertreter in den Staatsauschuss

entsenden und diesen wählen. Endlich war ein Schreiben des Konfessionsrats in Wolfenbüttel einzuführen. In diesem wird Verwahrung eingelegt gegen einen Vorschlag der Thronrede, Meß auf das Verhältnis zwischen Kirche und Staat zu

in einer Bemerkung teilt Präsident Dr. Jaspert mit, daß man sich im nächsten Anlauf eine bessere Unterbringung der Presse ausgesprochen habe. Er verfaßt habe auch Gelegen- heit genommen, dieses den Pressevertretern am Mit- tag mitzuteilen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, die Inter- nationales Abkommen über die Handelsrechte, wurde zur Tagesordnung überführt. Der Bericht des Ausschusses über die Wirtschaftliche Lage (Landesstatistik) war noch nicht genügend vorbereitet und mußte zurückgestellt werden. Ebenfalls zurückgestellt wurde der folgende Punkt: Beratung des Verfassungsent- wurfs. Die Reorganisation wolle hierzu neue Entwürfe

Darauf erläuterte der Abg. Wesemeier (A. S.) für den Vorschlag, den Bericht über die Befunde

Entscheidung des Arbeitslosen-Ausschusses.

Dieser hatte eine Entschließung eingebracht, nach der ein Unterhaltungsbeitrag von 50 Prozent aus den Unter- haltungsbeiträgen für Arbeitslose von der Landesregierung gefordert wird. In der Begründung der Kommission mit den Arbeitslosen hatten diese sich dazu entschieden, dagegen verwarf, als arbeitslos bezeichnet zu werden. Im Gegenteil verlangten sie die vollständige In- anerkennung von Arbeitslosen. Sie erklärten ferner, daß es nicht möglich sei, daß man in Braunschweig bei der Auszahlung der Unterhaltungs- beiträge vorgehe.

Ihren Standpunkt faßte die Kommission in folgen- den Entwürfen zusammen, die sie der Versammlung zur

Der Kreisrat Braunschweig ist in der Frage der Arbeitslosenunterstützung an die vom Reichs-erlassenen Bestimmungen gebunden.

Die Landesversammlung kann daher bei der von den Arbeitslosen geforderten Erhöhung der Unter- haltungsbeiträge ihre Zustimmung nicht erteilen.

Sie beschließt jedoch, die Vorbehalten anzu- weisen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß der jetzige Betrag an Arbeitslosenunter- stützung auf den Kopf des zu Unterhaltenden auch über den 1. April 1919 hinaus in bisheriger Höhe weitergezahlt werden soll.

Von der Landesregierung und dem Kreisrat der Stadt Braunschweig wird erwartet, daß sie jede nur irgend mögliche Arbeit verschaffende Art sofort als Notstandsarbeit in Angriff nehmen lassen.

Die Vorbehalten werden ferner anzuweisen, sofort an das preussische Ministerium für öffent- liche Arbeiten heranzutreten wegen der schlen- digen Inanspruchnahme der bielefelder Bahnhofs- sowie Streckenarbeiten an den nach Braunschweig führenden Eisenbahn- linien, und wegen der Erteilung von Ausmaßen für Lokomotiven und Eisenbahnwagen an die Stadt Braunschweigische Privat- industrie.

Die Vorbehalten sollen ferner:

1. mit aller Energie bei der Verwirklichung des Braunschweigischen Kohlenwerkes veranlassen, daß in diesen Betrieben mehr Arbeitslose auf entsprechenden Bedingungen in Arbeit gebracht werden;

2. unter Einwirkung der Landwirtschafts- kammer und des Gewerbevereins E. M. H. S. in den landwirtschaftlichen Gemeinden des Kreises die Einstellung zusätzlicher Arbeitslosen als Ersatz der früher dort tätigen ausländischen oder sonst ortsfremden Arbeiter fordern und für die geeignete Unterkunft gegebenenfalls durch Vereinfachung von Baracken sorgen;

3. dem Landtage baldmöglichst eine Vorlage machen, die eine Unterstützung der in die Land- wirtschaft neuemigrierten Arbeiter für die Zeit der Eingliederung vorsieht;

4. die Landesregierung ersuchen, bei den Handels- und Fabrikunternehmen darauf hinzuwirken, daß sie im Verhältnis zu ihrer Größe arbeitslose Handlanger einstellen auch ohne daß hierfür zuerst ein Bedarf vorliegt, einzustellen.

Abg. Dr. Koff (Landesrat) beantragte da- zu, eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen, welche die Frage der Arbeitslosigkeit und Unter- stützung ordnen soll.

Abg. Antik (Soa.) betonte, daß man die Arbeits- losen zu geregelter nützlicher Arbeit führen müßte. Das werde zwar sehr schwierig sein, aber man müsse die Frage an sich versuchen. Soweit die Lösung nicht gelte, müsse man natürlich den Arbeitslosen eine Unterstützung zahlen, die ihre Existenz und die ihrer Familien sichert. Im Hinblick darauf ließ sich der Redner sehr eingehend über die sozialistische Grund- sätze aus. Jeder, der zur Arbeit fähig sei, müsse auch arbeiten. Das sei ja nicht nur sozialistische, sondern höchste sittliche Pflicht, denn alle Verhältnisse beruhen auf Gerechtigkeit. Grundsätzlich müsse also produktive Arbeitsteilung von jedem, der dazu fähig sei, ge- leistet werden. Nur dadurch könne Staat und Ge- meinden gewisse Gegenleistungen ausführen und einen gewissen Ausgleich für die Nichtarbeitenden in ge- nügendem Umfang bewirken. Die Geldleistung in der Form von Arbeitslosenunterstützung dürfe und müsse nicht weiter sein, als das letzte Mittel. Diese Grundsätze müssen auch den Arbeitslosen klar gemacht werden. Wenn man davon abstehe, komme man zu keinem geordneten Verhältnis, weder im Staat noch in der Gemeinde. Man müsse darum darauf hin- wirken, daß der Zustand beseitigt werde, der es un- möglich mache, einzelne ohne nützliche Tätigkeit zu sein, sich von anderen durch ihre Arbeit ernähren lassen. „Arbeitspflicht für jeden ohne Unter- schied des Geschlechts, der zur Arbeit fähig ist“, müsse der Grundsatz sein. Davon aus- gehend, wünschte wir die Verhandlungen an zu erledigen. Es komme also darauf an, für die vielen Arbeits- losen wirkungsvolle Arbeitsbeschäftigung zu schaffen. Wer die Höhe der zu zahlenden Arbeitslosenunterstützung ohne man verstandener Meinung sei. Das dürfe aber nicht davon abhalten, daß man unveräußerliche Arbeitslosigkeit beseitige, daß so an bemessen, daß sie auch wirklich die Sicherheit gewährleisten für die Mög- lichkeit der ausreichenden Existenz für die Familie. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß die zwischen- lichen Unternehmern und Arbeitern über die verminderte Arbeitsleistung gegenüber den erhöhten Löhnen ein. Diese hohen Löhne könnten durch eine sozialistische Regelung von Notstandsarbeiten be- hoben werden. Er möchte doch folgenden Vorschlag machen, den er schon früher einmal gemacht habe, dahingehend, daß man jeden Komplex von Notstands- arbeiten auf eine neu zu bildende Genossenschaft ver- setze, an eine Genossenschaft, die aus Arbeitslosen gebildet würde. Diese Genossenschaft träte dann den Auftra- gen, Gemeinde oder Staat, als Unternehmer ent- stehen. Die Kosten müßten dann durch eine Verpflich- tung an die Arbeitslosen (Staat) und der Arbeits- losen Genossenschaft gedeckt werden. Von antistat- lischer Seite wird dann weiter nichts als das technische Ver- fahren und der Bureauapparat erstellt. Dieser Bureau- apparat ließe sich dann nach dem Arbeitslosen zu- sammenfassen. Ein solcher Vorschlag, so betonte der Redner, sei sehr abstrakt, nämlich, daß man nur durch anerkennende Arbeit aller aus dem Dilemma, aus der Not, herauskommen könnte. Jeder Arbeiter, der die Notwendigkeit nicht erkennt, habe, und sich von der Arbeit zu trennen verweigere, schade dann seinen Mit- arbeitern und nicht dem Unternehmer. Und das werde dann seine Mitarbeiter schon veranlassen, ein solches Mitglied durch Arbeitsbeschäftigung aus der Gemein- schaft zu entfernen. Das würde dann ein sehr ernstliches Moment sein. Natürlich sei mit diesem Vorschlag noch etwas anderes verbunden. Bei Arbeitern, die weit vom Arbeitsort entfernt wohnen, wird eine Trennung von ihrer Familie notwendig sein, müßte von der Ge- meinde oder dem Staat ein Beitrag zu der Familien- unterstützung gezahlt werden. Auf solche Weise würde das Problem der Arbeitslosenfrage gelöst und allei- nlich praktische Wirtschaftspolitik und praktische Arbeit zur Sozialisierung geleitet. Gleichzeitige würde damit die Pflicht der Arbeit fähigen und der Streit zwischen den Unternehmern und Arbeitern über arbeitslose Arbeits- losen reiflos beseitigt. Man werde dann auf der Auf- fassung kommen, daß der freie Markt gegen den Sozialismus. Sozialismus sei nicht Arbeit, sondern Streit und Plünderung, falsch sei. Die Sozialisten ver- wahren sich dagegen, wenn man ihnen solche Unter- stützung mache. Sie verlangen, daß die Arbeits- losen fähig gemacht wird für alle Arbeitsfähigen; wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

Abg. Müller-Schöll erklärte, daß seine Frak- tion dem Antrag der Kommission zustimmen könne, mit einigen geringen Einschränkungen. Es sei aber zu be- zweifeln, ob in diesen Beschlüssen überhaupt etwas Aus-



# Zeitung

## Anzeigenpreis:

Zeile 35 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg.  
Land Braunschweig Zeile 1.25 Mk., aus-  
wärtig 50 Mk. — Rabatt nach Tarif.

in Braunschweig und Wolfenbüttel durch unsere  
Anzeigenstellen durch die Geschäftsstellen der  
Zeitung, sowie durch alle hies. u. ausw. Inseraten-Büros.

Nr. 4500 u. Nr. 4501, Redaktion Nr. 4502 u. Nr. 4503.

## 40. Jahrgang

### Was soll aus Braunschweig werden?

Von Regierungsrat Spannuth-Braunschweig.

In den letzten Monaten hat in Braunschweig  
im Zusammenhang mit der politischen Umbildung  
im Reich eine lebhafte Bewegung für ein Aufgehen  
des Landes Braunschweig in einem zu schaffenden  
Freistaat „Niedersachsen“ eingesetzt.

Die Landesversammlung hat bereits ohne län-  
gere Erörterung beschlossen, in diesem Sinne als-  
bald Verhandlungen einzuleiten, es hat dieser  
Tage der von der Landesversammlung gebildete  
Ausschuß zusammen mit dem Rat der Volksbeauf-  
tragten Beratungen in dieser Richtung ausgenom-  
men, es ist eine öffentliche Versammlung, aufse-  
hend von der früheren welfischen Partei und von  
der hannoversch-welfischen Partei gemeinsam aus-  
gehend, zur Behandlung dieser Frage einberufen,  
ja es hat sich auch ein Vertreter der demokratischen  
Partei dafür ausgesprochen, daß schon jetzt die  
Einberufung eines „Vorparlamentes Nieder-  
sachsen“ wünschenswert wäre.

Jedenfalls eine Gegenströmung gegenüber diesen  
Wünschen ist bisher in der Öffentlichkeit nicht be-  
merkbar hervorgetreten.

Betrachtet man nur oberflächlich diese  
Vorgänge, so müßte man annehmen, daß die sofor-  
tige Aufgabe der Selbständigkeit des Landes Braun-  
schweig und sein Aufgehen in dem Freistaat Nie-  
dersachsen vom Standpunkt des braunschweigischen  
Allgemeinwohls aus die einzig denkbare Lösung  
sei.

Geht man bei ruhiger Ueberlegung an die  
Sache heran, so stellt sich jedoch das Bild etwas  
anders dar. Und Aufgabe dieser Zeilen soll es  
sein, auch der ruhigeren, vom Standpunkt der  
Entscheidung für „Niedersachsen“ vielleicht zu nüch-  
ternen Ueberlegung Raum zu gewähren und zur  
Beachtung mancher Punkte auch in der öffentlichen  
Erörterung Anlaß zu geben, die zweckmäßig nicht  
nur allein von den zur amtlichen Bearbeitung die-  
ser wichtigsten Frage des Landes beauftragten  
und berufenen Persönlichkeiten zu beachten sein  
werden.

Zunächst hört es sich ja ganz schön und richtig  
an: Die Kleinstaaten sind überlebt; Preußen in  
seiner jetzigen Gestalt hat sich auch überlebt, also  
muß ein Staat Niedersachsen geschaffen werden und  
also muß ferner das Land Braunschweig in diesem  
Staate Niedersachsen aufgehen.

Ist denn das alles wirklich zutreffend? Vor  
der Beantwortung dieser Frage muß man sich Klar-  
werden über die Grundlagen, nach denen jetzt  
solche Fragen zu prüfen sind. Und da ergibt  
sich, daß es allein wirtschaftliche  
Ueberlegungen sein müssen, die für  
die etwaige Aufgabe der Selbständig-  
keit des Landes entscheidend sein  
dürfen.

Nur wenn es nachweisbar ist, und  
zwar nicht nur durch Schlagworte und  
Behauptungen, sondern durch genaue,  
auch rechnerische Erwägung aller bei  
der Aufgabe der Selbständigkeit des  
Landes in Frage kommenden wirt-  
schaftlichen Voraussetzungen und Fol-  
gen, kann, aber auch nur dann, wird  
man die Voraussetzung für die nähere  
Bearbeitung der bezüglichen Ver-  
träge und Abmachungen als gegeben  
ansehen können.

Ist dieser Nachweis der wirtschaftlichen Not-  
wendigkeit oder Zweckmäßigkeit bisher von irgend  
einer Seite einschließlich der Landesversammlung  
erbracht oder auch nur zu erbringen versucht?

Leider nein! Der Eindruck ist, daß man  
bisher das Pferd beim Schwanz aufgezaumt hat,  
daß das manchem erwünschte Ergebnis vorweg  
genommen ist und daß jetzt nachträglich die Rech-  
nung zum Beweise der Richtigkeit des Ergebnisses  
aufgestellt werden muß.

Das ist sehr bedauerlich, am allermeisten für  
die Freunde einer Aufgabe der Selbständigkeit des  
braunschweigischen Landes. Es verdient diese  
Lebensfrage des Landes wirklich eine sorgfältigere  
und weniger von Stimmungen beeinflusste Be-  
handlung, und sodann ist doch namentlich zu be-  
achten, daß der Staatsvertrag über eine Einver-  
leibung Braunschweigs doch nicht hier in Braun-  
schweig allein diktirt werden kann. Zu einem sol-  
chen Vertrage gehören doch wie zu allen Vertrags-  
geschäften zwei Vertragschließende.

Und da ergibt sich das — milde ausgedrückt —  
etwas eigentümliche Bild, daß der eine Vertrags-  
schließende schon jetzt zwar laut und nachdrücklich  
aber nicht übermäßig vorsichtig betont, es müsse  
unbedingt der Vertrag geschlossen werden. (Daß  
„unbedingt“ kann sogar wörtlich verstanden werden,  
denn von „Bedingungen“ ist noch kaum bei der  
eifrigen braunschweigischen Verkünder der Einver-  
leibung von Braunschweig in Niedersachsen irgend-  
wie die Rede gewesen; man scheint eben auf solche  
Nebensächlichkeiten der Eile der Sache wegen  
weniger Wert zu legen.)

Demgegenüber ist aber der andere Vertrags-  
schließende, der Freistaat Niedersachsen, erstens

*Siehe Band  
Anschlußfrage*



H. Landtag. N. 72 v. 15. März 1919.

S. 1. Band  
Anschlußfrage

...und sein Aufgehen in dem Freistaat Nie-  
dersachsen vom Standpunkt des braunschweigischen  
Allgemeinwohl's aus die einzig denkbare Lösung  
sei.  
Geht man bei ruhiger Ueberlegung an die  
Sache heran, so stellt sich jedoch das Bild etwas  
anders dar. Und Aufgabe dieser Zeilen soll es  
sein, auch der ruhigeren, vom Standpunkt der  
Enthusiasten für „Niedersachsen“ vielleicht zu mäch-  
tigen Ueberlegung Raum zu gewähren und zur  
Beachtung mancher Punkte auch in der öffentlichen  
Erörterung Anlaß zu geben, die zweckmäßig nicht  
nur allein von den zur amtlichen Bearbeitung die-  
ser wichtigsten Frage des Landes beauftragten  
und berufenen Persönlichkeiten zu beachten sein  
werden.  
Zunächst hört es sich ja ganz schön und richtig  
an: Die Kleinstaaten sind überlebt; Preußen in  
seiner jetzigen Gestalt hat sich auch überlebt, also  
muß ein Staat Niedersachsen geschaffen werden und  
also muß ferner das Land Braunschweig in diesem  
Staate Niedersachsen aufgehen.  
Ist denn das alles wirklich zutreffend? Vor  
der Beantwortung dieser Frage muß man sich klar  
werden über die Grundlagen, nach denen jetzt  
solche Fragen zu prüfen sind. Und da ergibt  
sich, daß es allein wirtschaftliche  
Ueberlegungen sein müssen, die für  
die etwaige Aufgabe der Selbständig-  
keit des Landes entscheidend sein  
dürfen.  
Nur wenn es nachweisbar ist, und  
zwar nicht nur durch Schlagworte und  
Behauptungen, sondern durch genaue,  
auch rechnerische Erwägung aller bei  
der Aufgabe der Selbständigkeit des  
Landes in Frage kommenden wirt-  
schaftlichen Voraussetzungen und Fol-  
gen, dann, aber auch nur dann, wird  
man die Voraussetzung für die nähere  
Bearbeitung der bezüglichen Ver-  
träge und Abmachungen als gegeben  
ansehen können.  
Ist dieser Nachweis der wirtschaftlichen Not-  
wendigkeit oder Zweckmäßigkeit bisher von irgend  
einer Seite einschließlich der Landesversammlung  
erbracht oder auch nur zu erbringen versucht?  
Leider nein! Der Eindruck ist, daß man  
bisher das Pferd beim Schwanz aufgezäumt hat,  
daß das manchem erwünschte Ergebnis vorweg  
genommen ist und daß jetzt nachträglich die Rech-  
nung zum Beweise der Richtigkeit des Ergebnisses  
aufgestellt werden muß.  
Das ist sehr bedauerlich, am allermeisten für  
die Freunde einer Aufgabe der Selbständigkeit des  
braunschweigischen Landes. Es verdient diese  
Lebensfrage des Landes wirklich eine sorgfältigere  
und weniger von Stimmungen beeinflusste Be-  
handlung, und sodann ist doch namentlich zu be-  
achten, daß der Staatsvertrag über eine Einver-  
leibung Braunschweigs doch nicht hier in Braun-  
schweig allein diktiert werden kann. Zu einem sol-  
chen Vertrage gehören doch wie zu allen Vertrags-  
geschäften zwei Vertragsschließende.  
Und da ergibt sich das — milde ausgedrückt —  
etwas eigentümliche Bild, daß der eine Vertrags-  
schließende schon jetzt zwar laut und nachdrücklich  
aber nicht übermäßig vorsichtig betont, es müsse  
unbedingt der Vertrag geschlossen werden. (Daß  
„unbedingt“ kann sogar wörtlich verstanden werden,  
denn von „Bedingungen“ ist noch kaum bei den  
eifrigen braunschweigischen Vertretern der Einver-  
leibung von Braunschweig in Niedersachsen irgend-  
wie die Rede gewesen; man scheint eben auf solche  
Nebensächlichkeiten der Gile der Sache wegen  
weniger Wert zu legen.)  
Demgegenüber ist aber der andere Vertrags-  
schließende, der Freistaat Niedersachsen, erstens



Nr. Landtag. N. 78 vom 21. März 1919

## Neue Magistrate und Gemeindevorsteher.

Nachdem die Gemeindevertretungen im Freistaat Braunschweig durch die Neuwahlen im Dezember auf eine andere Grundlage auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gestellt worden waren, mußte dieser Umgestaltung mit Notwendigkeit auch eine solche der Gemeindeleitungen folgen. Bereits zu Ende Januar lag ein Gesetzentwurf vor, der durch den Landes-Ärzterrat beraten werden sollte. Es ist nicht dazu gekommen, denn inzwischen ist die Landesversammlung zusammengetreten, die berufene Körperschaft für die Neugestaltung dieser Angelegenheit. Gegen den ersten Vorschlag hatten sich viele und gewichtige Stimmen erhoben; sie zögeln nun, weil jetzt die versammlungsmäßige, gesetzgebende Körperschaft sich damit befassen soll.

Der Landesversammlung ist nämlich ein Gesetzentwurf über die Wahlen der Vorsteher und sonstigen Mitglieder der Stadtmagistrate in den Städten und der Gemeindevorsteher in den Landgemeinden des Freistaates Braunschweig zugegangen. Er unterscheidet sich von dem obengenannten, fallen gelassenen Entwurf in manchen wesentlichen Einzelheiten; vor allem ist mehr den bestehenden Verhältnissen Rechnung getragen und der Übergang leichter gemacht worden.

In den einleitenden Ausführungen des Rates der Volksbeauftragten heißt es:

Es handelt sich um ein provisorisches Gesetz. Seine Bestimmungen — ebenso wie diejenigen des Vorgesetzes über die Wahlen der Stadtverordneten und Gemeinderatsmitglieder — werden Aufnahme zu finden haben in die

die demnächst von uns vorzulegende neue Stadt- und Landgemeindeordnung.

welche den Gemeinden eine weitgehende Selbstverwaltung unter möglichster Einschränkung der Staatsaufsicht bringen wird.

Das Gesetz findet keine Anwendung auf diejenigen Gemeindevorsteher in denjenigen Gemeinden des Landes, welche abweichend von den Bestimmungen der Landgemeindeordnung eine besondere Verfassung haben und nur vom Gemeindevorsteher,

dem einzigen Organe der Gemeinde, Vertreter werden. Angesichts der veränderten politischen Verhältnisse erscheint es zwar wünschenswert, daß diese — übrigens wenigen — Gemeinden neben dem Gemeindevorsteher einen Gemeinderat erhalten und daß sowohl dieser als auch der Vorsteher, der in den sog. Gutsgemeinden vom Gutseigentümer, in den sog. Kammergemeinden von der Kammer und in einer Gemeinde von der Kreisdirektion ernannt wird, von den wahlberechtigten Personen dieser Gemeinden gewählt werden. Eine derartige Veränderung in der Gemeindeverfassung wird aber notwendigerweise zur Folge haben müssen, daß auf die betreffenden Gemeinden auch die Bestimmungen der Landgemeindeordnung in Anwendung zu bringen sind und insbesondere die Gemeinde-, Schul-, Wegebau- und Armenlasten nicht mehr allein von dem Eigentümer der Güter usw., sondern von sämtlichen Steuerpflichtigen der betreffenden Gemeinden aufzubringen sind. Es bedarf diese Frage noch eingehender Prüfung. Bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung verbleibt es hinsichtlich der Ernennung der Gemeindevorsteher bei den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen.

Es würde unbillig sein, den jetzigen Inhabern der besoldeten Gemeindeämter, die bei der Neuwahl nicht wieder gewählt werden, ihrer Substanzmittel zu berauben. Es ist dabei im Entwurfe vorgesehen, daß ihnen 5 Jahre lang ein Ruhegehalt gezahlt wird, sofern sie keine andere Dienststelle finden (§ 12). Es muß ihnen überlassen bleiben, innerhalb dieser 5 Jahre sich einer anderen Berufstätigkeit zuzuwenden.

Um den Gemeindegenossen die Möglichkeit zu bieten, einen neuen Aufgaben nicht gewachsenen Bürgermeister, Stadtrat oder Gemeindevorsteher aus seinem Amte zu entfernen, ist im Gesetzentwurf

das Plebisit

eingeführt (§ 13 ff.). Zur Vermeidung einer mißbräuchlichen Anwendung sind Vorschriften gegeben, die eine genügende Sicherheit dagegen gewährleisten.

Der Wortlaut des Gesetzes, der wegen Platzmangel zurückgestellt werden mußte, wird noch veröffentlicht.

D. Schriftl.



*Nr. Landtag. N. 10 v. 23. März 1919*

## Die Bildung einer Reichswehr- formation in Braunschweig.

In Nr. 73 der Braunschweigischen Landeszeitung haben wir die Grundzüge des Gesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr veröffentlicht. Auf Grund dieses Gesetzes ist nun eine umfangreiche militärische Neuordnung im ganzen Reiche im Gange. Im allgemeinen soll eine sogenannte Reichswehrbrigade in dem Bezirke jedes Korpskommandos aufgestellt werden, die nach den bisherigen Plänen, wie unserem Berliner Vertreter im Reichswehrministerium mitgeteilt wurde, etwa 1200—1500 Mann umfassen soll. Im Rahmen dieser Neuordnung muß auch im braunschweigischen Lande eine Regelung der militärischen Verhältnisse stattfinden. Verhandlungen der braunschweigischen Regierung werden bereits seit längerer Zeit mit Berlin darüber geführt.

Wir waren darüber unterrichtet, haben es aber nicht für angezeigt gehalten, solange die Verhandlungen nicht zum Abschluß gelangt sind, darüber zu berichten. Die Verhandlungen schweben auch heute noch. Endgültiges aber ist im allgemeinen darüber naturgemäß noch nicht zu sagen. Es entspricht aber keineswegs dem bisherigen Gang der Verhandlungen, wie uns an zuständiger Stelle in Braunschweig versichert wird, daß, wie in einem anderen Blatte gemeldet wurde, der Freistaat Braunschweig eine aus eigenen Mitteln zu erhaltende Reichswehrbrigade Braunschweig erhalten. Eine Reichswehrbrigade untersteht nach dem Gesetz über die Reichswehr dem Reichspräsidenten bzw. dem Reichswehrminister, und es entspricht der Natur der Dinge, daß, wenn vom Reiche in Braunschweig eine Reichswehrformation gebildet werden soll, sie auch vom Reiche bezahlt wird.

Auf jeden Fall führen die Unterhändler Braunschweigs, wie wir bestimmt hören, in dem Sinne

die Verhandlungen, daß das Land Braunschweig auf alle Fälle von den Kosten befreit wird, die der notwendige militärische Apparat erfordert. Das will uns auch durchaus im Interesse des braunschweigischen Staates liegend erscheinen, da bei den vielfachen Anforderungen, die die neue Zeit an die Staatskasse stellen wird, eine derartige militärische Belastung für das Land auf die Dauer schwer oder gar nicht zu ertragen wäre. Inwiefern die endgültige Regelung einen Anteil in Form von Materialbeiträgen dem Lande auferlegen wird, muß abgewartet werden.

Ueber das Schicksal der Volksmarinedivision und der Volkswehr kann auch erst nach Abschluß der Verhandlungen Zuverlässiges berichtet werden.

Im allgemeinen werden hierfür, wie auch für die Kosten der Unterhaltung der Reichswehrformation, die §§ 7—8 der Ausführungsverordnung über die Bildung einer Reichswehr maßgebend sein, die wie folgt lauten:

### § 7.

Für die Reichswehr ist vom Reichswehrminister ein besonderer Etat aufzustellen. Ihre Gliederung und Einteilung bestimmt der Reichswehrminister.

### § 8.

Der Reichswehrminister wird ermächtigt, zu bestimmen, welche von den bestehenden Freiwilligenverbänden, Volkswehren usw. in die Reichswehr aufzunehmen oder ihr anzugliedern sind. Für Freiwilligenverbände, Volkswehren

usw., die nicht bis zu einem vom Reichswehrminister zu bestimmenden Zeitpunkt der Reichswehr angegliedert sind, dürfen Reichsmittel nicht mehr in Anspruch genommen werden.



# Volksfreund

Republikanisches Organ für Braunschweig und Hannover.

49. Jahrgang.

Braunschweig, Freitag, den 11. April 1919.

Nr. 86.

Heute, Freitag, vormittags 10 Uhr, auf dem Schloßplatz

## öffentl. Volksversammlung

### Beschlüsse der Streikleitung.

Die Streikleitung bestimmt hierdurch zum letzten Male, daß sämtliche Betriebe, mit Ausnahme der in den Beschlüssen der Streikleitung angegebenen, zu schließen haben.

Wird diese Verfügung nicht befolgt, so wird mit Gewalt eingeschritten.

Volkstommisare, A. u. S.-Nat.-Mitglieder, Landtagsmitglieder müssen zum Passieren der Straße nach 9 Uhr ebenfalls im Besitze eines Ausweises der Streikleitung sein.

Die Banken werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie nur Geld abgeben dürfen, wenn die vorstelligen Abheber mit einem Ausweis der Streikleitung versehen sind.

Bei Zuwiderhandlungen werden die Banken gesperrt.

## Der Generalstreik in Braunschweig.

Der Massenbewußten Arbeiterschaft Braunschweigs und den Lesern des Volksfreundes brauchen wir nicht zu sagen, was der Generalstreik bedeutet und um was es sich handelt. Wir haben die politische Lage schon seit Wochen so überzeugend und ausführlich dargestellt und den Gang, den die Entwicklung des politischen Geschehens nehmen muß, so klar und zutreffend vorausgesagt, daß kein denkender Mensch mehr darüber im Zweifel sein kann, was auf dem Spiele steht.

Es gibt aber Leute, die sich nicht belehren lassen wollen, weil sie um ihren Geldsack bangen. Wir wollen diese Leute auch gar nicht belehren. Wir könnten sie unbeachtet lassen, wenn sie sich nicht an die Maulwurfsarbeit gemacht hätten und den politisch unaufgeklärten Köpfen einzureden suchten, daß der Generalstreik nicht nur ein Unsinn, sondern ein Frevel sei. Deshalb müssen wir den Maulwürfen das Handwerk legen.

Um was handelt es sich? Es handelt sich darum, die Arbeiterschaft von der Einsperrung in die unerträglichste Lohnsklaverei, die sich nur denken läßt, zu befreien, das ganze deutsche Volk aus der Hungersnot zu erlösen und Deutschland von dem völligen Untergang zu retten.

Die Unfähigkeit der mehrheitssozialistischen Reichsregierung hat es dahin gebracht, daß der Friedensschluß von Tag zu Tag hinausgeschoben, daß die Blockade verewigt und die Lebensmittelversorgung Deutschlands durch die Entente zu einer Katastrophe gemacht wird, die dem deutschen Volke statt des Brotes nur leere Versprechungen bringt, von denen kein Mensch satt wird, leere Versprechungen, die die Entente gar nicht zu halten gedenkt. Jede Sinausschiebung des Friedens durch die mehrheitssozialistische Reichsregierung verschärft die grausamen Friedensbedingungen, die die Entente Deutschland auferlegt.

Die mehrheitssozialistische Reichsregierung hat auch nicht das geringste Machtmittel in der Hand, sich gegen die Vergewaltigung Deutschlands durch die Entente zu wehren. Sie hat keinen einzigen Bundesgenossen, an den sie sich anlehnen kann! Sie steht in Feindschaft mit Rußland, Polen, Ungarn und Bayern. Abgesperrt vom Osten, abgesperrt vom Westen, abgesperrt vom Süden, abgesperrt vom Norden ist Deutschland der Entente gefesselt an allen Gliedern ausgeliefert.

Die mehrheitssozialistische Reichsregierung weiß sich nicht mehr zu helfen. Nur durch Verrat kann sie sich noch halten. Sie verrät Deutschland an die Entente. Die furchtbarsten Forderungen stellt diese. Sie verlangt eine Kriegsschadung, die überhaupt nicht zu bezahlen ist. Sie will den Wirtschaftskrieg auch nach dem Friedensschlusse fortsetzen. Sie will Deutschland nichts lassen, als einzig und allein die Arbeitskraft seiner Arbeiter. Unter der Fuchtel der kapitalistischen Ausbeutung sollen die deutschen Lohnsklaven nicht nur den deutschen Kapitalismus erhalten, sondern auch alles ausbringen, was der französische, englische, amerikanische Kapitalismus forderet. Der Friede, den die mehrheitssozialistische Reichsregierung schließen würde, müßte Deutschland zu einer französischen und eng-

lischen Strafsprovinz machen, in der die deutschen Arbeiter für unabsehbare Zeit, eine noch viel schrecklichere Sklaverei zu ertragen hätte, als die römischen Sklaven zur Zeit des Spartakus. Die Galcerensklaven der Entente würden die deutschen Arbeiter sein.

Vor diesem Abgrund steht Deutschland und die mehrheitssozialistischen Reichsregenten möchten es hineinreißen, nur um sich am Ruder zu erhalten. Sie haben den Verrat schon so weit getrieben, daß sie der Entente freiwillig den Durchmarsch der Ententetruppen durch Pommern, Ostpreußen und ganz Mitteldeutschland gestattet haben. Sie rufen den Feind in das eigene Land, um ihre Tyrannei zu behaupten.

Im Innern aber behaupten sie sich nur noch durch geworbene Soldnertruppen, die unter dem Kommando des alten, monarchistischen, düstelhafte, arbeitserfindlichen Offizierskorps stehen. Dieses Offizierskorps erstrebt schon ganz unverbürgt die Wiedereinführung der Monarchen. Die mehrheitssozialistischen Tyrannen verraten also Deutschland nicht nur an den äußeren, sondern auch an den inneren Feind, den altpreußischen Militarismus, und beschwören durch die blutige Unterdrückung jede Regung der Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft den entsetzlichen Bürgerkrieg über Deutschland herauf.

In dieser Lage muß die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greifen. Als Mittel bleibt ihr nur der Generalstreik übrig. Er soll Deutschland nicht in den Abgrund reißen, sondern er soll es vor dem Sturz in den Abgrund bewahren.

Die mehrheitssozialistischen Reichsregenten müssen abgesetzt und die ihr unterwürfige Nationalversammlung nebst allen Landesparlamenten muß aufgelöst werden. Die Deutschland in den Abgrund stürzen, dürfen nicht am Ruder bleiben. An ihrer Stelle muß die Arbeiterschaft, die von der Reichsregierung mit der grauenvollsten Sklaverei bedroht wird, die sich nur denken läßt, die politische Gewalt selbst in die Hände nehmen. Alle Macht den Arbeiterräten. Die Proklamierung Deutschlands zur Räterepublik. Der Anschluß an Sowjetrußland und Sowjet-Ungarn. Die daraus mit Notwendigkeit erfolgende Revolutionierung der Ententeländer. Brot, Frieden, Freiheit, Gleichheit, Wohlfahrt und Wahrung der deutschen Kultur durch die Weltrevolution und den aus ihr resultierenden Weltfrieden. Das ist der einzige Weg, den Deutschland vor dem Sturz in den Abgrund bewahren kann. Diesen Weg führt der Generalstreik. Je vollkommener er durchgeführt wird, um so rascher wird Deutschland genesen. Es gibt kein anderes Mittel, den Volkstranken dem Leben wieder zu geben.

Deshalb fort ihr Maulwürfe, die ihr nur an euren persönlichen kapitalistischen Profit denkt, von eurer unterirdischen Böhlarbeit, mit der ihr den Generalstreik verächtlich machen und vereiteln möchtet! Die Lage ist so ernst, daß den Maulwürfen unnachlässig auf die Finger geklopft werden muß. Suchen sie doch sogar schon die Wägereien und die anderen Lebensmittelgeschäfte zur Einstellung der Lebensmittelversorgung aufzureizen. Deutschland steht vor dem Abgrund. Nur die Räterepublik kann es noch retten.

Wer die Rettung zu verhindern sucht, begeht nicht nur gewissenlos aus persönlicher Egoismus heraus einen fluchwürdigen Frevel, sondern auch schändlichen Vaterlandsverrat.

In einer am Montagabend abgehaltenen vereinigten Sitzung des Aktionsausschusses, der Betriebsausschüsse und Vertrauensmänner wurde einstimmig beschlossen, am Mittwoch, vormittags 9 Uhr, in Braunschweig in den Generalstreik zu treten. Dieser Beschluß wurde gestern in den frühen Morgenstunden durch Handzettel bekannt gegeben und darauf hingewiesen, daß die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands seit einigen Tagen im härtesten Kampf gegen Kapitalismus und Militarismus steht. Dem Aufruf an die Arbeiter Braunschweigs leisteten diese in hellen Scharen Folge, so daß gestern morgen die Versammlung auf dem Schloßhofe wohl von über 10 000 Proletariern besucht war. Die Versammlung wurde von den Arbeiter-Gesangsvereinen mit dem herrlichen Freiheitslied: „Die neue Zeit“ stimmungsvoll eröffnet.

Sodann sprach Genosse August Merges zu der Menge, ab und zu von Beifallsbegeugungen unterbrochen. Er hob hervor, daß die revolutionäre Bewegung sich durch die Mörderregierung nicht habe einschüchtern lassen, sondern ihr Haupt wieder kühn erhebe. Das Proletariat müsse seine historische Mission endgültig erfüllen. Trotzdem die Regierung vollständig davon überzeugt sei, daß sich die Zustände nicht halten lassen, ginge sie nicht ab von ihrer verkehrten Politik. Endlich, nachdem nun die Entente mit der Forderung von 200 Milliarden Kriegsschadung und der Wiederaufrichtung Belgiens und Frankreichs herausgerückt sei, dämmere jetzt es bei der volksverräterischen Reichsregierung, daß nur der Anschluß an Rußland und vor grauenvoller Hungersnot und totalem Untergang retten kann. Sie habe den Kapitalisten und Militaristen alle erungenen Volksfreiheiten preisgegeben um nur ja ihre Ministerstessele zu retten. Jetzt steht das Proletariat zum zweiten Male auf, um Deutschland zu einer Räterepublik zu machen. Unsere einzige Hilfe kommt von Rußland. Wir müssen uns den revolutionären Sozialisten aller Länder anschließen. Gen. Merges gab unter den Bravorufen der Menge bekannt, daß auch die Eisenbahner sich dem Generalstreik angeschlossen hätten. Der Eisenbahnerkongreß habe sich für das Räteystem ausgesprochen. Der Streik, so sagte Gen. Merges ist ein wichtiger Machtfaktor im Wirtschaftsleben. Bauer von der Regierung sagt: Die Regierung steht und fällt mit dem Streik im Ruhrgebiet. Redner verlas dann die Forderungen der Arbeiterschaft:

1. Alle Macht den Arbeiterräten.
2. Beseitigung der Mörderregierung Ebert-Scheidemann-Landsberg-Roske.
3. Restlose Abschaffung des alten Militarismus, der Offizierskamarilla und der Freiwilligenkorps.
4. Sofortiger Anschluß an die russische Räterepublik.



# Volksfreund

Republikanisches Organ für Braunschweig und Hannover.

49. Jahrgang.

Braunschweig, Sonnabend, den 12. April 1919.

Nr. 87.

## Der Generalstreik in Braunschweig.

### Der Bürgerstreik.

Es ist schon gegen manchen Streik durch die Tat protestiert worden. Man kann sagen, daß dieser Protest bisher fast gegen jeden Streik erhoben wurde, indem die, gegen die sich der Streik richtete, Streikbrecher einzustellen oder doch wenigstens anzuwerben suchten. So hat Moske Truppen in das Ruhrgebiet geschickt unter dem Vorwand, die Arbeitswilligen, also die Streikbrecher, zu schützen. In Berlin hatte der Generalgouverneur Schöpslin sogar eine Streikbrecherreservegarde ins Leben gerufen. Zur Zeit des seligen Königs Stumm verlangten die Unternehmer ein Gesetz, daß jeder, der einen Streikbrecher an der Arbeit hinderte, mit Zuchthaus bestraft werden sollte. Kurz und gut: Man kannte nur einen Protest der Tat gegen den Streik, den Streikbruch. Den Streikbruch zu organisieren, das war das einzige Mittel der Unternehmer gegen den Streik. Es war ein natürliches Mittel. Man wollte das Feuer mit Wasser löschen, das Gießer mit Eis kühlen, die Säure durch die Basis aufheben, man wollte das Uebel mit seinem Gegenteil bekämpfen, die Arbeitseinstellung mit der Arbeitsaufnahme. Wie sehr man den Streikbruch auch moralisch verurteilen mag, der Gedanke war logisch richtig.

Ein ganz abgeschmackter, unlogischer, geradezu verurteilter Gedanke ist es dagegen, einen Streik dadurch bekämpfen zu wollen, daß man ihn nicht eindämmt, sondern vergrößert. Und nun will man gar einem Generalstreik einen Bürgerstreik als Bekämpfungsmittel entgegenstellen? Ein Generalstreik soll doch ein allumfassender Streik sein. Je allumfassender er ist, um so wirksamer wird er sein. Und nun kommt der Bürgerstreik, der gegen den Generalstreik protestieren soll und macht den Generalstreik zum vollkommenen, zum wirklich allumfassenden Generalstreik. Eine lächerliche Idee, etwas dadurch zu schädigen, daß man es vollkommen macht!

Die Anstifter dieses sogenannten Bürgerstreiks haben etwas vom Stuttgarter Bürgerstreik läuten hören und denken nun, diese sonderbare Streikform als Gegenmittel gegen den Generalstreik auch in Braunschweig einführen zu können. Es klingt ja so imponant: dem Generalstreik der Arbeiter ist der Bürgerstreik entgegengestellt worden. Die Anstifter vergessen nur, daß die Verhältnisse in Braunschweig anders liegen als in Stuttgart.

In einer Stadt, in der die Arbeiterschaft keinen zwingenden Einfluß auf die Regierung ausüben kann, weil sich die Regierung auf arbeitserfreundliche Truppen stützt und die Arbeiter unbewaffnet sind, können die Arbeiter den Generalstreik nur insoweit durchführen, als die Arbeiter in allen Betrieben und Geschäften die Arbeit niederlegen. Die Geschäfte selbst können sie nicht zur Schließung zwingen, auf Geschäfte ohne Arbeiter sind sie überhaupt einflußlos. Dort kann also das Bürgertum dem Generalstreik durch einen Bürgerstreik wenigstens ein anderes Aussehen geben. Es braucht auch nicht zu befürchten, daß die Streikenden Selbsthilfe anwenden, da die Regierungstruppen und die Regierung nicht auf Seiten der Streikenden stehen, weil ja gerade gegen die Regierung gestreikt wird.

In Braunschweig ist die Sache ganz anders. Der Generalstreik hat hier eigentlich den Bürgerstreik schon von vornherein in sich aufgesogen. Die Streikleitung verfügte die Schließung aller Geschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte. Sie verfügte auch die Schließung aller öffentlichen Lokale, die nur einige Stunden zwecks Abgabe von Speisen geöffnet sein dürfen. Der Generalstreik wurde also in Braunschweig bis auf die Lebensmittelabgabe allumfassend durchgeführt. Er war auch gleich als Verkehrsstreik geplant. Die Arbeiter wünschten es, daß sich Post und Eisenbahn dem Streik anschließen. Wenn sich jetzt Post- und Eisenbahnbeamten dem Generalstreik anschließen, ihren Anschluß aber Bürgerstreik nennen, so schaden sie damit dem Generalstreik wahrhaftig nicht, sie machen ihn nur wirksamer. Auch alle übrigen Beamten können ruhig streiken, ohne irgendwie dem Generalstreik zu schaden. Mögen die Herren auf der Finanz ihre Statistiken einstellen, mögen die Richter ihr corpus juris aufklappen, mögen die Pastoren die

Kirchen, die Lehrer die Schulen schließen, mögen schließlich gar die Gerichtsvollzieher die Arbeit niederlegen, dem Generalstreik soll es recht sein. Es kommt eigentlich von dem ganzen Bürgerstreik nur der Bäcker- und Metzgerstreik und was damit zusammenhängt, in Betracht.

Der Bäckerstreik! Gewiß, die Bäcker können ihre Läden schließen. Aber das ist nur eine Komödie. Stadt und Regierung haben die Lebensmittelverteilung in der Hand und Stadt und Regierung können dem Willen der Arbeiterschaft in Braunschweig nicht entgegenhandeln, wie in Stuttgart. Außerdem stehen der streikenden Arbeiterschaft die Bäckereibetriebe des Konsumvereins zur Verfügung. Eine Sperung der Brot- und Lebensmittelversorgung durch einen Bürgerstreik würde von der Arbeiterschaft rasch wirkungslos gemacht werden, könnte aber gerade für das Bürgertum selbst die übelsten Folgen haben. Auch die Beamten, die die Brotkarten ausstellen und die übrigen Geschäfte der Lebensmittelverteilung besorgen, sind rasch durch arbeitslose Handlungshelfer usw. zu ersetzen. Man würde sogar die Erfahrung machen, daß ein Streik der Lebensmittelgeschäfte, da er die Verteilung der Lebensmittel auf die Arbeiterschaft gar nicht, auf das Bürgertum aber ganz außerordentlich erschweren würde, den Generalstreik nur wirksamer machen müßte.

Es bleibt von dem ganzen Bürgerstreik nur der Metzger- und Apothekerstreik übrig. Wenn die Herren lange streikten, könnten sich ihnen schließlich auch die Totengräber anschließen; denn viel bliebe für diese nicht mehr zu tun. In Fällen aber, in denen Ärzte und Apotheker doch einmal nötig sind, ließe sich leicht Rat finden. Die Frage ist übrigens nicht brennend, da sich an einem Metzgerstreik nur solche Ärzte beteiligen, die sowieso nichts taugen, denn ein gewissenhafter Arzt macht seine Hilfe nicht von politischen Fragen abhängig.

Und lediglich um politische Fragen handelt es sich. Es handelt sich beim Generalstreik nicht um eine Schikanierung des Bürgertums, nicht um eine Beschränkung der persönlichen Freiheit, sondern um einen wichtigen Druck auf die unfähige Reichsregierung, die Deutschland in den Abgrund reißt und mit gebundenen Händen den Kapitalisten der Entente zur Ausbeutung ausliefert. Der Generalstreik soll Deutschland vom Abgrund zurückreißen. Wenn der Bürgerstreik dagegen protestieren will, dann ist er in der Tat eine traurige Sorte von einem Streik.

Wahrscheinlich ist die tolle Idee dem braunschweigischen Bürgertum von denen eingegeben worden, die das ganze Jahr streiken, weil ihr großer Gelbbauch sie zu keiner produktiven Arbeit zwingt. Diese Leute möchten durch den Bürgerstreik Unruhen, Gewalttaten und Plünderungen hervorgerufen, um den Mosketruppen den Vorrat zu liefern, in Braunschweig einzurücken und den blutigen Straßenkampf in Braunschweigs Mauern zu tragen. Das ist die wahre Absicht der großkapitalistischen Anstifter des Bürgerstreiks.

### Die Unabhängigen und die bairische Räterepublik.

Für die Beteiligung der U. S. P. an der Bildung der bayerischen Regierung haben die Genossen Toller und Fendel in einer Erklärung folgende Bedingungen aufgestellt:

Mitglieder des Zentralrats und Unterleutner von der U. S. P., welche ohne jeden Auftrag, als unbewußt handelten, traten mit dem Ministerrat und der Mehrheitspartei zwecks Ausrufung der Räterepublik in Fühlung. Wir fanden es sofort unverständlich, daß dieselben Genossen, die kurze Zeit vorher die Souveränität des Landtages anerkannt hatten, und noch in den letzten Stunden über die parlamentarische Verfassung Bayerns über ein Rätegesetz, das durch den Landtag festgelegt werden sollte, verhandelten, den Zusammenritt des Landtages als Grund ansahen, um sich gegen den Landtag überhaupt zu erklären und die Räterepublik zu fordern. Gerade weil die Räterepublik unser Ziel ist, erfüllen uns die Forderungen von dieser Seite mit stärkstem Mißtrauen, weil uns nicht die Gewähr gegeben schien, daß diese Räterepublik auf revolutionärer, sozialistischer und kommunistischer Grundlage aufgebaut wird.

Es schien uns, als ob die Räterepublik nicht aus Ueberzeugung, sondern aus Opportunitätsgründen gefordert wird, weil

einige der betreffenden Führer merkten, daß die revolutionären Massen ihnen die Gefolgschaft verweigern. Es liegt uns fern, irgendwelche Parteiprejudizien in den Kampf zu werfen. Für uns sind allein maßgebend der Wille und das klare Ziel der revolutionären Massen.

Um eine Gewähr für eine wirkliche Räterepublik zu haben, stellen wir folgende Bedingungen:

1. Diktatur des klassenbewußten Proletariats.
2. Prinzipieller Aufbau der Arbeiterräte durch Wahlen nach Betrieben und Berufen.
3. Vergeßenschaftung der Betriebe, der Banken und des Großgrundbesitzes.
4. Umwandlung der bürokratischen Staats- und Gemeindefunktion im Sinne der Verwaltung der U. und B. Räte.
5. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht auch für die Bourgeoisie.
6. Vollkommene Umgestaltung des Gerichtswesens auf revolutionärer Grundlage.
7. Umgestaltung des Wohnungs- und Siedlungswesens auf revolutionärer sozialistischer Grundlage.
8. Trennung zwischen Kirche und Staat.
9. Sofortige Revolutionierung des Schul- und Universitätswesens.
10. Sozialisierung der Presse usw.
11. Bildung einer roten Armee zum Schutze der Räterepublik.
12. Bündnis mit den Räterepubliken Rußlands und Ungarns und den sich daraus ergebenden Maßnahmen.

Wir erklären: Wenn der Zentralrat und die Mehrheitspartei sich zur Erfüllung dieses Programms verpflichten, sind wir zur Mitarbeit bereit und fordern:

1. Der Zentralrat setzt sich bis zur Neuwahl paritätisch zusammen aus Mitgliedern der U. S. P. und der kommunistischen Partei und denjenigen Mehrheitsräten und Bauernräten, die auf dem Boden der obigen programmatischen Forderungen stehen.
2. Für die Volksbeauftragten gilt das Gleiche.
3. Kompromittierte Führer sind im Interesse der Sache auszuschließen.
4. Das Asylrecht für die politischen Flüchtlinge aller Länder, also Nichtausführung der Gastbefehle.

Nach Annahme der Bedingungen gab eine von der kommunistischen Partei gefandte Delegation die Erklärung ab, daß sie an der Regierung nicht teilnehmen.

Wir haben uns deshalb vor folgende Situation gestellt:

1. Wir treten gleichfalls zurück. Dann wäre die Räterepublik, die in ganz Bayern verlangt wird, zusammengebrochen und die Reaktion wäre für eine Zeit mit Moske-Methoden zur Herrschaft gelangt.
  2. Wir nehmen, da unsere kommunistischen Bedingungen angenommen wurden, angesichts der ungeheuren Verantwortung an der Regierung teil.
- Wir entschlossen uns für diese zweite Stellungnahme im Interesse des Proletariats und der Revolution. Unser Eintritt in die Regierung ist aber kein Freibrief. Wenn die Bedingungen nicht erfüllt werden, treten wir aus und wenden uns an die revolutionären Massen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß das Proletariat unsere Haltung billigt.

### Ein Gruß an Braunschweig vom Ausgangspunkte der Revolution.

Aus Kiel ist dem Aktionsausschuß in Braunschweig folgendes Telegramm zugegangen:

„Wir Arbeiter vom Reichslager der Reichswerke Kiel-Holtenauer wünschen der

Räte-Republik

ein gutes und gesundes Fortkommen für das Proletariat. —

Mit genossenschaftlichem Gruß schließen die Arbeiter vom Reichslager der Reichswerke Kiel-Holtenauer.“

Wie Genosse Werges am Donnerstag morgen der Versammlung auf dem Schloßplatz darlegte, ist es nicht nötig, für Braunschweig allein die Räterepublik auszurufen, da unser Streben ist, daß ganz Deutschland eine große Räterepublik werde. Der Gruß aus Kiel wird dennoch dem revolutionären Proletariat Braunschweigs willkommen sein.

### Vertagung des Landtages.

Die Braunschweigische Landesversammlung hat sich am Freitag vormittag, nachdem sie die 300 000 M. wöchentlich für Unterhaltung der Volkswehr nahezu einstimmig bewilligt, auf Vorschlag des Präsidenten auf unbestimmte Zeit vertagt. — Wir sagen „Adieu“, nicht „Auf Wiedersehen“!

Heute, Sonnabend, vormittags 10 Uhr, auf dem Schloßplatz

# öffentl. Volksversammlung



An die gesamte Beamtenschaft  
Braunschweigs.

Montag, den 14. April, nachm. 4 Uhr  
**Beamten-Versammlung**

im Konzerthaus (Großer Saal) Salzdahlumerstraße.

Staatsbeamte, Gemeindebeamte, Hilfsbeamte  
aller Behörden, Lehrer, Eisenbahn-, Post-, Reichs-  
und preußische Beamte sorgt für Verbreitung dieser  
Bekanntmachung und kommt in Massen.

**Die Streikleitung der Beamtenschaft.**



Montag, den 14. April, vormittags 10 Uhr

# öffentl. Volksversammlung

## auf dem Schloßplatze.

### Im Ruhrgebiet

nimmt der Streik täglich größeren Umfang an. Am Donnerstag streikten bereits 311 000 Mann und bis Sonnabend wurden 396 000 Streikende gemeldet.

Essen, den 11. April. Eine Delegiertenkommission der streikenden Bergleute in Kettwig protestiert scharf gegen die in Essen im Beisein der führenden Bergarbeiterverbände geführten Verhandlungen, da nur die Reuenerkommission berechtigt sei, zu verhandeln. Ebenso wurde gegen die Verhaftung der Reuenerkommission und gegen die Verhaftung von etwa 1000 Bechenarbeitern protestiert. Die Konferenz nahm dann einstimmig eine Entschliebung an, in der es heißt:

Die gesamte Bergarbeiterschaft des Ruhrreviers erhebt flammenden Protest gegen die brutale Vergewaltigung der Vertreter der Bergarbeiter und erwartet von der Regierung die sofortige Freilassung der Mitglieder der Reuenerkommission und sämtlicher politischen Gefangenen. Die Konferenz verlangt die unverzügliche Erfüllung der Forderungen der Bergleute und erklärt, daß die Notstandsarbeiten nicht eher wieder aufgenommen werden, bis der Belagerungs-

zustand aufgehoben ist und die Regierungstruppen zurückgezogen sind. Der Streik wird solange fortgesetzt, bis die Reuenerkommission seine Beendigung erklärt.

### Einen schweren Kampf

hatten die Arbeiter in Düsseldorf mit den Regierungstruppen. In diesem Kampfe sind die Regierungstruppen bis auf dreihundert Mann zusammengeschmolzen, diese wurden dann zurückgedrängt in das besetzte Gebiet.

### Verfügung des Militärkommandos im Ruhrgebiet.

Alle Arbeiter vom 17 bis 50 Jahre haben die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, widrigenfalls diese bis zu einem Jahre Gefängnis verurteilt werden.

Selbstverständlich haben die Arbeiter hierauf die richtige Antwort erteilt.

### Aus Schöningen

wird gemeldet: Doktor Barth hat den Genossen Wille erschossen. Der Mörder ist geflüchtet. Die Mutter des Barth ist als Geißel festgesetzt. Ferner sind durch Werfen von Handgranaten noch drei Personen getötet und vier verwundet worden.

### Beamtenstreik.

In Berlin, Hamburg und Dresden streiken die Bank- und Industriebeamten.

### Ermordung.

Aus Sachsen geht uns unter dem 12. d. M. folgende Meldung zu:

Der Kriegsminister von Sachsen ist ermordet.

## Bayern macht mobil gegen Preußen.



# Braunschweigische Landeszeitung

## Bezugspreis:

Ausgabe A vierteljährlich 4,80 Mk., monatlich 1,60 Mk.  
Ausgabe B mit der Beilage „Braunschweigische Illustrierte Zeitung“  
vierteljährlich 5,25 Mk., monatlich 1,75 Mk.

Erscheint täglich morgens 7 Uhr.

Verwaltung und Geschäftsstelle: Braunschweig, Suttfeldstr. Nr. 8.  
Telegramm-Adresse: Landeszeitung.



## Anzeigenpreis:

Stadt u. Land Braunschweig: Zeile 35 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg.  
Kleinanzeigen: Stadt und Land Braunschweig Zeile 1.25 Mk., aus-  
wärts 1.50 Mk. — Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Aannahme in Braunschweig und Wolfenbüttel durch unsere  
Geschäftsstellen; im Lande Braunschweig durch die Geschäftsstellen der  
Kreis- und Wochenblätter, sowie durch alle hies. u. ausw. Inseraten-Büros.

Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 4500 u. Nr. 4501, Redaktion Nr. 4502 u. Nr. 4503.

Sonder-Ausgabe.

Mittwoch, 16. April 1919.

Sonder-Ausgabe.

## Befanntmachung.

Die Arbeiterschaft Braunschweigs wird gebeten, heute Mittwoch, den 16. d. Mts., die Arbeit wieder aufzunehmen.

Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten sind nach Magdeburg geeilt, um in letzter Stunde noch zu versuchen, den Einmarsch der Regierungstruppen aufzuhalten. Ob der Versuch gelingt, ist zweifelhaft.

Sollten die Regierungstruppen in Braunschweig einmarschieren, so bitten wir alle Einwohner, Arbeiter und Bürger unter keinen Umständen den Einmarschierenden Widerstand entgegenzusetzen.

Wer mit der Waffe in der Hand den Regierungstruppen entgegentritt, kann die Ursache des größten Unglücks für die Stadt Braunschweig und ihre Einwohnerschaft sein.

Ruhe, Besonnenheit sind das Gebot der Stunde für jeden Arbeiter und Bürger!

Arbeiter, nehmt Mittwoch früh die Arbeit wieder auf!

Beamte, kehrt an eure Dienststellen zurück!

Wer mit der Waffe in der Hand den Regierungstruppen Widerstand leistet, versündigt sich an den Interessen der Arbeiterschaft, an den Interessen der Gesamtheit der Einwohnerschaft und am Wohle der Stadt und des Landes Braunschweig.

**Der Rat der Volksbeauftragten.**

## An die Bevölkerung Braunschweigs!

1. Die Regierungstruppen sind im Anmarsch. Die Stadt ist bereits in weitem Umkreise umstellt.
2. Ich werde nach den Befehlen der Reichsregierung Ruhe, Ordnung und gesetzmäßige Zustände herstellen.
3. Bewaffneten Widerstand werde ich rücksichtslos niederschlagen. Plünderungen, Gewalttätigkeiten und ungesetzliche Handlungen jeder Art, insbesondere das Festnehmen von Geiseln, werde ich auf Grund des Belagerungszustandes nach Kriegsrechts ahnden.
4. Beim Einrücken der Truppen soll sich niemand außerhalb der Häuser zeigen. Neugierige werden gewarnt! Die Truppen haben Befehl, gegen alle Menschenansammlungen mit der Waffe vorzugehen.

Magdeburg, den 14. April 1919.

Maercker,

Generalmajor und Kommandeur des freiwilligen Landesjägerkorps.

Dienstag nachmittag durch Flugzeug abgeworfen!



Man war der besten Hoffnung in Braunschweig, denn Braunschweig hatte in Hannover „gearbeitet“, wie aus folgender Rundgebung der hannoverschen Abgeordneten der preussischen Landesversammlung vom 11. April hervorging:

„Die von einigen Berliner Blättern tendenziös überschriebene Mitteilung über eine Räterepublik Hannover ist geeignet, in weitesten Kreisen völlig falsche Auffassungen zu erwecken. Einer kleinen Gruppe durchweg Zugewandelter, die geführt und aufgepeitscht wird von Braunschweiger Kommunisten, steht die gesamte hannoversche Bevölkerung aller Schichten und Parteien einer Räterepublik und dem Bolschewismus durchweg ablehnend gegenüber.“

Wie wa'r's in Hannover?

In Wirklichkeit hat der Generallstreik in Hannover einen kläglichen Verlauf genommen.

Am Donnerstag hatte auf dem Alageßmarkt in Hannover eine Versammlung stattgefunden, zu der etwa 2000 Menschen (!) erschienen waren, ein Häuflein, das auf dem weiten Alageßmarkt fast verschwand. An der Versammlung nahm auch der rote Soldatenbund teil. Die Versammlung hatte den Zweck, den Generallstreik in Hannover zu verlinken. Als ein Auto der Militärpolizeikommission, die die Versammlung überwachen sollte, erschien, wurde es überfallen, die Soldaten herausgezerrt, entwaffnet und mißhandelt. Nach Verlinkung des Generallstreiks ordnete sich ein Zug zum Marsch nach der Stadt, unterwegs schlossen sich ihm die organisierten Arbeitslosen an. Als um 12 Uhr wie üblich die Bahnhofswache mit Musik aufzog, schob sich der Zug der Arbeitslosen und Streikenden in den militärischen Aufzug, um von dessen Musik zu profitieren. Als der klügere Teil gab das Militär nach, und so vollzog sich auch dieser Aufmarsch ohne Störung, und er hatte zu dem Gerücht Veranlassung gegeben, das Militär habe sich den Streikenden angeschlossen.

Am Freitag morgen versuchte eine Anzahl Spartakisten, die Straßenbahn am Auslauf zu verhindern. Die Spartakisten hatten aber die Rechnung ohne

die arbeitswilligen Straßenbahner

gemacht, von denen sie mit Weichenstellern und anderen Geräten vertrieben und dabei zum Teil so erheblich mitgenommen wurden, daß mehrere schwerverletzte Spartakisten vom Blase getragen werden mußten. Auf den Continental Contingent- und Guttaperchamerken hatte die Direktion die Arbeiter, die an der Arbeitsstelle erschienen waren, nach Hause geschickt, um sie vor etwaigen Mißhandlungen durch ihre streikenden Genossen zu schützen. Am Donnerstag abend erschien folgende Warnung in den Blättern:



„Die unter Leitung der derzeitigen Vorsitzenden des Zentral-Arbeiter- und Soldaten-Rates Derbe am 10. April 1919 abends im Hotel Vier Jahreszeiten tagende Versammlung unter Beteiligung der Zivil- und Militärbehörden sowie der Arbeiter- und Soldaten-Räte hat einstimmig durch Augenzugungen die Ueberzeugung gewonnen, daß heute in mehreren Großbetrieben Hannover-Lindens unter Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Zwecke die bei der Arbeit befindliche Arbeiterschaft zur Einstellung der Arbeit gezwungen worden ist.

Die Arbeiterschaft hat um Schutz gegen Wiederholung derartiger Eingriffe gebeten. Dieser Schutz muß gewährt werden.

Die Versammlung ist deshalb damit einverstanden und wünscht dringend, daß im Falle der Wiederholung der Belagerungszustand unverzüglich verhängt wird.

Korps-Soldatenrat X. Armee-Korps

Sander. Schaper.

Garnison-Soldatenrat Hannover

Bräutigam. Schnelle.

Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat

Für die S. P. D.

Für die U. S. P. D.

Derbe.

Reinhardt."

Die dann am Freitag morgen unter der Arbeiterschaft Hannover-Lindens vorgenommene Abstimmung über den Generalstreik hatte das voraussiehende Ergebnis, daß dank der Intelligenz und Einsicht der besonnenen Arbeiterschaft eine erdrückende Mehrheit gegen den Streik sich erklärte. Von der Arbeiterschaft der Firma Gebr. Körting stimmten 1276 gegen den Generalstreik und 199 dafür; bei der Hanomag erklärten sich über zwei Drittel der Arbeiterschaft gegen den Generalstreik. Bei der Salwa (Hannov. Waggonfabrik) stimmten 5000 Arbeiter gegen den Generalstreik, nur 600 waren dafür. Die Arbeiter der „Continental“ hatten Freitag morgen sämtlich die Arbeit wieder aufgenommen.

In einer am Sonnabend morgen auf dem Klagesmarkt abgehaltenen Versammlung, die nur von etwa 200 Mann (!) besucht war, gab die Streikleitung die Erklärung ab, man habe nach Abschluß der Verhandlungen mit den Gewerkschaften und den Vertretern der einzelnen Betriebe beschlossen, den Sympathiestreik abzurechen. Ein jeder möge wieder an seine Arbeit gehen.

Das war der imposante „Generalstreik“, von dem Merges und seine Hintermänner den Braunschweiger Arbeitern so Ermutigendes zu berichten pflegten.



Merges erzählte ferner am 10. April auf dem Schloßplatze, daß

auch Berlin wieder loschlagen

werde. Es ist aber nicht dazu gekommen, da die Reichsregierung rechtzeitig ihre Gegenmaßnahmen gegen die spartalistischen Wühlereien getroffen hatte.

Auch von Leipzig sprach Merges. Wie dort die Verhältnisse sind, haben wir noch nicht in Erfahrung bringen können, wenigstens sind uns keine Nachrichten über neue Unruhen in Leipzig begegnet. Dagegen ist es allerdings — wie wir an anderer Stelle berichten — zu ruchlosen Vorgängen in Dresden gekommen, von denen aber Merges am 10. April noch keine Kenntnis haben konnte, da sie sich erst am 12. April ereigneten.

Am 14. April berichtete der Volksfreund in einer Extraausgabe aus

#### Düsseldorf:

„Einen schweren Kampf hatten die Arbeiter in Düsseldorf mit den Regierungstruppen. In

diesem Kampfe sind die Regierungstruppen bis auf 300 Mann zusammengeschmolzen. Diese wurden dann zurückgedrängt in das besetzte Gebiet.“

Und wie war's in Düsseldorf? Schwere Kämpfe hat's dort gegeben.

Am 10. April wurden vor dem Volkshause zwei Handgranaten auf einen Kraftwagen der Regierungstruppen geworfen, wobei zwei Soldaten den Tod fanden. Bei den Schießereien fanden mindestens neun Personen den Tod, darunter eine Frau, die von einem Zivilisten ohne jeglichen Grund mit dem Revolver erschossen wurde. In der Zimmermannstraße wurde ein Offizier überfallen und von der Menge zu Boden gerissen und in bestialischer Weise gemartert. Die einzelnen Soldaten, die auf der Straße vom Volk überfallen und entwaffnet wurden, wurden sogar ihrer Uniform und Stiefel beraubt.

In der Nacht zum 12. April gab es heftige Kämpfe in der Gegend des Hauptbahnhofes und im Stadtteil Oberbilk, wobei die Minenwerfer der Regierungstruppen, die auch durch Artillerie unterstützt wurden, eine lebhafteste Tätigkeit entfalteten. Der in der Nähe des Bahnhofes gelegene Teil von Oberbilk hat unter den Kämpfen sehr gelitten.

Nachdem die Regierungstruppen dann am 13. April, neuer Meldung der Boff. Zig. zufolge, Verstärkungen erhalten hatten, wurden das Oberbiller Stahlwerk, die Schule in der Kölnerstraße und der Bilkermarktplatz von den Regierungstruppen besetzt. Eine große Anzahl von Spartakisten wurde getötet und verwundet oder liegt unter den Trümmern der eingestürzten Häuser. 54 be-



waffnete Personen wurden festgenommen und eine Menge Waffen und Munition beschlagnahmt. Die Truppen hatten keinerlei Vermirte. Die bisherigen Opfer der Regierungstruppen bei den Kämpfen der letzten Woche belaufen sich auf 10 Tote und 23 Verwundete. Die Spartakisten wurden aus Oberbiss verjagt. Sie flüchteten in der Richtung auf Essern. Die Verwüstungen sind erheblich.

Der vollständige Generalstreik in Düsseldorf hält an, nach dem Erfolg der Regierungstruppen soll indessen Ruhe eingetreten sein.

#### Am Ruhrgebiet.

Am 14. April berichtete der Volksfreund, daß der Streik im Ruhrgebiet täglich an Umfang zunehme und daß bis Sonnabend 396 000 Streikende gemeldet seien.

In Wahrheit meldete W. L.-B. schon am 12. April ein Abflauen des Streiks.

wtb. Essen, 12. April. Die Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen, das Entgegenkommen in der Frage der Verkürzung der Schichtzeit und die Nachricht über die drohende Einstellung von Bergwerksbetrieben sind auf die Streiklage im Ruhrrevier nicht ohne Einfluß geblieben. Die Zahl der Ausständigen hat heute eine weitere Verkürzung erfahren. In der Frühschicht waren 160 720 Bergarbeiter ausständig gegen 162 501 gestern. In der gestrigen Frühschicht, Mittag- und Abendschicht hat sich die Gesamtzahl der Streikenden auf 300 186 belaufen, gegen 307 205 am vorhergehenden Tage.

Die Zahl der Arbeitswilligen der Gußstahlfabrik Fried. Krupp A.-G. ist von gestern 16 600 auf etwa 27 000 heute gestiegen, d. h. es sind etwas über 90 Prozent der zur Frühschicht gehörenden Arbeiter zur Arbeit erschienen.

#### In Magdeburg

rückten bereits am 9. April Regierungstruppen unter Generalmajor Maerder ein, die sofort die Hauptstraßen und alle öffentlichen Gebäude besetzten und den Bahnhof sicherten. Die Versammlung der Streikenden wurde nicht gehindert, der Domplatz aber von Regierungstruppen umsaumt. Während der Rede der Führer ertönten viele Rufe: „Geht uns Waffen!“ Versammlungsteilnehmer, darunter auch Frauen, griffen einen Offizier der Regierungstruppen tödlich an. Daraufhin wurde zuerst in die Luft geschossen, dann aber richteten sich die Schüsse auch gegen die Andrängenden. Es gab hier Tote und mehrere Verwundete. Am Abend zuvor fanden Straßenkämpfe statt, wobei Blut floß. Es wurde versucht, das Gebäude der sozialdemokratischen Volksstimme zu stürmen, wobei ein lebhaftes Feuergefecht sich entspann. Von beiden Seiten wurden Handgranaten geworfen, wobei es einen Toten gab. Besonders lebhaft waren die



Schießereien an der Hauptpost, vorher war es zu Kämpfen um die Zitadelle gekommen, die von regierungstriben Unteroffizieren besetzt wurde. Die Aufriührer hatten auch hier einige Verwundete.

Der 9. April verlief nach den ersten aufregenden Zwischenfällen äußerlich ruhig. Nur ab und zu ertönten Detonationen eines oder mehrerer Schreckschüsse. Alle als Matrosen erkennlichen Personen werden verhaftet und erst nach gründlichem Ausweis freigelassen. Die Angehörigen des Wachregiments, die sich zur Verhaftung des Reichsministers Landsberg und des kommandierenden Generalz v. Kleist mißbrauchen ließen, sind ihres Dienstes enthoben worden. Die Streikleitung beschloß, unter den veränderten Machtverhältnissen die Streifenden aufzufordern, die Arbeit am 10. April wieder aufzunehmen. Der Generalsstreif in Magdeburg war damit beendet.

wtb. Magdeburg, 9. April. Zum Polizeipräsidenten ist von Generalmajor Maerder der Gewerkschaftssekretär Krüger ernannt worden. Die Auflösung der Bürgerwehr wurde verfügt. An Stelle dieser unzuverlässigen Wehr soll eine aus allen Kreisen der Bevölkerung gebildete Einwohnerwehr treten.

wtb. Magdeburg, 10. April. Generalmajor Maerder hat die Auflösung des hiesigen Soldatenrates angeordnet. Das Landesjägerkorps hat bei den bisherigen Zusammenstößen keine Verluste erlitten. Die letzte Nacht ist durchaus ruhig verlaufen. Der Streif ist gebrochen. Die Arbeiter haben heute früh die Arbeit vollzählig wieder aufgenommen. Wie das städtische Lebensmittelamt mitteilt, ist es in vorletzter Nacht zu neuerlichen Plünderungen im städtischen Lebensmittel-lager gekommen, so daß die Verteilung der dort lagernden Lebensmittel an die Bevölkerung unmöglich geworden ist. Die Plünderungen sind offenbar von den jetzt aufgelösten Wachmannschaften verübt worden.

wtb. Magdeburg, 9. April. Nach den Feststellungen des Landesjägerkorps belaufen sich die Verluste der Zivilbevölkerung bei den Zusammenstößen am Mittwoch auf neun Tote, darunter eine Frau. 39 Verwundete haben Aufnahme in die Krankenhäuser und Lazarette gefunden.



# Neueste Nachrichten

## Braunschweig.

Braunschweig, den 16. April 1919.

### Die Bedingungen der Reichsregierung.

Braunschweig, 16. April. Wie verlautet, hat die Reichsregierung durch den General Maercker heute morgen in Helmstedt dem Abgesandten der braunschweigischen Regierung, Volkskommissar Antrick, folgende Bedingungen überreichen lassen:

- 1) Ablieferung sämtlicher Waffen und Munition.  
Sofortige Auflösung der Volkswehr und der Volksmarinedivision.  
Restlose Entwaffnung der bewaffneten Arbeiterschaft.
- 2) Rücktritt der braunschweigischen Regierung und Neubildung der Regierung auf Grund des parlamentarisch-demokratischen Prinzips.
- 3) Sofortige Verhaftung nachstehender Personen: Dertter, Eckart, Schütz, Junke und Merges.
- 4) Auflösung und Neuwahl des Arbeiterrats.

Die braunschweigische Regierung versucht nach Annahme der militärischen Bedingungen durch Vermittlung des Ältestenausschusses eine Milderung der politischen Bedingungen zu erzielen. Es besteht begründete Aussicht, daß diese Verhandlungen von Erfolg sein werden.

### Wiederbeginn der Arbeit am Dienstag nach Ostern.

Die Verhandlungen zwischen Streikleitung und Metallindustriellen blieben ergebnislos. Es bleibt dabei, daß aus wirtschaftlichen Gründen die Betriebe erst am Dienstag nach Ostern wieder geöffnet werden.



# Neueste Nachrichten

Bezugspreis monatlich 1.25 RM. frei Haus.  
Mit „Illustrierter Weltanschauung“ . . . . . monatlich 1.45 RM.  
Durch die Post bezogen:  
Ausg. A . . . . . monatlich 1.25 RM., vierteljährlich 3.75 RM.  
Ausg. B mit „Illustrierter Weltanschauung“ . . . . . 1.45 RM., 4.35 RM.  
Sprechstunde der Redaktion von 6-7 Uhr abends.  
Vertriebspreis Nr. 1191, 1192, 1193.

Braunschweig.

Postfach Nr. 2000.

Anzeigenpreis:  
Die einseitige Seite aus Stadt und Stadt Braunschweig . . . 35 Pf.  
außerhalb Braunschweigs . . . 40 Pf.  
Kleine Anzeigen von 1000 . . . . . 3 Pf.  
das erste Wort fettgedruckt . . . . . 25 Pf.  
Kleinanzeigen 1.25 RM., außerhalb Braunschweigs 1.50 RM.  
Rabatt und Extrabeilagen nach Tarif.  
Anzeigen-Aufnahme, Geschäftsstelle und Redaktion: Steinweg 40.

Nr. 82. • Donnerstag, 17. April 1919. XXIII. Jahrgang.

## Der zweite Generalstreik.

Die politischen Ziele des Streiks. — Der Gegenstreik der Bürger- und Beamenschaft. — Das Ultimatum der Industriellen. — Blutige Gefechte mit Regierungstruppen. — Besetzung Braunschweigs durch General Maercker. — Die Aussperrung in Kraft.

### Ein Rückblick.

Braunschweig hat wieder einmal von sich reden gemacht! Kaum daß sich das Wirtschaftsleben der Stadt von den Folgen des ersten Generalstreiks erholt hat, hielt ein Teil der Arbeiterschaft es für angebracht, wiederum dem Rufe jener gewissenlosen, im russischen Solde stehenden Drahtzieher Folge zu leisten, jener Landfremden, die im Schöße ein sicheres Asyl gefunden, nachdem ihnen in anderen deutschen Staaten längst der Boden zu heiß geworden war, die sich von der gegenwärtigen Regierung gut bezahlte Posten zuweilen ließen und es als ihre einzige Lebensaufgabe ansehten, wie Herr Gishorn triumphierend am Montag verkündete, unsere Stadt, sobald es ihnen gefällt, in den fünften und sechsten Generalstreik hineinzubringen.

Die Arbeiterschaft hat, Dank ihrer Streikleitung, auch den zweiten Generalstreik glatt verloren! Darüber werden sich die einsichtigen Elemente nicht hinwegtäuschen lassen, mögen die Herren Werges, Gishorn und Genossen noch so hochtönende Forderungen vom Schloßhaupte verapfen. Welches waren die Hauptziele, welche sich die Leute gesteckt hatten? Wirtschaftliche Forderungen traten längst nicht mehr in den Vordergrund. In nüchternen Worten wurde die Beseitigung der derzeitigen braunschweigischen Verfassung und die Absetzung der Regierung Ebert-Gheidemann gefordert. Der Streik sollte, so hatte man gehofft, in zahlreichen deutschen Großstädten wie im Ruhrgebiet mit gleicher Kraft entfacht werden. Es sollte ein Endkampf werden, der den Kommunisten und ihren Gefolgsleuten, den Unabhängigen, die absolute Macht in die Hände spielen sollte. „Alle Macht den Arbeiterräten!“ Das war das Endziel, welches man unter allen Umständen erreichen wollte.

Welche von diesen Forderungen ist nun durchgedrückt worden? Keine. Der Landtag hielt es für angebracht, die ihm übermittelten Wunschzettel zur Kenntnis zu nehmen, ohne eine Klipp und Klare Antwort zu erteilen. Mit 26 gegen 24 Stimmen lehnte er eine sofortige Befreiung der Eingabe des Aktionsausschusses ab, wobei, als anfänglich die Stimmenzahl 25:25 stand, der Abgeordnete Reimeyer, das Oberhaupt unserer Stadt, sich auf die Gegenseite schlug. In dem Augenblicke, als das ganze Land nach dem Landtagshause schaute, und von dort endlich eine kraftvolle Sprache und ein energisches Aufstehen gegen den herausfordernden Unmut erwartete, da hielt das hohe Haus es für richtig, sich zu vertagen, nachdem es vorher einstimmig (!!) (eine prachtvolle captatio benevolentiae!) die Summe von 300 000 Mark für den Bedarf der Volkswehr bewilligt hatte. Höhnisch rief ihm der „Volkstreu“ ein „Adieu auf Nimmerwiedersehen!“ Damit waren die Volkstretreue, damit auch die Regierung erledigt, die sich in ihrer Ohnmacht nicht einmal getraute, den Übergriffen des Aktionsausschusses entgegenzutreten, und es ruhig mit anzuseh, daß eine diskurslose Horde von halbwilligen Durcheinander die Bürgerstadt terrorisierte. Die Nichtverbreitung des Regierungsflugblattes und die Nichtveröffentlichung des Protokolls gegen die Maßnahmen der Streikleitung, worüber wir an anderer Stelle berichten, spricht darüber Bände! Werden der Landtag und die Regierung ihr Geben weiterführen, so verdammen sie ihre Existenz lediglich dem Umstande, daß dem Streik Dank der völligen Isolierung Braunschweigs, von vornherein jede Aussicht auf Erfolg genommen war. Hannover hatte den Herren Kommunisten eine nicht mißzuverstehende Bektion erteilt und in Magdeburg war nach wenigen Tagen bereits wieder Ruhe und Ordnung eingetreten.

Ein zweites Moment, welches die Streikleitung zunächst gar nicht in Rechnung gestellt hatte, vervollständigte den Mißerfolg des Streiks: Die kraftvolle Abwehr durch die Bürger- und Beamenschaft. Manah einer hatte diesen Streik nach den Erfahrungen seit Beginn der Revolution keinerlei Energie mehr zugebracht. Heute dürfen wir mit Genugtuung feststellen, daß das Bürgertum nach unerhörten Verwundungen durch den Militarismus von unten sich endlich auf sich selbst besonnen hat und anerkennen beginnt, welche Rolle ihm unter der Räteherrschaft zugeordnet ist und daß es dabei völlig auf sich selbst gestellt ist. Es hat erkannt, daß noch ein Generalstreik von

### Bekanntmachung.

Die Arbeiterschaft Braunschweigs wird gebeten, heute, Mittwoch, den 16. d. M., die Arbeit wieder aufzunehmen.

Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten sind nach Magdeburg geeilt, um in letzter Stunde noch zu versuchen, den Einmarsch der Regierungstruppen aufzuhalten. Ob der Versuch gelingt, ist zweifelhaft.

Sollten die Regierungstruppen in Braunschweig einmarschieren, so bitten wir alle Einwohner, Arbeiter und Bürger, unter keinen Umständen den Einmarschierenden Widerstand entgegenzusetzen.

Wer mit der Waffe in der Hand den Regierungstruppen entgegentritt, kann die Ursache des größten Unglücks für die Stadt Braunschweig und ihre Einwohnerschaft sein.

Ruhe, Besonnenheit sind das Gebot der Stunde für jeden Arbeiter und Bürger! Arbeiter, nehmt Mittwoch früh die Arbeit wieder auf!

Beamte, kehrt an eure Dienststellen zurück!

Wer mit der Waffe in der Hand den Regierungstruppen Widerstand leistet, versündigt sich an den Interessen der Arbeiterschaft, an den Interessen der Gesamtheit der Einwohnerschaft und am Wohle der Stadt und des Landes Braunschweig.

Der Rat der Volksbeauftragten.

### An die Bevölkerung Braunschweigs!

1. Die Regierungstruppen sind im Anmarsch. Die Stadt ist bereits in weitem Umkreise umstellt.
2. Ich werde nach den Befehlen der Reichsregierung Ruhe, Ordnung und gesetzmäßige Zustände herstellen.
3. Bewaffneter Widerstand werde ich rücksichtslos niederschlagen. Plünderungen, Gewalttätigkeiten und ungesetzliche Soudlungen jeder Art, insbesondere das Bestehen von Geiseln, werde ich auf Grund des Belagerungszustandes nach Kriegsrecht ahnden.
4. Beim Einrücken der Truppen soll sich niemand außerhalb der Häuser zeigen. Neugierige werden gewarnt! Die Truppen haben Befehl, gegen alle Menschenansammlungen mit der Waffe vorzugehen.

Magdeburg, den 14. April 1919.

Dienstag nachm. durch Flugzeug abgeworfen! Generalmajor und Kommandeur des freiwilligen Landessägerkorps.

Maercker,

solcher Dauer, der keine Werte schafft, sondern nur vernichtet, auch das blühendste Gemeinwesen zugrunde richten muß. Daher kenne ich mich dem Umsturz mit aller Kraft entgegen, und das sei vor allen Dingen hervorgehoben, in einer vorbildlichen Einmütigkeit. Bürger und Beamte standen unerschütterlich und waren fest entschlossen, nicht eher den Gegenstreik zu beenden, als von der Arbeiterschaft nicht die Garantien dafür geboten wurden, die eine Wiederholung ähnlicher Vorgänge unmöglich machten. Insbesondere wurde den Phrasenhelken von der Gegenseite sehr deutlich bewiesen, wie töricht ihre Renommistereien waren, die den Beamten immer wieder als das überflüssige und leicht zu erwerbende Glied unserer Gemeinschaft hinzustellen bestanden. Wie fest namentlich die städtischen Beamten hinter ihren Forderungen standen, bewies der Verlauf der Sonnabendversammlung, in welcher allerdings erst zum Schluß selbst dem Oberhaupt der Stadt die Erkenntnis kam, daß die Beamten nach reiflicher Erwägung den Gegenstreik beschlossen hatten.

Wird so auf der einen Seite als Gewinn aus dem Generalstreik eine Aufmunterung und Zusammenweisung des Bürgertums zu verzeichnen sein, so ergibt sich auf der anderen Seite die unbedingte Notwendigkeit, den breitesten Volksmassen die vernichtende Wirkung dieses frivol vom Raune gebrochenen Streiks zu Gemüte zu führen. Und diese verpüren wir am meisten an der Vertenerung der aus dem Auslande zugeführten Lebensmittel. Als direkte Folge der Streiks ist der Wert unseres Geldes um nicht weniger als 25 Prozent gesunken. Was wir vor wenigen Tagen in der Schweiz am Lebensmitteln noch für 100 Mark bekommen haben, müssen wir heute schon mit 145.73 Mark bezahlen. Solche Zahlen reden wohl eine sehr deutliche Sprache und sagen jedem Einsichtigen genug. Sie warnen vor allen Dingen vor jeder weiteren Störung unseres Wirtschaftslebens, welche unsere Position dem Auslande gegenüber untergraben muß und damit die Lebenshaltung unseres Volkes ins Ungemessene vertieft.

### Die Tagung des Landtags.

Die für Mittwoch vormittag 10 Uhr anberaumte Sitzung der Landesversammlung wurde erst nach 10<sup>15</sup> Uhr eröffnet. Vorher hatten Besprechungen des Präsidiums mit dem Vizepräsidenten des Landesparlamentes stattgefunden, sowie eine Beratung des Verfassungsausschusses. Auf Grund dieser Beratungen machte dann der Präsident Dr. J. J. J. dem Hause folgende Mitteilungen:

Ich habe im Auftrage des Verfassungsausschusses den geehrten Damen und Herren vorzuschlagen, heute nicht in die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Punkte einzutreten, sondern anders zu verfahren. Es wird den Damen und Herren bekannt sein, daß heute hier in Braunschweig der Generalstreik ausgebrochen ist und daß der Generalstreik auch den Zweck hat, alle Macht den Räten zu verschaffen.

Infolge dieses Ausstandes ist der Vorstoß des Verfassungsausschusses des Landesparlamentes an uns herangetreten, um eine Verhängung herbeizuführen. Es schien uns angebracht, diese Hand der Verhängung nicht zurückzuweisen, sondern sich zu verhängen. Der Verfassungsausschuss meint, es könnte wenig diesem Zwecke dienlich sein, darüber in der Volksversammlung ohne greifbare Unterlagen und ohne zu wissen, wie sich die Fraktionen dazu stellen, zu verhandeln, sondern daß es richtiger sei, die Verhandlungen mit einem Landtagsausschusse zu führen. Die Verhandlungen wären zu führen einmal mit dem Vizepräsidenten des Landesparlamentes, mit dem Vizepräsidenten der freien Arbeiter und mit dem Räte der Volksbeauftragten. Überhaupt sollte der Landtagsausschuss freie Hand haben zu den Verhandlungen, damit die Verhandlungsversuche beschleunigt werden können, wenn es möglich ist. Wenn ein greifbares Ergebnis vorliegen kann, läßt sich augenblicklich noch nicht feststellen. Der Verfassungsausschuss meint deshalb, es sei richtig, Zeit und Ort der Verhandlungen dem Präsidium zu überlassen. Heute nachmittag sollen die Verhandlungsversuche beginnen. Vielleicht können wir morgen schon dem Hause greifbare Vorschläge unterbreiten. Welchen Ausschuss Sie mit den Verhandlungen beauftragen wollen, bleibt Ihnen überlassen. Vielleicht ist der Verfassungsausschuss der geeignete.

Ich stelle diesen Vorschlag des Verfassungsausschusses zur Erörterung.

Das Wort wird nicht beliebt. Ich stelle fest, daß das Haus einstimmig mit dem Vorschlage des Verfassungsausschusses einverstanden ist und dem Präsidium die Einberufung der nächsten Sitzung überlassen bleibt.

Ich schließe die Sitzung.

### Die Donnerstagssitzung.

Die Einberufung des Landtags erfolgte bereits für Donnerstag morgen. Nach der Eröffnung durch den Präsidenten Dr. J. J. J. erklärte Abg. Dr. Bracke freiwillig, da sich kein Berichterstatter gefunden habe, Bericht über die Verhandlung des Verfassungsausschusses mit dem Vizepräsidenten des Landesparlamentes. Letzterer hatte der Landesversammlung folgende Anträge zur Beschlußfassung gestellt:

An die Landesversammlung im Freistaate Braunschweig, hier:

Der Vizepräsident des Landesparlamentes im Freistaate Braunschweig stellt der Landesversammlung folgende Anträge und ersucht, dieselben sofort zu beschließen:

1. Aufhebung der vorläufigen Verfassung und Verabschiedung der

vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgearbeiteten Verfassung.

2. Sofortige Vorbereitung der Sozialisierung durch Einsetzung der Betriebsräte in sämtliche industrielle Unternehmungen.

3. Grundlegende Änderung im Ernährungswesen.

Ferner ersuchen wir die Landesversammlung, folgende Anträge: Forderungen der Arbeiterschaft des Freistaates Braunschweig mit zu unterstützen:

- a) Sofortiger Austritt der Reichsregierung,
- b) Abschaffung sämtlicher Freiwilligenkorps,
- c) Schaffung eines Volksherees nach den Grundsätzen des Exerzierprogrammes,
- d) Abschluß eines Bündnisses mit der russischen Räteregierung.

Abg. Dr. Bracke berichtete, daß die Demokraten für nur bessere Regelung der Lebensmittelpflicht seien; auch seien sie bereit, mit Rußland in Friedensverhandlungen einzutreten. Sie erklärten sich gegen die Einführung einer Räterepublik.

Gegen dieselbe habe sich auch Herr Deter ausgesprochen.

Da sie aus innerpolitischen Verhältnissen in Braunschweig nicht durchführbar sei. Welche sie könne man sie, aber durchführbar nicht. Ein Beschluß über die vorstehenden Forderungen des Landesparlamentes sei in der Besprechung nicht gefaßt. Man wolle es dem Plenum überlassen, Stellung dazu zu nehmen. Abg. Dr. Bracke bat, sofort in die Beratung einzutreten, da das Land von der Landesversammlung erwarte, daß sie dazu Stellung nehme.

Der Präsident machte jedoch darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung erst später über den Antrag beraten werden könne. Nachdem noch von sozialdemokratischer Seite die gleiche Ansicht ausgesprochen war, wurde mit 26 gegen 24 Stimmen die spätere Beratung beschlossen.

Der Antrag der Regierung, für die revolutionäre Verteidigung, für die Monate April bis Juli die gleiche Summe zu bewilligen wie für Januar bis April gewesen ist, wurde dem Finanzausschusse überwiesen.

Ferner war von den Demokraten folgende Interpellation eingegangen:

Wie stellt sich der Rat der Volksbeauftragten zu der Forderung, daß eine private Streikleitung in Nordungen trifft, die nur der Regierung aufhören und sich damit als das leitende Organ des gesamten öffentlichen Lebens betätigen?

Abg. Dr. Bracke beantragte sofortige Vernehmung der Interpellation, während der Präsident Dr. J. J. J. auf Grund der Geschäftsordnung die Vernehmung auf später verschieben wollte. Abg. Dr. Regensburger erklärte angesichts der ersten Lage und der Dringlichkeit der Interpellation, dieselbe sofort zu beraten. Der Bericht über die Volksbeauftragten sei in der Verammlung und wohl in der Lage Auskunft zu geben. Abg. Antrich sprach sich aus praktischen Gründen dagegen aus.

Die sofortige Beratung wurde abgelehnt. Hierauf folgte die Weiterberatung des Tagesgeschäftes. Nächste Sitzung Freitag, den 11. d. M., 10 Uhr vormittags.

### Der Landtag vertagt sich!!

Die auf Freitag vormittag anberaumte Sitzung der Landesversammlung wurde um 10<sup>15</sup> Uhr vom Präsidenten Dr. J. J. J. eröffnet.

Der Präsident teilte mit, daß der Verfassungsausschuss der Meinung sei, daß mit Rücksicht auf die ganze Lage ein sachliches Verhandeln kaum möglich sein werde. Aus diesem Grunde schlägt der Verfassungsausschuss im Ernennen mit dem Finanzausschusse vor, nur kurz den Punkt 2a der vorliegenden Tagesordnung, betreffend die Bewilligung von Mitteln zur Verteilung von Ausgaben für

die Lösung der Volkswehr usw.

zu erledigen. Zu diesem Zwecke seien weitere 300 000 Mk. angefordert, und die Bewilligung dieser Mittel sollte in der Weise erfolgen, daß sie dem Landtagsausschusse und dem Rat der Volksbeauftragten zur Verfügung gestellt werden. Im übrigen schlägt der Verfassungsausschuss vor, heute von einer sachlichen Verhandlung abzusehen und

den Landtag zu vertagen

und während der Vertagung einen Ausschuss mit der Wahrung der Rechte und Machtbefugnisse der Landesversammlung zu betrauen, entsprechend den Bestimmungen der neuen Landtagsordnung. Dem Präsidium sollte es überlassen bleiben, Zeit und Ort der nächsten Sitzung festzusetzen. Die Geschäfte der Landesversammlung sollte der Verfassungsausschuss führen und sie vertreten in dem Umfange, wie es früher durch den Landtagsausschuss geschehen ist.

Der Präsident stellte diese Vorschläge zur Erörterung, das Wort wurde aber nicht erteilt.

Das Haus stimmte dann der Bewilligung der für die Volkswehr erforderlichen Kosten zu und erklärte sich mit den übrigen Vorschlägen des Präsidenten ebenfalls einverstanden.

Die Sitzung wurde darauf geschlossen.



verließ bei sehr unglücklicher Witterung erfreulich-  
wiese sehr ruhig. Besondere Veranlassungen wur-  
den nicht abgesehen. Man hatte in die Arbeiter-  
schaft auf Montag früh wieder aufzukehren und  
damit Zeit für Verhandlungen gefunden.

## Der Streik bricht zusammen.

Montagsverammlung auf dem Schloßplatz.

Die Eröffnung der am Montagvormittag auf dem  
Schloßplatz stattgefundenen Volksversammlung lief  
einige Zeit auf sich warten. In der Barock-  
Menge schließlich ungeduldig wurde und durch Weiten  
und Schreien ihr Verlangen über das lange  
Warten recht deutlich zum Ausdruck brachte. Bei  
der im großen Saal im Mittelbau des Schlosses  
verammelten Streikleitung traten allerdings Un-  
stimmigkeiten ein. Man konnte vom  
Schloßplatz aus beobachten, wie hin- und hergekauft  
wurde; aufsteigend war zu sehen, daß die  
Menge, der es verstand, hatte, der Versammlung, die  
diesmal erheblich größer war als an den voran-  
gegangenen Tagen, die erwarteten „Auf-  
klärungen“ in schamhafter „Auf-  
machung“ zu übermitteln. Die Versammlung  
wurde auch nicht, wie an den vorangegangenen  
Tagen, in einem bestimmten parlamentarischen Rahmen  
gehalten und durch einen Vorsitzenden geleitet, son-  
dern die einzelnen Redner traten ohne jede Ein-  
leitung hintereinander auf. Was sie zu erzählen  
wußten, klang für diejenigen, die auf „den end-  
gültigen Sieg des Proletariats“ hofften, nicht gerade  
ermutigend.

Der erste Redner war Herr Eichhorn, Berlins  
verflossener Volkspräsident unwilligen Ansehens.  
Er hat eine Reihe nach Rheinland-Westfalen gemacht  
(im Einzugs?) kann aber aufkeimend von seinen  
Erfahrungen nicht viel berichten, was seine Zuhörer  
erfassen konnte. Nur vom Ruhrgebiet wußte er zu  
sagen, daß dort die Sache „allmählich“ stehe. Für  
wen — das sagte er inoffiziell nicht. Dann kam er  
auf Braunschweig zu sprechen und meinte, wenn es  
jetzt noch nicht geklärt sei, das erste Ziel  
zu erreichen.

Dann wurde man wieder in einen dritten, und  
wenn es sein mußte in einen

vierten und fünften Generalkreis  
eintreten. Energetische Proteste beehrten ihn  
aber, daß eine große Zahl seiner Zuhörer über dieses  
Thema meistens anders dachte. Die Dummheit sei,  
daß die Arbeiter für Arbeiter nicht auf einmal  
verschleie.

Dieser verächtliche Hinweis auf ein halbes  
und nicht sehr rühmliches Ende des Generalkreises  
war angeblich nicht nach dem Sinne des Kom-  
munistenführers August Merges, der nun das  
Wort ergriff. Nach genauer Vertiefung der Rolle  
und ebenso genauer Bekämpfung dessen, was  
Eichhorn „erzählend“ gehalten hatte, wußte  
Herr Merges immer noch den Unentwegten,  
reichte damit, wenn auch nur für einen Moment,  
für sich die Situation. Er nannte Eichhorns Rede  
eine „Brennerrede“, wolle aber von „Brennen“  
nichts wissen. Vor dem Beamtentum brauche man  
sich nicht zu fürchten. Jeder Beamte könne durch  
einen Arbeiter ersetzt werden, selbst die Schul-  
damen seien nicht unerlässlich. Die Lage sei durchaus  
nicht so, daß man den Streik ausgeben müsse, und  
wenn dies doch der Fall sein sollte,  
dann gelte dies nur, um ihn bei der  
ersten besten Gelegenheit wieder auf-  
zunehmen. Also doch! Diese Bemerkung des  
Herrn Merges schienen die meisten der Zuhörer  
in ihrer Traurigkeit gar nicht beachten zu haben! Herr  
Merges war also zu denselben Schlüssen gekommen  
wie sein Vorredner Eichhorn.

Die folgenden Redner ergriffen sich in allerhand  
Schwärmereien verführerischer Maschinentheorien,  
trotzten viel von „lauberen Herren“, die  
man „an die Wand stellen“ müsse, schimpf-  
ten auf die „Kriegsarmee“, die nur kommen könne,  
man habe genug Munition und Waffen, um sie ge-  
wärtig zu empfangen usw.

Dann ging die Menge auseinander. Zu einer  
neuen Versammlung für Dienstag wurde nicht ein-  
geladen. Anscheinend fürchtete man sich vor weiteren  
„Aufklärungen“.

## Sitzung der Betriebs- und Arbeiterausschüsse

Im Schloß fand am Montagmorgen eine  
Sitzung der Betriebs- und Arbeiterausschüsse sowie  
der Betriebsausschüsse unter zahlreicher Beteiligung  
statt. Der Streikleiter Schön teilte mit, daß  
abends 8 Uhr im Ministerium eine Sitzung statt-  
finden soll, an welcher die Herren Oberbürgermeister  
Neumeyer, Bürgermeister Meier und Stadtbaurat  
Neubauer teilnehmen werden, um zu der  
Lebensmittelversorgung Stellung zu nehmen.

Hierzu erhielt der Volksbeauftragte Schardt  
das Wort und sprach über die augenblickliche Lage  
des Streiks. Er trat dafür ein, daß der Streik bei  
der augenblicklichen Situation beigelegt werden  
müsse. Das Hauptziel des Streiks sei gewesen, die  
Reichsregierung über Scheidemann niederzurufen.  
Man sei jedoch durch das Ergebnis des Streiks  
bitter enttäuscht worden.

Die Nachricht, daß in 38 Städten der  
Generalkreis in Kraft sei, ist nicht wahr.  
Braunschweig befindet sich nur allein im  
Streik.

Redner kam dann zum Streik im Ruhrgebiet  
und erwähnte, daß dort der Streik wohl  
beigelegt würde. Verhandlungen wären bereits  
im Gange. Die Arbeitszeit sollte auf 7 Stunden  
(eventl. 6) herabgesetzt werden. In Magdeburg sei  
ebenfalls am letzten Donnerstag der Streik beigelegt;  
ebenfalls in Hannover. In Bayern habe die Re-  
gierung Hoffmann die Märsche wieder beigelegt.  
Der Gegenstand der Beamten sei dem General-  
kreis sehr hinderlich gewesen. Der Streik  
hat große Schwierigkeiten heraufbeschieden; die  
Erklärung der Stadt sei in Frage gestellt. Die no-  
wendigsten Lebensmittel, namentlich die Kar-  
toffeln, wären aufgebracht. Zum Schluß richtete  
Redner die Bitte an die Arbeiter, unverzüglich  
den Streik beizulegen.

Der Streikleiter Scharte macht sodann die Mit-  
teilung, daß abends 8 Uhr die Fabrikanten tagen  
würden. Diese sollten das am Sonntag gefällte  
Ultimatum zurückziehen. Alsdann würden die  
Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen. Es  
wurde noch zur Kenntnis gebracht, daß General  
Mäcker mit seinen Truppen auf dem Wege nach  
Braunschweig sei. Eine Abordnung sollte dann  
bestimmt werden, mit General Mäcker zu  
verhandeln.

Der Volksbeauftragte Junke appellierte eben-  
falls an die Versammlung, sie solle geschlossen die  
Arbeit wieder aufnehmen und ihre Sache bis zu ge-  
gebener Zeit vertagen.

In diesen Worten rechnete ein Redner mit den  
Herren ab, die den Streik herausbelohnten.  
Er fragte: Wo ist Merges? Und er erwiderte  
worden, daß Braunschweig für ein halbes Jahr  
aufgehört mit Lebensmitteln versorgt sei und  
fest müsse man hören, daß es mit diesen an Ende sei.  
Eichhorn wußte dafür, den Streik abzu-  
brechen und ihn nicht als eine Niederlage  
anzusehen. Denn erst 50 Städte in Deutsch-  
land geschlossen hätten würden, um vereint zu

# Einschreiten der Reichsregierung.

General Maercker befehlt Braunschweig.

Die Vergewaltigung der Bahn- und Post-  
beamten durch die bewaffnete Arbeiterkraft,  
die dadurch herbeigeführte Verletzung des  
Verkehrs über Braunschweig hinaus mußte  
ein Einschreiten der Reichsregierung un-  
bedingt im Gefolge haben. Dazu kommt, daß  
die Reichsregierung des öfteren die Heraus-  
gabe deutschen Heeresgutes, insbesondere der  
Waffen verlangt hatte, was seitens der  
revolutionären Regierung i. St. in nicht  
gerade parlamentarischen Formen abgelehnt  
wurde. Hannoverische Truppen brachten nun am  
Montagnachmittag zuerst die Kunde, daß die  
Regierungstruppen den Befehl erhalten  
hätten, in Braunschweig einzurücken. Das  
amtliche Telegramm hatte folgenden Wort-  
laut:

wb. Berlin, 19. April.

General Maercker hat von dem  
Reichswehrminister den Befehl erhalten, zum  
Zweck der Wiederherstellung sicherer  
Verhältnisse im Eisenbahn-, Post-  
und Telegraphenverkehr, der seit  
Tagen gestört ist, sowie zur Verhinderung  
von Gewalttätigkeiten an Post- und Eisen-  
bahnbeamten, mit seinem Korps in Braun-  
schweig einzurücken. Das Unter-  
nehmen wird in den allerersten Tagen vor-  
sich gehen.

Die Stadt lebte unter dieser Botchaft sicht-  
bar auf und es machte sich, zumal unter der  
besorgenen Arbeiterkraft, das zuverlässige  
Vertrauen bemerkbar, daß mit der Rückkehr  
geordneter Verhältnisse die baldige Wiederauf-  
nahme der Arbeit zu erwarten sei. Die ganz  
Ungeheueren hatten bereits die ersten Rege-  
rungstruppen in der Nacht von Montag auf  
Dienstag erwartet. Schon rechnete man damit,  
daß wieder so lange „verhandelt“ worden sei,  
bis der Einmarsch der Regierungstruppen auf  
unbestimmte Zeit verschoben werde. Erst am  
Dienstagmorgen gegen 1/2 Uhr erschien  
wieder ein Flieger über der Stadt, welcher  
Flugblätter abwarf, deren Inhalt wir auf der  
ersten Seite des Blattes wiedergeben.

Verhandlungen mit General Maercker.

Schon am Dienstagmorgen wurde in der  
Stadt bekannt, daß Volksbeauftragte nach  
Magdeburg gefahren seien, um dort die Ver-  
handlungen mit General Maercker aufzu-  
nehmen. Anscheinend sind die Regierungs-  
vertreter gar nicht bis Magdeburg durchge-  
kommen. Denn im Laufe des Dienstags er-  
schienen, dann wäre das Ziel erreicht. Er schlug vor,  
der Arbeiterrat solle eine Bestandsaufnahme  
an landwirtschaftlichen Produkten vor-  
nehmen lassen.

Zum Schluß wurde eine Resolution gegen drei  
Stimmen angenommen, welche erklärte: Wenn die  
Fabrikanten ihr Ultimatum zurückziehen, die Beamten  
und die Lebensmittellieferanten ihre Tätigkeit  
wieder aufnehmen, soll am Mittwochmorgen  
die Arbeit wieder aufgenommen werden.

## Die Abstimmung auf dem Schloßplatz am Dienstag.

Am Dienstag fand auf dem Schloßplatz eine  
äußerst errate Versammlung statt, in deren Ver-  
lauf es zu zwei sehr wichtigen Abstimmungen  
kam. Die Verhältnisse hatten sich derart ge-  
ändert, daß es sich entscheiden mußte, ob der Streik  
seitens der Arbeiterkraft als beendet erklärt wer-  
den solle oder ob und unter welchen Bedingungen  
er fortgesetzt werden müsse.

Als erster Redner präsentierte sich auf dem  
Schloßplatz Herr Schön. Ihm fiel, wie er  
gleich eingangs mitteilte, die schwere Aufgabe zu,  
der Versammlung mitzuteilen, daß der General-  
streik in Braunschweig seinen Höhepunkt  
erreicht habe. Diese Worte lösten bei den Ver-  
sammlenden zum Teil großen Unwillen und  
heftige Zwischenrufe aus. Es fiel daher dem  
Redner im Verlauf seiner Mitteilungen außer-  
ordentlich schwer, sich Gehör zu verschaffen und die  
Stellung der Streikleitung darzulegen und zu be-  
gründen. Er berief sich darauf, gewissermaßen um  
seinen Ausführungen eine gute Empfehlung zu  
geben, daß es notwendig sei, die volle  
Wahrheit zu bekennen und daß es immer  
ein Vorzug der organisierten Arbeiterkraft gewesen  
sei, auch die volle Wahrheit zu verkünden. Die  
Aussagen für diese Bemerkung waren erneute  
höhnliche Zwischenrufe. Herr Schön teilte sodann  
mit, daß es der deutschen Arbeiterkraft  
nicht gelungen sei, einheitlich vorzu-  
gehen und die politischen Ziele des General-  
streiks, die bekanntlich in der Entfernung der  
gesandtschaftlichen Regierung und in der Ausrückung  
der Märsche bestanden, zu erreichen und daß  
damit auch der Generalkreis der Braunschweiger  
Arbeiterkraft in dieser Beziehung keine Bedeutung  
verleihe. Erneute Zurufe aus der Versammlung  
veranlaßten den Redner mitzuteilen, daß Eich-  
horn dies bereits in der Versammlung am  
Montag erklärt habe, wie auch Merges, nur mit  
dem Unterschied, daß die Versammelten  
Merges' Ausführungen nicht ver-  
standen hätten. Die Versammlung schien mit  
den letzteren Bemerkung durchaus nicht einver-  
standen zu sein und sie rief wiederholt nach  
Merges, der indessen nicht erschien, wie er  
sich überaus in dieser kritischen Versammlung  
der Verantwortung ganz entziehen hatte. In seinen  
weiteren Ausführungen teilte der Redner mit, daß  
die Braunschweiger Arbeiterkraft, mit Ausnahme  
der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, von dem deutschen  
Proletariat im Stich gelassen worden sei und daß  
die Fortsetzung des Streiks lediglich um des  
Streiks willen zu notwendigen Auseinander-  
setzungen mit der Regierung führen müsse, bei  
denen es schwere und blutige Kämpfe abgeben  
würde. Schließlich formulierte der Redner zwei  
Fragen, die er der Versammlung zur Abstimmung  
vorlegte. Die Fragen enthielten in der Haupt-  
sache folgendes:

1. Sollen die Verhandlungen ein, daß durch die  
Fortsetzung des Generalkreises in Braun-  
schweig die kommunikativen politischen Ziele  
in Deutschland nicht erreicht werden können?  
2. Ist die Arbeiterkraft gewillt, den General-  
streik zu beenden und am Mittwoch  
die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die  
Lebensmittelversorgung der Arbeit wieder  
ergriffen, wenn die Beamten der Lebens-  
mittelstelle ihre Tätigkeit wieder auf-  
nehmen und wenn die Metallindustriellen  
der Ultimatum zurückziehen?

Die Verhandlungen in Magdeburg nicht  
möglich. Die Bedingungen, die ich auf  
Befehl der Reichsregierung zu stellen  
habe, können am 16. April von 11 Uhr  
vormittags an in Helmstedt, Hotel  
Pegold, bei 5. Abteilung Landes-Jägerkorps  
abgeholt werden.

hielten die Volksbeauftragten folgende Draft-  
antwort:

Verhandlungen in Magdeburg nicht  
möglich. Die Bedingungen, die ich auf  
Befehl der Reichsregierung zu stellen  
habe, können am 16. April von 11 Uhr  
vormittags an in Helmstedt, Hotel  
Pegold, bei 5. Abteilung Landes-Jägerkorps  
abgeholt werden.

Maercker, Generalmajor und Komman-  
deur der 5. Abteilung Landes-Jägerkorps.

Heute Mittwoch früh hoffte man jedoch  
immer noch, daß sich die Verhandlungen  
zwischen den Volksbeauftragten und dem  
Führer der Regierungstruppen ermöglichen  
lassen würden.

## Kein Widerstand der Volkswehr.

Der Rat der Volksbeauftragten kündigte am  
Dienstagabend durch ein Plakat die Ankunft  
der Regierungstruppen an und warnte gleich-  
zeitig davor, irgendwelchen Widerstand zu  
leisten. Gleichzeitig ließ das Volkskommissariat  
für Landesverteidigung den ihm unterstellten  
Formationen gestern nachmittags durch Schreib-  
maschinendurchschlag folgendes bekanntgeben:

Sollten Regierungstruppen in Braun-  
schweig einrücken, so ist denselben von der  
Volkswehr keinerlei bewaffneter  
Widerstand entgegenzusetzen, da derselbe  
nutzlos, für uns ohne Erfolg und nur zu  
schwerem Blutvergießen führen würde.

Der eigenmächtige Handlungen  
unternimmt hat die Folgen zu tragen und  
muss dieselben persönlich auf sich nehmen.  
Diesen Anordnungen ist unbedingt Folge  
zu leisten.

Dieser Befehl scheint nicht überall durchge-  
drungen zu sein. Denn in den späten Dienst-  
tagabendstunden, gegen 1/2 Uhr, trachten  
wieder drei, wenn auch blinde, Kanonenschüsse  
durch die Stille der Nacht.

## Der Einmarsch der Truppen.

Die Regierungstruppen, welche von Magde-  
burg auf Braunschweig angesetzt waren, be-  
stehen am Dienstag bereits aus 100 Mann. Leider  
ließen sich dort unbesonnenes Elemente zum  
bewaffneten Widerstand verleiten, wobei ein  
Gaußmann erschossen wurde. Die Regierungstruppen  
werden heute ihren Vormarsch fort-  
setzen, so daß für Mittwoch der gleichzeitige  
Einmarsch von allen Seiten erfolgen kann.

Redner teilte noch mit, daß die Betriebsausschüsse  
in einer Sitzung am Montagabend sich über die  
Form und den Inhalt dieser Resolution schlüssig  
geworden seien. Nach Herrn Schön erwiderte Herr  
Winter das Wort, mußte sich aber von den Ver-  
sammlenden gleichfalls heftige Zwischen- und Zurufe  
gefallen lassen, so daß keine Rede nur mehr ein  
Bruchteil war.

Darauf legte Herr Schön der Versammlung die  
beiden vorbereiteten Fragen zur Abstim-  
mung vor, nachdem er noch darauf hingewiesen  
hatte, daß die Versammlung der gesamten Arbeiterkraft  
in verschiedenen früheren Versammlungen ein  
Ding der Unmöglichkeit waren. Die Abstim-  
mung ergab die Annahme der beiden  
Resolutionen.

Darauf teilte Herr Schön mit, daß ihm spoken  
mitgeteilt worden sei, die Beamtenschaft  
habe beschlossen, den Streik nicht zu beenden, be-  
vor die Arbeiterkraft ihrerseits erklärt habe,  
daß sie die Arbeit wieder aufnehmen wolle.

## Große Enttäuschung auf allen Seiten!

Die Versammlung erklärte, daß die Braun-  
schweiger Arbeiterkraft über die Entwicklung des  
Generalkreises und seinen plötzlichen notwendig  
gewordenen Abbruch äußerst verstimmt und enttäuscht  
war und daß die Stimmung nur leicht wieder-  
belebte werden konnte durch die Stellung der  
Reichsregierung, ob die Arbeiterkraft oder die  
Bürgerkraft zuerst wieder die Tätigkeit aufnehmen  
wolle. Nach Schluß der Versammlung bildeten sich  
überall Einzelgruppen, die das Ergebnis lebhaft  
besprachen und der Enttäuschung in nicht immer  
sehr parlamentarischen Formen Ausdruck gaben.  
Es kam zu Auseinandersetzungen, die sogar in  
Tätlichkeiten ausarteten. Ein junger gut-  
gekleideter Mann hatte unbedacht eine ab-  
fällige Bemerkung über die Bewegung gemacht.  
Das sollte ihm über das Leben kommen. Neben ihm  
stehende Personen schlugen auf ihn ein und als  
der Unbedachte die Wunde ergriff, wurde er mit  
dem Rufe: „Dau' ihn!“ verfolgt. Er lief in den  
Rangenhof, fortwährend von der Menge ge-  
schrien, bis ihn bewaffnete Arbeiter und Ma-  
rosolen festnahmen und auf die Schloßwache  
brachten.

## Die Nachmittagsversammlung.

Am Nachmittag 2 Uhr fand wiederum eine Ver-  
sammlung auf dem Schloßplatz statt. Die Stim-  
mung unter der anwesenden Arbeiterkraft war  
sehr erregt. Es war bei der Mehrheit wenig  
Stimmung für die Beendigung des  
Generalkreises vorhanden, trotzdem man  
fühlte, daß ein Erfolg nicht mehr zu denken  
war. Der Kern der Enttäuschten wandte sich gegen  
die Führer und die Redner auf dem Ballon des  
Schloßplatzes hatten einen schweren Stand der erregten  
Menge gegenüber. Herr August Merges zog alle  
Schlüsse seiner Beredsamkeit auf, um Herr der  
Situation zu bleiben. Er trat dafür ein, nicht eher  
die Arbeit wieder aufzunehmen, als bis der  
Bürgerkreis beendet und die Beamten  
ihre Tätigkeit und die Ärzte ihre Praxis wieder  
aufgenommen hätten. Auf die gleiche Tonart hatte  
Schön seine Ansprache abgemessen. Er machte den  
Vorschlag, um 6 Uhr abends nochmals eine Ver-  
sammlung auf dem Schloßplatz stattfinden zu  
lassen, um das Resultat der Verhandlungen mit  
den Bürgerkreisen entgegenzunehmen und danach  
Befehle zu fassen. Dem trat der folgende Redner  
entgegen, der, wie er sagte, erst aus Württemberg  
her einetroffen sei. Er meinte, nicht die Arbeiter,  
sondern die Bürgerkreise hätten zum Schloßplatz  
zu kommen und die Bedingungen zur Beendigung  
des Streiks entgegenzunehmen. Damit fand er  
Beifall. Es wurde dann vom Schloßplatz herab  
die Menge aufgefordert, sich noch fünf Minuten zu  
gedulden, da die Streikleitung und der Aktions-  
ausschuss sich nochmals beraten wollten. Nach  
Wartung dieser Zeit verkündete ein Redner, daß die  
Beamten im Rathaus zum Teil heute bereits ihre  
Tätigkeit wieder aufgenommenen. Die übrigen  
morgen (Mittwoch) folgen würden. Ein Teil der  
Menge hatte sich aber bereits erklärt, ihre Praxis  
wieder auszuüben, und andere Beamte und Ge-  
schäftslente gleichfalls am Mittwoch den Streik für  
beendet anzusehen. Wenn nun die Industriellen

ist, dann ist die Arbeiterkraft, möchten die  
Arbeiter morgen (Mittwoch) ge-  
schlossen die Arbeit wieder auf-  
nehmen. Auf die Frage, ob die Arbeiter mit  
diesem Vorschlag einverstanden seien,

erwiderte Herr Schön:

„Nein, nein!“ wurde dem Redner geantwortet. Auch  
andere, nicht die Arbeiterkraft, wurden ihm  
geantwortet, auf die er sich verließ, nicht zu er-  
warten, daß er den Ruf der Arbeiterkraft und  
des Aktionsausschusses mitgehen würde, weil er noch  
die heile weitläufige Stimme habe; die übrigen  
Herren seien von den vielen Reden bereits heiser.  
Persönlich sei es ihm noch ganz gleichgültig, ob die  
Gewerkschaften und Genossen noch einen Tag länger  
streikten. Herr Merges hielt es trotz der Heiser-  
keit, die ihn tatsächlich befiel, für angebracht, in  
die Debatte zu treten und die Versammlung zu  
einem abschließenden Ende zu bringen. Er machte  
den Vorschlag, morgen (Mittwoch) vor-  
mittags 10 Uhr nochmals auf dem  
Schloßplatz eine Versammlung ab-  
zuhalten, um zu sehen, ob die von den Bürger-  
kreisen gemachten Zugeständnisse auch abgelehnt  
würden. Sollte sich hinsichtlich der Angelegenheit  
regieren lassen, so würden Aufstände an den  
Platzanlagen eintreten. Er mahnte  
weiter zur Einigkeit, damit die Gegner nicht das  
Schicksal einer Zerrung in der revolutionären  
Arbeiterkraft erleiden. Mit sehr gemäßigten Ge-  
fühlen verließen die Versammelten den Schloß-  
platz.

## Tagung des Landesarbeiterrates.

Der Landesarbeiterrat hielt am Sonntagabend,  
mittag im landwirtschaftlichen Hause eine Sitzung ab,  
in der beschloß, wurde,

auf die Anerkennung des Verfas-  
sungsentwurfes, der seinerzeit vom  
Arbeiter- und Soldatenrat angenommen  
worden ist und des den Landesarbeiterrat  
über den Landtag stellt, zu verzich-  
ten, und der programmatischen  
Erklärung des Rates der Volks-  
beauftragten beizutreten, wonach  
der Landesarbeiterrat neben dem Land-  
tag stehen soll.

## Generalkreis in Wolfenbüttel.

Nachdem bereits am Mittwochmorgen auf dem  
Schloßplatz eine öffentliche Versammlung statt-  
gefunden, wo Herr Schön-Braunschweig die Forde-  
rungen der revolutionären Arbeiterkraft bekannt-  
gegeben hatte und eine Sitzung des Aktionsaus-  
schusses, dem nur Unabhängige angehören, den Aus-  
stand beschloß, wurde am Donnerstagmorgen  
den Betrieben befohlen, zu schließen. Nur wider-  
willig leisteten in vielen Betrieben die Arbeiter der  
Aufsorderung Folge und nur unter dem ausgeübten  
Terror, die Streikleitung, unter dem Vorhinein eines  
Holländers (!) namens Seub, erfolgten Befehls-  
machungen, wonach alle Betriebe, mit Ausnahme der  
der Lebensmittelbranche, zu schließen hätten, ebenso  
die öffentlichen Wirtschaften. Nach 8 Uhr abends  
dürfte sich niemand ohne Ausweis auf der Straße  
aufhalten. Das Gas- und Wasserwerk, sowie das  
Elektrizitätswerk blieben in Funktion, während die  
Straßenbahn und die Staatsbahn den Verkehr ein-  
stellten, nachdem auch die Unterbeamten der letzteren  
sich an dem Streik beteiligten und sich bewaffnen  
ließen.

Am Freitag setzte ein

## Streik eines Teiles der Bürgerschaft

ein. Die Beamten legten die Arbeit nieder und die  
Ärzte und die Apotheker. Letztere wurden  
aber durch Androhung von Gewalt-  
maßnahmen zur Aufnahme ihrer Tä-  
tigkeit wieder gezwungen. Die Volkswehr  
übernahm die Unabhängigen und als  
Weiter wurde der Former, Stadtm. Winter be-  
stellt. Die Banken wurden befehligt, es sollte nur  
Geld an die Arbeitgeber zwecks Lohnzahlung aus-  
gegeben werden. Ebenso wurde die Post be-  
schlagnahmt, die Folge davon war, daß der Fern-  
sprechverkehr nicht funktionierte, da die Apparate  
von nicht Eingeweihten bedient wurden. Einer  
späteren Aufforderung an die Beamten, den Dienst  
wieder zu übernehmen, kamen diese nicht nach, da  
die Beauftragten nicht zurückgezogen wurden.  
In einer Versammlung am Nachmittag, in  
der wieder Schön-Braunschweig sprach, wen-  
dete sich der Redner scharf gegen das Vor-  
gehen der Bürgerschaft. Man werde Maßnahmen  
treffen, daß die Beamten noch an Kreuze ziehen  
würden und daß man die Stellen durch Stellensuche  
ausfüllen werde. Am übrigen febe die  
Sache der revolutionären Arbeiterkraft auf. In  
33 Städten sei der Generalkreis ausgebrochen und  
selbst das reaktionäre Hannover beteilige sich. Es  
scheint aber doch, daß der Zustand der Bürger  
eine gewisse Nervosität ausgelöst hatte, denn am  
Abend wurden

## Neben Bürger verhaftet.

die sich im Fortkause zu einem Dämmerschoppen  
aufgenommen hatten, und nach der  
Kaffee unter dem Geleite einer großen Anzahl  
Bewaffneter gebracht wurden, wo sie zum Teil  
bis zum Morgen festgehalten wurden. Man  
hatte an eine politische Versammlung geglaubt.

Gegen Abend wurde in den Straßen der Stadt  
lebhaft geschossen. Es wurde die bewaffnete  
Arbeiterkraft alarmiert, da Regierungstruppen  
im Umarsch sein sollten. Wir berichten  
darüber an anderer Stelle.

Vor dem Süd-Ausgange der Stadt wurden Ge-  
schosse in Stellung gebracht, wozu die Wache von  
hiesigen Besten requiriert wurden. Die Bürgerkraft  
aber wurde durch unnützes Schlagen während der  
ganzen Nacht heimgesucht. Aufgebracht ist sie auch  
dadurch, daß Straßengänge, so der im  
Hemlinger Prozeß verurteilte Plant,  
belegt worden sind.

Am Sonntag war es in der Stadt bereits  
wieder ruhiger, nur selten begegnete man noch  
einem Bewaffneten. Die Geschosse wurden wieder  
eingezogen und die Polizeigewalt wieder den Be-  
amten übertragen, wobei auch das auf dem Mar-  
kise eingebaute Maschinengewehr verschwand. Die  
Maßnahmen sollen auf das Verprechen der Truppen  
aufzuführen sein, daß diese braunschweigisches  
Gebiet nicht betreten.

Am Sonntag war ebenfalls alles ruhig. Man  
erwartet, daß die Arbeit am Montagmorgen wieder  
aufgenommen werden kann. Viel Kopfzerbrechen  
macht

## die Entschädigungsfrage.

Bei einem kleinen Arbeitstag erschien ein Arbeiter  
mit einem Schreiben der Streikleitung, aber ohne  
Namensunterchrift, um seinen Lohn auch für die  
Streiktag in Empfang zu nehmen. Dies  
wurde verweigert. Es macht sich eine gewis-

## Spannung zwischen den Arbeitern

und ihren Führern  
bemerkbar, zumal auch die gemachten Angaben über  
die Ausdehnung des Streikes und dessen Erfolg sich  
als unzureichend herausgestellt haben.

Am Dienstag ist dann, wie uns noch mitgeteilt  
wird, die Arbeit in Wolfenbüttel in vollem Um-  
fange wieder aufgenommen worden.



## Der Gegenstreik der Bürger und Beamten.

Nach den Erfahrungen des letzten Generalstreiks hatte man in Braunschweig ähnlich wie in anderen deutschen Großstädten im Geheimen eine Organisation geschaffen, die sofort bei etwa von neuem ausbrechendem Generalstreik die Abwehr in die Wege leiten sollte. Nachdem die Eisenbahnbeamten im Abwehrstreik vorangegangen waren, erfolgte am Donnerstagabend der persönliche Freistellung der Bürger- und Beamtenstreik durch folgenden Aufruf:

**Aufruf an die Braunschweiger Bürger- und Beamtenstreik!**

Ernst ist die Arbeiterschaft in einen politischen Generalstreik eingetreten, in einer Zeit, in der nur Arbeit uns retten kann vor dem sicheren Untergang. Unsere Interessen werden allzu leicht verletzt, gelassen, unsere persönliche Freiheit uns genommen.

In zahlreichen deutschen Städten haben sich die Bürger und Beamten in ähnlichen Fällen mit Erfolg gewehrt.

Braunschweiger Bürger und Beamte, schreitet auf zur Tat!

Stellt die Arbeit ein: Alle ohne Ausnahme, Gewerbetreibende, Geschäftsführer, Ärzte und übrige freien Berufe, Beamte, Lehrer und dergleichen und folgt den Weisungen eurer Streikleitung.

Dem terroristischen Zwange wollen wir die organisierte Abwehr entgegenstellen.

Von morgen früh ab lassen wir alle Arbeit ruhen.

Die Aufhebung des Streiks wird ausschließlich durch die bürgerlichen Zeitungen bekanntgegeben. Die Lebensmittelgeschäfte halten von 10 bis 1 Uhr offen.

### Die Streikleitung der Beamten- und Bürgerstreik.

Die Folgen des Aufrufs traten bereits am Freitag früh in die Erscheinung. Die Schuljugend fand in den Schulhäusern verschlossene Türen. Sie trat mit großem Lärm die Heimkehr an und dankte im Stillen dem genialen Schöpfer des Streiks, Herrn August Merges. Einzelne Lebensmittelgeschäfte waren ebenfalls nicht unterrichtet und hatten daher bereits vor 10 Uhr ihre Türen geöffnet. Der Verleger forderte die Braunschweiger Ärzte auf Grund des einstimmigen Beschlusses der Landesversammlung vom 11. Februar 1919 zur sofortigen Einstellung der ärztlichen Tätigkeit auf. Die Apotheken blieben geschlossen und künftigen durch Anschlag an, daß Medikamente nur in dringenden Fällen auf besondere ärztliche Bescheinigung verabfolgt würden. Im Landeskrankenhaus wurden die Verbandsärzte entlassen. Bei den Schwerkranken verließ das Pflegepersonal. Ärzte wurden nur in ganz dringenden Fällen, bei drohender Lebensgefahr, hinzugezogen.

Am Sonnabendmorgen wurden uns mehrere Fälle gemeldet, in denen bewaffnete Lebensmittelgeschäfte bereits vor 10 Uhr zum Öffnen gezwungen waren unter Androhung der sofortigen Schließung des Geschäfts und Verhaftung der Besatzung. Die Streikleitung „verfügte“ weiter, daß die Bäder nur auf die Brotmarke Brot ausgeben dürfen, die für die laufende Woche fällig sind. Unwiderrückbare sollten strengstens bestraft und die betreffenden Geschäfte sofort geschlossen werden.

Die staatlichen und städtischen Beamten ließen ihren Arbeitsräumen fern, so daß auch hier der Betrieb völlig ruhte. Telefon- und Telegraphenamt hatten bereits am Donnerstag und Freitag und Samstag die vorliegenden Sendungen noch ausgetragen, im übrigen aber keine neuen Sendungen entgegengenommen. Die Postbeamten, welche bis Donnerstag nachmittag weitergearbeitet hatten, legten um 4 Uhr geschlossen die Arbeit nieder und erklärten ihren Funktionen den Anschlag an den Beamtenstreik. Dadurch war die Anordnung der Streikleitung, welche sie am Sonnabendmorgen erteilte, völlig wirkungslos gemacht; der neue Befehl lautete:

Die Bankunternehmen werden hiermit aufgefordert, die von den Fabriken ausgelassenen Schecks an die Offiziere der Fabrikantenschiffe, die eine Bescheinigung der Streikleitung besitzen, unverzüglich auszuschütten. Selbst bei gutem Willen wäre es der Leitung der verschiedenen Bankinstitute nicht möglich gewesen, auch nur einen Scheck auszuschütten, weil die Schiffe der Fabrikanten von den Beamten selbst an sicheren Orten in Verwahrung genommen worden waren. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß zahlreiche Firmen den bereits fälligen Lohn an die Arbeiterschaft nicht ausschütten konnten. Die Geschäftswelt hatte sich dem Abwehrstreik fast ausnahmslos angeschlossen. Sie hielt, möchte es auch einem Firmeninhaber auch sehr schwer werden, ohne Ausnahme fest zur Stange, ebenso die Gewerbetreibenden.

### Der erste Erfolg.

Der Streikleitung der Arbeiterschaft wurde schon nach kurzer Zeit klar, daß der Gegenstreik für die Arbeiterschaft eine unbehaltbare Situation schuf. Sie verfuhr dem Gegenstreik dadurch die Schärfe zu nehmen, daß sie die Einschränkung der persönlichen Freiheit aufhob und den Straßenverkehr freigab. Die benutzte ihre erste Schlappe dadurch, daß sie durch Maueranschlag folgendes verkündete:

Da der bisherige Verlauf des Generalstreiks bewiesen hat, daß die braunschweigische Bevölkerung Ruhe und Ordnung ohne einflussreiche Bestimmungen gewährt, hebt die Streikleitung die bisherigen Beschlüsse auf.

Bis zur Bekanntgabe dieses „Erlasses“ der Streikleitung mußten sich hinter den Kulissen mancherlei interessante Vorgänge abspielen haben.

Zunächst hatte es den Anschein, als ob die Regierung nicht gekommen wäre, vor den Herren Merges, Eichhorn und Genossen ins Maulschloß zu kriechen. Man gab gewaltige Mengen von Flugblättern in Auftrag (deren Vorblatt veröffentlicht wir an anderer Stelle), schaffte sie mit unzähligen Automobilen nach dem Hauptplatz, um sie dort von den Kommunisten verstreuen zu lassen! Ferner wurde ein

Plakat gedruckt, welches folgenden Wortlaut hatte:

### Bekanntmachung.

Alle Geschäfte von Streikleitung, durch welche in der persönlichen Freiheit eingegriffen wird, die den öffentlichen Verkehr behindern oder welche Gesetze und Verordnungen der Landesregierung und der Polizeibehörden aufheben oder ändern, haben keine Rechtswirkung. Sie sind rechtsunwirksam. Niemand braucht sich ihnen zu fügen. Ebenso rechtsunwirksam und ungültig sind alle Anforderungen zur Bildung von roten Armeen usw. Personen, welche die persönliche Freiheit behindern, zu Gewalttätigkeiten auffordern oder solche begehen, sind festzunehmen und werden bestraft.

### Der Rat der Volksbeauftragten.

Diese Plakate wurden nicht angeschlagen, ebenso wie man es unterließ, mehrere Tausend Flugblätter, welche den Spartakisten nicht in die Hände gefallen waren, in der Stadt zu verbreiten. Unbekannt hatten die Herren Volksbeauftragten Angst vor ihrer eigenen Aussage bekommen oder es machten sich in ihren Reihen Einknicke geltend, denen sie nicht gewachsen waren. Man sah sich also an die Wand drücken und hante den Herren der Streikleitung, den „Arbeitern“ Merges, Eichhorn und Genossen goldene Brücken. Braunschweiger Bürgerstreik ließ sich von Herrn Eichhorn, über dessen Berliner Tätigkeit der Untersuchungsausschuss ein allerliebster Bild entrollt, in dem oben zitierten Maueranschlag mit wohlwollendem Säbeln bekräftigen, daß sie imstande ist, auch ohne seine „einschneidenden Bestimmungen Ruhe und Ordnung zu gewährleisten“. Wohl in keinem Stadium des ganzen Kampfes trat die Ohnmacht der braunschweigischen Regierung deutlicher zutage, als an jenem verrogneten Generalstreiksonntag!

Diese „Gummibezugung“ seitens der Streikleitung fand in der Bürgerstreik einmütige Ablehnung. Bis auf einige Autos und Schattentellen wurde kein Lokal geöffnet. Im Landestheater wurde am Sonnabendnachmittag durch Anschlag bekanntgegeben, daß am Sonntag die Vorstellung wieder aufgenommen würde und daß „Die Zauberkiste“ zur Aufführung komme. Nach kurzer Zeit wurde diese Bekanntgabe, die auf einem Mißverständnis beruhte, entfernt und dafür mitgeteilt, daß das Theater bis auf weiteres geschlossen bleibe. Die Kunstlerstreik stand geschlossen hinter dem Abwehrstreik. Ferner beschloß die am Sonnabendnachmittag stattgehabte Versammlung des Vereins Braunschweiger Gastwirte, vorläufig von der Aufhebung der Beschränkung der persönlichen Freiheit keinen Gebrauch zu machen. Die Vereinsmitglieder öffneten nach den Beschlüssen der Gegenstreikleitung ihre Lokale nur von 12–2 Uhr und 6–8 Uhr zur Abgabe von Speisen. Die Kaffees blieben ganz geschlossen.

### Beamtenversammlung auf der Moritzburg.

Für Montag nachmittag 4 Uhr hatten die Beamten eine Versammlung im Konzerthaus geplant. Um dies zu vereiteln, hatte die revolutionäre Streikleitung eine Versammlung der Arbeiterschaft eine Stunde früher nach dem selben Lokal einberufen. Der Zweck, die Beamtenversammlung zu brechen, wurde aber nicht erreicht. In großen Scharen zogen die Beamten nach der Moritzburg, und da sich der dortige Saal für die Masse der Teilnehmer als zu klein erwies, so wurde die Versammlung bei dem nächsten Frühlingswetter im Garten abgehalten, wo die Teilnehmer Kopf an Kopf standen, so daß kein Winkel mehr frei war. Einige Störenfriede, die sich unheimlich bemerkbar zu machen versuchten, waren schnell zur Ruhe gebracht.

Der Landtagsabgeordnete Lehrer Rönneburg hielt eine Ansprache, in der er nochmals unter wiederholtem Beifall die Gründe darlegte, welche die Beamtenstreik in den Streik getrieben haben und zu mühsamen Anstrengungen ansetzte. Der Generalstreik könne nur noch kurze Zeit dauern. Die Beamtenstreik dürfe aber jetzt nicht zurückweichen, sondern müsse fest und entschlossen ausdauern. Wer am Streikbrecher werde, müsse für immer aus der Gesellschaft der streikenden Beamten ausgeschlossen sein. (Stürmischer Beifall.) Nach den eingegangenen Nachrichten sei es nirgends im Reich zu Generalstreiks gekommen, außer in Braunschweig.

und im Ruhrgebiet, und dort sei der Streik im Niedergange begriffen. In Braunschweig werde er auch nicht mehr lange dauern. Was die hiesige revolutionäre Streikleitung dem Volke mitgeteilt habe über die Lage im Reich, sei alles erlogen. Die nächsten Tage würden dafür den Beweis erbringen. Nur hier sei die Arbeiterschaft gewillens, die Führer gefolgt und in den Generalstreik eingetreten. (Zuruf: Und in Schwabenst! — Große Beifall.) Die Drohung des Herrn Merges, daß alle Beamtenstellen mit Arbeiter besetzt werden sollten, zeige, wessen sich die Beamten von jener Seite zu versehen hätten, wenn sie ferner sich unter die Herrschaft eines revolutionären Streikauschusses beugen würden. Die Streikleitung der Beamten habe der revolutionären Streikleitung ihre Bedingungen gestellt. Sie lauten:

Sollte Freiheit für den Post- und Eisenbahnverkehr und sofortiger Abbruch des Generalstreiks. Erst wenn diese Bedingungen restlos erfüllt seien, dann erst werde die Beamtenstreik ihren Dienst wieder aufnehmen.

Durch Handaufheben bekundete dann die imposante Versammlung einmütig ihr Einverständnis mit diesen Bedingungen und den Ausführungen des Redners.

### Versammlung der selbständigen Kaufleute.

Am Montagmittag fand eine Versammlung der selbständigen Kaufleute Braunschweigs statt, in der ebenfalls zu dem Bürger- und Beamtenstreik Stellung

genommen und beschlossen wurde, die Geschäfte solange geschlossen zu halten, bis durch eine Bekanntmachung in der bürgerlichen Presse der Streik als aufgehoben erklärt wird.

Als von einigen Seiten darauf hingewiesen wurde, daß man doch auf die Kundenschaft Rücksicht nehmen müsse, die sowohl aus Arbeitern, als auch aus Beamten bestehe, wurde diese Ansicht scharf bekämpft und darauf hingewiesen, daß es nicht angehe, daß ein paar Duzend Drahtzieher nach Belieben die ganze Stadt durch einanderbringen und Handel und Verkehr stilllegen, um ihren phantastischen Wägen nachzuziehen zu können. Der Bedrohung von Leib und Leben müsse endlich einmal ein energisches „Gut“ entgegengesetzt werden. Nur die Lebensmittelgeschäfte würden von 11–1 Uhr und die Warenausgabe von 10–11 Uhr offenhalten. Alle anderen Geschäfte müssen geschlossen bleiben. Wenn es zu Abänderungen kommen sollte, dann müsse die Kaufmannschaft auch dies auf sich nehmen als etwas Unvermeidliches; in anderen Städten habe ja dies Opfer auch gebracht werden müssen. Noch mehr als die Geschäftsleute hätten die Ärzte unter der Gewalttherrschaft der revolutionären Streikleitung zu leiden. Auf einen Rat, Dr. Verarm, sei geschritten worden. Der Arzt, der Siedentopp sei gefangen genommen worden, besäßen ein Herr Schula. Ein Teil der hiesigen Kaufleute habe die Stadt schon verlassen müssen, weil ihnen das Durchhalten zu schwer gemacht wurde. Jetzt müsse endlich einmal eine Märsch herbeigeführt werden. So wie jetzt könne es nicht bleiben. Durch die Medenarien des Herrn Merges solle man sich nicht ins Vordachhorn lassen, sondern endlich einmal zeigen, daß auch die Kaufmannschaft eine Macht ist. Auf keinen Fall sollen die Läden eher wieder aufgemacht werden, als bis dazu von der bürgerlichen Streikleitung in den Zeitungen aufgerufen wird.

## Streik und Gegenstreik bei den Eisenbahnen.

Schon in den Dienstag-Abendstunden schlossen sich dem Streik die Werkschaffner der Hauptbahnhöfe sowie die der Landesbahn an. Von bereits zur Abfahrt fertigen Zügen wurden die Lokomotiven abgelassen. Zum Teil sollen die Beamten unter Drohungen mit Waffen zur Einstellung ihres Dienstes gezwungen worden sein. Die meisten der abgelassenen Lokomotiven verließen Braunschweiger Gebiet, so daß in den hiesigen Werkschaffner nur einige alte, wenig leistungsfähige Rangierlokomotiven blieben. Die völlige Einstellung des Fahrverkehrs brachte für die Reisenden beträchtliche Unannehmlichkeiten mit sich. Am Mittwoch früh eintreffende Gattungszüge, die am gleichen Tage die Abfahrt antreten wollten, bestanden die im Bahnhof anwesenden Beamten, die die Waggons an die Streikleitung im Schloß verweisen. Mehrfache Vorwände stellten sich auf dem Nordbahnhof ab. Angehörige der für die Reisenden hier anwesenden Schmierarbeiten sollten am Mittwoch noch einige Züge in den Hauptbahnhöfen abgeben. Dies war zunächst nicht möglich, weil

### Die gesamte Beamtenstreik in den Gegenstreik eingetreten.

war. Erst in den Abendstunden gelang die Abfertigung von zwei Zügen mit Hilfe der Werkschaffner. Am Donnerstag herrschte auf dem weiten Gelände der Bahnhöfe absolute Ruhe. In den Diensträumen des Hauptbahnhofs, in den Werkschaffner, in den Weichenstellereien war kein Beamter anwesend. Die Besetzung des Geländes hatten die Arbeiter übernommen. Von einem irrtümlichenweise über Braunschweig geleiteten Transporthilfe hatte man drei 15 Zentimeter-Geschütze alten Modells und einen Wagon Dynamit beschlagnahmt.

Die Geschütze waren ohne Verschluss, hatten also nur Mefersens. Der Wagon mit Dynamit schob man zunächst in die Nähe der Bahnhofshalle. Erst auf energische Vorstellungen des Vorstehers wurde er aus dem Weichenfeld der inneren Stadt entfernt. Am Donnerstagmorgen trat die Streikleitung der Werkschaffner mit der der Beamten in Verbindung und erbat um teilweise Aufnahme des Betriebes, um dadurch die Versorgung Braunschweigs mit Lebensmitteln sicherzustellen. Die Streikleitung der Beamten lehnte den Vorschlag ab, weil sie sich nur auf einer Aufnahme des gesamten Betriebes verstehen wollte. Da man von der Gegenseite die Zustimmung der Beamtenstreikleitung gemaßregelt hatte, führte diese am Donnerstagnachmittag zur Auswahl ihrer Stellung. Nach einer kurzen Versammlung auf dem Werkschaffnerhofe hatte man im Unionaal weiter, wo sich nahezu 1400 Beamte aus allen Kategorien einfanden. Der Oberbahnassistent Duba leitete die Versammlung, die zunächst eine neue Streikleitung von 21 Mitgliedern wählte und in der Mittagspause bekundete, daß sie geschlossen hinter ihren Vertrauensleuten stehe. In der weiteren Verhandlung betonte der Vorstehende:

### Der Gegenstreik richtete sich ausschließlich gegen den Streik der Werkschaffner.

Es ist also nicht als Gegenstreik gegen die braunschweigische Arbeiterschaft gerichtet. Die Beamtenstreik als solche sei völlig unpolitisch; in ihren Reihen seien alle Richtungen vertreten. Sie stehe nur im Dienste eines Unternehmens, welches der Allgemeinheit zu dienen habe. Sie könne und werde es niemals ausgeben, daß der Betrieb durch die Werkschaffner, deren wirtschaftliche Forderungen Punkt für Punkt mit denen der Beamtenstreik übereinstimmten. Lediglich aus politischen Beweggründen stillgelegt werde. Für die maßvolle, besonnene Haltung der Beamten sprach der Beifall, daß die zur Ermittlung der Vornahme an die Werkschaffnerarbeiten notwendigen schriftlichen Arbeiten noch zu Ende zu führen seien. Mehrere Vertreter wandten sich dahin aus, daß durch einen einmütigen Beschluß Kundgebungen werden müsse, daß man nicht gewillt sei, sich ähnlichen Bedrohungen und Behinderungen im Dienste wieder auszuliefern. Daraufhin gelangte, nachdem die Beamtenstreik der Landesregierung solidaus erklärt hatte, unter gewaltigem Beifall folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die am Donnerstag im Unionaal tagende Versammlung der Braunschweiger Eisenbahnbeamten erklärt sich damit einverstanden, nur dann den Dienst wieder aufzunehmen, wenn der volle Betrieb wieder aufgenommen und die Volkswirtschaft von allen Bahnhöfen (einschließlich der Privatbahnhöfe) entfernt wird.

Dieser Beschluß sollte der Streikleitung der Werkschaffner übermittelte werden. Aus der Versammlung wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß man keinerlei Einträge von braunschweigischen Seite dulden könne, weil die Bahn preussische Staatsbahn und die Beamten preussische Staatsbeamte seien. Ferner stimmte

die Beamtenstreik einstimmig der Forderung zu, daß seitens der Werkschaffner keinerlei Ausübung irgendwelcher mitleidiger Mitarbeit erfolgen dürfe. Am Schluß der Versammlung teilte ein Vertreter der städtischen Beamtenstreik mit, daß die Bürgerstreik und die Beamtenstreik am nächsten Morgen in einen Gegenstreik eintreten würden.

### Die Eisenbahner

verharren weiter im Ausstände.

Am einer am Sonnabendnachmittag stattgehabten Versammlung der Eisenbahnbeamten wurde beschlossen, weiter im Ausstände zu verharren, bis die Arbeiterschaft den Generalstreik für beendet erklärt.

## Der Gegenstreik der städtischen Beamten.

Für Sonnabend vormittag war vom Ortsarbeiterrat eine Versammlung der städtischen Beamten nach der Schulturnhalle an der Wilhelmstraße einberufen, dann aber nach dem Sibana-loale im Rathaus verlegt worden.

Leiter der Versammlung war der Vorsitzende des städtischen Ausschusses des Ortsarbeiterrats, Herr Paul Kühnel. Dieser erklärte einleitend, daß der Ortsarbeiterrat das Streikrecht der Beamten ohne weiteres anerkenne. Es sei aber die Frage aufzuwerfen:

### Warum streiken die Beamten?

Um diese Frage beantworten zu können, müsse man sich vergegenwärtigen, was die Arbeiter in den Streik getrieben habe. Der Streik, in den jetzt überall in Deutschland die Arbeiter erneut eingetreten seien, habe seinen Ursprung in den Hungerrevolen, die in vielen Städten entzündet sind, trotzdem Lebensmittel genug vorhanden seien. Als Leiter der Versammlung habe Redner an drei Tagen der vorigen Woche Telegramme annehmen, durch welche hunderttausende von Familien Leberwurst, Schweinefleisch usw. zum Preise von 8 Mark für das Pfund von Großhandelsfirmen angeboten wurden. In den letzten Tagen habe der Landtagsabgeordnete Siebold ein Telegramm erhalten, wodurch der Braunschweiger Einkaufsgenossenschaft sechs Waggons Schokolade und zwei Waggons Kakao zum Preise von 60 Mark für das Pfund angeboten seien. Man und man könne bemerken, daß die Kriegsgenossenschaften die Einfuhr aus dem neutralen Ausland zu verhindern suchten, um die Preise nicht fallen zu lassen.

Die Arbeiterschaft verlange von der Reichsregierung, daß alle Lebensmittel so verteilt werden, daß alle etwas davon bekommen. Die Hannoverische Viehhändlergesellschaft nehme den Landwirten das Vieh zum Preise von 60 Mark für den Zentner ab und verlasse es zum Preise von 125 Mark. All dieses habe die Arbeiter zum Eintritt in den Streik veranlaßt. Nachdem die Arbeiter in den Streik eingetreten, habe sich aber gezeigt, daß die wichtigsten Arbeiten ohne weiteres ausgeführt werden müssen. Dazu gehöre auch

### Die Tätigkeit der Beamten.

Redner erwartete nicht, daß sich die Versammelten seiner politischen Überzeugung anschließen, wohl aber, daß die Beamten im allgemeinen Interesse die Arbeit wieder aufnehmen. (Beifall: Nein!) — Schaffen Sie Lebensmittel heran! — Schaffen Sie Milch nach Braunschweig! Kühnel (fortfahrend): Das niedrigste ist es, wenn die Leute streiken. (Zuruf: Noch schlimmer, wenn Sie das nicht ausmachen!) Kühnel führte dann weiter aus, daß 300–400 Postbeamte von dem Ausstände ihrer Kollegen nichts gemerkt hätten und gar nicht gefragt seien, ob sie sich beteiligen wollten. Man habe sie einfach vor eine vollendete Tatsache gestellt. (Zuruf: Das stimmt nicht, Herr „Postdirektor“!)

Redner droht, die Tribünen räumen zu lassen, wenn der dort herrschende Tumult nicht aufhöre.

Als es wieder etwas ruhiger geworden, fuhr Herr Kühnel fort: Diejenigen, die Sie mit Ihrem Streik treffen wollen, werden doch nicht getroffen. Der Ortsarbeiterrat ist mit den weitesten Vollmachten ausgestattet. Wenn die Beamten wirtschaftliche Wünsche haben, so sollen dieselben ohne weiteres einer Prüfung unterzogen werden. Da mit dem Beamtenstreik weder wirtschaftliche noch politische Forderungen durchgedrückt werden sollen, so könne nur angenommen werden, daß die Beamten den Weisungen von Drahtziehern folgen, die sich im Hintergrunde halten. (Beifall und großer Lärm.)

Oberbürgermeister Metemeyer bedauerte tief, daß es in diesem Saale, wo lebhaft die Interessen der Stadt vertreten werden sollen, zu einer so hochpolitischen Debatte gekommen ist. Man könne heute nicht über alle Fragen entscheiden, die der Versammlung angefallen habe, aber er habe gebeten, daß die städtischen Beamten aufzukommen möchten, um alle die Fragen zu besprechen, die durch den Beamtenstreik aufgeworfen seien. Er habe am Freitagmorgen das Rathaus geschlossen gelassen und schon nachmittags seien in seiner Wohnung eine größere Anzahl von Arbeitern erschienen, die für ihre Tätigkeit keinen Lohn bekommen konnten. Er sei sofort dafür eingetreten, daß die Löhne ausgeschüttet wurden und habe sich am Sonnabendmorgen sofort nach der Erwerbslosenfürsorgestelle begeben, um dafür zu sorgen, daß

### Die Arbeitslosen an ihrem Rechte kommen.

Wenn der Arbeiter streike, so habe er das lediglich mit sich selbst abzumachen, denn er trage nur die eigene Last auf seinem Rücken. Bei den Beamten liege die Sache anders. Der Beamte habe laut Dienstvertrag seine Kräfte der Stelle zu widmen, die ihm anvertraut hat. Eine andere Auffassung der Beamtenstreik sei falsch. (Zuruf: Nein!) Wohin solle es führen, wenn die städtischen Behörden nicht mehr das Wort in der Hand haben, wenn die Beamten streiken? „Es tut uns leid, aber wir arbeiten nicht mehr.“ Die Lage im Rathaus würde eine unerträgliche werden. Aber darum dreht es sich ja auch gar nicht. Sie stehen auf dem Standpunkte, daß Sie einen Gegenangriff unternehmen müssen gegen den allgemeinen Streik. (Sehr richtig!) Bei solchen Maßnahmen müssen aber auch die Folgen bedacht werden. Die Stadt kann dadurch in die ungünstigste Lage kommen, die sie erfüllen zu können, die sie übernehmen hat. Wenn die Beamten dies durch einen Streik herbeiführen, so wäre das verwerflich und verwerflich. Nach dem Gesetze ist die Stadt verpflichtet, die Gelder für die Erwerbslosen zu zahlen, und wenn sie durch einen Beamtenstreik gezwungen wird, diese Verpflichtung unerfüllt zu lassen, dann wird dadurch das Gesetz verletzt. Mögen die Herren noch so groß sein, eins müssen wir hochhalten.

### Die Stilllegung des Gießes.

Überlegen Sie sich das! Ob ein paar Straßen



# Die Aussperrung in der Metallindustrie.

Ansichts der außerordentlichen politischen Lage, die durch das bevorstehende Einrücken der Regierungstruppen geschaffen ist, wurde in einer am Dienstagabend stattgefundenen Sitzung der Metallindustriellen die Frage erwogen, ob es praktisch und nützlich sei, jetzt das Ultimatum noch aufrechtzuerhalten. Für die Aufrechterhaltung des Ultimatus sprach die Tatsache, daß die Arbeiterschaft noch am Dienstagmorgen, als man den Zusammenbruch des Generalstreiks schon vor Augen sah, mit neuen Forderungen (Kerzen, Lohnerhöhung usw.) an die Arbeitgeber herangetreten ist. Andererseits sagte man sich, daß durch den bevorstehenden Einmarsch der Regierungstruppen eine ganz neue Lage geschaffen sei und daß wohl die meisten Arbeiter unter dem Drucke des Terrors der revolutionären Streikleitung stehen. Man würde auch diese Arbeiter treffen, und zwar in einem Augenblicke, wo die Verhältnisse so scharfe Maßnahmen nicht mehr rechtfertigen. Schließlich kam man aber doch dahin überein, daß man sagte, durch die Schuld der Drahtzieher des jetzigen Streiks ist es verschuldet worden, daß die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden ist. Augenblicklich kann nicht gesagt werden, wann die Arbeit wieder aufgenommen werden kann, weil der Einmarsch der Regierungstruppen bevorsteht. Ein Anheizen der Kessel vor Ostern ist nicht mehr möglich. Die Arbeit kann daher vor Dienstag nicht aufgenommen werden.

Die Arbeiter fanden dann auch am Mittwochmorgen überall geschlossene Tore vor. Wie wir hören, sollen heute morgen durch Vermittlung der Volksbeauftragten neue Verhandlungen mit den Arbeitgebern angesetzt werden, um schließlich doch noch eine Arbeitsaufnahme zu ermöglichen.

## Keine Geiseln?

Die braunschweigischen Volksbeauftragten erhielten aus Berlin nachstehendes Telegramm:

Es verlangt, daß dort Geiseln festgenommen und daß die Absicht besteht, Erschießungen von Anhängern der Reichsregierung vorzunehmen. Falls die Geiseln nicht sofort befreit werden und wenn nicht jede Gewaltthatigkeit unterbleibt, werden die schärfsten Vergeltungsmaßnahmen getroffen werden.

Der Reichswehrminister Noske.

Daraufhin wurde vom Räte der Volksbeauftragten folgendes geantwortet:

In Braunschweig sind Geiseln nicht festgenommen. Bevölkerung ist angewiesen, dem Einmarsch der Truppen keinen Widerstand entgegenzusetzen. Arbeit wird Mittwoch früh aufgenommen.



Das Antworttelegramm der Volksbeauftragten stimmt nicht ganz mit den Thatsachen überein. Die zahlreichen Verhafteten sind erst am Dienstag wieder freigelassen worden, während das Telegramm den Anschein erwecken will, als habe man überhaupt keine Geiseln festgenommen.

Zu den Verhaftungen wird uns noch folgendes mitgeteilt:

Während des Generalstreiks sind in den letzten acht Tagen von der Volkswehr und den

Matrosen verschiedene Verhaftungen vorgenommen, die angeblich auf Grund politischer Vergehen erfolgten. Wie im Freistaat Braunschweig politische Rechte gewahrt werden, mußten zu ihrem Schaden die beiden Söhne der Geistlichen Feist und Brackebusch erfahren. Wegen Flugblattverteilung wurden sie festgenommen und 24 Stunden lang im hiesigen Kreisgefängnis eingesperrt gehalten. Sollten sie vor den Richter gestellt werden, dann wird ohne Zweifel ihre Freisprechung erfolgen, denn die Flugblätter hatten weder aufreizenden Inhalt noch war ihre Verteilung polizeilich strafbar. Besser kam der Kandidat Königsdorff weg, den man gleichfalls wegen Flugblattverteilung festgenommen hatte, da er aber glaubwürdig nachweisen konnte, daß er mit der Flugblattverteilung nichts zu tun hatte, wurde er wieder freigelassen. Verhaftungen politischer Natur sind in dem oben angegebenen Zeitraume über 12 erfolgt, von denen die Hälfte der Festgenommenen inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist. Noch sechs Herren sollen sich im Kreisgefängnis in Haft befinden, und zwar, wie uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, die Herren Kaufmann Ehlers, der angeblich mit der Reichswehr brieflich in Verbindung gestanden haben soll, Ingenieur Brandt, Student Tucht, Maurer Bartels, Dr. Schülke und Seemann Holste. Den letzten soll vorgeworfen werden, sie hätten Maschinengewehre unbrauchbar gemacht, bezw. zu dieser Tat angestiftet.



# Vom Generalstreik in Braunschweig.

Es war vorauszu sehen, daß der „Kuhm“ der bayerischen Rädelsführer und der Anführer der Magdeburger Unruhen ihre Braunschweiger Genossen nicht schlafen lassen würde. Aus mancherlei Anzeichen schon in der ersten Aprilwoche war bemerkbar, daß sich eine große politische Kundgebung in der Vorbereitung befand. Anzeichen dafür, daß etwas hinter den Kulissen vorgeht, waren nach der Anwesenheit zahlreicher fremder Agitatoren in Braunschweig die auffällige Zunahme der Zahl der Matrosen und eine emsige Geschäftigkeit im Schloß, das unbegreiflicherweise den Spartakisten immer noch als Heimstätte überlassen wurde. Der Braunschweiger Regierung konnte diese Geschäftigkeit im Schloß nicht verborgen bleiben, und daß sie ihr nicht auf den Grund gegangen ist, hat ihr in den letzten Tagen in der Ordnung und Ruhe liegenden Bevölkerung der Stadt viele Sympathien geraubt.

Man hatte in den Kreisen der ganz links stehenden an der Forderung festgehalten, den für den 8. April geplanten Massenstreik zu diesem Tage auch wirklich in Braunschweig in die Erscheinung treten zu lassen.

Am Dienstag in später Nachmittags wurde der Streikleitung die Mitteilung, daß am nächsten Tage der Generalstreik für Braunschweig proklamiert werden würde.

Am Mittwoch, 9. April, wurde ein Flugblatt verbreitet, worin die Braunschweiger Arbeiterschaft aufgefordert wurde, um 9 Uhr vormittags in den allgemeinen Ausstand einzutreten. Mithin erschienen auch

die ersten Verfügungen der „Streikleitung“, die damit wieder einmal die ausübende öffentliche Gewalt an sich gerissen hatte. In diesen Verfügungen wurde bekanntgegeben, daß die Gastwirtschaften, mit Ausnahme zweier Mittags- und zweier Abendstunden, zu schließen seien, daß die öffentlichen Verkaufsgeschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, gleichfalls schließen sollten. Lebensmittelgeschäfte sollten von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends geöffnet bleiben. Nach 8 Uhr abends war für jeden, der nicht einen Ausweis der Streikleitung besaß, das Betreten der Straßen verboten. Ausnahmen wurden für Ärzte, Apotheker, Hebammen und Krankenpflegepersonal gemacht.

Es ruhte denn von Mittwoch ab jede Arbeit in den heimlichen Betrieben. Dort, wo die Arbeiterschaft zur Fortsetzung der Arbeit gezwungen war, und dies war der Fall in einer ganzen Anzahl Betrieben, tat die telephonische Androhung des gewaltsamen Eingriffes seitens der Streikleitung über auch der „Besuch“ von bewaffneten Mann. Auch die Straßenbahn stellte ihren Verkehr ein. Um 10 Uhr vormittags war die

erste öffentliche Volksversammlung selbstverständlich auf dem Schloßplatz. Nach einem Gesangsvortrag der Arbeitergesangsvereine hielt August Merges, der auf seinen Vorbeeren nicht schlafen konnte, vom Altan des Schlosses aus eine Ansprache, worin er unter anderem sagte, es sei an der Zeit, daß die Regierung Ebert-Scheidemann-Landberg-Röste endlich abtrete, nachdem sie sich völlig unfähig gezeigt habe, die Sozialisierung durchzuführen und die Lage zu bessern. Die einzige Rettung Deutschlands sei nur der Anschluß an die russische Sowjetrepublik. Die Regierung sei nunmehr auch zu dieser Erkenntnis gekommen, aber sie handle nicht danach, weil ihre Mitglieder an ihren Ministerstühlen kleben. Es handle sich um die Erlösung folgender

Forderungen der revolutionären Arbeiterschaft:

1. Einführung der Räteregierung in ganz Deutschland alle Macht den Arbeiterräten.
2. Beseitigung der Regierung Ebert-Scheidemann-Landberg-Röste.
3. Anschluß Deutschlands an die russische Sowjetrepublik.
4. Anschluß an die Sozialisten in allen Ländern.
5. Beseitigung des Militarismus, Aufhebung der Offizierskommandas und Auflösung aller Freikorps.
6. Schaffung eines Volksheeres.
7. Auflösung der Nationalversammlung und aller Landesparlamente innerhalb des Deutschen Reiches.
8. Befreiung aller politischen Gefangenen.

Die letztere Forderung, führte der Redner aus, sei eigentlich überflüssig, denn man werde die Gefangenen schon selber zu befreien wissen und nicht erst auf die jetzige Regierung warten. Für Braunschweig insbesondere sei die

Befreiung der rechtssozialistischen Volksbeauftragten Kasper, Antrid, Steinbrecher usw. sofort durchzuführen; der Landtag sei aufzulösen.

Besonders erfreulich sei es, daß die Eisenbahner eingesehen hätten, daß sie eine Macht seien, und mit in den Streik eingetreten seien. Es handle sich jetzt um die Vollenziehung der sozialistischen Revolution. Die Sozialisierung müsse sofort, wo sie angebracht sei, Schritt um Schritt, eingeführt werden. Die Augen von ganz Deutschland seien auf Braunschweig gerichtet, dessen solle jeder Arbeiter einsehen. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die russische, die ungarische und die bayerische Räteregierung und die Weltrevolution.

Nach der Versammlung erfolgte ein Umzug mit Musik durch die Straßen der Stadt.

Lahmung des Bahnverkehrs durch die Streikenden.

Auf dem Bahnhof waren durch die Volkswehr, die wieder einmal aus der Hand der Regierung in die Streikleitung übergegangen war, zwei Langrohrgeschütze — Schiffschütze — die angeblich nach dem „Reinisch-Weißfährchen“ Industrieseizel

weitergehen sollten, beschlagnahmt worden. Ebenso wurde Beschlag auf einen Waggon Dynamit gelegt. Streikende Hauptwerkstätten-Arbeiter sollen von den zur Abfahrt bereiten Kurzzügen

die Lokomotiven abgelassen und so die Züge am Abfahren verhindert haben. Das war für die Bahnbeamten der Anlaß, nun ihrerseits passive Resistenz zu üben, und was schon früher für den Fall solcher Gewaltanwendung und den Eingriff Unbefugter in den Dienst der Bahn gelegentlich eines zu erwartenden Generalstreiks beschloßen wurde, setzte man nun sofort in die Tat um:

Die gänzliche Einstellung des Bahnverkehrs durch den Streik der Bahnbeamten als Abwehrmaßnahme gegen den Terror der Spartakisten und Putzschiffe.

Von Mittwoch nachmittag ab ruhte deshalb jeglicher Bahnverkehr. Die ankommenden Züge wurden mehrere Stationen von Braunschweig abgeferiert. Der Zugverkehr von Bötsum her war ganz eingestellt; von Hilseheim und Hannover fuhren die Züge nur bis zur Zweigstation Groß-Seidingen. Auf der Bahn Braunschweig-Neuzelle war zuerst Wenden und dann Duerum An- und Abfahrtsstation. Auf der Bahnstrecke Braunschweig-Oldersleben gingen die Züge nur bis Wenden und von dort nach Oldersleben. Auch die Landbesbahn hatte sich mit der Staatsbahn solidarisch erklärt und den Betrieb auf ihren Linien eingestellt. Die Braunschweig-Schöninger Eisenbahn mußte den Betrieb infolge der Arbeitsniederlegung ihrer Arbeiter und Unterbeamten einstellen.

Durch diese völlige Lahmung des Zugverkehrs entstanden natürlich die schwersten Störungen und Nachteile, die namentlich von solchen Reisenden hart empfunden wurden, die von auswärts gekommen und nun von der Rückkehr abgeschnitten waren. Die Schulen hatten vormittags geschlossen und viele der sogenannten Fahrschüler konnten nun nicht nach Hause zurückkehren. Da mittlerweile

auch der Post- und Fernsprechverkehr ebenfalls als Abwehrmaßnahme gegen den politischen Streik der Arbeiter eingestellt worden war, konnten diese Schüler ihre Angehörigen nicht mehr verständigen. Die in Braunschweig anwesenden, auswärts wohnenden Personen wurden, soweit sie in der Umgegend zu Hause waren, mit Automobilen dorthin gebracht, nachdem sie auf der Polizeidirektion Antragsformulare für Verpflegung an den Allgemeinen Konsumverein erhalten hatten. Die Bahnübergänge waren durch eine Reihe von Volkswehrleuten und bewaffneten Arbeitern abgesperrt. Die von den Volkswehrleuten am vormittag „mit Beschlag belegten“ Geschütze wurden von bewaffneten Arbeitern, Matrosen und Volkswehrleuten im Krumpshuue durch die Stadt geführt. Man hatte sogar die Kühnheit, im Zuge ein Plakat mit der Aufschrift

Röste Liebesgaben für Braunschweig mitzuführen. Von keiner Seite der Regierung wurde gegen diesen Unfug eingeschritten, was in der Bürgerschaft arge Empörung hervorgerufen hat.

Die Streikleitung.

Die Streikleitung hatte sich der Staatsautomobile mit Gewalt bemächtigt, und auch das Schloß für ihre Zwecke in Benutzung genommen. Dort war das Zimmer 16 als Geschäftsraum der Streikleitung eingerichtet worden. Ueber die Anschuldigungen des Schlosses zeigte sich arge Mißstimmung bei der Volkswehr-Division. Die Volkswehr, die bekanntlich als Landesmittel besoldet wird, hat den Aufgebot gegenüber, die sich aus dieser Latsche ergeben müßten, vollständig verweigert, sie hat nur die Befehle der Streikenden befolgt, nicht aber den Willen der Regierung ausgeführt die Volkswehr-Division dagegen erklärte, daß sie hinter der Regierung stehe.

Der zweite Streiktag.

Am Donnerstag, den 10. April, hatten zunächst die Kinder und die Kranken die Wirkungen des Massenstreiks zu spüren. Es gab nur wenig Milch, und manche Milchhändler gaben Milch an Kinder bis zu sechs Jahren ab, manche nur an solche bis zu einem Jahre. Statt 10 000 Liter Milch kam kaum 400 Liter nach Braunschweig gekommen. Zwei Milchtransporte aus Vörsfelde mit 1000 Litern Milch sind hier angekommen, aber nicht abgenommen worden und mußten wieder zurückgehen.

Die Milchversorgung.

Zu der Milchfrage wachst uns die Braunschweiger Molkerei folgende Mitteilung:

„Die Milchversorgung der Stadt hat infolge des Streiks zu erheblichen Mängeln geführt. Allgemein ist man der Ansicht, das Verkaufspersonal treibe Veruntreinigungen usw. Wir erklären, daß der größte Teil der zur Versorgung des Platzes erforderlichen Milch aus so armen Entfernungen herangeholt werden muß, daß er mit Pferd und Wagen gar nicht mehr erreichbar ist. Mit Einsetzen der Bahnstrecke mußte somit die schon ungenügende Milchversorgung in die größte Bedrängnis kommen. Dank der Initiative des Stadtmagistrats, der uns eine seiner Lastautomobile zur Verfügung stellte, konnten wir unseren Betrieb nicht nur aufrecht erhalten und damit die kleinen Kinder und Kranken mit Milch versorgen. Ob dies aber bei Fortdauern des Streiks in demselben Umfang möglich sein wird, ist fraglich. Wenn eine fernere Einschränkung eintreten, so werden selbstverständlich alle, ob arm oder reich, gleichmäßig betroffen werden. Wir müssen aber hier vor aller Öffentlichkeit von den Verantwortlichen des Streiks fordern, bei einer Wiederholung oder noch weiteren Einschränkung des Milchverkehrs aufzugeben, daß die Milchleitungen in keiner Weise beeinträchtigt werden.“

Wie überhaupt im allgemeinen

die Versorgung der Stadt

unter dem Streik zu leiden hatte und noch leiden wird, geht aus folgender Mitteilung aus dem städtischen Lebensmittelamt hervor:

Die Fleischversorgung der hiesigen Einwohner wird durch die Störung des Bahnverkehrs wesentlich beeinflusst. Frisches Fleisch steht fast nur für die Krankenanstalten zur Verfügung, und auch die Fleischwurstmenge, welche in dieser Woche zur Ausgabe gelangen kann, ist ganz unbedeutend. Die Haushaltungen müssen sich daher fast ausschließlich mit Rindfleisch in Pfundbissen (zu je 1,70 Mark) begnügen. Butter kommt nicht herein, infolgedessen wird auch in der nächsten Woche die Fettration in Margarine gewährt werden müssen. Man hofft, diese Ware in der bisherigen Menge (70 Gramm auf den Kopf und die Woche) weiterliefern zu können. Besonders stark ist die Vollmilchversorgung beeinträchtigt. Obwohl zu ihrer Heranholung Lastkraftwagen in Dienst gestellt sind, ist es nicht möglich, die Kinder der älteren Jahrgänge zu beliefern. Natürlich ist auch die täglich verfügbare Menge an Mager- und Buttermilch erheblich zurückgegangen. Hoffentlich wird der Bahnverkehr recht bald wieder aufgenommen, da sonst zu befürchten ist, daß die Fleisch-, Fett- und Milchversorgung über kurz oder lang verlagert.

Am Donnerstag war eine neue Verfügung der Streikleitung ergangen, die sich inhaltlich im wesentlichen mit den Verfügungen des Vortages deckte, nur wurde nunmehr der Aufenthalt auf den Straßen bis 9 Uhr abends gestattet. Die Bevölkerung wurde zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ermahnt. Um 10 Uhr vormittags war wieder auf dem Schloßplatz eine öffentliche Versammlung. Es sprachen Schön aus Berlin und August Merges. Es wurde berichtet, daß in 38 Großstädten der Generalstreik ausgebrochen sei, u. a. auch in Hannover. (Die Unabsehbarkeit dieser Mittelung ist bereits in der gestern angegebenen Sondernummer der Braunschw. Landeszeitung dargelegt worden.) Beauftragt wurde ferner, die Vergarbeiter Mitteldeutschlands hätten der Reichsregierung ein Ultimatum gestellt, die Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückzuführen.

Am Donnerstag setzte nunmehr auch der Bürger- und Beamtenstreik

ein. Beide sind keine zusammenhängenden Maßnahmen, sondern vielmehr haben die Eisenbahn- und Postbeamten, wie auch die übrigen Beamten von Staats- und Gemeindebehörden erklärt, daß sie ihr Vorhaben als ein selbständiges betrachten wollten. Der Bürgerstreik betrafte sich darin, daß die Lebensmittelgeschäfte nur von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags offen gehalten wurden, daß die Ärzte und Apotheker ihre Tätigkeit einstellen; der Beamtenstreik, daß Post und Telegraf ihre Tätigkeit aufgaben, daß die Eisenbahner nunmehr völlig ihren Dienst einstellen; die Lehrer schickten die Schulkinder ohne die üblichen Osterzeugnisse nach Hause; gestreikt wurde ferner am Gericht, bei der Gendarmrie, im Finanzgebäude und bei allen übrigen Behörden.

Am Donnerstag nachmittag zeigten sich mehrere Mäher in den Läden. Als man ihrer in den Reihen der bewaffneten Arbeiter gewahr wurde — es war nachmittags nach 6 Uhr —, glaubte man offenbar an einen Mäherüberfall, wurde nervös und nun begann eine

Mäherbeschießung.

Vom Schloß, Bahnhof, Hoftheater, von den Kasernen usw. wurde mit Maschinengewehren, von den Straßen und Plätzen aus mit Gewehren ziel- und planlos nach den Mäher geschossen. Die Mäher war größer als der Erfolg dieser Schießerei, an der sich jeder Bewaffnete nach Kräften beteiligen zu müssen meinte, denn man hatte

die eiaenen Mäher beschossen.

die Flugzettel abzuwerfen hatten. Bei der Beschickung sind einige Unfälle vorgekommen. So wurde ein Mann der Bedienungsmannschaft eines Maschinengewehrs auf dem Schloßplatz verletzt, und ein Milchhändler in der Marienstraße erhielt einen Schuß ins Bein. Von den Fliegern selbst wurde wohl niemand verletzt.

In der Nacht zum Freitag war ein Bruchalarm der Volkswehr.

Es knatterte in allen Stadtgegenden, es wurden Schüsse aus Geschützen abgegeben und auch Handgranaten geworfen, doch war das Ergebnis des Alarms nicht gerade glänzend, denn, wie wir erfahren, waren von rund 3000 Volkswehrleuten nur etwa 600 erschienen, obgleich verschiedentlich von Alarmieren in die Häuser eingebracht wurde, wo die Bewaffneten geholt werden sollten, aber... siehe das Ergebnis! Vielmehr hatte man sich braver Volkswehrleute auch behauptet, daß die Regierungstruppen im Anmarsch seien! Also war es rein menschlich wohl zu erklären, daß er das Bett wärmer und sicherer fand, als draußen in „flinkerer Mitternacht“ für kommunistische Ideale seine Haut zu Markte zu tragen.

Der dritte Streiktag.

Vormittags 10 Uhr, war wieder die übliche öffentliche Volksversammlung auf dem Schloßplatz. Redner: Schön aus Berlin und Winter aus Leipzig. Als Gegenmaßnahmen gegen den Bürgerstreik sollten den Ärzten die Lebensmittelkarten entzogen werden, auch sollten sie nötigenfalls mit Gewalt gezwungen werden, Kranke zu behandeln. Einige Stadiobierlei sei, so wurde ausgeführt, bereits das Wasser abgesperrt worden, was jedoch unseres Wissens nirgends geschehen ist. Die Beamten auf dem Rathaus und an anderen Stellen sollten durch stützungslose Kaufleute ersetzt

werden. Wenn die Banken nicht zahlten, müßten sie dazu gezwungen werden. Man werde auch dafür Sorge tragen, daß das Mehl nur an die genossenschaftlichen Bäckereien verteilt werde, und ähnlich werde man mit den anderen Lebensmitteln verfahren.

Großen Aufstand hatten die Bäckereien, doch ging die Brotversorgung der Bevölkerung glatt vonstatten. — Von der Streikleitung wurde bekannt gegeben, daß die Gerichte von einem Streik der Bäckergesellen sich nicht befähigten. Wohl seien die Bäckergesellen in eine Lohnbewegung eingetreten, doch würden sie die Arbeit erst am 16. April niederlegen, wenn bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllt worden seien. Die Banken wurden durch die Streikleitung angewiesen, die von den Fabrikdirektoren ausgelieferten Schecks nur an die Objekte der Betriebsausschüsse, die mit einem Ausweis der Streikleitung versehen seien, auszuhändigen. Die Herren haben von der großzügigen Erlaubnis der Herren Streikleiter, deren Namen diesmal herabwürdigend als strenghes Antisageheimnis bekannt wurde, keinen Gebrauch gemacht. — Auf dem Rathaus war ein großer Ansturm der Lebensmittelkartenempfänger, der Besucher von Arbeitslosen- und Familienunterstützung. Die städtischen Arbeiter, die vergebens auf die Auszahlung ihrer Löhne gewartet hatten, entzündeten eine Abordnung zum Oberbürgermeister, der dafür sorgte, daß ihnen ihre Bezüge ausbezahlt wurden, ferner daß auch die Arbeitslosen ihre Unterstützung erhielten.

Die streikende Arbeiterschaft hielt nachmittags 4 Uhr Versammlungen im Konzerthaus, Unionaal, Kinopalast und in der Sophienkirche ab.

Am vierten Streiktag.

Vormittags, fand sich wieder eine große Menschenmenge auf dem Schloßplatz ein, doch wurde sie aufgefordert, nachmittags 4 Uhr wiederzukommen, da die Streikleitung wichtige Geschäfte zu fassen habe, deren Ergebnis nach mitgeteilt werden solle.

Redner dieser Nachmittagsversammlung war ein Herr Neumann. Er teilte mit, daß die Streikleitung beschloßen habe,

die Verkehrsbeschränkungen aufzuheben.

Wirtschaften, Geschäfte usw. dürften wieder offen halten, auch dürfe man sich nach 9 Uhr abends auf der Straße bewegen. Am frühen Morgen habe die Streikleitung beschloßen, das Ultimatum der Arbeitergebet (Es ist davon an anderer Stelle die Rede. Dr. Ebszta.) abzulehnen und den Streik fortzusetzen. Nachrichten aus anderen Großstädten lauteten ähnlich. So aus Hamburg und Bremen. Düsseldorf sei in der Hand der Arbeiter. In Berlin habe die Rotgarde einen Parteitag errufen, doch würden dort die Arbeiter nicht nachlassen. Das Braunschweiger Arbeitergebet solle man den umlaufenden Gerüchten keinen Glauben schenken. Der Streik habe sich auf das ganze Land ausgebreitet. In Bötsum sei es leider zu einem Zusammenstoß mit Regierungstruppen gekommen, wobei es vier Tote und vierzehn Verwundete gegeben habe. (Vergl. die gestrige Sondernummer Dr. Ebszta.) Nach der Gegend von Helmstedt seien Mäher unterwegs, sie seien bisher noch nicht mit Nachrichten eingetroffen. Die Lage in Braunschweig sei gut.

In Verfolg der Beschüsse der Streikleitung wurde am Sonnabend nachmittags folgender Anschlag veröffentlicht:

„Da der bisherige ruhige Verlauf des Generalstreiks bemerkt hat, daß die Braunschweiger Bevölkerung Ruhe und Ordnung ohne einschneidende Bestimmungen gewährleisten, hebt die Streikleitung die bisherigen Beschlüsse auf. Einmalige Ausreitungen würden selbstverständlich erforderliche Gegenmaßnahmen nach sich ziehen.“

Von der Erlaubnis des Offenhaltens der Lebensmittelgeschäfte machten am Sonnabend nur einige Geschäfte Ausnahme, doch auch sie haben sich bald dem Bürgerstreik wieder angeschlossen. Auch die Ärzte hatten beschloßen, im Streik zu beharren. Ebenso beschloßen die Braunschweiger Gastwirte, sich dem Bürgerstreik anzuschließen und von der „Erlaubnis“ der Streikleitung, die Wirtschaften länger offen zu halten, keinen Gebrauch zu machen.

Der Rat der Volksbeauftragten

hatte inzwischen zu den Vorgängen Stellung zu nehmen versucht, und zwar wollte er durch ein Flugblatt, dessen Text wir bereits gestern mitgeteilt haben, der Arbeiterschaft über die Aussichten des Streiks und die Zwecklosigkeit der ganzen Veranstaltung aufklären. Das Flugblatt sollte durch Mäher verbreitet werden. Was man aber der Regierung zu bieten wagte, das zeigte sich dort: der vom Volkskommissar für revolutionäre Vertiefung als Vorgesetzter auf dem Flugplatz eingekerkerte Leutnant Heimehl hat die Verbrennung der Flugblätter angeordnet und überwacht.

Der fünfte Streiktag.

ein Sonntag, verlief ohne besondere Ereignisse. Die Streikleitung hatte ein knallrotes Extrablatt aufleben lassen des Inhalts, daß beschloßen worden sei, „weiter zu streiken“.

Am sechsten Tage

war vormittags wieder eine Versammlung auf dem Schloßplatz. Es sprach zunächst Eichhorn. Er führte aus, daß man sich darin getäuscht habe, wenn man annahm, daß sich die Streikbewegung über ganz Deutschland ausbreiten werde. Im Ruhrgebiet sei allerdings die Streiklage glänzend, fast jedoch seien die Hoffnungen nicht erfüllt worden. Man werde aber zunächst weiterkämpfen, um wenigstens für Braunschweig einige innerpolitische Forderungen durchzusetzen. Diese Unzufriedenheiten verlegten die Versammlung in eine unmissverständliche Stimmung, besonders als Eichhorn mitteilte,



Unzähligen, die dem Rufe gefolgt waren. Auch der  
Marten konnte die Massen nur teilweise fassen.  
Landtagsabgeordneter **Mönnenburg** sprach über  
die augenblickliche Lage. U. a. führte er aus: Die  
Streikleitung hat uns Zwangsmaßnahmen ge-  
bracht, die tief in die persönliche Freiheit des Ein-  
zelnen und auch in das Wirtschaftsleben weiter  
kreise eingreifen. Dem gegenüber hat sich in der  
Beamtenschaft der Wunsch geregt, sich einmal ent-  
schieden gegen den Terror eines Teiles unserer  
Bevölkerung zu wenden. Gerade wir Beamten  
haben uns besonders davor zu wahren, unter dem  
kommunistischen Trümmerhaufen begraben zu wer-  
den. Darum haben wir uns zu einem Akt der  
Selbsthilfe entschlossen. Wir wollen zeigen, daß in  
Braunschweig noch andere Kräfte vorhanden sind.  
Es ist von den Streikenden mit Gewalt in die Be-  
triebe eingegriffen worden, Gewalt ist angewendet  
worden gegen die Beamten der Post und Eisen-  
bahn. Die Eisenbahner haben als erste gezeigt,  
daß sie sich diesem Terror fortan nicht mehr beugen  
wollen. (Bravo!) Als aufrechte Männer, nicht als  
Diener einer politischen Partei, sondern des gesam-  
ten Volkes, haben sie sich an die Streikleitung der  
Arbeiter gewandt und haben erklärt, daß sie es  
sich nicht gefallen lassen, wenn ihnen gesagt wird:  
Nur Fahrt diesen oder jenen Zug. Sie haben er-  
klärt: Wir fahren entweder alle Züge oder gar  
keinen Zug. (Bravo!) Denselben Schritt taten  
die Postbeamten. So lange noch Hoffnung auf  
gütliche Beilegung war, ist mit dem Streik geögert  
worden, als aber kein Ergebnis zu erzielen war,  
da mußte sich die Solidarität der Beamten als ein  
Lebensbrot, als ein Wirkliches erweisen. Und so  
wurde die Streikbarocke reslos befolgt, ob es sich  
um Staats- oder Gemeindebeamte, um Anstalts-  
beamte, um Lehrer oder Beamtinnen handelte. Es  
hat sich dann bald gezeigt, daß auch in anderen  
Kreisen der Wunsch rege war, sich dieser Abwehr-  
aktion anzuschließen. Nur um die Abwehr han-  
delt es sich, denn wir sehen in diesem Streik kein  
Glück wir sind nur von der äußersten Not dazu  
gezwungen. Am Sonnabend bestand die Gefahr, daß  
die Abwehr im Sande verlaufen würde, aber in-  
zwischen ist sie wieder vollständig geworden.

#### Die Forderungen der Beamtenschaft

lauten: Wir erklären uns zur Beendigung  
des Streiks bereit, wenn in einer öf-  
fentlichen Zeitung die Versicherung gegeben wird,  
daß Bahn- und Postbeamte ihren Dienst un-  
gehindert ausüben können; daß ferner keinerlei  
Schädigungen, Zwangsmaßnahmen oder Maßrege-  
lungen gegenüber den Teilnehmern an diesem  
Streik eintreten sollen. Die Schuld an unserem  
Vorgehen liegt auf der Seite jener, die in frevel-  
hafter Weise immer wieder Streiks heraufbeschwö-



ren, um unser aus tausend Wunden blutendes Volk vollständig zu ruinieren. Der Volksfreund behauptet, wir hätten der streikenden Arbeiterschaft ja einen Gefallen getan: dann aber verstehen wir die Mut und Erbitterung nicht, die sich gegen unseren Streik richtet. Den ersten Erfolg haben wir bereits errungen: Die Beschränkungen der persönlichen Freiheit sind aufgehoben worden. Das Streikblatt des Volksfreund liegt auf die unverschämteste Weise. In keiner Stadt sind Generalstreiks im Gange außer in Braunschweig. (Zurufe: In Helmstedt! In Schöppenstedt!)

Im Ruhrrevier ist der Streik im Abflauen begriffen. Der „Volksfreund“ hat die Meldung gebracht, Bayern mache gegen Preußen mobil. Hier haben Sie die neuesten Zeitungen aus Hannover; sie berichten den Sturz der bayerischen Mätelerregung. Ich glaube, Herr Merges hat sich mit diesem Streik einen schlechten Dienst erwiesen. Hoffentlich werden der Arbeiterschaft endlich die Augen darüber geöffnet, wohin man eigentlich treibt. Man möge sich danach umsehen, daß in der Leitung solcher Unternehmungen Leute sitzen, die sich bei dem allgemeinen Zusammenbruch gesund gemacht haben! Wir sind gesonnen, jedem weiteren Streik die geschlossene und entschlossene Abwehraktion entgegenzusetzen. Man hat mir damit gedroht, mich verhaften zu lassen; man täte mir einen persönlichen Gefallen damit, denn so könnte ich mich wenigstens einmal etwas ausruhen. Der Erfolg ist uns sicher, wenn wir Schulter an Schulter stehen. Wir werden uns auch gegen Streikbrecher zu schützen wissen (Zuruf: Niemeyer!), wir werden sie der öffentlichen Verachtung übermitteln und sie bohkottieren.

Die Versammlung spendete dem Redner riesigen Beifall und erklärte sich mit dem Weiterstreik einverstanden.

### **Zu einem Zwischenfall**

Sam es nach der Versammlung in der Nähe des Friedhofes. Einige Burschen machten sich ein Vergnügen daraus, die Versammlungsteilnehmer erst durch Worte und dann durch Handgreiflichkeiten zu reizen. Die Erregung der heimkehrenden Versammlungsbesucher wurde schließlich so groß, daß nur schnelle Flucht der Beteiligten Schlimmstes verhüten konnte. Einer der Ruhestörer zog sich allerdings einige Stockhiebe zu.

### **Die Verhandlungen mit der Arbeiter-**

#### **Streikleitung.**

Es tagte dann am Dienstag mittag noch einmal eine Beamtenversammlung im Saale des Restaurants Felten. Dort wurde das Ergebnis der Einigungsverhandlungen mit der Arbeiter-Streik-



Leitung mitgeteilt. Es ist jene Vereinbarung erzielt worden, die wir bereits in der gestrigen Nummer mitgeteilt haben. In dieser Versammlung fielen harte Worte gegen den Oberbürgermeister, der den Beamten in den Rücken gefallen sei und durch sein Verhalten die Situation der Arbeiter-Streikleitung gebessert habe. Von einem Redner wurde gefragt, ob es nicht angezeigt sei, eine Entschliebung zu fassen, wonach der Oberbürgermeister in ein anderes Amt zu versetzen sei. Wie ein roter Faden zog sich durch die ganze Aussprache die Unzufriedenheit mit der Haltung des Oberbürgermeisters zum Beamtenstreik.

Die Einigungsverhandlungen mit der Arbeiter-Streikleitung schließen die Forderungen der Bahn- und Postbeamten aus. Diese halten sich nicht an die Einigung gebunden; ihre Forderungen seien prinzipieller Natur. Namens der Bahnbeamten wurde erklärt, daß die Direktion in Magdeburg sich weigere, mit der Regierung oder mit der Streikleitung der Arbeiter wegen der grundsätzlichen Forderungen der Bahnbeamten zu verhandeln; es

soll darum den Dingen ihren Lauf gelassen werden.

#### Der Streik der Bahnbeamten

ist dann auch am Mittwoch abend noch nicht beigelegt. Die Abschneidung Braunschweigs vom übrigen Deutschland bleibt also vorläufig noch bestehen, solange dem Verlangen der Bahnbeamten nach Befestigung der Volkswehrposten von den Bahnhöfen nicht erfüllt ist. Die Bahnbeamten sind gewillt, ihren Standpunkt mit Entschlossenheit zu vertreten und den Dienst erst dann wieder aufzunehmen, wenn die Volkswehr von den Bahnhöfen verschwunden ist. Hand in Hand mit diesem Streik geht noch eine

#### Bahnlegung des Postverkehrs.

Die Post kann ihren vollen Betrieb selbstverständlich erst dann wieder aufnehmen, wenn die Verbindung mit dem übrigen Deutschland wieder hergestellt ist. Bisher ist noch gar nicht abzusehen, wann der Bahnbetrieb auf dem Staatsbahnhof wieder aufgenommen werden kann. In einer Versammlung aller Bahnbeamten am Mittwoch nachmittag konnte die Streikleitung nur mitteilen, daß in der Streiklage noch alles unverändert sei. Seit Mittwoch abend 6 Uhr haben dann die Bahnbeamten selbst die Bewachung des Staatsbahnhofs in die Hand genommen. Während der Streiklage hatten die Werkstättenarbeiter die Wachen gestellt; sie sind nun aber wieder abgerückt. Gewehre allerdings, wie den Werkstättenarbeitern, stehen den Beamten nicht zur Verfügung, da das Kommissariat für revolutionäre Verteidigung es nach den Bedingungen der Reichsregierung ablehnen mußte,



noch weiter die Bevölkerung mit Waffen zu versehen. Auch die Werkstättenarbeiter haben die ihnen übergebenen Waffen im Laufe des Dienstag wieder abliefern müssen. Das Volkskommissariat für revolutionäre Verteidigung hat sie wieder in Verwahrung genommen.

Während so auf dem Hauptbahnhof noch „alle Näher stillstehen“, ist

#### auf den Privatbahnen,

der Braunschweig-Schöninger Eisenbahn und der Landeseseisenbahn, der Personenverkehr wieder in vollem Umfange aufgenommen worden. Der Güterverkehr ist allerdings noch bestimmten Einschränkungen unterworfen. Es können nur die Güter angenommen werden, die über Fallerleben, Seesen und Verneburg gehen. Güter, die über den Hauptbahnhof oder über den Bahnhof Wolfenbüttel gehen sollen, können infolge der Streiks der Bahnbeamten der Staatsbahn nicht mehr angenommen werden.

#### Das Ultimatum der Metallindustriellen,

das an anderer Stelle wiederholt erwähnt ist, sollte am Sonnabend nachmittag 3 Uhr beantwortet sein. Es forderte die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag morgen, widrigenfalls die Betriebe bis Dienstag nach Ostern gesperrt würden. Dieses Ultimatum ist nicht beantwortet worden. Es wurde aber jetzt die oben mitgeteilte Vereinbarung erzielt. Dadurch ist den Arbeitern eine weitere Lohnwoche verloren gegangen.

#### Uebergriffe.

Während der Streiklage haben sich im Dienste der Streikleitung stehende Persönlichkeiten viele Uebergriffe erlaubt, die wahrscheinlich noch Prozesse wegen Freiheitsentziehung im Gefolge haben werden. Auf dem Bahnhof wurde von einem überbebanderten blutigen Matrosen ein alter Herr, anscheinend ein Reisender, abgeführt, weil er seinem Unmut über die hiesigen Zustände durch die Worte Ausdruck gegeben hatte: „Man sollte die Regierungstruppen hierher schicken!“ Ein Arbeiter, der die Worte gehört hatte, hat den Reisenden demünzt und ihn auch noch beschimpft. — Wie weiter bekannt wurde, waren auch von der Streikleitung einige Verhaftungen vorgenommen worden. Es handelt sich um Offiziere, die beschuldigt werden, mit der Reichsregierung in Verbindung zu stehen und bereits Maßnahmen zur Unterstützung der Regierungstruppen unternommen zu haben. Es waren auf ihre Veranlassung durch Leute der Volkswehr die Schlösser aus Maschinengewehren und auch Geschützteile fortgenommen worden. Die Volkswehrleute wur-



# Braunschweigische Landeszeitung

## Bezugspreis:

Ausgabe A vierteljährlich 4,80 Mk., monatlich 1,60 Mk.  
Ausgabe B mit der Beilage „Braunschweigische Illustrierte Zeitung“  
vierteljährlich 5,25 Mk., monatlich 1,75 Mk.

Erscheint täglich morgens 7 Uhr.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Braunschweig, Hufiltern Nr. 3.

Telegraphische Adresse: Landeszeitung.



## Anzeigenpreis:

Stadt u. Land Braunschweig: Zeile 35 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg.  
Reklame-Anzeigen: Stadt und Land Braunschweig Zeile 1,25 Mk., aus-  
wärts 1,50 Mk. — Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Akademie in Braunschweig und Wolfenbüttel durch unsere  
Geschäftsstellen; im Lande Braunschweig durch die Geschäftsstellen der  
Kreis- und Wochenblätter, sowie durch alle hies. u. ausw. Inseraten-Büros.

Telegraphische Adresse: Geschäftsstelle Nr. 4500 u. Nr. 4501, Redaktion Nr. 4502 u. Nr. 4503.

Nr. 99

Freitag, 18. April 1919.

40. Jahrgang

## Das Spiel ist aus —?

August Merges und die andern! Sie hatten gebauet ein statliches Haus, wie sie dem Volk erzählten: eine feste Burg, an der sich die Sozialdemokratie und das Bürgerturnen des Schöbels einrennen sollten. Und doch genügte ein einziger Witz der Reichsregierung, um die Spartakistenburg zu Fall zu bringen. Die Regierungstruppen brauchten keine Bresche zu laufen. Unter klingendem Spiel, von einem großen Teil der Bevölkerung mit Jubel begrüßt, zogen sie ein, als läche der Himmel über Manövertagen. Herr Dertter, der sich in aller Eile nach rechts orientierte, hatte die Zugbrücke heruntergelassen, die er einst der Reichsregierung unter Donnerworten versperre, und die Kommunistenführer verschwanden, als hätte sie ein mitleidiger Schutzgeist aus der Unterwelt, wo einfüge Großen Reize trinten, in die Arme genommen. Noch am Tage vor dem Truppeneinzug stand August Merges auf dem Schloßplatz — des Dichters Aug' in schönem Wahnsinn rollend — und warf seinen Blütenstrauch von Schlagworten in die Massen, vom Schmelz bis zur Sohle ein Seid, eine Vögelgestalt unter den kommunistischen Propheten. Aber am Abend verschwand sein treuer Freund Eichhorn, wie Propheten verschwinden: durch die Luft. Am Abend verschwand auch Merges in irgendeinem Winkel Braunschweigs, nachdem die eiserne Wehr der Kommunisten verschwunden war, wie die verurteilten Helden der Bühne unter beglückender Bewachung in der Verfassung verschwinden. Eichhorn ist von seinem Schicksal ereilt, Merges wird ihm nicht entgehen, und den wirklichen Kommunisten, die diesen Männern aus politischer Ueberzeugung folgten, bleibt von dem kommunistischen Traum nur die bittere Wahrheit übrig, daß Worte keine Taten sind, und daß sich die größten Charlatane wie Seifen gebläsen können, so lange sie das geduldige Volk nicht von der Bühne herunterreißen, auf der sie unter dem Beifall der Galerie ihre närrischen Rollen spielen. Sie waren Komödianten, Merges und die andern; sie sind es noch. „Nur über meine Leiche geht der Weg!“ sprach August Merges einst mit schönem Pathos. Wo ist Ihre Leiche, August Merges? — Das ganze war ein jämmerliches Komödientenspiel, aber trotz der herben Enttäuschung, die Merges und sein Anhang den Kommunisten bereiteten, würden sie wiederum Tausende in den Abgrund treiben, wenn sie abermals im Schmelz der Märtyrerkrone auf den Brettern erscheinen könnten, die die Welt beduhten. Doch gottlob, das Spiel ist aus — nach menschlichem Ermessen.

Wir können die Regierungstruppen nur mit Genugung, aber nicht mit Jubel begrüßen, denn auf unsern Schültern lastet nicht nur der verlorene Krieg. Heiße Scham brennt uns auf den Wangen, daß Tausende und Abertausende in deutschen Landen das Vaterlandsgedühl verloren haben und ihr eigenes Fleisch und Blut dem russischen Götzopfer. In diesem brennenden Gefühl hat mancher vaterlandstreue Mann die Regierungstruppen mit traurigem Blick betrachtet, und unter den Stahlhelmen haben viele Augen die gleichen Gedanken verraten. Neben den Jägern steht man — Marineleute, Kämpfer aus der Heldenschar Seidow-Vorbeds. Fragt sie, was sie wollen! „Wir waren einst so stolz auf unsere blauen Jungens!“ rufen wir ihnen zu, und sie antworten uns: „Wir flehten uns Mann für Mann hinter die Reichsregierung, um die Ehre der Marine wieder herzustellen!“ Eine erschütternde Antwort!

Die Gedanken jagen einander. Wir wissen, die Bedingungen, die General Maerder im Auftrag der Reichsregierung dem Freistaat Braunschweig stellte, sind hart, aber wir vertrauen darauf, daß die verfassungsmäßigen Fragen in einer Weise geregelt werden, daß eine Verletzung der braunschweigischen Landesrechte ausgeschlossen bleibt. Auf alle Fälle liegt eine Knebelung Braunschweigs so wenig in der Absicht der Reichsregierung, wie eine Schwächung der revolutionären Erregungssachen, für deren Sicherung die Truppen der Reichsregierung eintreten. Wir wollen deshalb nicht über Prinzipien streiten, wie es Deutschland zu seinem Unheil im Weltkrieg und jahrzehntelang vorher getan hat, sondern wollen das Hauptziel im Auge behalten: die Einigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage, eine Einigung, zu der auch die monarchisch Gesinnten aus ehrlicher Ueberzeugung die Hand geboten haben. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch den einmütigen Kampf gegen den russischen Bolschewismus, der Deutschland

im Freistaat Braunschweig, das spartakistische Trauerspiel sei aus, und doch kann es eines Tages von neuem beginnen, wenn der eiserne Vorhang, den die Reichsregierung mit Wucht herunterließ, von der Stofkraft jener dreimal geheiligten Grundzüge zerbrochen wird, denen der Deutsche von Kindesbeinen an Gefolgschaft leistete, ohne die großen Ziele ins Auge zu fassen, die für das ganze Deutschland gelten. Der Freistaat Braunschweig soll sich nichts vergehen, aber er soll in diesen ersten Stunden die braunschweigischen Rechte mit deutschen Augen prüfen.

## Der Vormarsch auf München.

Bitte an das Reich und Württemberg um militärische Hilfe.

Wie uns ein Telegramm aus Stuttgart meldet, wäre die bayerische Regierung an die Reichsregierung mit der Bitte um militärische Hilfeleistung auch aus Württemberg zur Herstellung der

Ordnung und Sicherheit und der Befestigung der anarchoistischen Gefahr in Südbayern herangetreten. Die Reichsregierung soll diese Bitte Württemberg sofort übermittelt haben. Die Stuttgarter Regierung beschloß daraufhin,

## freiwillige württembergische Truppen zur Hilfeleistung nach Südbayern

zu entsenden. In der Stuttgarter Arbeiterschaft machen sich zwar Sympathien für die Münchener Kommunisten geltend, doch ist zu hoffen, daß ein Streik vermieden wird.

Nach einer Meldung aus Bamberg befinden sich auch bereits

## zwei brennische Divisionen

von Hessen und Thüringen aus auf dem Wege nach München. Es handelt sich um das Freiwilligenkorps Epp vom Lager Ohrdruff bei Gotha. Die Truppen haben sich bereits mit bayerischen vereinigt und stehen unter dem Kommando eines bayerischen Generals.

## Die Besetzung der Stadt Braunschweig.

Die Bedingungen der Reichsregierung. — Die Landesregierung zurückgekehren. — Verhandlungen wegen Neubildung der Regierung. — Der Einzug der Landesjäger.

Es war zu erwarten, daß die Reichsregierung in Braunschweig mit eiserne Wehr auszubehalten gedachte, nachdem ihre Langmut auf eine zu harte Probe gestellt worden war. Daß die Bedingungen, die die Reichsregierung stellen würde, dennach nicht milde ausfallen würden, war daher anzunehmen. Wie bereits gemeldet, war den Volksbeauftragten Gelegenheit geboten, in Helmstedt von den Bedingungen Kenntnis zu nehmen; diese sind von uns gestern durch Sonderblatt bekannt gegeben worden; sie lauten:

Am Einvernehmen mit der Reichsregierung werde ich zur Durchführung der mir von dieser erteilten Aufträge folgende Maßnahmen treffen:

1. Die Bevölkerung wird entwaffnet nach Maßgabe meines noch zu veröffentlichenden Befehls.  
2. Die bestehende Volksmarine-division und Volkswacht werden aufgelöst. Bisherige Angehörige dieser Verbände, die nicht die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen, werden abgeköpft. Anstelle der aufgelösten Verbände treten neue Formationen nach meiner Anweisung.  
3. a) Die bisherige Regierung setze ich ab. Eine neue Regierung entwerfend der Zusammenkunft der Landesversammlung richte ich ein.  
b) Den Braunschweiger Arbeiter- und Bauernrat lasse ich auf.

c) Merges, Dertter, Eckardt und der Kular setz ich in Schutzhaft an. Bis über die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens und den Erlass eines gerichtlichen Befehls gegen diese Personen entschieden ist. Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen und die Umstände es erfordern, wird gegen andere Personen in gleicher Weise verfahren.  
Den Umfang meiner militärischen Maßnahmen mache ich von dem Verhalten der bisherigen Regierung und der Bevölkerung des Freistaates Braunschweig abhängig.

Magdeburg, den 16. April 1919.

Gen. Maerder.

Generalmajor und Kommandeur des  
Freiwilligen Landesjägerskorps.

Daß es soweit kommen konnte, ist die Schuld der politischen Drahtzieher, aber auch die des Rates der Volksbeauftragten, der den Treiberen des Merges und seiner Mitläufer nicht mit der nötigen Entschiedenheit begegnet ist. Zum Anstoß gekommen ist schließlich das Vorgehen gegen Braunschweig

durch den Generalstreik

und durch die Schwierigkeiten, in die die braunschweigische Regierung durch die bolschewistische gestellten Hindernisse gekommen war. Es waren dringende Hilferufe aus Braunschweig an die Reichsregierung gelangt, Schutz vor dem Terror zu bieten. Aus diesen Gründen ist der Befehl des Reichswehrministers, Rössle an den General Maerder ergangen, in Braunschweig mit seinem Korps einzutreten. Es ist nicht Aufgabe der Zeitung des Maerderischen Korps, sich in die politischen Angelegenheiten zu mischen, er hat nur seinen Auftrag auszuführen. Auch hat er

der Regierung und der Landesversammlung jede Mühseligkeit angedeutet, mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten. Er hat keine Schwierigkeiten gemacht, als ein Tele-

der Auflösung der Regierung an die Reichsregierung abgehandelt wurde.

Am 12. April wurde der Befehl zum Angriff auf Braunschweig gegeben. Die Vorbereitungen dazu wurden in Magdeburg getroffen, es wurde eine Einweisung Braunschweigs in großen Stil ins Werk gesetzt, und zwar mit einigen Fußtruppenabteilungen des Landesjägerskorps, einer Abteilung Schützen der Garde-Kavallerie-division und der Marinebrigade des Korps Seidow-Vorbed. Der Rest des Landes wurde abgetrennt durch Truppen des 10. Armeekorps, unter denen sich das 10. Jägerbataillon, Teile des Infanterieregiments Nr. 92 und der 17. Infanterie befanden. Die braunschweigische Regierung versuchte am 15. abends um 16. morgens nach telefonischer Anweisung mit General Maerder in Helmstedt zu verhandeln, doch mußte er nach den Bedingungen der Reichsregierung Verhandlungen mit dieser Regierung ablehnen. Es wurde aber, wie bereits bekannt, den Herren eröffnet, sie könnten die Bedingungen in Helmstedt bei der 5. Abteilung einsehen.

In der Nacht zum 17. um 12 Uhr wurde Wolfenbüttel durch Landesjäger aus dem Semmlager unter Hauptmann Schilowski ohne Blutvergießen genommen. Es wurden dort

große Mengen von Waffen und Munition erbeutet, u. a. 30.000 Gewehre und viele Geschütze.

Um 1 Uhr nachts führte ein Panzerzug gegen Braunschweig vor. Es wurde hier alles ruhig gefunden. Durch Patrouillen der Fußtruppen, Kavalleriepatrouillen und Radfahrer wurde dann hier angefahren, aufzuräumen.

Um 2 Uhr nachts rückte der Stab aus Wolfenbüttel ab und traf in Melbörde auf

die Abordnung der Landesversammlung, bestehend aus dem Vizepräsidenten Behrens und den Abgeordneten Rönneburg, Steinbrecher und Müller. Die Herren wiesen darauf hin, daß die von Helmstedt ergangenen Bedingungen den verfassungsmäßigen Bestimmungen des Landes zuwiderläufig und daß die Verfassung des Volksbeauftragten und Landtagsabgeordneten Dertter wegen seiner Immunität als Abgeordneter unantastbar sei. Der Abgeordnete Rönneburg wies insbesondere darauf hin, daß sich Dertter seit dem 1. Februar nichts habe zuschulden kommen lassen, daß er seine Haltung in der letzten Zeit geändert habe und daß er selber von den Kommunisten bedroht werde. Seine Verhaftung würde eine außerordentliche Erregung im Lande hervorrufen und die Konsolidierung der politischen Verhältnisse unmöglich machen. General Maerder erklärte, daß er an dem Befehl, daß Dertter in Schutzhaft zu nehmen sei, festhalten müsse, auch würde eine Zurückhaltung des Befehls bei den Truppen nicht mehr durchkommen. Der juristische Sachverständige des Stabes, Kriegsgerichtsrat Müller, erklärte, daß durch die angeordnete Schutzhaft die Immunität Dertters nicht verletzt werde. Es wurde dann eine Besprechung mit dem Vizepräsidenten der Landesversammlung auf Donnerstag nachmittag 4 Uhr vereinbart.

Dem Korps wurde dann noch eine offizielle Mitteilung von der

Unterminierung des Schlosses gemacht. Es sind beim Nachsuchen tatsächlich einige Minen gefunden worden, die weitere Untersuchung ist noch im Gange. Wie der Nachrichtenoffizier des Korps, Hauptmann Erasmus, in einer Besprechung mit den Vertretern der hiesigen Presse meinte, nehme man die Tatkraft der Unter-

Nach einer weiteren Meldung steht ein Teil der bayerischen Truppen

bereits 10 Kilometer vor München.

Freising und Landsberg sind in den Händen der Regierungstruppen.

München ist augenblicklich das Hauptquartier der militärischen Unternehmung gegen München. In der Stadt finden große Truppenzusammenschüßungen statt. In der Nacht auf Donnerstag ist von Fürth und Nürnberg Artillerie und Infanterie nach Dachau abgegangen.

1. Bamberg, 17. April. (Eigenbericht.) Die Regierungstruppen hatten am Mittwoch mit 1900 Mann Verstärkungen in der Bahnlinie gegen Pasing Fuß gefaßt. Die bisherigen Verluste der Spartakisten werden auf 50 Tote angegeben.

einen solchen Steinkloß wie das Schloß in die Luft zu sprengen, dazu gehört mehr Sachkenntnis und mehr Munition, als die Volksmarine-division zur Verfügung gehabt habe.)

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen machte die Landtagsdeputation dem General die Mitteilung, daß auf einbrüchlichen Erlass der Volksbeauftragten Geschütze und Gewehre abgegeben worden seien und

daß die Regierung zurückgetreten ist, aber auf Veranlassung des Landtags-Ausschusses die Geschäfte weiterführen werde. Es wurde außerdem bemerkt, daß die Bildung einer provisorischen Regierung Schwierigkeiten machen würde.

General Maerder wies auf diesen Einwand darauf hin, daß er dann gemäß dem Befehl der Reichsregierung die Regierung selbst führen werde. Es wurde dann eine

Besprechung mit dem Neumeraustausch des Landtages und dem General auf Donnerstag nachmittag 4 Uhr anberaumt. Die Abordnung erhielt die Erlaubnis, mit der Reichsregierung in Weimar in Verbindung zu treten.

## Der Kellerten-Ausschuß

an die Reichsregierung.

Das bringende Telegramm, das der Kellerten-Ausschuß nach diesem ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen an die Reichsregierung gerichtet hat, lautet:

General Maerder verfügte: „Bisherige Regierung setze ich ab. Neue Regierung entsprechend Zusammenfassung der Landesversammlung richte ich ein.“ Absetzung ist ungesetzlich. Neue Regierung, auch vorläufige, kann nur von Landesversammlung gewählt werden. Volksbeauftragte Auftrag Landtags-Ausschuß zur Verfügung stellen, führen Geschäfte in dessen Einvernehmen weiter. Eingriff in bundesstaatliche Rechte unzulässig. Fordern sofortige Aufhebung dieser Verfügung.

General Maerder antwortete, Landtagsabgeordnete Dertter, Eckardt in Schutzhaft zu nehmen. Wir legen einmütig Verwahrung gegen solche Verhaftungen. Sie verstoßen gegen Verfassung. Gefährden Immunität der Abgeordneten und sind politisch bedenklich und unerwünscht.

Weiter General auf löste Arbeiter- und Bauernrat. Dieser unbefugte Eingriff verstößt gegen unsere Verfassung. Wir bitten Verfügung als ungültig aufzuheben.

General ordnete verschärften Belagerungszustand. Erbitten Milderung, um Wirtschaftslieben möglichst wenig zu leiden. Stände gerichte ungerechtfertigt.

Bevölkerung sehr ruhig, jedoch besonders Arbeiter- und Bauernschaft durch Militärdiktatur erregbar. Vermittlung der Volksbeauftragten beilegte General-Kreis. Ermöglichte kampflösen Einzug der Truppen. Dauernde Ruhe nicht durch Diktatur, sondern nur durch geschicktes Vorgehen zu erzielen. Ausweisung gewünscht, daß General nur in Einvernehmen mit Kellerten-Ausschuß handelt, der Landesversammlung vertritt. Erbitten sofortige Unterredung, um Verhältnisse zu klären.



den dabei abgefaßt und gaben an, gegen Bezahlung zu ihrem Vorhaben angestiftet worden zu sein. Daraufhin wurden die Herren Oberleutnant d. Res. Rechtsanwalt Dr. Schulz, Königsdorf, Siedentop, Korezki und Brakebusch in Haft genommen und von der Streifleitung nach dem — dem Staat gehörigen — Kreißgefängnis auf dem Kennelberg gebracht. Sie sind aber halb wieder entlassen worden und haben selbstverständlich nicht vor, sich diesen Eingriff in ihre persönliche Freiheit von irgend einer Behörde, die sich neben der Regierung auftritt und sich irgendwelche Rechte an der Person anmaßt, gefallen zu lassen.

In einer Wirtschaft in der Schöppenstedterstraße saßen am Montag abend eine Reihe von Herren beisammest, als plötzlich sechs Matrosen der Volksmarinedivision eintraten und einen von ihnen aufforderten, mitzukommen. Als dieser sich bereits anzog, musterte einer der Matrosen, wie uns berichtet wird, die an der Wand hängenden Ueberzieher und fragte plötzlich, auf einen Mantel zeigend: „Wem gehört dieser Mantel hier?“, und als der Besitzer sich meldete: „Dann müssen Sie mit!“ Der erst Verhaftete durfte gnädigst zurückbleiben. Auf die Frage, was man denn von ihm wolle, bekam der also Inhaftierte die Antwort, daß werde er schon noch hören auf dem Schloß. Auf seine entschiedene Verwahrung, von sechs Matrosen begleitet zu werden, zogen sich fünf von ihnen zurück. Im Schlosse stellte sich dann bei der Vernehmung durch den Wachthabenden heraus, daß einer der Matrosen hinter den Herren auf der Straße hergegangen war, ihr Gespräch, das sich gegen den Unfug wendete, Singsens mit Waffen zu versehen, gewendet hatte, belauscht und auf sich bezogen hatte. Als der Inhaftierte erklärte, daß er den Matrosen gar nicht gesehen habe, und daß sich das Gespräch nicht auf diesen bezogen hätte, erklärte dieser gnädigst, daß er dann keinen weiteren Antrag stellen wolle, worauf der Wachthabende zu dem Herrn sagte: „Machen Sie, daß Sie rauskommen!“ Erst als dieser sich gegen den Ton verwahrte, lenkte er ein.

\*

### Auswärts.

Wenn man in der Zeit der Funkentelegraphie derart von der Außenwelt abgeschnitten ist, daß man sich lediglich auf die Wahrheitsliebe des

Braunschweiger Volksfreund und die Behauptungen Augusts des Einzigen, genannt König Bra-marbas, verlassen muß, um die politische Lage überblicken zu können, wird man den Wunsch nach einem anderen festen Punkt, von dem aus man einen Rundblick auf die Welt draußen werfen kann, begreiflich finden, womit nicht gesagt sein soll, daß Augusts Behauptungen und des Volksfreundes



Wahrheitsliebe nicht etwa keine festen Punkte seien, allerdings feste Punkte, die dem Strohhalme verzweifelt ähnlich sehen, an den sich der Ertrinkende zu klammern sucht. Als der Arbeitsplan für die Streiktage — eigentlich eine *contradictio in adjecto* (ein Widerspruch in sich selbst) — in der Redaktionskonferenz besprochen wurde, ward mir der ehrenvolle Auftrag zuteil, die Fühlung mit der Außenwelt aufzunehmen und nutzbar zu verwerten. (Die „Aufnahme“ dieser Fühlung ist der angenehme, die Ruhbarmachung der streikwidrige Teil der Aufgabe.) Zur Lösung der mir gewordenen Aufgabe war zunächst ein eingehendes Studium der Möglichkeiten nötig, die die Aufnahme von Beziehungen mit benachbarten Kulturzentren gestatten. Ein mit Gepäckstücken beladener Reisender, der über die Broikemerstraße strich und auf Broikem zustrebte und der mir bei meinem Retagnoszierungsritt ins Fliegerviertel auffiel, belehrte mich, daß irgendwo in der Umgebung Braunschweigs eine Fortkommensmöglichkeit vorhanden sein müßte. Von einem Herrn, der drei schwere Koffer schleppte und schon deshalb mein Mitgefühl erweckt hatte, erfuhr ich denn durch ein ohne Förmlichkeit inszeniertes Gespräch — die süddeutsche Demokratie hat glücklicherweise jetzt auch in Braunschweig schon seine Anhänger gefunden, ein Erfolg der Revolution, den ich als den erfreulichsten verbuche —, daß Groß-Gleibingen im Zugverkehr mit den Nachbarstädten Hildesheim und Hannover stehe. Diese Verbindung mit auswärts mußte ausgenutzt werden! Desselben Gedankens war aber auch schon das Hagemannsche Fuhrgeschäft gewesen, das zwischen hier und Groß-Gleibingen einen Omnibusverkehr eingerichtet hatte. Für 5 Mark jeden Weg konnte man nach Groß-Gleibingen, wo sich die Bahulinien von Braunschweig nach Hannover und Hildesheim trennen, hin und von dort her fahren. Auch andere Fuhrgeschäfte hatten aus der Not der Zeit eine Tugend gemacht und einen regelrechten Pendelverkehr zwischen hier und dem 9 Kilometer entfernten Groß-Gleibingen eingerichtet, der wie der Hagemannsche stark benutzt wurde. Dort herrschte insolgedessen täglich ein Verkehr, wie ihn Groß-Gleibingen wohl seit seinem Anschluß an das Weltverkehrsnetz noch nicht gesehen hatte. Der dortige Gastwirt meinte auch, so könnte die Geschichte seinetwegen bleiben.

Zunächst versuchte ich mit Hildesheim Verbindung aufzunehmen. Da aber ein passender Zug gerade an diesem Tage nicht fuhr, weil die Kohlen ausgegangen waren, mußte ich mich für Hannover entschließen, wohin zu gelangen nach der Versicherung des Fahrdienstleiters in Groß-Gleibingen im Laufe eines Nachmittags möglich sei. Man mußte eine dreigliedrige Kette von Pendelzügen benutzen, um nach Hannover zu gelangen, d. h. es war in Peine und in Lehrte umzusteigen.



In Lehrte fand ich noch Platz in einem Bremserhäuschen, wurde dort aber herausgeholt und in ein Abteil vierter Klasse gesteckt, in dem dadurch für mich Platz gemacht wurde, daß ein Junge sich unter die Sitzbank legte. In demselben Abteil hatten auch zwei Reisende Platz gefunden, die in Braunschweig bei Ausbruch des Streiks zu unfreiwilligem Aufenthalt verurteilt waren und nun, da sich des Gewaltstreiks Ende nicht absehen ließ, die erste beste Gelegenheit benutzten, um von Braunschweig fortzukommen. Natürlich schimpften die Herrschaften was das Zeug halten konnte über Braunschweig und Braunschweiger Verhältnisse, vor allen Dingen aber über die Langmut der Bürger, die sich den August Merges schon so lange hätten gefallen lassen. Als die zum größten Teil aus Arbeitern bestehende Belegschaft des Wagens die Worte „Merges“ und „Braunschweig“ fallen hörte, da wurde es erst interessant. Zunächst bedauerte man die beiden Reisenden, die die Braunschweiger Luft mehr wie sie wünschten zu atmen bekommen hatten, erkundigte sich nach der Zahl der eingeschlagenen Schaufenster und geplünderten Läden, und ob es wahr sei, daß seit einigen Tagen jegliche Lebensmittel fehlten. Die Herrschaften wußten nichts dergleichen zu bestätigen, erzählten aber recht lebhaft von einem Meinungsstreit, der zwischen Dertter, Merges und Eichhorn über Zweck und Ziel des Generalstreiks entstanden sei. Eichhorn habe dabei die Rolle des Streikgegners, Dertter die des Mannes, der sich zwischen zwei Stühle gesetzt hat, und Merges die des August gespielt, der von nichts wußte und die Vorstellung nur anstelle des am Erscheinen behinderten Birkusdirektors eröffnet habe. Wer dieser Direktor sein soll, das konnte ich aus dem Gespräch nicht entnehmen. Auch von einem weiblichen russischen Arzte, der im Schlosse hause, um dort die Funktionen des Generalarztes der Streikleitung auszuüben, wußten die Fremdlinge zu erzählen, und von vier Matrosenleichen, die in der Schloßhalle aufgebahrt seien, und zwar so, daß sie jedermann, der das Schloß betrete, sehen müsse. Die Arbeiter horchten und staunten und schließlich machten sie ihrer Meinung über die Arbeiterpolitik eines August Merges in so erbitterter Weise Lust, daß ich — und das will viel heißen — das Schneiderlein aufrichtig bedauerte, aber auch wünschte, August müßte es hören, wie seine Klassen- und Standesgenossen außerhalb Braunschweigs über ihn urteilen. Die Stimmung unter ihnen ist weit aufgebrachter — es fällt mir augenblicklich kein besserer Vergleich ein —, als die der Braunschweiger Beamenschaft gegen einen hohen Kommunalbeamten der Stadt, der den Wert und Zweck des Bürgerstreiks nicht begreifen wollte und damit der Streikleitung Wasser auf ihre Mühlen lieferte.



Als die Braunschweiger Flüchtlinge dann noch erzählten, August Merges habe den Braunschweiger Arbeitern mitgeteilt, in Hannover sei der Generalstreik ausgebrochen und es werde dort die Ausrufung der Räterepublik erwogen, da brauche ein solcher Heiterkeitssturm durch den Merkerklassenwagen, daß man sich festhalten mußte. Das sei gelogen und erfunden, und so dumm seien die Arbeiter in Hannover nicht, daß sie auf den Braun-

schweiger Spartakisten-Reim tröchen. Die Spartakuben — oder hatte ich mich verhört, sagten sie nicht die Votokuben? — aus Braunschweig hätten sich schon mehr als einmal eine herbe Absuhr in Hannover geholt, so auch diesmal bei der von ihnen dort angezettelten Generalstreikbewegung. In Hannover geben sich überhaupt keine vernünftigen Arbeiter für die Ausführung solcher verschrobenen Pläne her und dabei bleibe es.

Wirklich, es machte Spaß, als Unbeteiligter und Unbefangener diese Meinungsäußerung anzuhören und wenn es für uns Braunschweiger auch nicht gerade schmeichelhaft ist, wie man uns außerhalb der Landesgrenze beurteilt, so ist es doch lehrreich und gewährt die Zuversicht, daß die gesunde Vernunft, die sich die Arbeiter anderwärts bewahrt haben, doch noch die Oberhand behalten wird.

In Hannover war alles ruhig, die im Helm diensttuenden Soldaten der Bahnhofswache gehören dem regulären Militär an und ihre Anwesenheit auf dem Bahnhof erweckt keinerlei Gefühl der Beunruhigung. Das Leben und Treiben in der Stadt, dem die zahlreichen Militärpersonen mit den neuen Rangabzeichen und der Reichsfarbe — man sieht keine rote oder rot übermalte Kokarde, wie in Braunschweig — ein besonderes Gepräge geben, erinnert in keiner Weise an revolutionäre Zustände, und überall herrscht Ordnung. Auf den öffentlichen Gebäuden sieht man keine roten Fahnen und man vermißt mit großer Genugthuung jene provokatorische Geste, die eine gewisse Sorte von Politikern im Braunschweiger Verkehrsleben gewöhnlich hervorkehrt.

Aus den Zeitungen konnte ich lesen, daß alles, was man uns in Braunschweig in den Streiktagen an Nachrichten über die politischen Zustände im Reich im Volksfreund zu verkriechen gewagt hat, milde ausgedrückt erfunden und übertrieben, geradeheraus gesagt erlogen war.

Reichlich mit Zeitungen aus den letzten Tagen versorgt, trat ich am anderen Tages in der Frühe die Heimreise an und der Sagemannsche Omnibus brachte mich wieder in die Merkerresidenz, in der die Starrköpfigkeit einer recht einseitig orientierten politischen Richtung immer noch Trümpfe auszuspielen versuchte, weil sie ihr Spiel nicht verloren geben will und weil sie das Verlangen der Zeit, die uns arbeiten heißt, aus Parteirücksichten überhören zu müssen meint. Wer nicht hören will, muß fühlen! Möge diese Erkenntnis nicht zu spät kommen! —ff.



# Verlagung des Landtags.

Sitzung vom 11. April.

Zu Beginn der Sitzung machte der Präsident, Dr. Jassver folgende Ausführungen: Der Ältestenausschuß ist der Meinung, daß mit Rücksicht auf die gesamte Lage ein sachliches Verhandeln kaum möglich sein wird und schlägt Ihnen aus diesem Grunde vor, im Einvernehmen mit dem Finanzausschuß nur Punkt 2a der heutigen Tagesordnung zu erledigen. Dieser Punkt lautete auf

Bereitstellung von Mitteln für die Unterhaltung der Volkswehr usw.

Es soll auch wegen der Kürze der Zeit im Einvernehmen mit allen Parteien so verfahren werden, daß ich kurz angebe, um was es sich handelt. Es wird vorgeschlagen, für jede Woche rund 300 000 Mark Ausgaben bereit zu stellen, und diese Mittel sollen in der Weise bewilligt werden, daß Sie die Mittel dem Ältestenausschuß und dem Rat der Volksbeauftragten zur Verfügung stellen.

Im übrigen schlägt der Ältestenausschuß vor, heute von einer sachlichen Verhandlung abzusehen, vielmehr

das Haus zu vertagen

und während der Vertagung einen Ausschuß mit der Wahrung der Rechte und Machtbefugnisse des Landtages zu betrauen, so wie das nach der neuen Landschaftsordnung möglich war. Dem Präsidenten bleibt es überlassen, Zeit, Ort und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. Die Landesversammlung beauftragt den Ältestenausschuß, die Geschäfte zu führen und sie zu vertreten in dem Umfange des § 32 der neuen Landschaftsordnung.

Diese Vorschläge wurden vom Hause einstimmig angenommen. Darauf ging die Versammlung auseinander.

Die Beantwortung einer Interpellation von demokratischer Seite wurde „geschäftsordnungs-gemäß“ vertagt.

Zu der Bewilligung der oben erwähnten 300 000 Mark wöchentlich erfahren wir gegenüber der in der Tagesordnung und auch in den Ausführungen des Präsidenten gemachten unvollständigen Angabe, die sich auch der „Volksfreund“ zu eigen gemacht hatte, daß es sich um folgendes handelt: Bewilligt ist insgesamt der Betrag von einer Million Mark, wovon der Rat der Volksbeauftragten wöchentlich von Fall zu Fall bis zu 300 000 Mark aussetzen kann, und zwar für folgende Zwecke: Volkswehr, Lazaretttruppe, Abrechnungsstelle des 10. Armee-korps, Beamte, Sea 7, St.-Kompagnie, Kapitulanten. Für die Volkswehr und Matrosendivision sind 110 000 Mark vorgesehen, wovon auf die Volksmarinedivision 28 000 Mark, und auf die Volkswehr 82 000 Mark kommen.



*R. Landow. N. 98 vom 17. April 1919*

## Quousque tandem . . . ?

So steht es geschrieben im ersten Buch der Könige unter dem zwölften Kapitel: „Mein Vater hat auf euch ein schweres Joch geladen, ich aber will das noch mehr über euch machen. Mein Vater hat euch mit Peitschen gezüchtigt, ich will euch mit Skorpionen züchtigen.“ So ungefähr ist für die Arbeiterschaft und den Mittelstand der Unterschied zwischen dem kaiserlichen Gottesgnadentum und den Segnungen, die uns die Rätherrschaft der Bolschewisten verheißt, die an die Stelle der erstürmten Zwingburg eine weit stärkere Zwingburg setzen wollen: die lückenlose Diktatur des Proletariats, das heißt die Herrschaft einzelner aus dem Proletariat.

Der Bolschewismus, hervorgegangen aus politischem Irrwahn und russischen Großmachidebanen, ist eine geistige Massenerkrankung wie vor Zeiten des Flagellantismus. Die Flagellanten glaubten der himmlischen Seligkeit theilhaftig zu werden, wenn sie ihren eigenen Körper durch Rutenhiebe zerfleischten; die bolschewistischen Kommunisten suchen die irdische Seligkeit auf demselben Wege zu erreichen. Denn was ist es weiter als Rutenhiebe auf den eigenen Körper, wenn ein Volk die Arbeit niederlegt, um einem politischen Irrthum nachzujagen! Früher hieß der Menschenfluch: Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brod essen! — Heute lautet er für Deutschland: Arbeite nicht und laue am Hungertuch, damit ein paar politische Phantasten dem deutschen Volke das Grab schaufeln können!

Wir reden nur von den überzeugten Kommunisten, in denen die nichtkommunistische Arbeiterschaft und das Bürgertum politische Gegner zu sehen haben, nicht von den lichtscheuen Deuten der Großstädte, die sich nicht aus politischer Ueberzeugungstreue, sondern aus niederen Instinkten um die spartakistischen Kämpfer scharten. Mit diesen hat sich das Geseß zu beschäftigen, aber politischen Gegnern wollen wir sagen, daß der Kommunismus schon unter der ersten Christengemeinde seine Unhaltbarkeit bewies, und daß seine Theorie von der Gleichheit aller Staatsbürger niemals schlagender widerlegt worden ist als in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts in



China. Dort hat vor mehr als acht Jahrhunderten unter dem anfänglichen Jubel der unterdrückten Bevölkerung der Staatsmann Wang-San-Che fünfzehn Jahre lang an einer Sozialisierung im kommunistischen Sinne gearbeitet. Er war ein Idealist, der alle Verbrechen und alle sozialen Uebelstände auf die wirtschaftliche Ungleichheit der Staatsbürger zurückführte. Wie alle Kommunisten der späteren Jahrhunderte übersah auch er die Tatsache, daß sich die geistige Veranlagung der einzelnen Menschen nicht staatlich abstempeln läßt wie ein kommunistisches Manifest; und so wich der anfängliche Jubel Heulen und Zähneklappern. Der staatliche Wohlstand wurde verdrängt durch die Verelendung der Massen, weil unter dem Gesetz von der gleichen Besoldung aller der Antrieß zur harten Arbeit fehlte. Noch viel katastrophaler endeten die kommunistischen Versuche in der großen Revolution der Franzosen. Heute weiß die aufgeklärte Arbeiterschaft, daß der Kommunismus nur dann von der schönen Theorie in die nüchterne Wirklichkeit umgesetzt werden könnte, wenn alle Menschen Engel wären, wenn auch nicht einer den Gang zum Bösen und zur Faulheit hätte; wenn alle gewillt wären, nur gutes zu tun und zu denken und unermüßlich Geist und Hände zu rühren, um den staatlichen Reichtum und somit den eigenen Wohlstand zu vergrößern. Heute weiß die aufgeklärte Arbeiterschaft auch, daß nicht die Reden politischer Führer die Tauglichkeit wirtschaftlicher Systeme beweisen können, sondern geschichtliche Tatsachen; und die Weltgeschichte beweist uns, daß der Kommunismus immer nur den Zusammenbruch des Volkes, insonderheit der Arbeiterschaft, herbeigeführt hat. Hier stehen wir vor geschichtlichen Tatsachen, dort, bei den Tribünen der kommunistischen Führer, nur vor Nebenarten. Und wie hat hier so oft die Nebenart zur geschichtlichen Wahrheit im Widerspruch gestanden! Sie, Ineicht war Millionär! Warum hat er nicht als erster seinen Reichtum unter die Massen verteilt, denen er nicht nur von der Gleichheit der Persönlichkeit, sondern vor allem von der Gleichheit des Besitzes rebete?

Wir wollen nicht an der politischen Ueberzeugungstreue des Herrn Merges zweifeln, wir



wollen annehmen, daß er die Verwirklichung des Kommunismus für möglich hält. Aber auch er kann naturgemäß nur mit Schlagworten und nicht mit geschichtlichen Tatsachen aufwarten, denn wäre es anders, dann müßte er seine eigene Theorie bekämpfen und seine Zuhörer warnen, dem kommunistischen Irrwahn noch weiter nachzujagen. Eine Ueberzeugungstreue dieser Art bringt uns aber nicht über die Tatsache hinweg, daß die Politik des Herrn Merges und seiner Anhänger dem braunschweigischen Land schon mehr Geld gekostet hat als ein herzoglicher Hofstaat während der ganzen Regierungszeit eines Fürsten von einst. Diese Zustände sind schlimmer als in der französischen Revolution die Assignatenwirtschaft, über deren entsetzliche Folgen wir demnächst Herrn Merges und seinen Gesinnungsgegnossen ein Privatissimum zu lesen gedenken, um die Assignatenwirtschaft mit der Politik des Generalstreiks zu vergleichen.

Das Land Braunschweig und mit ihm das ganze deutsche Volk sieht in Herrn Merges auch die treibende Kraft, die den Generalstreik über Braunschweig brachte, einen Streik, dem leider auch Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Mit seinem Namen zwar ist Herr Merges nicht hervorgetreten, wie man sich überhaupt vergeblich nach der Souveränität der Streikleitung umseh, die ihre öffentlichen Plakate auch nicht mit einem Namen unterzeichnet hatte. Dies und das wurde öffentlich befohlen, und der Befehl trug immer nur die eine Unterschrift: Die Streikleitung! Ja, wer war denn diese Streikleitung? Da könnte sich ja eines Tages irgend ein grausamer Witzbold den blutigen Scherz erlauben, öffentliche Befehle an die Häuserwände und Plakatsäulen zu kleben, und das Volk müßte des Glaubens werden, daß es diesen Befehlen zu gehorchen hat! Das Volk ist aber nicht gewöhnt, namenlosen Anschlagzetteln Folge zu leisten; es ist gewöhnt, der Regierung zu gehorchen! Und wo war die Souveränität der Regierung in den Tagen des Generalstreiks? Verzeihung: Wo? Die Streikenden — wir reden nicht von den Streikenden wider Willen — hatten Staatseigentum in ihren Händen. Sie jagten mit Automobilen, die sie sich angeeignet hatten, durch die Straßen, mit Fahrzeugen, über die bekanntlich — oder



nicht bekanntlich? — die Organe der Regierung zu wachen haben. Wir halten es aus diesen und anderen Gründen für die allerhöchste Zeit, daß endlich einmal das Verhältniß der Regierung zur Volkswehr und zur Matrosendivision geklärt wird, die bekanntlich — oder wieder nicht bekanntlich? — von Staats wegen bezahlt werden. Wie war es möglich, daß die Volkswehr für die namenlose Streikleitung den Postendienst übernahm? Wie kam die Streikleitung ins Schloß? Wie sind diese Zustände überhaupt denkbar, wenn Streikleitung und Regierung zwei verschiedene Dinge sind? Wo war die Souveränität der Regierung.“ Verzierbild: Wo??

Wahrhaftig, das braunschweigische Volk forbert wenig. Es will nichts weiter als Frieden, Arbeit und Brot, und das ist beim Himmel das Mindeste, was es verlangen kann. Wenn aber eine namenlose Streikleitung über den Kopf der Regierung hinweg dem Volke Befehle erteilen kann, wenn jeder Schutz der Reichs- und Staatsbehörden unterbleibt, wenn Tausende wider ihren Willen zur Arbeitseinstellung gezwungen werden können, dann sind wir kein regiertes Volk mehr, sondern stecken mit beiden Beinen im Sumpf der Anarchie.

Jeder aufrichtige Staatsbürger würde dem kommunisrisus Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn seine Anhänger nicht, wie jene Flagellanten von einst, sich und andere zerfleischten. Was hat denn der Generalfreil erreicht? Den Wohlstand Braunschweigs hat er geschädigt, sofern man noch von einem Wohlstand reden kann. In einige Familien hat er Elend gebracht, und — wie jeder Generalfreil in dieser Zeit — hat er dazu beigetragen, den Frieden mit den Feinden in Frage zu stellen. Dieser Sturmflut kann die braunschweigische Regierung nur dann einen Damm entgegensetzen, wenn sie mit beiden Händen zupackt. Mit Flugzetteln, Protesten und Beschwichtigungszreden wird nichts erreicht, gar nichts! Die Arbeiterschaft Braunschweigs weiß in ihrer überwiegenden Mehrheit bereits, wohin sie mit samt dem Bürgertum gerät, wenn sie politischen Führern wie Herrn Merges nachläuft, denen wir es verdanken, daß die Reichsregierung mit Rücksicht auf die Interessen des ganzen deutschen Volkes



trotz aller früheren Verständigungsversuche kein anderes Mittel mehr wußte, als den militärischen Zwang. Die braunschweigische Regierung muß nunmehr Herrn Merges und seinem Anhang die Frage stellen, mit der sich einst Cicero an Catilina wandte: Quousque tandem, Catilina, abutere patientia nostra? Wie lange willst du, Catilina, unser Geduld noch mißbrauchen? — Das mag sie in ihrem eigenen Interesse tun und im Interesse der von ihr vertretenen Wirtschaftspolitik; denn die Geduld des braunschweigischen Volkes ist dem Ende nahe. Schielt nicht nach rechts aus Angst vor einer reaktionären Gegenrevolution, an die kein Vernünftiger denkt, sondern blickt nach der äußersten Linken und bahnt euch mit Kraft den Weg zum Ziel, ihr Volksbeauftragten, damit nicht eines Tages, wenn auch naturgemäß in anderem Sinne, an euch die Frage gestellt wird: Quousque tandem — —?

## **Landesarbeiterrat und Streit.**

**Die politische Lage. — Die Landesverfassung. — Ernährungswesen. — Rücktritt der Reichsregierung. — Freiwilligenkorps. — Bündnis mit dem Sowjet-Rußland.**

Am Sonnabend war auch der Landesarbeiterrat zusammengetreten, um Stellung zu den politischen Vorgängen im Lande zu nehmen. Die Mitglieder hatte man im Auto aus allen Teilen des Landes zusammengeholt. Ursprünglich war die Sitzung für Freitag vorgesehen gewesen, doch waren die Vertreter aus Göttingen und Gandersheim noch nicht eingetroffen. Am Sonnabend war die Versammlung ziemlich vollständig beisammen, es fehlten nur noch die Mitglieder aus Thedinghausen, Vorsfelde, Wieda und Rorae.

Der Vorsitzende des Volksrates, Paul Funke, erstattete

### **Bericht über die politische Lage.**

Die Arbeiterschaft sei zu der Erkenntnis gekommen, daß die Regierung zwar die politische Demokratie einführe, aber nicht die wirtschaftliche. Das hätten jetzt auch die rechtsstehenden Genossen eingesehen. Die Bewegung in Braunschweig sei ein Teil des Kampfes im Reich. Der Volksrat sei wegen der acht Forderungen der Streikenden mit der Landesversammlung in Verbindung getreten; diese Forderungen seien in der Landesversammlung zur Vorberatung einem Ausschuss überwiesen. In der Sitzung habe der Volksrat ausgedrückt, daß auch, wenn die Bewegung wieder niedergelämpft werden sollte, das noch kein Beweis dafür sein könne, daß die Bewegung wirklich für immer befeitigt sei.

Kresse aus Leindorf (H. G.) wandte sich gegen den neu aufgerichteten Militarismus. Der Redner schlug vor, die Verfassung zurückzuziehen, da es ein un-



mbaliches Verlangen sei, von der Landesversammlung deren Annahme zu erwirken. Die Landesversammlung würde sich ja damit selbst anhängen. Anstatt dieser Verfassung solle dem Landtage die programmatifche Erklärung vorgelesen werden; besonders sollen in dieser die Punkte herausgeschält werden, die die Abgrenzung beider Körperchaften gegeneinander betreffen. Der Medner sprach dann weiter zu den acht Forderungen.

Es wurde darauf beschlossen.

die Verfassung im Landtage zurückzuführen

und anstatt dieser Richtlinien ausarbeiten, die auf Grund der in der ersten Sitzung des Landesarbeiterrats angenommenen programmatifchen Erklärung die Tätigkeit beider Parlamente abgrenzt.

Genehmigt wurde auch der zweite Punkt der Forderungen an den Landtag, die sofortige Vorbereitung der Sozialisierung durch Einsetzung von Betriebsräten. Wie der Vorsitzende Punkt mitteilte, befindet sich ein entsprechender Gesetzentwurf schon beim Landtag in Vorbereitung.

Preuß (Soz.) nahm an, daß durch diese Forderung nur die Arbeit des Landtags gefördert werden soll, da doch ein Gesetzentwurf schon im Landtag in Arbeit sei.

Vorsitzender Punkt stimmte dem bei. Man wolle aber auch, daß die Kohlen- und Kaliberwerke so schnell als möglich sozialisiert werden.

Bretschneider (Z.-B.-V.) unterstützte die wirtschaftlichen Gleichstellung. Die Beamten- und Angestellten dürften nicht unter die Arbeiter gestellt werden.

Herrmann (U. S.): Wenn man den Beamten in einem großen Werke ebenso viel Löhne gibt wie den an Zahl mehrfach überlegenen Arbeitern, so sei das keine Gleichstellung mehr.

Sohn (Dem.): Die Beamtenschaft stellt sich auf den Boden der Betriebsräte.

Vorsitzender Punkt führte dann aus,

wie man sich die Forderungen im Ernährungsweisen denkt.

Man müsse dann übersehen, die Zwangsmaßnahmen wesentlich auszubauen. Die Ortsarbeiterräte müßten bei der Erfassung der Produkte mit herangezogen werden, denn an der Quelle müßten die Produkte herangezogen werden, wenn man die Kontrolle nicht verlieren wolle. Auch der Volksbeauftragte für Ernährung sei mit dem Ausbau der Ortsarbeiterräte als Kontrollinstanz einverstanden.

Auch dieser Punkt wurde darauf aufgehoben.

Zu dem Antrag, die Landesversammlung solle die Forderung nach dem Rücktritt der Reichsregierung unterstützen, betonte Preuß (Soz.), daß keine Partei diese Forderung noch nicht ohne weiteres unterschreibe. Er möchte den Punkt so formuliert sehen: Rücktritt der bestehenden Reichsregierung und sofortige Bildung einer rein sozialistischen Regierung. So könne man ohne das Gleichgewicht von rechts in der Reichsregierung den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen.

Weybold (U. S.): Wir müssen fordern, daß die Reichsregierung verschwindet, die sich den politischen Verhältnissen nicht anpassen könnte. Sie muß durch energische Männer ersetzt werden.

Proffe (U. S.) trat dafür ein, zu sagen: Beilegung der Reichsregierung und Ersetzung durch eine wirklich sozialistische Regierung.



Peters (Dem.): Man kann sehr wohl den Wunsch haben, daß dieses oder jenes Mitglied der Reichsregierung zurücktreten soll. Für Rücktritt der ganzen Regierung würde ich nicht stimmen.

Preuß (Soz.) wandte sich gegen den Ausdruck „wirkliche“ Sozialisten.

Kroße (U. S.): Das Wort „wirklich“ soll nicht den Sinn haben, den man drüben hineinlegt. Ich habe schließlich nichts dagegen, wenn das Wort fällt.

Koch (U. S.) trat dafür ein, die Nationalversammlung neu zu wählen: sie würde dann eine sozialistische Mehrheit haben. Dann würde ohnehin eine neue Regierung gebildet.

Der Antrag Preuß wurde darauf gehen die vier Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Angenommen wurde auch die Forderung der Abschaffung sämtlicher Freiwilligenkorps. Die Sozialisten erklärten, dieser Forderung zustimmen zu müssen.

Peters (Dem.) versprach sich davon nichts.

Säcker (Z.-B.-B.): Die Freiwilligenkorps sind aufgebaut als Damm gegen den Bolschewismus. Wenn wir die Reichswehr haben, verschwinden die Freiwilligenkorps ohnehin.

Suhn (Dem.): Ich verdamme jedes Blutvergießen, aber jede Regierung muß sich auf eine Macht stützen. Sollten die Korps den Zweck haben, den Kapitalismus zu stützen, so verurteilen wir dieses auch. Ich werde mich der Stimme enthalten, will damit aber nicht für die Freiwilligenkorps eintreten, wenn sie Blutvergießen anrichten.

Preuß (Soz.) sprach sich für die Schaffung eines Volksheeres nach dem Erfurter Programm aus.

Auch diese Forderung wurde darauf angenommen; ebenso die Forderung nach einem Abschluß eines Bündnisses mit der russischen Regierung. Gegen diese Forderung waren die vier Bürgerlichen. Eine Aussprache über diesen Punkt wurde aber nicht für nötig befunden.

Vorsitzender Anule machte darauf einige Ausführungen über den

#### Etat.

Die Landesversammlung werde in dieser Zeit mit den ihr bewilligten 85 000 Mark lange nicht auskommen; so werde auch der Landesarbeiterrat mit den ihm bewilligten 30 000 Mark nicht auskommen. Für Sitzungsgelder müsse man allein 61 000 Mark rechnen. Einen genauen Etat könne man nicht aufstellen. Nach dem Ueberschlag habe man 200 080 Mark angefordert. Natürlich wurde das als reichlich hoch angesehen und wir zur Sparsamkeit ermahnt. Man dürfe beim Sparen aber nicht bei den Gehältern anfangen. Einbeariffen in diesen Etat seien noch nicht die Reiseelder. Der Etat zeige an einzelnen Posten für Personal 48 060 Mark, für Zeitungen, Drucksachen, Inserate 38 000 Mark, Unterhaltungskosten für Gebäude 5000 Mark. Dazu kommen dann noch die Gehälter des Vollausrates, die dieser natürlich nicht feststellen konnte. Der Landesarbeiterrat hat beim Landtag einen Kredit von 160 000 Mark angefordert.

Der Etat und die Gehälter des Vollausrates (750 Mark monatlich) wurden darauf angenommen.

Dann wurden die

#### Richtlinien über die Ortsarbeiterräte

beraten.

In diesen heißt es: Nach der vorläufigen Ver-



fassung sind die Ortsarbeiterräte im Rahmen ihres Wirkungskreises mit der Ausübung der Staatsgewalt betraut. Sie haben die Durchführung der sozialistischen Revolution zu überwachen und die Sozialisierung durchzuführen. Insbesondere steht ihnen das Recht des aufschiebenden Einspruchs gegen Beschlüsse der Gemeindevertretungen zu.

Unter den Zwecken und Aufgaben der Ortsarbeiterräte heißt es, daß der Ortsarbeiterrat in der Gemeinde die revolutionäre Gewalt bildet. Er habe unausgesetzt dahin zu wirken, daß in der Gemeinde an die Stelle des vielfach noch bestehenden Klassenrechtes das reine Volkswohl tritt. Die Interessen der Masseinheit müßten zur Richtschnur in der Gemeinde werden. Die Ortsarbeiterräte sollen die Vertrauensmänner des Volkes sein, bei denen alle Wünsche Anregungen und Beschwerden der Arbeiter anzufringen sind. Der Ortsarbeiterrat hat das Recht zur Kontrolle der Gemeindeverwaltungen und das Recht in den Städten den Bürgermeister und Magistratsbeamten, die wichtige Geschäftszweige leiten, Beiaordnete beizufügen. Außerdem kann ein Vertreter des Ortsarbeiterrats in den Sitzungen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlungen mit beratender Stimme teilnehmen. Die Kontrolltätigkeit der Arbeiterräte erstreckt sich auf die Gemeindeverwaltungen. Es ist besonders darauf zu sehen, daß die Steuerveranlagung streng gerecht behandelt wird. In Ausübung seiner Befugnisse hat der Ortsarbeiterrat das Recht, Einblick in die Finanzverwaltung der Gemeinde zu nehmen, bei der Aufstellung des Etats mitzuwirken. Ihnen ist ferner Einblick in die Steuerveranlagung zu geben.

Die Arbeiterräte haben bei der Lebensmittelversorgung mitzuwirken; sie haben um die reichliche Erfassung der Lebensmittel bemüht zu sein. Sie entscheiden mit über die Abgabe von Vieh und anderen landwirtschaftlichen Produkten. Es steht ihnen das Recht der Nachforschung nach zurückgehaltenen Produkten zu. Sie haben weiter bei der Lebensmittelverteilung und der Preisfestsetzung mitzuwirken. Zu den Aufgaben der Ortsarbeiterräte gehört die Festsetzung von Lohnsätzen. Bei Differenzen zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern haben die Ortsarbeiterräte durch Vermittlung einzuschreiten.

Sie haben weiter das Gemeindefürsorgewesen zu überwachen und darauf zu sehen, daß dem Geiste der neuen Zeit nach Mäßigkeit Rechnung getragen wird. Zu den Aufgaben der Ortsarbeiterräte gehört schließlich noch die Überwachung des Armen- und Fürsorgewesens. Bekanntmachungen der Gemeindebehörden sind vom Ortsarbeiterrat mit zu unterzeichnen. Voranschläge, Arbeitslohnansätze usw. sind den Ortsarbeiterräten aus der Gemeindefasse zu ersetzen.

Ein weiterer Abschnitt handelt von den Pflichten; es heißt darin, daß die Ortsarbeiterräte zur strengen Geheimhaltung der ihnen durch ihre Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet sind. Am Bege der Verständigung werde es möglich sein, ohne Reibungen die Ausübung der Rechte des Ortsarbeiterrats zu sichern. Es wird den Arbeiterräten zur Pflicht gemacht, bei den Verhandlungen mit den Gemeindebehörden alle provokatorische Schärfe zu vermeiden.



in der Sache aber auf ihren Rechten zu bestehen. Sie sollen Rändia in enger Kithlunahme mit dem Landesarbeiterrat bleiben. Ueber wichtige Maßnahmen, die sie treffen, haben sie diesem zu berichten und in zweifelhaften Fällen Rat von diesem einzuholen.

Die Beratung wurde verschoben, bis die Richtlinien gedruckt vorliegen werden.

Aus Volksbüttel wurde dann noch mitgeteilt, daß hier

#### **Geiseln aus der Bürgerschaft**

in Haft genommen seien. Der Vertreter aus Volksbüttel reate an, für deren Freilassung einzutreten. Der Vollzugsrat lehnte das aber ab. Er habe mit den Beschlüssen der Streikleitung nichts zu tun und wolle sich damit auch nicht befassen.

Noch (U. S.) reate dann noch eine anderweitige Festsetzung der Polizeistunde an, die den heutigen Verhältnissen nicht mehr anpaßt sei. Es sei unmöglich, die Vorschrift auf dem Lande durchzuführen. Auch hier erklärte der Vollzugsrat, nicht einreisen zu können.

## **Die Streikfrage vor dem Landtag.**

Der Landtag trat am Donnerstag vormittag zu einer Sitzung zusammen.

Präsident Dr. Kasper teilte mit, daß man sich im Nestléenausschuß geeinigt habe, heute in der Vollversammlung zu dem Ergebnis der mit dem Vollzugsrat gepflogenen

#### **Ginigungsverhandlungen**

Stellung zu nehmen. Ein Berichterstatter sei aber nicht ernannt worden, weil alle Fraktionen es abgelehnt hatten, einen solchen zu bestimmen, da eine Einigung nicht erzielt worden sei.

Hr. Dr. Bräde (Dem.) erklärte sich dann bereit, die Berichterstattung zu übernehmen. Es seien also Verhandlungen zwischen dem Nestléenausschuß, dem Landesarbeiterrat und dem Aktionsausschuß gepflogen worden. Von letzterem seien zwei Herren anwesend gewesen. Auch von der Streikleitung sollen Mitglieber anwesend gewesen sein. In aller Form war die Streikleitung aber nicht vertreten. Die Sitzung befaßte sich mit den Forderungen der extremen Arbeiterschaft. Es seien die bekannten Forderungen, die am Mittwoch auf dem Schloßplatz aufgestellt worden seien. Es sei betont worden, daß das Tempo der Sozialisierung zu langsam sei. Ausbesondere habe der Landtag seine Unfähigkeit erwiesen, da er die Sozialisierung nicht mit der gewünschten Schnelligkeit durchgeführt habe. Deshalb sei es notwendig, daß die Arbeiterschaft die voll-



ttische Macht selbst in die Hand nehme. Der Präsident habe den Landtag gegen diesen Vorwurf in Schutz genommen. Der Landtag habe alle Gesetzesvorschläge schnellstens beraten. Die demokratische Partei habe erklärt, daß sie sich mit dem Räteystem nicht befreunden könne, daß man aber gewissen Forderungen, insbesondere anderweitige Regelung des Ernährungswesens, Geschmach abgewinnen könne. Auch zu der Frage eines Friedens mit Rußland sei sie zu Verhandlungen bereit. Den Aufbau des Räteystems könnten sie aber nicht mitmachen, ebenso könnten sie auch die alte Verfassung nicht annehmen.

Von seiten der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, insbesondere von Dertter, sei auf die schwere Gefahr hinawiesen worden, die mit der sofortigen Annahme des Räteystems verbunden sei. Besonders wies Dertter auf die innerpolitischen Schwierigkeiten hin. Braunschweig sei ein zu kleines Wirtschaftsgebiet, als daß es sich vom Reiche abtrennen dürfe. Dann erschiene das Räteystem auch nicht ganz als durchführbar, weil man die Intelligenz der Büraerschaft nicht ganz entbehren könne. Das habe man aus den Erfahrungen in Bayern gelernt, wo man auch nicht völlig auf die Büraer verzichtet habe. Man könne wohl ein Räteystem ausrufen, habe aber keine Gewähr, es durchzuführen zu können. Die Unabhängigen wollten deshalb die Forderungen dahin umformen, daß die politische Macht nicht in die Hand der Arbeiterräte, sondern

**in die Hand der Arbeiterklasse geleat**

würde. Auch Dertter habe die Landesversammlung in Schutz genommen. Sie habe nicht so langsam gearbeitet, sondern alle Gesetze erlediat, die ihr zugegangen seien. Er hob auch hervor, daß man auf der Gegenseite

**beim Arbeiter- und Soldatenrat keinen Gebrauch von dem Rechte gemacht habe, Gesetze vorzuschlagen.**

Die Mehrheitssozialisten hätten sich in Schweigen aehüllt, obaleich sie von dem Abg. Rönneburga zum Reden aufaefordert worden seien. Nach einer Beratung des Landesarbeiterrates unter sich habe dieser dann durch den Vorsitzenden Punkte erklären lassen, daß sie folgende Forderungen zu stellen hätten:

1. Aufhebung der vorläufigen Verfassung und Verabschiedung der vom Arbeiter- und Soldatenrat anerkt eingereichten Verfassung.

2. Sofortige Vorbereitung der Sozialisierung durch Einsetzung der Betriebsräte in sämtlichen industriellen Unternehmungen.

3. Grundlegende Aenderungen im Ernährungswesen.

Ferner wurde die Landesversammlung ersucht, folgende Forderungen der Arbeiterschaft des Freistaates Braunschweig mit zu unterstützen:

- a) Sofortiger Austritt der Reichsregierung,
- b) Abschaffung sämtlicher Freiwilligenkorps.



c) Schaffung eines Volksheeres nach den Grundsätzen des Erntier Programms.

d) Abschluß eines Bündnisses mit der russischen Rätereieruna :

Ueber diese Forderungen wurde, wie der Bericht-erstatte Dr. Bracke weiter ausführte, nur wenig be-raten. Es wurde verlangt, daß der Landtag sich sofort in einer Bollstung damit beschättigen solle. Es wurde dabei auch darüber geredet, daß eine Streikleitunga Vor-schriften erlasse, mit denen man sich nicht befreunden könne. Es wurde vorgeschrieben, bis 8 Uhr von den Straßen zu verschwinden und die Geschäfte zu schließen.

Präsident Dr. J a s s e r: Nach der Geschäftsordnung können wir jetzt über den Bericht verhandeln, wenn das amtliche Protokoll vorliegt.

Abg. Dr. R o l o f f (D.-B.-B.) schlug vor, sofort in Verhandlungen einzutreten. Allgemein erwartete man auch in der Mäuerichast, daß der Landtag zu diesen Fragen Stellung nehme. — Abg. Dr. Bracke (Dem.) unterstützte das. Abg. Antrick (Soz.) war dagegen. Man könne nicht verhandeln, weil der Landesarbeiter-rat versprochen habe, mit der Streikleitunga in Ver-handlungen einzutreten, über die wir erstern abend noch Bericht erhalten sollten, ob auf diesen Grundlagen überhaupt verhandelt werden soll. Die Antwort sei noch nicht gekommen. Man könne nicht verhandeln über einen Vorschlag, von dem man nicht wisse, wer hinter ihm stände — Nachdem auch Abg. Genzen (U. S.) dagegen gesprochen, wurde der Antrag Dr. R o l o f f mit 26 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Abg. Red (Dem.) stellte folgende Interpellation:

Wie steht der Rat der Volksbeauftragten zu der Tatsache, daß eine private Streikleitunga Anordnungen trifft, die nur der Reiterung aufstehen und sich damit als das leitende Organ des gesamten öffentlichen Lebens betätigt? Die Interpellanten bitten, diese Interpellation sofort zu beantworten.

Präsident Dr. J a s s e r machte darauf aufmerksam, daß das im Widerspruch zu der Geschäfts-ordnung (!) stände. Der Rat der Volksbeauftragten wäre bereit, die Interpellation innerhalb der Geschäfts-ordnungsfrist zu beantworten. — Abg. Antrick warnte vor einer Durchlöcherung der Geschäftsordnung. Die Antwort könne nicht aus dem Sandkasten heraus geaschoben werden. Man wisse zwar nicht, wer die Streik-leitunga sei, man sei aber unterrichtet, daß hinter ihr die Mehrheit (?) der Arbeiterichast steht, und da müsse man reiflich überlegen und kein Del ins Feuer gießen.

Es wurden dann noch eine Reihe anderer Ange-legenheiten besprochen, u. a. wurde die bekannte Freia-be des Kaninchenfanges angenommen, wozu allerdings der Abg. R o l o f f mit Recht bemerkte, es sei der reine Nohn, daß man sich in solcher Zeit mit veralteten Angelegenheiten beschättigen müsse.



untrahnten Stahlhelm am Kopftragen) unter Führung des Korvettenkapitäns Erhardt, und Teilen des Braunschweigischen Jäger-Regiments (kenntlich durch das springende Roß im silbernen Kranz am Kopftragen und Landesfarbenwintel am Aermel). Vom Korps Hülsen (kenntlich durch goldenes Eichenlaub am Kopftragen) sind nur einige Werbeoffiziere hier anwesend.

### Wieder frei.

Die Stunde der Befreiung schlug am Donnerstag auch für die sechs von den Sozialisten gemachten politischen Gefangenen: Kaufmann Ehlers, Ingenieur Brandt, Dr. Schulze, Student Lucht Maurer Bartels und Seemann Holste. In früher Morgenstunde erschienen im Kreisgefängnis an der Kennelbergstraße Reichstruppen, auf deren Verlangen sofort die vorgenannten Herren aus der Haft befreit wurden. Leutnant Goreski war seiner Verhaftung seinerzeit durch einen glücklichen Zufall entgangen, dafür haben ihm Matrosen die Wohnung gründlich ausgeraubt.

### Eichhorn, Merges e tutti quanti

Haben nicht den Mut gefunden, für ihre Ueberzeugung mit ihrer Person einzutreten. August Merges, der einst sich gebrüstet hatte, nur über seine Leiche gehe eine andere Ordnung der Dinge, hatte sein schlüßendes Obdach im Hause Altwieerring 60 verlassen, als ihm am Donnerstag früh 6 Uhr der Befehl zu seiner Festnahme vorgelegt werden sollte. Merges war nachts um 2 Uhr nach Hause gekommen, hatte aber dann sein Heil in der Flucht gesucht. Schon am Mittwoch war er bemüht, einen Retter in Gestalt eines Fliegers zu finden; er fand aber eine schlanke Ablehnung seines Angebotes, trotz der ihm eigenen Gabe der Ueberredung. Er hat in den letzten Tagen aber an Glaubwürdigkeit auch bei seinen bisherigen Anhängern verloren.

Dagegen ist es dem anrührigen Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn, der zuletzt das Amtsblatt mit seiner bolschewistischen Weisheit bespruchte, gelungen, einen solchen Retter in Gestalt des Fliegers Crusius, eines ehemaligen Soldatenrates, zu finden, der ihn auf einem Flugzeug, das er der Foa 7 „entlieh“, in der Nacht zum Donnerstag entführte. Wenn Berliner Blättermeldungen zutreffen, was am Donnerstag abend noch nicht festzustellen war, ist der Ausflug Eichhorns mißglückt. Das Flugzeug war in der Nähe Holzmindens zu einer Notlandung gezwungen. Soldaten, die dort die Grenze Braunschweigs bewachen, eilten herzu und nahmen Eichhorn wie den Flieger gefangen.

Von Merges hieß es gestern abend, daß er in der Beckenwerferstraße hier festgenommen worden



sei; eine Bestätigung der Nachricht konnte an zuständiger Stelle nicht gegeben werden. Es wird angenommen, daß sich der Expräsident hier in Braunschweig bei einem seiner Freunde verborgen hält; festgenommen ist er bisher noch nicht.

Merkwürdigerweise waren seit Mittwoch abend auch die zahlreichen Matrosen in der Stadt verschwunden, oder wo solche auftauchten, trugen sie ein silberschriftenes Mützenband. Auf die Matrosen haben die Wachmannschaften des Landesjägerkorps ein besonderes Auge. Es ist bekannt geworden, daß sich unter ihnen langgesuchte Verbrecher befinden, überhaupt Leute, die nicht ohne Grund in Braunschweig Unterkunft und Schutz gesucht haben. Von ihnen sind viele entkommen, vorläufig allerdings, ob glücklich, das ist die Frage, denn wie der Presse am Donnerstag in einer Konferenz mit dem Nachrichtenoffizier des Landesjägerkorps mitgeteilt wurde, ist das ganze Land und die ganze Stadt umstellt, und es soll endlich energisch ausgeräumt werden mit jenen „sonderbaren Schwärmern“, die für sich Handlungs- und Gedankenfreiheit beanspruchen und die Reichsregierung bekämpfen, weil sie die Freiheit, die diese Herrschaften meinen, als mit Recht und Ordnung unvereinbar betrachtet.

Wie der Sozialdemokrat behauptet, sollen die beiden Redakteure Richard Wagner und August Büniger vom Volksfreund ebenfalls aus Braunschweig geflohen sein.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends mußten

#### mehrere Festnahmen

erfolgen, und zwar betrafen sie Leute, die mit ihren Gefühlen gegen die Ordnung schaffenden Truppen nicht zurückhalten konnten und ihnen allzu lauten Ausdruck gaben. So wurden auf dem Schild drei junge Burschen festgenommen, die die Wachposten durch Rufe belästigten und beleidigten. Auch in anderen Stadtteilen kam es zu solchen Festnahmen. Die Truppen sind angewiesen, sich keinerlei Belästigung oder Beleidigung gefallen zu lassen.

\*

### Die Einrichtung des freiwilligen Landesjägerkorps.

Das freiwillige Landesjägerkorps ist bemüht und hat die Aufgabe, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Reiche zu sorgen. Es treibt keine Politik und dient keiner Partei. Das Korps ist in seiner Einrichtung auf demokratischen Grundsätzen aufgebaut, es hat aber keinen Soldatenrat, sondern Vertrauensleute, die sich bestens bewährt haben, sich als ein wichtiges Bindeglied zwischen Offizieren und Mannschaften bewiesen,



aber bisher noch wenig Veranlassung gehabt haben, zur Vertretung und Vorbringung von Beschwerden und Klagen in die Erscheinung zu treten. Mit rücksichtsloser Strenge werden innerhalb des Korps nur solche Offiziere und Unteroffiziere gebuldet, die sich auch nicht im geringsten etwas haben zuschulden kommen lassen und an denen nicht der mindeste Vorwurf haftet. Es soll durch die Auswahl der Offiziere den Erscheinungen entgegen gewirkt werden, die eine Begleiterscheinung des Krieges mit seinem großen Bedarf an Offizieren gewesen sind, und die es verschuldet haben, daß oftmals Leute zu Offizieren befördert wurden, die unter dem alten System nicht möglich gewesen wären. Diese Art der Kriegsoffiziere hat es auch verschuldet, wenn das Offizierkorps allmählich in Mißkredit gekommen ist, und daß diese Tatsache besteht, wird von der Leitung des Landesjägerkorps in aller Offenheit zugegeben. Es wird von ihm nach Möglichkeit auch auf aktive bewährte Unteroffiziere zurückgegriffen, was während des Krieges leider nicht in wünschenswertem Maße der Fall gewesen ist. Kalttherzig und sachlich werden alle Fehler, die während des Krieges in bezug auf den

Offizierersatz gemacht worden sind, vom Landesjägerkorps zugegeben. Durch die Auswahl seiner Offiziere will es eine seiner Hauptaufgaben dadurch erfüllen, daß der Stand des Offiziers wieder von dem ungünstigen Lichte befreit wird, in das er durch die geschilderten Umstände gekommen ist. Es sollen in ihm weder der Hamsteroffizier mit dem bekannten Fetzkurier, noch der zu junge Offizier vertreten sein, der sich oft dem immer älter werdenden Mannschaftersatz gegenüber nicht immer richtig zu benehmen gewußt hat. Das Landesjägerkorps will den Stand des Offiziers wieder so herstellen, wie er sein muß.

Dabei leitet die Truppe nicht eine Parteipolitik, sondern nur die Vaterlandsliebe. Sie will den Offizierstand wieder so herstellen, wie er früher gewesen ist und wie man ihn als den sozialsten Stand im Vaterlande ansehen konnte, wenn es sich um wirklich befähigte Offiziere handelte, die mit den Mannschaften umzugehen verstanden. Das geschieht sowohl im Landesjägerkorps, wie auch in der Marinebrigade des Korps des bekannten Afrikaheiden v. Lettow-Vorbeck. Letzteres hat noch insbesondere die Aufgabe, den sehr geschädigten Ruf der Marine wieder herzustellen. Diese Bemühungen dürften besonders in Braunschweig auf fruchtbaren Boden fallen, da wir hier in dieser Beziehung die Anwesenheit einer traurigen Verbrechergesellschaft uns gefallen lassen mußten, die nun zum Glück ausgeräuchert worden ist.



Sicherlich sind die Offiziere nicht die schlechtesten, die auch jetzt noch unter den schwierigsten Umständen nach all den Anstrengungen des Krieges ihrem Beruf treu geblieben sind.

\*

## In Ribdagshausen

wurden die Arbeiterwohnungen gründlich durchsucht. Eine Maschinengewehr- und Minenwerferkompagnie, die Donnerstag vormittag durch den Ort kam, hatte eine Suche nach Waffen veranstaltet. Eine Anzahl Spartakisten, die sie aufgriffen und zur Rede gestellt hatten, leugneten anfangs, gaben aber schließlich, als die Regierungssoldaten deutlicher wurden, zu, Gewehre in den Teich geworfen zu haben. Sie mußten sie herausholen und abliefern, wobei es stürmisch zugegangen sein soll.

\*

## Ueber das Ende der Spartakisten-Herrschaft in Helmstedt

berichtet das dortige Kreisblatt:

So sehr das Ende des Regiments voll Willkür und Schrecken herbeigeführt, die Hilfe der Regierungstruppen zur Beendigung desselben gewünscht wurde, um so überraschter war ganz Helmstedt durch das Eintreffen regierungsfreundlicher Truppen.

Es war voranzusehen, daß die Besetzung Helmstedts und die Entwaffnung der Spartakisten nicht ganz harmlos ablaufen würde. Daß aber mit solch verhältnismäßig geringen Opfern der Sieg errungen würde, hätte niemand zu glauben gewagt, und stellt dies speziell den mit der Aktion gegen Braunschweig beauftragten Truppen des Freiwilligen Landesschützenkorps Maercker das beste Zeugnis aus. So schnell konnten nur wohl-disziplinierte, kampfs- und sturmerprobte Soldaten handeln.

Es war gegen 5½ Uhr morgens, als von der Brücke an der Magdeburgerstraße die ersten Schüsse fielen und bald darauf auch die ersten Spartakisten gefangen genommen wurden. Ein Auto mit einem Maschinengewehr fiel diesen ersten Ankommenden in der Nähe der Post in die Hände, und auch dessen Besatzung, die angeblich zu den Regierungstruppen zu gehören, ward inhaftiert. Post und Bahnhof wurden dann ohne weiteren Widerstand besetzt und die dort vorgefundenen Besatzungen entwaffnet und abgeführt.

Um die gleiche Zeit wurden von anderen Bewaffneten die im Amtsgerichtsgefängnis inhaftierten Geiseln auf freien Fuß gesetzt. Herr Robert Campe, der sich unter diesen befand, soll, wie wir erfahren, einige Male tätlich beleidigt worden sein.

Gegen 6 Uhr fielen die Schüsse häufiger, speziell auf dem Holzberg, woselbst sich in „Stadt Hamburg“ das Hauptquartier der Autständischen befand, sowie auch in der Umgegend der Glashütte. Zwei von den Regierungstruppen mitgebrachte Panzerautos durchfuhren die Stadt und das größere derselben nahm seine Richtung dem Holzberg zu.



Hier hatten vor „Stadt Hamburg“ eine Reihe braunschweigischer Volkswehrleute mit zwei Maschinengewehren Aufstellung genommen und bestrichen zeitweise die auf den weiten Platz ausmündenden Straßen. Ihrem jedem militärisch ausgebildeten Mann als aussichtslos erscheinenden Kampfe setzte das Panzerauto ein Ende; die wenigen Mannschaften zogen sich mit zwei Verwundeten in das Haus zurück. Die nun von allen Seiten vordringenden Regierungstruppen drangen gleichfalls in den Gasthof ein und führten nachher etwa zwanzig Uniformierte und Zivilisten heraus. Unter den Zivilisten befand sich auch u. a. der Orts-Arbeiterrat und „stellvertretende Bürgermeister“ Herold, der sofort dem Abteilungsquartier in Pegolds Hotel geführt wurde. Die anderen Gefangenen wurden, bis auf die Verwundeten, in dem Postgebäude eingeliefert.

Das Rathhaus sowie der Erbprinz (Sitz der Streileitung) waren inzwischen auch besetzt und von ersterem Gebäude die rote Fahne herabgeholt und durch eine schwarz-weiß-rote ersetzt worden.

Obwohl noch an vereinzelt Stellen Schüsse fielen, so auf der Bequinenstraße und bei der katholischen Kirche, so hatte sich der anfängliche Schreck bei der Einwohnerschaft gelegt und überall sah man Frauen und Töchter den Befreiern Kaffee und Brot, so gut und reichlich vorhanden war, darbieten. — Immer mehr Gefangene durchzogen die Stadt und wurden im Postgebäude eingeliefert. Die Zahl der Inhaftierten soll die Hundert überschreiten. Leider scheint eine Anzahl der Haupttrüffelsführer entkommen zu sein.

Gegenwärtig ist es ruhig. Und die Abteilung des Majors Mehn von dem Freiwilligen Landesschützenkorps Maercker hat durch starke Besetzung des hiesigen Bahnhofes sowie Auffahrung zweier Feldgeschütze auf dem St. Annenberge ufw. ihr möglichstes getan, um für die Ruhe und Sicherheit der Einwohner zu garantieren.

Am Vormittag schon bildete sich eine Einwohnerwehr, und diese wird mit helfen, ordnungs- und gesetzmäßige Zustände in unserer Stadt herzustellen. Anmeldungen werden immer noch entgegengenommen.

#### Verluste.

Bei den Kämpfen hatten heute morgen die Regimentsstruppen einen Toten und zwei Verwundete zu verzeichnen.

Der Tote, Herr Hauptmann Koch, Sohn des verstorbenen Forstmeisters Koch hier, der der Truppe als ortskundiger Führer gedient hatte, fiel durch Brustschuß auf der Poststraße.

Von den Spartanisten waren bis Dienstag mittag zwei Schwer- und fünf Leichtverwundete in das Krankenhaus Marienberg eingeliefert.



Tief beklagenswert ist ein weiteres Opfer: Schwester Ida vom Kloster Marienberg. Den Regierungstruppen war gemeldet, im Turm des Klosters Marienberg seien Spartakisten mit einem Maschinengewehr untergebracht. Da in jener Gegend nun viel Schüsse fielen, wurde auch der obere Turmteil von den Regierungstruppen unter Feuer genommen. Nach Einstellen desselben stieg Schwester Ida in Begleitung von zwei weiteren Damen hinauf, um auszuschaun. Kurze Zeit nach ihrem Hinausgehen sank Schwester Ida, durch Kopfschuß tödlich getroffen, zusammen.

Ein Opfer seiner Neugierde wurde ein Anwohner der Bequinenstraße. Er zahlte diese mit einem Armschuß und fand Aufnahme im Krankenhaus Marienberg.



# Braunschweigische Landeszeitung

## Bezugspreis:

Ausgabe A vierteljährlich 4,80 Mk., monatlich 1,60 Mk.  
Ausgabe B mit der Beilage „Braunschweigische illustrierte Zeitung“  
vierteljährlich 5,25 Mk., monatlich 1,75 Mk.

Erscheint täglich morgens 7 Uhr.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Braunschweig, Sutthorn Nr. 8.

Telegraphische Adresse: Landeszeitung.



## Anzeigenpreis:

Stadt u. Land Braunschweig: Zeile 35 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg.  
Kleinanzeigen: Stadt und Land Braunschweig Zeile 1.25 Mk., aus-  
wärts 1.50 Mk. — Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Akademie in Braunschweig und Wolfenbüttel durch unsere  
Geschäftsstellen; im Lande Braunschweig durch die Geschäftsstellen der  
Kreis- und Wochenblätter, sowie durch alle hies. u. ausw. Informations-Büros.

Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 4500 u. Nr. 4501, Redaktion Nr. 4502 u. Nr. 4503.

Nr. 100

Sonnabend, 19. April 1919.

40. Jahrgang

## General Maercker über die Lage in Braunschweig.

Von unserm Sonderberichterstatter.

Nach wie hat wohl General Maercker soviel verhandelt wissen, wie im Schimmer des Deutschen Hauses in Braunschweig. Nicht gedrängt steht der General vor seinem Zimmer von Offizieren, Vertretern der Behörden, Privatleuten, Soldaten, die ihn sprechen wollen. Wer die Tätigkeit des Landesjägerführers aus anderen Städten bereits kennt, betont immer mehr die Wichtigkeit der politischen und wirtschaftlichen Lage, die von den Offizieren des Stabes um's den Unterständen bei der jedesmaligen Einarbeit in die neuen Verhältnisse geleistet wird. Dieser Mitarbeiter hatte Gelegenheit, Herrn General Maercker über die hiesigen Verhältnisse gestern zu sprechen.

Der General wies darauf hin, daß gerade hier seine Zeit in hohem Maße durch die politischen Verhandlungen mit der Landesregierung ausgefüllt gewesen sei. In anderen Städten hätten die Verhandlungen anderen Charakter. Einzelne Arbeiter- und Bürgervereine, die General Maercker auch hier schon getroffen, er erwähnte, daß diese ihm ihre Unterstützung über die leichtfertige Waffenausgabe an die Arbeiterklasse deutlich ausgesprochen und ihn gebeten hätten, die Waffenausgabe durchgreifend durchzuführen.

Sichtlich befriedigt war General Maercker über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Landtags-Ausschüssen. Er betonte, daß diese Verhandlungen in durchaus konsistenter Form und mit weitgehendem Entgegenkommen geführt seien, bis sie gestern abend zu einer vorläufigen Abschlusssitzung führten. Die Landtagsvertreter bestritten zwar das Recht, in die Landesverfassung einzugreifen, überließen aber dabei, daß Braunschweig seinerseits in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches eingegriffen habe, die das Reich sich nicht länger gefallen lassen konnte. Der General begrüßte die nunmehr erfolgte Einigung besonders noch aus dem Grunde, weil es ihm keine guten Eindruck gemacht hätte, wenn eine Militärdiktatur hätte in Kraft treten müssen. Der General bemerkte noch, daß er oft bei den Verhandlungen den Eindruck gehabt habe, als ob die Vertreter des braunschweigischen Landtags die braunschweigischen Interessen zu sehr in den Vordergrund gedrängt und die des Reiches nicht genügend berücksichtigt hätten. Normal bestehe auch noch der Protest des hiesigen Arbeiter-Ausschusses.

Ueber sein Eingreifen in Braunschweig erklärte General Maercker, daß sein Aufbruch an die Verhinderung vor seinem Eintreffen in viel stärkerer Form gehalten gewesen sei, wie z. B. in Magdeburg. Er mußte vor allem nach den Ereignissen in Helmstedt und Wörlitz annehmen, daß die Arbeiterklasse hier sehr kampflustig sei und unter dem Einfluß der radikalen Elemente stünde. Auch die Anordnungen der Landesregierung, ihre Märsche zur Ruhe und Ordnung konnten diese Annahme nicht bekräftigen. Denn es bestand immerhin bei der hier gestellten Verhinderung die Möglichkeit, daß einzelne fanatisierte Leute gegen die Regierung mit Waffengewalt vorzugehen wagehaftig genug seien. Deshalb wurden alle Vorkehrungen so getroffen, daß man auf jeden Fall vorbereitet und fähig war, auch den schärfsten Widerstand zu brechen.

Der Eisenbahnmarsch hat gut geklappt. Die Truppen wurden auf vier Bahnhöfen herangeführt. Der konsistente Marsch gegen Braunschweig setzte von sechs Seiten ein, während die Bahnen und Straßen auf der Westseite der Stadt von Truppen des 10. Armee-Korps abgesperrt wurden, um eine Flucht der Rädelsführer zu verhindern. General Maercker gab zu, daß er nach dem ersten Auftreten der hiesigen Aufständischen doch ein wenig erstaunt gewesen sei, gar keinen Widerstand zu finden. Man müsse sich auch darüber wundern, daß mit einem Male die Märsche von den Straßen vertrieben seien. Jedenfalls sprach General Maercker seine aufrichtige Befriedigung über die besonnene Haltung der Bevölkerung aus. Er sei von Herzen darüber erfreut gewesen, daß die Maschinen- und Geschütze sehr bald die Munitionskräne in ihre Rohrleitungen fassen konnten.

Mit warmen Worten ermahnte er das Verhalten der hiesigen aktiven Unteroffiziere an, die ihn verdientvoll unterstützt und ihre Soldatenpflicht mit vollen Kräften erfüllt hätten. Vor allem sprach er in dankenden Worten von dem Jubel und Empfang durch die Bevölkerung beim Einmarsch in die befreite Stadt. Im Zimmer des Generals fanden viele Blumenkränze als Zeichen der dankenden Verehrung, auf die er mit herzlichsten, anerkennenden Worten antwortete. Er gedachte besonders der spontanen und elementaren Ovation, die ihm von den Einwohnern vor dem Deutschen Hause bei seiner Ankunft dargeboten sei. Diese Freude und Begeisterung habe ihn tief bewegt und ihm immer wieder den Gedanken nahegebracht: Wie schwer muß hier die Bevölkerung unter dem Terror einer Minderheit gelitten haben. Denn

solche begeisterten und unwillkürlich hervorbrechenden Kundgebungen habe er, der nun schon in sechzehn Städten mit seinen Landesjägern eingezogen sei, nur in solchen Orten gefunden, die unter der Herrschaft ihrer bisherigen Herren ganz besonders bedrückt worden seien.

Seine Aufgabe sei, jedem Staatsbürger ein freies Leben in Ruhe und Ordnung zu garantieren. Der Belagerungszustand werde bei anhaltender Ruhe in allerhöchster Zeit aufgehoben werden. Wertvoll sei nur der Gedanke, der hier in einzelnen gegnerischen Köpfen herumschwebte, als ob der durch ihn geschaffene Zustand nur eine vorübergehende Erscheinung sei und bald wieder die alten Verhältnisse eintreten könnten, zu deren Beseitigung er hierher gekommen sei. Er betonte, daß genügend Sicherungen dafür geschaffen werden würden, damit die Ruhe und Ordnung nicht wieder gestört werden könne.

## Einladung zur Friedenskonferenz.

Die offizielle Einladung an die deutschen Delegierten ist noch nicht ergangen, wird aber wahrscheinlich jetzt durch General Maercker erfolgen, der die deutschen Delegierten in Spa empfängt. Die Einladung an die deutsche Regierung weiterzugeben. Wahrscheinlich werden die Beschlüsse, die Deutschland unterbreitet werden, zunächst den direkt beteiligten Staaten vorgelegt werden, ehe sie Deutschland bekanntgegeben werden. In diesem Zusammenhang wird mit der Abhaltung einer geheimen Vollversammlung gerechnet. Die deutschen Vertreter werden am 25. April in Versailles eintreffen. Die Besprechungen werden wahrscheinlich erst ein oder zwei Tage später beginnen. Die deutschen Vertreter können einen Kurier an ihre Regierung senden, um den genauen Wortlaut zu übermitteln. Da die Reise nach Berlin und zurück acht Tage in Anspruch nimmt, wird den deutschen Unterhändlern ein entsprechender Zeitraum zur Unterbreitung gewährt werden. Man hofft bis zum 15. Mai mit diesen Formalitäten fertig zu werden.

Am Dienstag hatte der Biererrat eine kurze Besprechung. Lloyd George war durch Balfour vertreten. Das Schleswiger Problem wurde entsprechend den Beschlüssen des Territorialausschusses endgültig geregelt. Die Bewohner Schleswigs werden über ihre künftige Zugehörigkeit entscheiden. Das Referendum wird in Nord-Schleswig en bloc, in Mittel-Schleswig nach Gemeinden stattfinden, um eine unparteiische Befragung zu ermöglichen.

Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Italiens und Japans hielten am Dienstag eine Vollversammlung ab, in der ersterer wurde, ob die Kosten für die Befestigung des linken Rheinuferes von den Alliierten oder von den Deutschen zu tragen seien, die Angelegenheit wurde schließlich dem Biererrat zur endgültigen Beschlußfassung überwiesen.

## Ein Ultimatum an Polen.

Unter der erlogenen Behauptung, daß die Polen diesseits der Demarkationslinie schlecht behandelt würden, nicht polnisch sprechen dürften usw., hat der Oberste Polnische Volksrat in Posen verschiedene angelegene deutsche Bürger interniert.

Die preussische Regierung hat in einem Rundschreiben nach Posen die Anschuldigungen als jeder Grundlage entbehrend zurückgewiesen und ausführlich aufgeklärt, was sie alles für die Gleichberechtigung der im deutschen Machtbereich befindlichen Polen getan hat. Zum Schluß hat sie betont, daß sie trotz Abbruch der Verhandlungen in Posen auch heute noch bereit sei, bei voller Gegenseitigkeit über Internierungen und Gefangenensachen zu verhandeln, sie verlange aber bis zum 17. April, abends 7 Uhr, befriedigende Erklärungen über Freilassung der im polnischen Gewahrsam befindlichen deutschen Geiseln, anderenfalls würde sie schärfste Gegenmaßnahmen ergreifen.

## Die Eisenbahnen vor der Betriebseinstellung?

Unter dem Einfluß des Streiks ist die Kohlenförderung weiter erheblich zurückgegangen; sie betrug Ende voriger Woche nur noch 12.000 Tonnen täglich. Die Eisenbahn steht, wie amtlich mitgeteilt wird, wenn nicht sehr bald wieder eine Zunahme der Förderung eintritt, unmittelbar vor der Betriebseinstellung, denn die Kohlenvorräte der Eisenbahnverwaltungen reichen in den meisten Direktionsbezirken nur noch für ein bis zwei Tage.

Es wäre sehr zu wünschen, daß diese Melbung, die unabsehbare Schäden für unser Volkswirtschaftliches Leben bedeuten würde, infolge des Abflauens des Bergarbeiterstreiks bereits durch die Ereignisse überholt wäre.

## Spartakistischer Anschlag gegen die Zeppelinwerke.

Von Linde aus unternahm bewaffnete Spartakisten auf dem Boden mit Motorbooten einen Vorstoß gegen Friedrichshafen, um die dortigen Dampfer und die Zeppelin-Werke an sich zu bringen; sie wurden abgewiesen.

## Ausmarsch der Armee Haller durch Deutschland.

Am Mittwoch haben die ersten Truppentransporte der Armee Haller in Stärke von 3000 Mann den Südbahnhof in Frankfurt am Main auf dem Wege nach Posen passiert. Weitere Transporte werden in den nächsten Tagen erwartet, so daß der Personenverkehr vom Freitag bis Dienstag wesentliche Einschränkungen erfährt.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Truppen des Generals Haller über Triest nach Polen unterwegs sind. Es liegen in Paris über „die militärische Lage in Polen“ beruhigende Nachrichten vor.

## Ein Kommunistenputsch in Wien.

Wth. (Korr.-B.) Ueber schwere Ausschreitungen, die sich vor dem Parlamentsgebäude in Wien ereigneten, wird gemeldet: Eine Versammlung von etwa 3000 Arbeitern hatte sich vor dem Rathaus versammelt, eine andere aus zurückgebliebenen Soldaten und Unzufriedenen bestehende Versammlung fand im Prater statt. Beide Versammlungen zogen vor das Parlament, wo sie sich trafen. Eine Deputation begab sich in das Parlamentsgebäude, um die Wünsche dem Staatskanzler Renner vorzutragen. Von der Regierung war zur Zeit niemand antwortend. Der Staatskanzler Renner wurde aus einer Sitzung des Kabinetts geholt. Er begab sich in das Parlament, wo er die Wünsche der Deputation entgegennahm, und sodann zur Sitzung des Kabinetts wieder zurückkehrte.

Anzweifeln hatten die Demonstranten namentlich durch halbbrüchliche Versuche Zugang erhalten. Aus der Menge fielen aus unbekanntem Anlaß

einige Schüsse gegen die Wache, wodurch ein Polizist verwundet wurde. Die Schutzmannschaft erwiderte das Feuer, wobei zwei Demonstranten verletzt wurden. Die Menge nahm darauf eine immer energiegeladene Haltung ein und drängte sich durch die Schutzmannschaft ins Parlamentsgebäude. Einigen jungen Menschen gelang es, ein Fenster im Parterre einzuschlagen und ein Fenster voller anzulinden und in das Innere des Hauses einzudringen.

Es entstand ein Stau, der nicht gleich gelöst werden konnte, weil die Menge die Feuerwehr am Hydranten verhängelte. Es wurden Verstärkungen von der Volkswache herbeigeholt, die der Feuerwehr einen Zugang verschafften. Da aus der Menge immer wieder Schüsse fielen, drängte die Volkswache diese gegen die benachbarten Straßen zurück.

Gegen 7 Uhr abends befand sich vor dem Parlament eine Menschenmenge von etwa 1500 Personen, darunter zum größten Teil halbrothige Burschen, von denen einer von dem Kutterbau des Stagenmastes vor dem Parlament eine Anrede hielt, in der er zu neuen Demonstrationen aufforderte, ohne daß er bei den Anwesenden besondere Begeisterung hervorrief. Da durch diese Menschenansammlung der Verkehr gestört wurde, schritt schließlich die Volkswache ein und besetzte das Parlament. Von Seiten jugendlicher Demonstranten fielen immer wieder vereinzelte Schüsse. Bald darauf zerstreute sich die Menge. Um 8 Uhr herrschte vollständige Ruhe, so daß der Straßenbahnverkehr wieder aufgenommen werden konnte.

Wth. Wien, 18. April. Bei der gestrigen Schießerei im Rathausviertel wurden nach den bisherigen Feststellungen vier Polizeibeamte getötet und 17 schwer und 23 leicht verletzt. Von den Demonstranten und Passanten erlitten etwa 20 Verletzungen. In Ausschreitungen, welche sich besonders gegen die Polizeimannschaften richteten, kam es im Laufe des gestrigen Abends auch in verschiedenen anderen Stadtteilen. Eine Schaar Arbeiter verdrängte in die Selbstschutzeineinzudringen, um sich Waffen zu verschaffen, wurde aber zurückgewiesen.

Wth. Wien, 18. April. Bei den gestrigen Szenen am Parlament wurde auch eine bisher unbekannt gebliebene Frau getötet. Heute früh verhaftete die Volkswache den Ordnungsdienst in und vor dem Gebäude und zerstörte sich annehmende Menschen. Im Parlamentsgebäude sind zahlreiche Herrenhausleute eingeschlossen.

Wth. Wien, 18. April. Die Blätter verurteilen die gestrigen Ereignisse auf das allerhöchste und ermahnen die Bevölkerung, Besonnenheit, Ruhe und Ordnung zu wahren und die landtümlichen Elemente, welche das Volk aufheben, abzustößen. Der Parteivorstand der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie warnt in der Arbeiterzeitung die Arbeiterbesonderes eindringlich vor weiteren Unruhen in Wien und Gewalttätigkeiten, da große Unruhen in Wien die Bezeichnung der Stadt und anderer Orte Deutsch-Österreichs durch Ententetruppen zur Folge haben würde. Mehrere Blätter verurteilen in den gestrigen Vorfällen Putschversuche. Die Volkszeitung meldet hierzu, daß gestern vormittag im Seeresamt eine Deputation Arbeitssicherer erschien, die die Räumung des Gebäudes bis 3 Uhr nachmittags verlangte, da um 5 Uhr eine Regierung der A. R. Republik ihren Einzug halten werde. Die Gesandten der Nationalstaaten, deren Kommissionen zum Teil im Seeresamt ihren Sitz haben, wandten sich aus diesem Anlaß an den italienischen General Segres.

Wth. Wien, 18. April. Der Wiener Polizeipräsident äußert sich im Neuen Tag dahin, daß sich die gestrigen Unruhen als ein seit geraumer Zeit vorbereiteter Putschversuch der Kommunisten darstelle, bei dem der Einfluß ungarischer Kommunisten erwiesen sei. Der Versuch sei jedoch mißglückt. Die Ruhe werde höchstwahrscheinlich nicht mehr gefährdet werden. Die Salbung der Volkswache sei durchaus zufriedenstellend gewesen.

Wth. Wien, 18. April. (Meldung des Wiener Tel.-Korr.-B.) In Wien herrscht wieder vollkommene Ruhe. Die öffentlichen Gebäude werden von der Volkswache bewacht.

## Angriffe Lloyd Georges gegen Northcliffe.

Wth. Amsterdam, 18. April. Dem Handelsblatt wird aus London gemeldet: Die Angriffe Lloyd Georges gegen die Northcliffe-Presse hat allgemeines Aufsehen und Beunruhigung bei den Anhängern der Koalition hervorgerufen. Lloyd George spricht mit Verachtung über den Mann, welcher meint, daß er den Krieg gewonnen habe, und der vergeblich auf eine Einladung zur Friedenskonferenz gewartet habe. Man ist durchaus nicht damit einverstanden und begreift es nicht, warum Lloyd George gerade jetzt den großen Zeitungs-König, mit welchem er so viele Pläne entwarf, der sein treuer Mitarbeiter gegen Asquith, sein Gesandter in Amerika, sein Minister für Propaganda war, fallen läßt und mit Mißachtung traktiert. Die Westminster Gazette sagt: Dieser bössliche Streich zwischen Lloyd George und Northcliffe ist ein Symptom für die innere Politik, die in England anscheinend jetzt eingeschlagen werden soll.

## Die lettische Regierung gekürzt.

Die Königsberger Hartungische Zeitung erfährt: Die vorläufige lettische Regierung ist durch Truppenteile der baltischen Landeswehr, die von der Front zur Ruhe nach Libau gebracht waren, gekürzt worden. Der lettische Ministerpräsident ist zur englischen Kommission geflohen. Der Minister des Innern, der als besonders reaktionär gilt, wurde verhaftet. Das Schicksal der übrigen Minister ist noch unbekannt. Am Mittwoch sind englische Truppen in Mitau gelandet und haben den Kriegshafen besetzt.

## Polschewitsche Pulververhinderung in Lublin.

Wth. Krakau, 18. April. Nach einer Meldung aus Lublin ist dort das Pulverlager in die Luft geflogen. Die in der Nähe gelegenen Häuser sind fast sämtlich zerstört. Auch das Munitionslager ist explodiert. Der Aufseher des Pulvermagazins wurde verhaftet, weil sich herausstellte, daß er mit Bolschewisten in Verbindung steht. Lublin ist das Zentrum des Bolschewismus.

## Ueber das neue Kabinett.

Derster und Garbdt in Schluß. — Finanzpräsident Barkels übernimmt das Ressort des Finanzwesens.

Von besonderer Seite schreibt man uns: Nachdem der Rat der Volksbeauftragten in der Mittwochsitzung seine weitere niedergelegt hatte, war er auf einen Vorschlag vom Kellern-Ausschuh hin mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur Einberufung des Landtags beauftragt worden. Inzwischen hatte General Maercker auf Grund der Anweisung der Reichsregierung die Absetzung der jetzigen Regierung und die Neubildung einer solchen unter Vorbehalt des Abgordneten Dr. Jäpper gefordert. Ein weiterer Antrag, den Forderungen des Generals Maercker in der Weise Rechnung zu tragen, daß schon für die Zeit des Interregnums bis zum Zusammentritt des Landtags eine provisorische Regierung gebildet würde, daß der Abg. Dr. Jäpper mit dem Vorbehalt im neuen Kabinett be-



*H. Landow. N. 101 v. 20. April 1919*

## Die Braunschweigische Landeswehr.

Im Sitzungssaale des Rathhauses versammelten sich am Sonnabend nachmittag Vertreter der Bürgerschaft, um gemeinsam mit General Maerder über die Richtlinien für die Aufstellung und Bildung der Braunschweigischen Landeswehr zu beraten.

Nach kurzer Begrüßung der Erschienenen durch Oberbürgermeister Ketemeyer ergriff General Maerder das Wort und setzte in kurzen Zügen auseinander, weshalb die Landeswehr notwendig sei. Die Reichswehr-Truppen, über deren genaue Stärke noch keine Klarheit herrsche, übernehmen in Zukunft den Sicherheitsdienst innerhalb des Landes Braunschweig. Es können aber Fälle eintreten, die eine Verstärkung der regulären Garnison notwendig erscheinen lassen. Aus diesem Grunde sei es angebracht, die Landeswehr gleichsam als Reserveformation ins Leben zu rufen.

Die Bestimmungen hierfür entsprechen den für die Landeswehr Magdeburg geltenden Richtlinien. Oberster Grundsatz ist vor allen Dingen die Ausschaltung aller Parteiinteressen. Der Verdacht, die Landeswehr diene nur dem Schutze irgendeiner Partei, darf nicht aufkommen. Auch die militärische Seite der Neuformation darf nicht zu sehr hervorgehoben werden. Bei aller Disziplin muß immer der Eindruck gewahrt bleiben, daß freie Bürger sich zusammenschlossen zum Schutze der allgemeinen Interessen. Um die Zuverlässigkeit der Mitglieder zu gewährleisten, wird ein Ausschuß über die Aufnahme zu entscheiden haben, für den die Herren Abgeordneter Steinbrecher, Fabrikant Munte, Fabrikant Helle, Regierungsrat Albrecht und Hauptmann d. L. Heese in Vorschlag gebracht werden. Auch das Gewerkschaftskartell, die Turnerschaften usw. sollen hierbei ihre Stimme zur Geltung bringen können. Ausschlaggebend für die Zuverlässigkeit soll die Erklärung sein, daß der Novize mit seiner Person hinter der jetzigen Reichsregierung steht.

Die Erfahrung, welche die Regierung mit den Bürgertwehren gemacht habe, sei Empfehlung genügend. Ein schlagendes Beispiel für den Geist der Kameradschaft führte der General an aus Halle. Er sei dort auf einem Spaziergang an einem silberbärtigen Herrn in Zivil vorbeigekommen, der mit dem Gewehr Wache stand. Nach kurzem Erkennen habe er in dem Herrn einen alten Bekannten, einen Divisionskommandeur, begrüßen dürfen.



Oberbürgermeister Kietemeier machte Mittheilung von dem Aufruf der Vollbeauftragten, der zur Arbeit anhält. Zum Schutze dieser Arbeit müsse er die Bildung der Landeswehr unterstützen. Er wünschte diese aber auf der Grundlage eines Gesetzes vom Jahre 1850 aufgebaut zu sehen. Die hierin enthaltenen Paragraphen fanden nicht die Billigung aller Anwesenden. Besonders General Maerder wies auf die Schattenseiten einer einzelstaatlichen Formation hin. Durch das preussische Kriegsministerium seien die Richtlinien gezeichnet worden und durch den Anschluß an diese habe der Einzelstaat keine Belastung seiner Ausgaben zu verzeichnen. Die Gebühren trägt das Reich. Das Gesetz von 1850 enthält einen Paragraphen, der sich auf die Bestrafung von Mitgliedern bezieht. Hier stellte sich der General auf den Standpunkt, daß eine Bestrafung überflüssig sei, wenn jeder seine freiwillige Pflicht tue. Der Ausschluß aus der Formation sei gegen Ungehorsam und Dienstvernachlässigung das einzig angebrachte und wirksamste Mittel.

Stadtverordnetenvorsitzer Kiele beantragte, die Bildung der Wehr den Stadtverordneten vorzulegen. Die heutige Versammlung sei nicht imstande, entscheidende Beschlüsse zu fassen. Demgegenüber stellte General Maerder fest, daß die Stadt Braunschweig im Grunde genommen nichts mit der Bildung zu tun habe. Er wolle nur, daß die Stadt den Bestrebungen sympathisch gegenüberstehe. Der militärische Oberbefehl werde in die Hände des Garnisonältesten gelegt, so daß die Landesregierung keinerlei direkte Verpflichtungen habe.

Die am Schlusse verlesenen Richtlinien fanden den Beifall der Versammelten, und nur der § 3 wurde dahin geändert, daß die Landeswehr nicht dem Vorsitzenden der Regierung des Freistaates Braunschweig untersteht, sondern der Reichsregierung. Eine Abstimmung auf Vorschlag des Oberbürgermeisters ergab, daß die Vorschläge des

Generals Maerder von den Anwesenden gutgeheißen wurden. Landtagspräsident Dr. Jasper erklärte allerdings, daß er namens des Kollegiums, dem er angehöre, keine bindende Erklärung abgeben könne.

### Die Verhandlungen des Kellern-Ausschusses mit General Maerder.

Auf die in Nr. 100 der Braunschv. Landeszeitung veröffentlichte Darstellung des Landtagsabgeordneten Nönneburg über die Verhandlungen



des Ältesten-Ausschusses des Landtages mit General Maerder schreibt uns der Vizepräsident des Landtages, Abgeordneter Behrens:

Die Darstellung, welche die Braunschw. Landeszeitung in ihrer Donnerstag-Nummer über die Verhandlungen des Vierer-Ausschusses mit Herrn General Maerder in Melberode gegeben hat, entspricht den Mitteilungen, welche der Pressechef des Stabes vom General Maerder sämtlichen hiesigen Pressevertretern am Abend des Truppeneinzuges über diese Verhandlungen gegeben hat. Der Bericht ist somit authentisch. Mit Rücksicht auf diese Feststellung erübrigt sich, vorläufig jegliche weitere Erörterung darüber in der Öffentlichkeit.

## Die Wachbezirke der Stadt Braunschweig.

Um die Durchführung der Bestimmungen des Besetzungszustandes zu überwachen und den militärischen Schutz sicherzustellen, ist die Stadt Braunschweig in folgende Bezirke eingeteilt:

1. **Bezirk Nord:** Marine-Brigade, Kommandeur Korvettenkapitän Ehrhardt, Infanteriekaserne am Fallerslebenort, Fernsprecher Nr. 4378 und 4101, begrenzt durch die Oker, den nördlichen Teil des östlichen Umlaufgrabens, Kaiser-Wilhelmstraße.
2. **Bezirk Ost:** V. Landesjäger-Abteilung, Kommandeur Major Meyn, Infanteriekaserne, Altemwiekring, Fernsprecher Nr. 1987, Grenzen Kaiser-Wilhelmstraße, östlicher Umlaufgraben, Leonhardstraße, Helmstedterstraße.
3. **Bezirk Südost:** Kavallerie-Schützen-Kommando II, Kommandeur Oberleutnant Graf Magwis, Biemwegstraße 1, Fernsprecher Nr. 2303, Grenzen Leonhardstraße, Helmstedterstraße, Südteil des Umlaufgrabens, Oker.
4. **Schloßbezirk:** II. Landesjäger-Abteilung, Kommandeur Major Wevernik, Schloß, Fernsprecher Nr. 968 und 937, Inneres der Stadt zwischen Friedrich-Wilhelmstraße, Kohlmarkt, Schulstraße, Sad, Höhe, Reichstraße, Kaiserstraße, Wendenstraße einerseits und dem östlichen Umlaufgraben andererseits.
5. **Bezirk West:** III. Landesjäger-Abteilung, Kommandeur Major Lucius, Hotel „Stadt Bremen“, Bankplatz, Fernsprecher Nr. 148, das ganze Stadtgebiet westlich der unter 4 genannten Straßenlinie, einschließlich des Hauptbahnhofes.

Außerdem ist außerhalb der Stadt gebildet:

6. **Stadt- und Landbezirk Wolfenbüttel:** Landesjäger-Abteilung Gasper, Kommandeur Major Gasper, Steterburg, Fernspreerverbindung über Jägerstab, „Deutsches Haus“ (Nr. 4098 und 4099), Grenzen: die Oker bis einschließlich Wolfenbüttel, Thiede, Geitelde, Straße Stiddien—Timmerloh bis zur Bahn Groß Gleidingen—Braunschweig, dann diese Bahnlinie.

Bei sämtlichen Straßen gilt die Mittellinie der Straßen als Bezirksgrenze.

Die Einwohner Braunschweigs bezw. des Bezirks Wolfenbüttel werden gebeten, sich in Zukunft in allen Angelegenheiten militärischen Schutzes und militärischer Auskunft unmittelbar an die oben bezeichneten Bezirkskommandeure zu wenden. Die Einwohner der Stadt Wolfenbüttel wenden sich an den dort vom Landjägerskorps eingesezten Garnisonältesten, Hauptmann Schlotzki.



Lat

und in die Landesverfassung und in die Unverletzlichkeit der Abgeordneten. Man hat uns schon gesagt, darüber wäre ja in der Nationalversammlung zu reden. Wir wollen den Konflikt nicht weitergehen lassen.

die von den streifenden Eisenbahn- und Postbeamten  
für die Mundung ihres Streifz aufgestellten Borden.



*Fr. Landesg. N. 111 vom 1. Mai 1919*

# Lösung der braunschweigischen

Das Ministerium ein Fünfer-Rat.

## Braunschweigischer Landtag.

31. Sitzung. Mittwoch, 30. April.

Präsident Dr. Fasser teilte am Beginn der Sitzung den Einsatz einiger Bittschriften mit. Der Einwohner Schlaenhaut wünscht, daß Dertter und Gdard ihr Mandat als Landtagsabgeordnete niederlegen.

Der Reichsbund der Arbeitsbeschäftigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer erinnert an Erledigung seiner früheren Einsätze. — Die Vereiniung des nicht fest angestellten Bureaupersonals bei Staatsbehörden bittet um Feuerungsanlassen. — Ein Herr Brana, Czuk und mehrere andere Anwesen des Arbeitsamtes bitten um Entlassung. — Der Arbeiterrat von Hohenheim bittet um Erhaltung und Veranlagung von Mähen. — Weiter war die Ablesung einer Einsätze der Ortsgruppe Braunschweig der sozialdemokratischen Partei einzuführen, die diese an General Haerdtler gerichtet hat. Sie befaßt sich mit der Festnahme eines Herrn Dr. Schulz und mehrerer anderer Personen.

Darauf trat man in die Tagesordnung ein. Die bürgerlichen Parteien hatten ihre Obstruktion aufgegeben; ihre Vertreter waren wieder erschienen.

## Die Neuwahl des Rates der Volksbeauftragten

In diesem Punkte stellten die Sozialdemokraten folgenden Antrag, der an erster Stelle von dem Abg. Boaler unterschrieben war:

Die Landesversammlung wolle ein Kabinett von fünf Volksbeauftragten beschließen. Hierzu werden die Abgeordneten Dr. Fasser, Steinbrecher, Gerdke, Funke und Finanzpräsident Bartels der Landesversammlung in Vorschlag gebracht und zur Wahl empfohlen.

Abg. Boaler (Soz.) begründete kurz diesen Vorschlag. Seine Fraktion wolle der Verminderung der Volksstimmzahl zustimmen in der Hoffnung, daß von allen Seiten des Hauses dem neuen Rat der Volksbeauftragten die Mitarbeit anteil werde. Diese sei notwendig, damit der neue Rat der Volksbeauftragten positive Arbeit leisten könne. Die Neuwahl des Rates der Volksbeauftragten müsse durch Reformen in der Verwaltung ausgedrückt werden. Der Redner erwachte deshalb alle Parteien, dem Antrag zustimmen.

Abg. Behrens (D.-F.-L.) verließ namens der bürgerlichen Parteien folgende

### Erklärung:

Im Namen der Fraktionen des Landeswehrverbandes und der Deutschen Demokratischen Partei habe ich folgendes zu erklären:

## Kabinettskrisis.



Beide Parteien stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß sie eine ausreichende Vertretung ihrer Fraktionen in der Regierung fordern müssen. Sie halten daher an den Anträgen des Abg. Kessel in der Freitagssitzung fest, wonach ein Kabinett nur in einer Zusammensetzung von vier Vertretern der sozialistischen Parteien und drei Vertretern unserer Parteien, oder von drei Vertretern der sozialistischen Parteien und zwei Vertretern unserer Parteien gebildet werden sollte.

Wir verstehen nicht, daß der heutige Vorschlag der sozialistischen Parteien — den wir aus äußerstem Engenommen schon am vergangenen Freitag gemacht haben, welcher aber damals von den beiden sozialistischen Parteien abgelehnt wurde — nämlich die Regierung mit vier Vertretern der sozialistischen Parteien und einer politisch neutralen Persönlichkeit zu bilden, gegenüber dem ursprünglichen Vorschlage der sozialistischen Parteien, eine Regierung aus sechs Vertretern der sozialistischen Parteien und einer politisch neutralen Persönlichkeit zu bilden, einen Fortschritt darstellt. Insbesondere ist die Beschränkung auf fünf Mitglieder aus finanziellen Gründen zu berühren. Trotzdem können wir ihn aus prinzipiellen Gründen und im Hinblick auf unsere unumstößliche Forderung: „Unseren Parteien eine ausreichende Vertretung in der Regierung zu gewähren“, nicht annehmen. Wir lehnen ihn daher ab.

Wir wollen aber diese Ablehnung nicht weiter mit dem Mittel der Obstruktion bekräftigen, da die beiden sozialistischen Parteien unseren äußersten Vorschlag, den wir vor Eintritt in die Obstruktion gemacht haben, jetzt annehmen gewillt sind. In diesem Augenblick kann uns eine Verschärfung der politischen Gegenstände aus Rücksichten auf das Gesamtwohl nicht erwünscht erscheinen. Das deutsche Volk wird durch die bevorstehende Entgegennahme der Friedensbedingungen vor schwerste Entscheidungen und wohl noch vor viel schwerere Erschütterungen gestellt. Wir werden nur dem Finanzpräsidenten Bartels unsere Stimme geben. Damit wollen wir keineswegs zum Ausdruck bringen, daß wir die Beteiligung der sozialistischen Parteien an der Regierung überhaupt ablehnen, sondern zu erkennen geben, daß diese Regierungszusammensetzung unserem Standpunkt nicht entspricht.

Wir erwarten, daß der neue Rat der Volksbeauftragten die Interessen des gesamten Volkes wahr. Wir behalten uns unsere zukünftige Stellung zur neuen Regierung von Fall zu Fall vor.

Abg. Dertter (U. S.): Namens meiner Fraktion erkläre ich, daß wir dem Antrage zustimmen werden. Ich habe aber weiter zu erklären, daß wir schwere Bedenken gegen die Verminderung des Rates der Volksbeauftragten auf fünf Personen haben. Es kann sich bei seinen gegenwärtigen Arbeiten nicht darum handeln, seine Verwaltungstätigkeit auszuüben, er hat die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse neu zu gestalten. Darum wird die Arbeitslast des Rates der Volksbeauftragten so groß sein, daß es bei seiner Zusammensetzung aus fünf Mitgliedern unmöglich sein wird, alle ihm erwachsenden Aufgaben so zu erledigen, wie es nötig ist. Wir sehen darin, den Rat der Volksbeauftragten bei seiner großen Arbeitslast so zu vermindern, einen Versuch, ihn an positiver Arbeit möglichst zu hindern und zu hemmen. Sollten finanzielle Gründe vorliegen, so sind diese bei der großen Wichtig-



zeit der Sache nicht kühnhalten; so ganz, daß das Land die Mittel aufbringen kann, welche nötig sind, um den Rat aus soviel Mitaliefern zusammenzusetzen, daß er positive Arbeit leisten kann. Andererseits muß ich erklären, daß man, wenn man jetzt, nachdem man in den letzten Tagen dazu beizutragen hat, die politischen Gegensätze zu verschärfen, erklärt, diese Verschärfung wieder vermindern zu wollen, daß man das nicht aus ideellen Gründen getan hat, sondern nur deshalb, weil man diese Verschärfung nicht erhalten konnte, nämlich den Landtag aufzulösen, und unter dem Druck des Belagerungsstandes Neuwahlen vorzunehmen. Ich kann erklären, daß wir einer Neuwahl sehr freudig entgegensehen würden. (Ruf rechts: Wir auch.) Bei der Stimmung, die jetzt hervorgehoben worden ist und die sich weniger gegen die Heilerunastruppen richtet als gegen die, welche sie mit einem solchen Jubel begrüßt haben, hätten wir der Neuwahl mit dem größten Vertrauen entgegensehen können. Ich muß hier noch anknüpfen: Wenn man uns in den letzten Tagen von rechts vorgeworfen hat, daß der Rat der Volksbeauftragten nicht genügend positive Arbeit geleistet habe,

so ist in der letzten Zeit den Herren klar gemacht worden, wie es kam, daß man gewisse Arbeiten nicht so in Wirkung treten sah, wie es notwendig gewesen wäre. Schon im Dezember vorigen Jahres sind beispielsweise von mir die Fragen der Besoldungsreform der Beamten angeregt worden. Ich habe seinerzeit die Besoldungsreform zurückgestellt, weil der Beamtenrat wünschte, sie erst vorgenommen zu sehen, wenn sie in Preußen und im übrigen Reich geregelt sei.

Präsident Dr. Kasper bittet den Redner, sich mehr an die Sache zu halten.

Abg. Dertter (fortfahrend): Das steht im engsten Zusammenhang damit. Ich will hier nur feststellen, daß der Beamtenrat hierbei ohne Zustimmung der Lehrer und anderer Beamten gehandelt hat, und das kennzeichnet die Stellung der demokratischen Partei: Man will es verhindern, daß von einer sozialistischen Regierung derartige Reformen vorgenommen werden. (Abg. Koenigsbuerger: Sie sehen ja Gespenster!) Das sind keine Gespenster! Aber ich will den Rat der Volksbeauftragten schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß bei seinen Aufgaben nicht auf Einsprüche bestimmter Art einzulassen, sondern rücksichtslos durchzuführen, was durchgeführt werden muß. Zu diesem wird beispielsweise auch eine

gründliche Reform des gesamten Beamtenwesens gehören. Diese muß der Rat der Volksbeauftragten durchführen, um überhaupt arbeiten zu können. Ich trene mich darüber, daß die Obstruktion aufhören worden ist. Wir hätten sie noch länger mit ansehen können. Die Verhältnisse im Lande hätten sich dadurch geradezu wunderbar geklärt.

Abg. Dr. Koloff (S.-B.-B.) wendet sich gegen den Vorwurf, daß seine Partei die Tätigkeit des Rates der Volksbeauftragten lähmen wolle. Das geschähe auch nicht dadurch, daß man nur fünf Volksbeauftragte wählen werde. Bei unseren 500 000 Einwohnern haben wir es nun glücklich auf fünf Minister gebracht. Das genügt Herrn Dertter nun aber immer noch nicht. Ich betrachte es darum als einen wahren Segen für die



Nahe des deutschen Volkes, von Lertter nicht in der Nationalversammlung ist. Die Minister, die er dort für Deutschland fordern würde, müßten ja hoch in die Hunderte gehen! Bei den Arbeiten des Rates der Volksbeauftragten ist in Betracht zu ziehen, daß ein großer Teil seiner Aufgaben von früher jetzt dem Landtage überwiesen worden sind. Dadurch werden die Herren doch auch entlastet. Eine Auflösung des Landtages hätten wir nicht gewünscht. Wir haben andere Gründe gehabt, daß man es dazu nicht hat kommen lassen. Wir können dem Abg. Lertter aber recht geben, daß die Verhältnisse im Lande sich geklärt haben. Ein großer Teil der Bevölkerung hat eingesehen, wohin man mit dem einschlägigen Kurs kam, und ist nicht mehr gewillt, ihn mitzumachen. Wenn man unsere Obstruktion auf der Gegenseite nicht fürchtet, dann bezweifle ich aber nicht, warum man sich zu diesem Entgegenkommen bereit erklärt hat. Aus Lertters Worten sprach eine gewisse Verkennung. Diese kommt wohl mit dadurch, daß Lertter jetzt vom Ministerstuhl wieder auf den Redaktionsstuhl zurückkehren muß. Lertter hat dem neuen Rat der Volksbeauftragten gleich wieder eine Reihe von Ratschlägen mit auf den Weg gegeben. Es steht also zu erwarten, daß er Reue hat, seine Tätigkeit als Leiter des Rates fortzusetzen. Ob das zum Wohle des Landes geschehen würde, möchte ich aber bezweifeln.

Abg. Bräde (Dem.) macht darauf aufmerksam, daß der Vorschlag der Herabsetzung der Zahl der Volksbeauftragten auf fünf nicht von den bürgerlichen Parteien, sondern von den sozialistischen Parteien ausgegangen sei. Wenn diese die Ueberzeugung hätten, daß fünf Volksbeauftragte nicht ausreichten, könne man es nicht verstehen, warum sie diesen Vorschlag aufgegriffen haben. Weiter wandte er sich gegen den Vorwurf, daß die bürgerlichen Parteien durch ihre Obstruktion die Gegensätze verschärft hätten. Diese hätten im Ältesten-Ausschuß am Freitag nachmittag als äußerstes Entgegenkommen den Vorschlag gemacht, der heute von den Sozialisten wieder eingebracht werde. Wenn die Sozialisten damals schon so vernünftig gewesen wären, wäre die Obstruktion nicht nötig gewesen.

Abg. Ehardt (U. S.) wies auf den Gedanken des Ratesystems hin. Dieser Gedanke marschiere in Deutschland sowohl wie im Lande. Die bürgerlichen Parteien hätten durch ihre Obstruktion diese Idee sehr gefördert, deshalb müsse man ihnen zu Danke verpflichtet sein.

Abg. Rönneburg (Dem.): Was die Befoldungsfrage anbetrifft, so hätte man in Beamtenkreisen der Tätigkeit dieser Kommission, die seinerzeit von Herrn Lertter eingesetzt worden sei und die durch keinerlei Sachkenntnis getrübt worden ist, mit sehr gemischten Gefühlen entgegengesehen. Der gesamte erweiterte Vorstand der Beamtenvereinigung war darum der Ansicht, daß es zunächst wünschenswert sei, die Befoldungsreform im Reiche abzuwarten. Diese Auffassung sei von der Gesamtheit der Beamenschaft geteilt worden. Wenn nun Herr Lertter einige Proselyten gefunden habe, so brauchte man ihn darum nicht zu beneiden.



Dann wurde zur Abstimmung über den Antrag Bogler geschritten.

Der erste Teil des Antrages, daß der Rat der Volksbeauftragten auf fünf Mitglieder beschränkt werden soll, wurde angenommen.

### Die Abstimmung

über die Zusammensetzung ergab dann folgendes Ergebnis:

Finanzpräsident Bartels	51 Stimmen,
Junke	30 Stimmen,
Gerecke	29 Stimmen,
Dr. Jasper	29 Stimmen,
Steinbrecher	29 Stimmen,
Puff	1 Stimme.

Ein Abgeordneter hatte sich durch Abgabe eines weißenzettels seiner Stimme enthalten.

Gewählt sind also: Finanzpräsident Bartels und die Abgeordneten Junke, Gerecke, Dr. Jasper und Steinbrecher.

Präsident Dr. Jasper regte dann noch die Frage an, wie man es mit den bisherigen Mitgliedern des Rates der Volksbeauftragten halten wolle, die nun infolge der Neuwahl endgültig ausgeschieden sind. Der Redner würde es für angemessen halten, wenn man sich nicht auf den Standpunkt stellte, sie „ohne Kündigung und aus berechtigten Gründen“ sofort zu entlassen. Die finanzielle Frage müsse erwogen werden. Auf seinen Vorschlag wurde beschlossen, die Regelung dem Finanzausschuß zu überweisen.

Darauf wurde die erste Lesung des Gesetzentwurfes über

### Betriebsräte und Betriebsausschüsse

vorgenommen. Wir haben den Entwurf bereits früher eingehend mitgeteilt.

Zunächst nahm Abg. Dr. Koloff (L.-W.-B.) das Wort. Er meinte, die Idee der Betriebsräte sei als sehr glücklich zu bezeichnen. Sie sollten ja berufen sein, die alten Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszugleichen. Aber zwischen der

schönen Theorie und der bösen Praxis lasse immer eine schwer zu überbrückende Spaltung. So auch hier. Besonders wandte sich der Abgeordnete dagegen, daß die Angestelltenräte sich gegenüber den Arbeiterräten in der Minderheit befinden sollen. Im Interesse der Gerechtigkeit hätte es gelegen, wenn man den paritätischen Charakter gewahrt hätte. Die allerschwersten Bedenken müsse man aber gegen die Bestimmungen des § 6 haben. Nicht recht klar sei es, wie man sich das gedacht habe, daß der Betriebsrat „im Einvernehmen“ mit dem Unternehmer bei der Annahme, Versetzung und Entlassung von Angestellten und Arbeitern mitzuwirken habe. Das erscheine aber auch sehr gefährlich, da der Betriebsrat in den meisten Fällen gar nicht imstande sei, den Wert der Arbeitskraft des Einzelnen festzustellen. Genau so ist es mir der Mitwirkung des Betriebsrats bei der Festsetzung der Löhne und Gehälter. Gebe man dem Betriebsrat das Recht, bei der Annahme und Ent-



lassung mit zu entscheiden, so könne die Gefahr entstehen, daß dabei politische Fragen mitsprechen würden, wie das schon sehr häufig geschähe. Ebenso gefährlich sei die Bestimmung, daß der Betriebsrat die Ueberwachung der Ausführung der eingegangenen Aufträge und den Einkauf von Rohstoffen mit vornehmen soll. Am gefährlichsten sei es aber, wenn man ihm die Einsicht in die einschlägigen Unterlagen und Geschäftsbücher gestatten will. Dadurch werde die Gefahr sehr nahe gerückt, daß Betriebsgeheimnisse verraten würden, vielleicht auch ans Ausland, wodurch dem deutschen Wirtschaftsleben der letzte Stoß versetzt werden könne. Redner hält es für wünschenswert, wenn man warten würde, bis das Reich ein Gesetz erlasse. Die deutsche Industrie bilde eine Einheit, und da in Braunschweig nur ein Teil dieser Einheit sei, können schwere Schädigungen entstehen, wenn man für die Braunschweiger Industrie solches Gesetz erlasse. Weiter wies Redner noch darauf hin, daß der Unternehmer und die leitenden Persönlichkeiten durch dieses Gesetz nahezu völlig geknebelt würden, und das geschähe in einem Augenblick, wo man zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens die Unternehmerpersönlichkeit nicht entbehren könne. Der Redner will die gute Idee in dem Gesetze nicht verkennen, der alte „Herr-im-Haus-Standpunkt“ sei überlebt. Da die gute Idee aber nicht gut in die Praxis übersetzt scheint, so bedürfe das Gesetz einer eingehenden Durchberatung in einer Kommission. Redner beantragte darum Ueberweisung des Entwurfs an die Kommission.

Abg. G e s s e (Soz.): Auch seine Fraktion befriedige die Vorlage noch nicht restlos, er stelle darum den Antrag auf Ueberweisung an eine neungliedrige Kommission. Im übrigen wies der Redner noch darauf hin, daß die Sozialisierung nicht von heute auf morgen durchgeführt werden solle. Jeder Mensch wisse auch, daß der Intellekt in den Betrieben nicht ausgeschaltet werden dürfe. Es sei richtig, daß dieser Intellekt sich zuraeuf Seiten der Bürgerlichen befände. Der Arbeiter hätte noch keine Gelegenheit gehabt, alle die feinen Räden im Wirtschaftsleben kennen zu lernen. Es könne aber auch nur im Interesse der Unternehmer sein, wenn diese die Betriebsräte gänzlich darin einweihten. Sie würden dann durch ihre Tätigkeit einen Einblick in die ganzen Verhältnisse gewinnen und auch die Einsicht, daß sich manches noch nicht durchführen ließe, was die Arbeiterchaft wünschte. Sie könnten dann ihrerseits die Arbeiter wieder instruieren und, wo es nötig ist, bremsen. Dadurch würde die Arbeitsfreudigkeit gehoben, und weiter würden die Arbeiter, wenn sie die Zusammenhänge erkannt haben, davon absehen, die Betriebe durch Streiks, übertriebene Lohnforderungen usw. zu gefährden.

Volkstbeauftragter S t e i n b r e c h e r wies besonders auf die Vorgeschichte dieses Gesetzes hin und darauf, daß es nur einem Versehen zuzuschreiben sei, daß es nicht schon vor einigen Monaten rechtskräftig geworden ist. Es bedeute nur einen Schritt zur Vorbereitung der Sozialisierung. Die Sozialisierung müsse kommen und dazu gehörten tüchtig geschulte Arbeiter und Unter-



nehmer, welche Verständnis für die Forderungen der Zeit hätten. Auf das Reich könne man nicht warten, da dieses in den nächsten Wochen und Monaten nicht dazu käme, ein solches Gesetz zu erlassen. Deshalb sei auch Anhalt schon vorgegangen. Im übrigen betonte auch dieser Redner, daß, wenn dieses Gesetz wirklich etwas Gutes schaffen solle, sich Unternehmer und Betriebsräte nicht als feindliche Brüder betrachten dürften. Der Abgeordnete macht darauf aufmerksam, daß in der Praxis in den einzelnen Betrieben jetzt schon über das Gesetz hinausgegangen werde. Wenn nun die Arbeiter in diesem gewissenmaßen einen Zurückzieher machen müßten, so sei das schon ein Opfer ihrerseits. Redner erkannte an, daß Verbesserungen an dem Gesetz noch vorzunehmen werden können.

Abg. Wesemeier (U. S.) stimmte für seine Fraktion diesem Gesetzentwurf im wesentlichen zu. Der alte Herr-im-Danie-Standpunkt müsse beseitigt werden. Diese Betriebsräte seien eine Forderung der gesamten Arbeiterschaft und auch der Gewerkschaften. Ueber die Wahl und Zusammensetzung der Betriebsräte würde sich in der Kommission reden lassen.

Abg. Wangelin (Dem.) sprach sich grundsätzlich für die Tendenz der Vorlage aus. Er hält sie für eine sehr nützliche Stufe zur Sozialisierung, die kommen werde und kommen müsse. Auch er hätte es zwar gern gesehen, wenn man gewartet hätte, bis die Richtlinien des Reiches erschienen sind. Ebenfalls wünschte er Ausschüßberatung.

Das Gesetz wurde darauf dem Ausschuß für Handel und Verkehr überwiesen.

In der ersten Lesung der Vorlage über

**Gewährung von Steuerungszulagen an Beamte, Geistliche, Leiter und Lehrkräfte von Gemeindeschulen, Ruhegehaltsempfänger und Witwen und Waisen**

nahm zunächst der Abg. Pust (Dem.) das Wort, der die Wünsche der Beamtenschaft darlegte. Er beantragte Überweisung an den Finanzausschuß.

Abg. Stegmann (U. S.): Meine Freunde halten es für selbstverständlich, daß mindestens diese Steuerungszulagen gezahlt werden.

Abg. Hesse (Soz.): Meine Fraktion stimmt im Prinzip der Vorlage zu.

Abg. Behrens (L.-W.-B.) stimmt den Ausführungen des Abg. Pust zu. Die Vorlage müsse im Finanzausschuß eine Umgestaltung erfahren.

Es wurde darauf beschlossen, die Vorlage dem Finanz-Ausschuß zu überweisen.

Präsident Dr. Jasper wies zum Schluß der Sitzung noch darauf hin, daß der Landtag durch die Ruhepause der letzten Zeit eine Fülle Arbeit vor sich habe. Er ersuchte die Kommissionen, in der Zeit bis zur nächsten Sitzung sich an die Verarbeitung des vorliegenden Stoffes zu machen, damit man in absehbarer Zeit einmal daran denken könne, den Landtag auf längere Zeit zu vertagen.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 7. Mai, nachmittags 4 Uhr, statt. Tagesordnung: Zweite Lesung des Landbeschaffungsgesetzes.



*Pr. Neu. Nachr. N. 169. v. 22. Juli 1917.*

## **Innere Neuordnung.**

—h. Der Liberale Verein (Fortschrittliche Volkspartei) hielt am Freitagabend im großen Saale des Wilhelmsgartens eine öffentliche Versammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Der Vorsitzende, Herr Fabrikant Munte, gab nach der Eröffnung bekannt, daß die Behörde wohl die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung gegeben, eine Diskussion aber nicht genehmigt habe.

Herr Rechtsanwalt Dr. Bracke nahm hierauf das Wort zu folgenden Ausführungen:

Wir leben in einer hochpolitischen Zeit, die es mit sich gebracht hat, daß das ganze deutsche Volk nicht nur für die äußere Politik, sondern in ganz hervorragendem Maße auch für die innere Interesse gewonnen hat. Die Beteiligung der Parlamente am Staatsleben ist eine wesentlich größere geworden und sie sind in einer Weise zur Mitarbeit berufen, wie es im Frieden nicht der Fall war. So wurde ein Verfassungsausschuß geschaffen, in dem die Vertreter des Volkes einen großen Einfluß ausüben in der Lage sind. Der Widerstand gegen

### **ein neues Wahlrecht in Preußen**

war bekannt. Da kam der Erlass vom 7. April und weckte aufs neue das Interesse des deutschen Volkes am politischen Leben. Es müssen wohl schwerwiegende Einflüsse gewesen sein, die den König von Preußen bestimmt haben, nun das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzuführen. Der Redner wandte sich dann dem

### **braunschweigischen Wahlrecht**

zu und sprach die Hoffnung aus, daß auch das Braunschweiger Land, wo man ja sonst in allen Gesetzesfragen Preußen nachahme, nun auch das erwünschte allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erhalte. Redner befürchtet aber, daß es im braunschweigischen Landtage nicht mit einer so einfachen und glatten Vorlage abgehen, sondern daß hier wieder Schwierigkeiten entstehen werden. Mit der Ansicht, daß derjenige mehr politische Rechte haben müsse, der mehr Steuern zahle, komme man heute nicht mehr durch. Die Justizkommission des Landtages halte freilich die bestehende Wahlreform für die denkbar schönste und beste. Auch die „Neuesten Nachrichten“ hätten seinerzeit ein anderes Wahlrecht gefordert. Alle berechtigten Wünsche seien aber Wünsche geblieben. Seit 5½ Jahren, seit 1912, verspreche die braunschweigische Regierung, etwas zu tun für ein anderes Wahlrecht. Das sei eine lange



Zeit, um etwas aufzustande zu bringen. Die Kommission, die jetzt gebildet sei, um ein  
**neues Wahlrecht**

vorzubereiten, werde voraussichtlich auch nicht zu dem richtigen Ende kommen. Darum sei es unbedingt nötig, daß man sich in der Cessantlichkeit mit der

**Wahlrechtsänderung in Braunschweig**  
mehr als bisher beschäftigen. Auch das Herzogtum Braunschweig müsse das

**allgemeine, gleiche, direkte und geheime  
Wahlrecht**

bestimmen. Aber auch für andere Korporationen müsse dieses Wahlsystem eingeführt werden. Der Redner wies dann an der Hand von Zahlen nach, daß gering bevölkerte Wahlkreise das gleiche Wahlrecht haben wie die am stärksten bevölkerten.

**Das Verhältniswahlrecht**

sei für Braunschweig am angemessensten. Der Redner erläuterte das System der Listenwahl und betonte, daß eine Schaffung von Wahlkreisen überflüssig sei. Aber die freie und fröhliche Arbeit eines jeden sei notwendig. Das ganze Volk müsse freudig mitarbeiten, um der Parlamentarisierung der Regierung den Weg zu bahnen. Das Volk muß versuchen, mitzuarbeiten. Wie das im einzelnen zu machen ist, wird sich finden. Der Vorschlag, Parlamentarier zu verantwortungsvollen Stellen zu berufen, dürfte das Richtige treffen. Michael und Berling waren auch Parlamentarier, bevor sie Minister waren, und beide haben sich bewährt. Regierung und Volk müssen sich verstehen. Es besteht nicht der Wunsch, von dem monarchischen System abzuweichen. Die Entwicklung im Deutschen Reich ist nicht dazu angesetzt, einer Republik das Wort zu reden. Wenn die Einheit aber fest gewahrt werden soll, so muß auch

**das Band zwischen Fürst und Volk inniger werden.**

Die Fürsten müssen den Anforderungen der Zeit gerecht werden. Gerade der Kaiser hat durch seine Rundreise gezeigt, daß er den Anforderungen der neuen Zeit gerecht werden will. Unsere Diplomaten haben dagegen gezeigt, was entstehen kann, wenn ungeeignete Personen an verantwortlichen Stellen stehen. Es muß aufhören, daß der Adel als Bevoraus für die Besetzung der diplomatischen Stellen gilt. Männer, die etwas leisten, und sollten sie noch so viel, müssen Bevoraus werden.

**Dem Lächeln die freie Bahn!**

Diese Worte Bethmann Hollweg müssen in die Tat umgesetzt werden. — Dazu gehört die nötige Schulbildung, und um diese allen anzubereiten lassen zu können, muß



### der Schulbesuch für alle frei

sein. Das Volk muß ertlichtet werden. Es muß durchgebildet werden. Damit in Zukunft politische Fragen auch vom Volke verstanden und beurteilt werden können, muß dem Volke Gelegenheit gegeben werden, sich die nötige Bildung zu verschaffen. Durch größere Beteiligung am politischen Leben wird es dem Volke leichter sein, die Fragen zu lösen, die es heute so schwer berühren. Es müßte auch möglich sein, aus den Kreisen der Sozialdemokraten, mit Ausnahme der unabhängigen, Männer in die Regierung zu berufen, aus dem neuen linken Block eine Regierungspartei zu bilden. Eine solche Mitarbeit dürfte dem deutschen Volke

vielleicht mehr nützen, als die einseitige Mitarbeit von Männern, die nur den bevorzugten Klassen angehören.

Reicher Beifall lobte den Redner für seine Ausführungen.

Dann wurde folgende

### Entscheidung

angenommen:

Die heutige, von dem Fortschrittlichen Volksverein Braunschweig einberufene, aus allen Kreisen auf besuchte öffentliche Versammlung fordert für die Landtage der Bundesstaaten und für die Gemeinden das Reichstagswahlrecht, verbunden mit der Verhältnismahl. Sie hält eine größere Beteiligung der erwählten Vertreter des Volkes an der Regierung für unerlässlich, um die Mitarbeit jedes einzelnen am staatlichen Leben zu einer freien und freudigen zu machen. Die Versammlung fordert freie Bahn für den Fortschritt, Aufhebung aller Vorrechte und Auslese nur nach der Eignung, um wieder aufzubauen, was der Weltkrieg niedergegriffen, um eine gesunde und freie Entwicklung des deutschen Volkes herbeizuführen.



Fortsetzung folgt.)



*Pr. Sitzung N. 65. v. 20. Aug. 1946.*

## Dr. Heinrich Jasper



Dr. Heinrich Jasper wurde am 21. August 1875 in Dingelbe bei Hildesheim geboren. Er war vor 1933 die markanteste Persönlichkeit im staatspolitischen Leben im Lande Braunschweig. Jasper war Sozialdemokrat, 1910 zum ersten Male Abgeordneter in der damaligen Landesversammlung, 1919 Landtagspräsident, Mitglied des Rates der Volksbeauftragten und dann 1919 bis 1920, 1922 bis 1924 und 1927 bis 1930 Präsident des Staatsministeriums. Im August 1933 wurde er von den Nationalsozialisten verschleppt. Er kehrte aus dem Konzentrationslager nicht wieder zurück.



# Annahme der Befoldungsgesetze.

Eine Befoldungsreform der Geistlichen durch die sozialistische Mehrheit abgelehnt —

Verlagung des Landtags bis Mitte Oktober.

## Braunschweigischer Landtag.

16. Sitzung am Mittwoch, 11. August.

Die mit einstündiger Verspätung begonnene Sitzung leitete wieder Vizepräsident Wessel. Vor Beginn der Sitzung waren Besprechungen im Ältesten-Ausschuss.

Die Abg. Kanneburg und Vust (Dem.) stellten folgende Anfrage:

Der preussischen Landesversammlung ist ein Gehaltentwurf vorgegangen, der eine erhöhte Anrechnung um das 1½fache der von den Staatsbeamten und Volksschullehrern während des Krieges in der Heimat zurückgelegten Dienstzeit vorsieht. Die Reichsregierung soll dem Reichsrat bereits einen ähnlichen Entwurf vorgelegt haben.

Ist das Staatsministerium bereit, sich diesen Vorschlägen anzuschließen und auch der Landesversammlung eine entsprechende Vorlage über die 1½fache Anrechnung der von den braunschweigischen Staatsbeamten und Volksschullehrern während des Krieges im Heimatdienst zurückgelegten Dienstzeit für die Berechnung des Ruhegehaltes vorzulegen?

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, der zweiten Lesung der

### Beamtenbefoldungsreform

schlug Vizepräsident Wessel nach einem Beschluß des Ältesten-Ausschusses vor, sich über das Gesetz im Ganzen auszupprechen und dann ebenso abstimmen.

Abg. Scholz (Soz.) berichtete für den Befoldungsausschuss über dessen Arbeiten.

Abg. Kaefer erklärte für den Landeswahlverband: Wir stimmen der Verabschiedung des Gesetzes zu, um der Beamtenschaft in ihrer Notlage zu helfen. Wir verhehlen uns aber nicht, daß wir auch starke Bedenken haben, in erster Linie,

ob die finanzielle Kraft des Staates ausreichen wird.

am die ungeheueren Mehraufwendungen zu tragen. Es liegt nicht im Vorteil der Beamtenschaft, wenn die Bezüge nur auf dem Papier stehen. Wir haben auch Bedenken gegen die vorgeschlagene Einreihung der Beamten. Mancherlei Ungerechtigkeiten bestehen fraglos. So a. B. hinsichtlich des Lehrerbezuges. Wir stimmen zu, aber ausdrücklich mit dem Vorbehalt, daß wir nicht die Verantwortung übernehmen können, wenn von den Lehrern künftighin Rückzahlungen gefordert werden, wenn das Reich, wie angekündigt, die Reichsbefoldung für allgemein verbindend erklärt. — Auch hinsichtlich der Lehrerrenten haben wir Bedenken, ob die Gleichstellung mit den Lehrern nicht zum Schaden der Lehrerinnen ausläuft, daß die Gemeinden nun männliche Lehrkräfte bevorzugen. Wir fordern aber, daß von der Regierung die vielfach aus dem Lehrerkreis geäußerten Wünsche berücksichtigt werden und man die Verteilung von Aufstiegsstellen abhängt macht von einer wohlbestandenen Prüfung. Lebhaftige Ausstellungen haben wir auch an der Rechnungslammer zu machen. Trotzdem stimmen wir dem Gesetz gern zu, weil die demnächst zu erwartende Revision des Gesetzes doch noch die Möglichkeit gibt zu ändern und Härten zu vermeiden. Das wesentliche ist, daß zunächst erst einmal die Notlage der Beamten möglichst bald behoben wird. Ich will hoffen, daß aus dem Gesetze entspringt und daß eine Einigung im Beamtentum eintritt, damit die Verteilung untereinander zum Schaden des Staates nicht länger fortbesteht. (Beifall rechts.)

Abg. Paul Junke (U. S.): Auch wir stimmen dem Gesetz zu. Die uns vorgelegte Vorlage entspricht nicht ganz unseren Wünschen. Die vielen Klassen und die starke Spannung zwischen der ersten und der letzten Klasse entsprechen nicht dem, was heute verlangt werden muß. Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie auf das Reich einwirkt, daß die von uns vorgetragenen Bedenken

### bei der Reichsbefoldungsordnung

berücksichtigt werden. Schwere Bedenken haben wir auch gegen die gehobenen Stellen und gegen den abschüssigen 50prozentigen Auswahlschluß, der unförmlich wirkt. Wir stimmen dem Gesetz zu, nur weil die Revision die Möglichkeit zu Verbesserungen gibt.

Abg. Kanneburg (Dem.): Wir begrüßen, daß endlich eine feste Regelung der Beamtengehälter vorgenommen wird. Auch wir haben gewichtige Bedenken gegen die Vorlage in der heutigen Form. Auch nach unserer Auffassung sind die unteren Gruppen nicht gut dabei weggekommen, die Spannung zwischen unten und oben ist viel zu groß. Auch muß die Zahl der Klassen vermindert werden. Weiter wünschen wir, daß die Unterschiede zwischen Neu- und Altwahlrenten verschwinden. Schwere Bedenken haben wir auch gegen die gehobenen Stellen und gegen verschiedene Einreihungen. Wir wünschen,

daß die Lehrer möglichst bald in die allgemeine Befoldungsreform einfließen werden.

Notwendig dazu ist, daß die grundlegenden Schritte dazu: Verstaatlichung der gesamten persönlichen Schulkassen, möglichst bald getan werden. Die Vorlage heute ist ein Schritt dazu.

Abg. Lohse (Soz.) unterstützt die Bedenken des Abg. Junke. Dann aber folgende Erklärung ab:

Die Fraktion der S. B. D. verkennt nicht die Bedenken der En-bloc-Akzeptanz. Da aber die sofortige Verabschiedung der Vorlage im Interesse der Beamten dringend notwendig ist, stellt sie diese Bedenken zurück und hofft, daß durch die Revision des Gesetzes die noch bestehenden Ungleichheiten beseitigt werden.

Minister Dertter: Ich erkläre, daß die

Finanzkräfte des Landes für die nächsten beiden Jahre ausreichen, um die Vorlage auszuführen.

Wir werden selbstverständlich auch dann die finanziellen Mittel finden, die es ermöglichen, auch weiterhin die Befoldungsreform durchzuführen. Wir sind bereit, mit aller Entschiedenheit die hier zur Reform gedachten Wünsche zur Revision des Gesetzes beim Reich zu vertreten. Ich hoffe, daß die

Befoldungsreform, wenn sie zur Wirklichkeit kommt, die Arbeits- und Pflichttreue der Beamten noch mehr steigern wird, so daß alle zum Wohle des Staates arbeiten.

Im ganzen wurde dann das Gesetz mit den vom Finanzausschuss beschlossenen Änderungen angenommen.

An Stelle des § 21 des Lehrerbefoldungsgesetzes wurde folgender Antrag des Befoldungsausschusses angenommen:

1. Bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung zählt der Staat vom 1. April 1920 an:

A) einen ordentlichen Zuschuß in Höhe von 60 Prozent der auf Grund dieses Gesetzes zu zahlenden Befoldungen und Vergütungen für die Schulleiter und Lehrkräfte der Gemeindeschulen;

B) einen außerordentlichen Zuschuß zu den gleichen Schulkassen der Gemeindeschulen bis zur Höhe von 5 400 000 Mark und zwar

a) für die Bürger Schulen der Städte und der Orte Calmarde und Vorseide bis zur Höhe von 3 000 000 Mark;

b) für die Landgemeindeschulen bis zur Höhe von 2 400 000 Mark;

C) die auf Grund dieses Gesetzes und des Altruhegehaltsgesetzes für Lehrer zu zahlenden Ruhegehälter für Schulleiter und Lehrkräfte der Gemeindeschulen.

2. Die bisher vom Staate gewährten

a) allgemeinen Zuschüsse zu den Gemeindeschulen;

b) Zuschüsse zu den Gemeindeschulen wegen Ermäßigung des Schulgeldes (Gesetz von 1890 Nr. 12, Landtagsabstich von 1890);

c) Zuschüsse zu den Bezügen der Gemeindeschullehrer (Landtagsabstich von 1911);

d) Zuschüsse in Höhe von 65 Prozent der Teuerungszulagen und Uebersteuerungszulagen und -Beihilfen;

e) Zuschüsse zu den Ruhegehältern der Lehrkräfte an Gemeindeschulen;

f) Teuerungszulagen und Uebersteuerungszulagen und -Beihilfen für Ruhegehaltsempfänger des Gemeindeschuldienstes

kommen mit dem 1. April 1920 in Fortfall. Soweit diese Zuschüsse und Zulagen bereits für das Rechnungsjahr 1920/21 gezahlt wurden, sind sie auf die nunmehrigen Staatsleistungen anzurechnen.

3. Ueber die Verteilung des unter 1 B genannten außerordentlichen Zuschusses beschließt der Hauptausschuss der Landesversammlung.

Das Staatsministerium hat bei der Ausarbeitung seiner Vorschläge den Stand des gesamten Schulwesens und die Höhe der gesamten Schulkassen einer Gemeinde, sowie ihre Steuerkraft und Schulverhältnisse besonders zu berücksichtigen und zuvor zu B a die Städtevertreter und zu B b die Kreisräte zu hören.

4. Die Ausschüsse sämtlicher Gehälter, Vergütungen und Ruhegehälter an die Leiter und Lehrkräfte der Gemeindeschulen erfolgt durch die Kasse des Landesamtes nach den vom Staatsministerium zu erlassenden Bestimmungen.

Die Gemeinden haben den Anteil ihrer Schulkassen zu den Befoldungen und Vergütungen bei der Kasse des Landesamtes erstmalig vier Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes, des weiteren vierteljährlich im Voraus einzuzahlen. Im Verzugsfalle sind die Anteile von den Gemeinden mit 5 v. H. zu verzinsen.

Das Staatsministerium wird ermächtigt, der Kasse des Landesamtes Zuschüsse bis zum Gesamtbetrag der Gehälter und Vergütungen auszuweisen.

Gegenüber den Gemeinden, die ihren Zahlungsverpflichtungen zu den Befoldungen und Vergütungen der Lehrkräfte nicht nachkommen, steht dem Staate das Recht zu, die den Gemeinden zustehenden Anteile am Ertrage der Reichseinkommensteuer entsprechend zu kürzen.

Es wurden dann noch folgende

### Entschließungen

angenommen:

Die Landesversammlung wolle beschließen, das Staatsministerium zu beauftragen:

1. bei der Revision des Reichsbefoldungsgesetzes dahin zu wirken, daß die Zahl der Dristklassen erheblich verringert wird;

2. bei der Revision des Reichsbefoldungsgesetzes dahin zu wirken, daß die gehobenen Stellen künftig in Fortfall kommen;

3. bei der Revision des Reichsbefoldungsgesetzes dahin zu wirken, daß der Auswahlschluß nicht gleichmäßig prozentual, sondern in der Form festgelegt wird, daß eine prozentuale Staffelung des Zuschlages von den unteren nach den oberen Gehaltsgruppen abfallend erfolgt oder daß der zuerst 50 Prozent betragende Auswahlschluß, unter entsprechender Erhöhung der Grundgehälter bei besonderer Berücksichtigung der unteren Befoldungsgruppen abgebaut wird;

4. bei der Revision des Reichsbefoldungsgesetzes dahin zu wirken, daß die Altruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen der Ruhegehaltsempfänger usw. gleichgestellt werden;

5. bei der Revision der Befoldungsgesetze die Bezüge der Diakone sowie der unteren Befoldungsgruppen verbessert werden und diesen Beamten mindestens das Existenzminimum gewährt wird. Die Stundung der überbleibenden Vorläufe findet auch auf die bisher nicht festangestellten vollbeschäftigten staatlichen Angestellten sinngemäß Anwendung;

6. bei der Revision des Beamtenbefoldungsgesetzes dahin zu wirken, daß eine Vereinfachung und möglichst weitgehende Vereinfachung der Amtsbereichnungen erfolgt;

7. die im Schreiben des Staatsministeriums vom 8. Juli 1920 Nr. 11807 — Drucklage 27 — Seite 2 unter 2 erwähnte Ueberlicht über die Verteilung der Beamtenstellen auf die einzelnen Befoldungsklassen ist bei der Ausführung des Beamtenbefoldungsgesetzes zurunde zu legen. Dabei sind jedoch die durch die Landesversammlung gefassten Abänderungsbefchlüsse zu der Befoldungsordnung (Anlage 1 des Gesetzes) entsprechend zu berücksichtigen. Die Re-

gierung wird beauftragt, demgemäß die Verbesserung der Ueberlicht vorzunehmen und nach Fertigstellung dem Hauptausschuss der Landesversammlung zur Prüfung vorzulegen. Der Finanzausschuss hat diese Angelegenheit nachzuprüfen.

8. das Staatsministerium wird ermächtigt, in denjenigen Fällen, in denen nach der Befoldungsordnung nur einzelne oder nur eine ganz geringe Anzahl gehobener Stellen vorhanden und diese in der Ueberlicht ausschließlich in der Normalklasse eingetragen sind, nach Prüfung der Einzelfälle die Einreihung erstmalig vorzunehmen;

9. die nach Inkrafttreten der neuen Befoldungsgesetze auf die Gehälter der planmäßigen und vollbeschäftigten nichtplanmäßigen Beamten und Lehrer zur Anrechnung gelangenden, bislang gezahlten Vorläufe sind, soweit sie die neuen Bezüge übersteigen, einseitig nicht anzuerkennen, sondern ihre Zurückzahlung ist zu fordern;

10. daß sofort für die nicht nach dem Befoldungsgesetz an entlohnenden staatlichen Angestellten und Arbeiter neue Lohnsätze abgeschlossen werden, die deren Bezüge mit denen der Beamten in Einklang bringen;

11. mit allem Nachdruck und mit aller Beschleunigung dahin zu wirken, daß sämtliche braunschweigischen Gemeinden und Städte unverzüglich auch für ihre Beamten eine Befoldungsreform nach den Richtlinien und Sähen dieser Befoldungsgesetze vornehmen.

Falls die Kommunen aber diesem Verlangen nicht nachkommen, wird das Staatsministerium beauftragt, der Landesversammlung eine Vorlage ausgeben zu lassen, welche wie in Breiten die gesetzliche Verpflichtung im Sinne dieses Antrages für die Gemeinden festlegt;

12. der Landesversammlung bis zur Revision der Befoldungsgesetze eine Vorlage ausgeben zu lassen, welche die Uebernahme der persönlichen Lasten der Gemeindeschulen und der ihnen gleichstehenden Schulkassen (als katholische Schulen, Taubstummenanstalt) sowie der Mittelschulen auf den Staat bis zum 1. April 1921 vorlegt;

14. um den Lehrkräften an der Taubstummenanstalt und dem Direktor der Blindenanstalt die Bezüge der Gemeindeschullehrer im Sinne des Befoldungsgesetzes für die Schulleiter und Lehrkräfte der Gemeindeschulen gemäß § 11 gewähren zu können, das Staatsministerium zu beauftragen, die dafür erforderlichen Mittel schleunigst bei der Landesversammlung anzufordern.

Abgelehnt mit 31 gegen 26 Stimmen wurde die Entschließung:

das Staatsministerium zu beauftragen, nach Benehmen mit den kirchlichen Behörden der Landesversammlung eine Vorlage ausgeben zu lassen, welche die Mittel anfordert für eine der Befoldung der übrigen Beamtenschaft entsprechende

### Befoldungsreform der Geistlichen.

Die zur Verfügung gestellten Mittel sind bei der späteren Vermögensstrennung ausgenommen des Staates zur Anrechnung zu bringen.

Gegen diese Entschließung waren die Mitglieder der beiden sozialistischen Parteien.

Angenommen wurden die folgenden Entschließungen:

Das Staatsministerium wird beauftragt und ermächtigt, offenbare Unrichtigkeiten und Berichtigungen redaktioneller Art in den vorgelegten Befoldungsgesetzen mit Zustimmung des Hauptausschusses der Landesversammlung richtigzustellen.

Die Landesversammlung wolle beschließen, die im Bericht des Befoldungsausschusses erwähnten, nicht erledigten Eingänge dem Staatsministerium als Material für die bis zum 31. Dezember 1920 vorzunehmende Revision des Gesetzes zu überweisen.

Man beschloß weiter, nach dem Vorbilde Preussens den akademisch gebildeten Oberlehrern an der Baugewerkschule in Salzminden die Amtsbezeichnung Studienräte zu geben.

Die Vorlage wegen Beitritts des Freistaates Braunschweig zum Verbands der deutschen gemeinnützigen Theater und zum Deutschen Bühnenverein wurde dem Finanzausschuss zur Vorberatung überwiesen, mit der Ermächtigung, die Vorlage zusammen mit dem Rechtsausschuss zu erwidern.

Ebenso wurde die Vorlage wegen Beteiligung der Stadt Braunschweig am Landestheater dem Finanzausschuss zur Vorberatung überwiesen, nachdem die Abg. Kanneburg und Dr. Koffi dazu gesprochen hatten.

Vizepräsident Wessel teilte dann mit, daß der Finanzausschuss glaube, Mitte September seine Beratungen über den Haushaltsplan wieder aufnehmen zu können, er hoffe, daß die Vorlagen der Regierung dann so weit erledigt sein werden, daß eine glatte Durchberatung des Planes möglich sein wird. Es war Einverständnis im Ausschuss darüber, daß die Beratungen vor Mitte September nicht wieder aufgenommen werden sollten. Dann wäre es nicht möglich, vor Oktober die Vollversammlung wieder zusammenzutreten zu lassen; und da der Notplan nur bis zum 1. Oktober die nötigen Staatsmittel bewilligt hat, wäre es notwendig, für die nachfolgende Zeit noch die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Man veranlagte darauf ohne Ausdrache bis zum 1. Januar den Notplan.

Abg. Caus begründete seinen Antrag wegen der bedingten Aufhebung der Zwangswirtschaft. Wir haben diesen gestern im Wortlaut mitgeteilt. Er wurde dem Ausschuss für Landwirtschaft überwiesen.

Nachdem dann noch dem Hauptausschuss die während der Vertagung notwendigen Vollmachten überwiesen worden waren, schloß Vizepräsident Wessel die Sitzung, indem er den Abgeordneten gute Erholung wünschte.

Der Landtag wird erst wieder zur Beratung des Haushaltsplanes zusammenzutreten.



*H. Paul. Haack. 95 256 vom 14. Sept. 1918*  
*Landeszeitg.*

## Das rote Braunschweig.

Einsiedelmann Frater Heinrich, der Klausner auf dem Staffelsstein, hat einen auf der diesjährigen Ferien-Wanderfahrt ihn besuchenden Braunschweiger Pennäler (nachzulesen in der Beilage der Br. Landesztg. „Reisen und Wandern“ vom 5. August dieses Jahres) gefragt, ob immer noch Braunschweig die Hochburg kommunistischer Krawalle sei. —

Bis in des einsamen Eremiten stille Klausur auf dem Staffelsstein im Frankenlande ist also unserer alten geruchsamem Löwenstade einstiger Ruhm als des „roten Braunschweig“ gedrungen.

Aber nicht nur der weltfremde Mönch lebt in dem Wahne, daß Braunschweig immer noch die Stadt der Minna Fackbaur und des August Merges sei, auch weniger weltfremde Leute in deutschen Gauen können sich nicht vorstellen, daß man in Braunschweig leben kann, ohne in der „Aufrührerversicherung“ mit hoher Prämie gegen Mord und Totschlag und Raub und Münderei versichert zu sein.

Man sieht, wie tief solches Vorurteil sitzt und wie lange es währt, bis falsche Vorstellungen aus dem Gedanken der Mitwelt verschwinden. Durch langwierige Arbeit der Presse, durch unermüdliche Propaganda des Verkehrsvereins und durch die geschickte Tätigkeit der städtischen Verkehrsstelle hat langsam, wie der wachsende Fremdenzufluß vom Beweis, die Ansicht über das „rote“ Braunschweig sich gewandelt.

Alles freut sich dessen, denn das tut nicht nur einem verständigen Lokalpatrioten wohl, daß die Erkenntnis wächst, Braunschweig sei besser als sein Ruf, sondern auch unserem Geldbeutel, dem der Fremdenverkehr klingende Münze bringt.

So wäre alles in bester Ordnung, wenn nicht in reinem Doktrinarismus, ohne Rücksicht auf materielle Auswirkung, die stadtbraunschweigischen Sozialdemokraten eine große Straßen-Umtauferei verlangten. Alles was an Straßennamen und Platzbezeichnungen auch nur ganz entfernt an Kaiser und Könige, Fürsten und „Fürstentümliche“, an Raiser und Sieger erinnert, soll verschwinden, und dafür sollen die Straßen und Plätze umgetauft werden auf die Namen sozialistischer Vorkämpfer und revolutionärer Größen, damit jeder, der

Braunschweig betritt und mit Braunschweig geschäftlich und privatim zu tun hat, weiß, wies Geistes Kind die alte Welfenstadt geworden ist, und merkt, daß Braunschweig „rot“ auch in seinem äußeren Kleide sein will.

Wir halten diese Umtauferei für eine in ihren finanziellen Folgen nicht ungefährliche Spielerei. Sie wird dem Fremdenverkehr, der in der Bilanz unserer Stadt und ihrer Bewohner keine unbedeutende Rolle spielt, sicherlich nicht förderlich sein, ganz abgesehen davon, daß diese Umbenennung einen ganzen Haufen Kosten verursacht: den Beamten und Behörden, Vereinen und Verbänden bei der Anfertigung neuer Listen und der Aufstellung neuer Karteten, den Privatleuten durch die Umänderung ihrer Geschäftspapiere, Stempel und sonstigen Druckfachen.

Warum eigentlich diese Umbenennung? Wir hätten nichts dagegen, wenn das Gedächtnis August Bebel's, dieses alten Feuerkopfes, dem im Reichstage bei einer seiner Reden zum Etat zuzuhören ein ästhetischer Genuß war, oder das Andenken an Friedrich Ebert, den ersten Präsidenten des neuen Reiches, durch Benennung einer Straße oder eines Platzes geehrt worden wäre, aber diese kindliche Art, mit der nun alles, was an eine wahrlich nicht schlechtere Zeit als die heutige gemahnt, ausgestrichen werden soll, die kann sich eben nur die braunschweigische Sozialdemokratie leisten. In Hannover, wo ein Heinert Bürgermeister war und ein Koske Oberpräsident ist, da betritt man beim Verlassen des Bahnhofs auch heute noch den Ernst-August-Platz und läßt im Café Kröpfe den Verkehr der Georgstraße an sich vorüberziehen. Am Leineufer ist die Sozialdemokratie nicht mit derartig großen Scheuklappen versehen, wie sie die kleinlichen braunschweigischen Genossen in allen ihren Aeußerungen von jeher bewiesen haben. Daß in diesen alten, historischen Straßennamen eventuell gar kulturelle Werte stecken könnten, dafür hat das Banausenium der braunschweigischen Sozialdemokratie natürlich erst recht nicht das geringste Verständnis.

Bei dieser Gelegenheit sei noch eines Wortes des Stadtverordneten Stegmann aus der letzten Stadtverordnetenversammlung gedacht, der bei Be-



gründung seine Antrages auf Wegfall des Gitters am Schloßplaze bekanntlich davon sprach, daß die beiden Standbilder vor dem Schlosse, diese „Denkmäler des Despotismus“, dort verschwinden und feinetwegen an unscheinbarer Stelle wieder aufgestellt werden könnten.

„Denkmäler des Despotismus.“ Als Mann, der schon bereits über 25 Jahre das Amt eines Stadtverordneten in unserer Stadt innehat, müßten Sie doch eigentlich wissen, Herr Stegmann, daß gerade für die Standbilder des „Schwarzen Herzogs“ und seines Vaters Karl Wilhelm Ferdinand die Bezeichnung „Denkmäler des Despotismus“ so deplaciert wie nur möglich ist. Es gibt in der ganzen langen Geschichte der Braunschweiger Fürsten kaum einen Herzog, der populärer und volkstümlicher durch seine echt soldatische Lebensart und seine Kriegstaten ist, als der „Schwarze Herzog“. Von den Taten und der Popularität Ihrer Gesinnungsgenossen, Herr Stegmann, ist so fürtreffliches nicht zu melden, wie es im Liede vom Schwarzen Herzog im Volksmunde fortlebt, in jenem Liede, das Sie vielleicht oft auch mitgesungen haben. Von Merges, Fackhauer, Eichhorn, von der Roten Garde und der Volksmarine-Division weiß kein Lied, kein Heldenbuch zu singen und zu sagen.

Das „rote“ Braunschweig soll wieder Wahrheit werden, und — das Braunschweiger Bürgertum stimmt offenbar zu, denn wir hörten noch nichts davon, daß der Verkehrsverein gegen diese kindliche, Braunschweigs Fremdenverkehr aufs schwerste gefährdende Umtauferei Protest erhob. Uns ist auch bisher verborgen geblieben, daß die niedersächsischen Partei, die alte Tradition und Kultur vor Veruniformierung und Verflachung zu schützen bestrebt sein will, auf dem Plan erschienen ist!

Wo bleiben die Vereine für Denkmalspflege und Heimatschutz?

Braunschweigs Bürgertum schläft!

—ss.



Vor 15 Jahren:

# Einzug der Maerker-Gruppen

*L. Ull. Leipzig Nr. 90. v. 18. April 1934*

Es war ein Tag wie heute. Strahlender Sonnenschein, vielleicht nicht ganz so sommerlich warm wie in diesen Tagen, aber doch Licht und Wärme spendend, lag über Braunschweig vor 15 Jahren. Noch hellerer Sonnenschein aber zog in die Herzen der Braunschweiger ein, denn nach Monaten marxistischen Terrors und nach acht Tagen politischer Hochspannung, wirtschaftlicher Nöte und trüber Aussichten brach am 17. April 1919 mit dem Einzug der Maerker-Truppen in Braunschweig der Befreiungsmorgen an.

Seit dem 9. April 1919 hatte nach Teilstreiks und ewiger Unruhe auf Braunschweig ein alles umfassender allgemeiner Streik, der das ganze Wirtschaftsleben der Stadt und des Landes lähm gelegt hatte, gelastet. Eisenbahn und Straßenbahn verkehrten nicht. Die Läden waren geschlossen. Die Gastwirtschaften hatten ihre Türen zugemacht. Schule konnte nicht abgehalten werden. Die Milchversorgung war unterbunden und Frischfleisch wurde nach Braunschweig nicht mehr eingeführt. Am Vormittag des 9. April, einem Mittwoch, erschien plötzlich ein Flugblatt in den Braunschweiger Straßen und Betrieben, in dem die „Streitleitung“, die sich um das Sieben-Männer-Kollegium, das Braunschweig „regierte“, um die Dörfer und Zünfte, die Jasper und Steinbrecher und wie sie alle heißen mögen diese Volksbeauftragten, überhaupt nicht kümmerte, den Generalstreik erklärte,

um — welcher Wahnwitz! — durch ihn die Räterregierung in ganz Deutschland einzuführen und den Anschluss Deutschlands an die russische Sowjetrepublik herbeizuführen.

Der Druck der marxistischen Arbeiterschaft, verhetzt von volksfremden Agitatoren, war in Braunschweig seit dem 9. November 1918 so unerträglich geworden, daß sich die Bürgerschaft dieser neuen Provokation gegenüber endlich aufraffte, und dem Generalstreik der Arbeiter den allgemeinen Bürgerstreik entgegensetzte.

Natürlich wurden die Schwierigkeiten der Gesamtlage dadurch nicht gemildert. Im Gegenteil, die Unannehmlichkeiten, die ein Generalstreik der Arbeiter mit sich brachte, wurden erhöht und verschärft, denn jetzt stellten auch Ärzte und Apotheker, Handwerker und Kaufleute, Lebensmittelgeschäfte und die Beamten ihren Dienst ein. Zeitungen erschienen nicht. Nur der „Volksfreund“ wurde als ein „lebenswichtiger“ Betrieb erklärt und verschärfte mit seinen Lügen die Lage. Acht Tage lang, bis zum Mittwoch, dem 16. April,



stotte tatsächlich in Braunschweig das Leben vollkommen. Aber die energische Abwehr der Bürgerkraft, ihre tatkräftige Gegenaktion durch den Bürgerstreik ließ den Generalfreist der Arbeiter schon nach einigen Tagen kläglich zusammenbrechen, so daß die Wiederaufnahme der Arbeit von ihnen für Mittwoch, den 16. April, beschlossen wurde.

Gefördert freilich wurde dieser Entschluß durch die drohende Reichserektion unter General Maerker gegen Braunschweig.

Schon am Dienstagmittag waren durch Flugzeug über der Stadt Braunschweig Proklamationen General Maerkers abgeworfen, die folgenden Wortlaut hatten:

1. Die Regierungstruppen sind im Anmarsch. Die Stadt ist bereits in weitem Umkreis umstellt.
2. Ich werde nach den Befehlen der Reichsregierung Ruhe, Ordnung und gesetzmäßige Zustände herstellen.
3. Bewaffneter Widerstand werde ich rücksichtslos niederschlagen. Plünderungen, Gewalttätigkeit und ungesetzmäßige Handlungen jeder Art, insbesondere das Festnehmen von Geiseln, werde ich auf Grund des Belagerungszustandes nach Kriegsrecht ahnden.
4. Beim Einrücken der Truppen soll sich niemand außerhalb der Häuser zeigen. Neugierige werden gewarnt! Die Truppen haben Befehl, gegen alle Maßnahmen mit der Waffe vorzugehen.

Die Truppen hatten das nicht nötig. Die Schreier und Radaubröder hatten sich rechtzeitig aus dem Staube gemacht. Nerges war unauffindbar, der berühmte Berliner

Polizeipräsident Eichhorn hatte sich mit einem Flugzeug verdrückt. Die rote Marine-division und die anderen pseudoblauen Tungen, die dem Straßenbilde Braunschweigs seit Monaten das charakteristische Gepräge gegeben hatten, waren verschwunden. Die Volkswehr hatte widerstandslos den aktiven Unteroffizieren die Wachen in den öffentlichen Gebäuden geräumt.

Als am Morgen des 17. April das Maerker'sche Freikorps seinen Einzug in Braunschweig hielt, wurden die Truppen, die den heftigsten Widerstand erwartet hatten und mit aufgezogenem Seitengewehr anrückten, von einer jubelnden Menschenmenge begrüßt.

Die roten Fahnen, die seit dem 8. November über allen staatlichen Gebäuden Braunschweigs

geweht hatten, wurden eingezogen. Statt ihrer traten auf den Privatgebäuden die schwarz-weiß-rote Reichsflagge und das Braunschweiger Blau-Gelb, die im roten Braunschweig Fremdlinge geworden waren, wieder in ihre alten Rechte. Das Hissen der Flaggen auf den öffentlichen Gebäuden wurde stets von ungeheurem Jubel der Menge begleitet. Besondere Freude rief es hervor, als auf dem Schloßplatz die Reichs- und die Landesflagge an Stelle der blutroten Fahne trat. Die roten Feschen wurden mit samt der roten Halsbänder und sonstigen Zieraten, mit denen man die Quadriga verziert hatte, auf dem Schloßplatz verbrannt.

Das Spiel war aus. Die partaisittische Tragikomödie, unter der Braunschweig vier Monate hart geleuft hatte, war vorbei — Braunschweig war frei. Der Frühlingmorgen des 17. April 1919, der eine frohe Osterwoche einleitete, wird in der Erinnerung der Braunschweiger, die jene Zeit miterlebt haben, nie vergessen werden.









# Dein Schicksal!

## Eine Prophezeiung für das deutsche Volk.

Vor fast 100 Jahren schrieb Alexis de Tocqueville im Hinblick auf die fortschreitende Demokratisierung der Kulturstaatem folgende leider wahr gewordene Prophezeiung (aus dem Raum-burger W-Brief Nr. 11 u. 12, Febr. 28):

„Ich sehe eine ungeheure Menge Lebewesen, die einander sehr ähnlich sind und die sich ohne Unterlaß um sich selbst drehen, um sich die kleinen und vulgären Genüsse und Vergnügungen zu verschaffen, welche ihre kleine Seele ausfüllen. Jeder Einzelne schließt sich ab und ist ablehnend gegenüber dem Schicksal aller anderen. Seine Kinder und ein paar Freunde ersehen ihm das ganze Menschengeschlecht. Sie stehen eng gedrängt aneinander bis zur Todsführung; aber sie sehen und fühlen einander nicht. Jeder besteht nur für sich selbst; und wenn er vielleicht auch noch eine Familie hat, so kennt er doch sicherlich nicht mehr so etwas wie Volk und Vaterland.“

Ueber dieser Menschenmasse erhebt sich eine ungeheure fürsorgende öffentliche Gewalt, welche allein die Verantwortung trägt für Leben und Sterben dieser Menschenmasse.

Diese Regierungsgewalt ist absolutistisch, bis ins Einzelne regulierend, vorausschauend und milde. Sie gleicht der väterlichen Gewalt und tut, als wenn sie die Menschen erst vorbereiten müßte für das Alter der Männlichkeit, versucht sie aber zugleich für alle Zeiten festzuhalten im Zustand der Kindheit. Sie wünscht, daß die Untertanen sich vergnügen, damit sie an nichts anderes denken als an das Vergnügen. Sie bemüht sich, das allgemeine Beste herbeizuführen, will aber der einzige Diktator und Schiedsrichter sein. Sie bemüht sich um die öffentliche Sicherheit, steht vorher und versorgt alle Massenbedürfnisse, sorgt für die Vergnügungen der Menschen, dirigiert ihre Arbeit und befragt bei Todesfällen die Erbschaften. Sie wird diesen Menschen schließlich noch die Arbeit des Denkens und die Mühe des Lebens abnehmen.

Zugleich aber gewöhnt sie dem Menschen den Gebrauch des wogenden Willens ab, oder schließt ihn in einen immer enger werdenden Raum ein und nimmt dem Menschen schließlich das Selbstbewußtsein und das Selbstvertrauen.

Die allgemeine Egalisierung und Proletarisierung bringt die Menschen dahin, daß sie sich alles gefallen lassen und sich schließlich noch bedanken wie für eine Wohltat.

Nachdem der moderne Despotismus so schließlich jedes Individuum in seine mächtigen Hände genommen und modelliert hat, erfährt er die gesamte Gesellschaft und überzieht sie mit einem Netz von kleinen komplizierten Gesetzen, wo schließlich auch die stärksten und originellsten Geister nicht mehr durchdringen. Er zerbricht die Willen nicht ganz; aber er verweichlicht sie, biegt sie und dirigiert sie. Er zwingt nicht zu bestimmten Taten; aber er hindert beständig, daß man Tater werde. Er tötet nicht; aber er hindert die Zeugungskraft. Er tyrannisiert nicht; aber er drückt, entwertet, schwächt und bringt endlich ein Volk dahin, nichts anderes mehr zu sein als eine Herde furchtbarer Tiere, deren Hirte dieser moderne Despotismus ist.

Dabei vermag diese neue Form der organisierten Knechtschaft sich sehr wohl einige äußere Formen der Freiheit beizulegen und versteht es, sich in das Gewand der Souveränität des Volkes zu kleiden. Die Menschen von heute werden dauernd hin- und hergezogen von zwei feindlichen Leidenschaften: sie wünschen geführt zu werden, und zugleich wünschen sie frei zu sein. Indem sie beiden Neigungen nicht entgegen können, versuchen sie beide zu vereinen. Sie phantazieren sich eine einzige allmächtige fürsorgende Staatsgewalt, aber ausgewählt von freien Bürgern.

Sie versuchen miteinander zu verbinden die Zentralisation und die Souveränität des Volkes.

So etwas gibt ihnen einige Beruhigung. Sie glauben versorgt zu sein; und zugleich glauben sie von sich selbst, daß sie die versorgende Macht seien. Jeder Einzelne läßt sich einspannen, weil er sieht, daß nicht ein Einzelner oder eine Klasse, sondern das Volk selbst das Ende der Kette in der Hand hält. Nur einmal verlassen die Genossen diese Kette, um ihren Herrn zu wählen, und dann kehren sie als Glieder zurück.

Es gibt heute viele Leute unter uns, welche sich sehr leicht mit dieser Verbindung von regierendem Despotismus und Volkssouveränität abfinden, und welche die Freiheit der Einzelnen gesichert glauben, sofern es nur die Volksmacht ist, der sie sie ausliefern. Mir genügt das nicht. Die Art des Herrn bedeutet mir weniger als die Tatsache der Unterwerfung.

Immerhin: wenn man eine Volksvertretung neben solche staatszentralisierte Staatsgewalt setzt, so verhindert man das Uebel dieser Zentralisation; aber man beseitigt es nicht.

Ich verstehe wohl, daß man auf diese Weise für die wichtigsten Gegenstände die Möglichkeit des Einspruchs der Regierten setzt; aber man läßt für die kleinen und alltäglichen Angelegenheiten die Zentralisation bestehen. Man vergißt, daß gerade die Einmischung in das Alltägliche die Gefahr bringt, die Menschen zu verknöchten. Ich für mein Teil glaube, daß die Freiheit weniger notwendig ist in den großen Dingen als in den kleinen alltäglichen; und niemals kann man der ersteren Art Freiheit sicher sein, wenn man die letztere nicht hat.

Die Unterwerfung und Fesselung in den kleinen Geschäften des Tages ist täglich wirksam und fühlbar für alle. Täglich tritt sie ihnen entgegen und zwingt sie, auf den Gebrauch ihres eigenen Willens zu verzichten. So tötet sie nach und nach den Geist und entwertet die Seelen; während die Unterwürfigkeit, welche nur unter bedeutenden, aber seltenen Umständen, fühlbar wird, nur von Zeit zu Zeit das Joch fühlen läßt.

Wenn die Menschen erst durch die soziale Demokratie abhängig gemacht worden sind und unterworfen einer zentralisierten Regierungsgewalt, so ist es vergebens, sie hernach von Zeit zu Zeit aufzurufen zur Wahl der Träger dieser Regierungsgewalt. So wichtig auch diese Funktion ist, so wird doch ein so kurzer und seltener Gebrauch ihrer freien Willensbestimmung nicht verhindern, daß sie nach und nach die Fähigkeit, selbständig zu denken und zu handeln, verlieren, und daß sie nach und nach herabsinken unter die Höhe wahrer Menschenfreiheit.

Auch werden sie bald unfähig werden, dieses letzte und größte Freiheitsrecht, was ihnen geblieben ist, auszuüben. Diese demokratischen Völker, welche in der politischen Sphäre der Freiheit huldigen, dagegen in der Sphäre der Verwaltung einen immer größeren Despotismus schaffen, kommen schließlich zu ganz wunderlichen Zuständen. Wenn es sich um die alltäglichen Leistungen der Selbstverwaltung handelt, wofür der gesunde Menschenverstand des einzelnen Familienvaters verantwortlich sein sollte, erachten sie die Volksgenossen für unfähig. Handelt es sich aber um die Regierung und Erhaltung des ganzen Staates, also um die allergrößten Geschäfte, so erachten sie die Volksgenossen für fähige Träger der höchsten Machtvollkommenheit. Sie behandeln sich selbst abwechselnd wie Spielzeuge einer souveränen Regierung und dann wieder als deren Herren. Bald halten sie sich für Könige und bald für weniger als erwachsene Menschen. Sie probieren alle Systeme des Wählens, ohne ein passendes zu finden, wundern sich und suchen weiter, als

### Kike-rieke!!!

Der sozialdemokratische Parteisekretär Kieke wurde unmittelbar nach dem Regierungswechsel Regierungsrat!



Wohl ihm, daß er's Parteibuch hat!  
Jetzt kräht er auf's Proletariat!

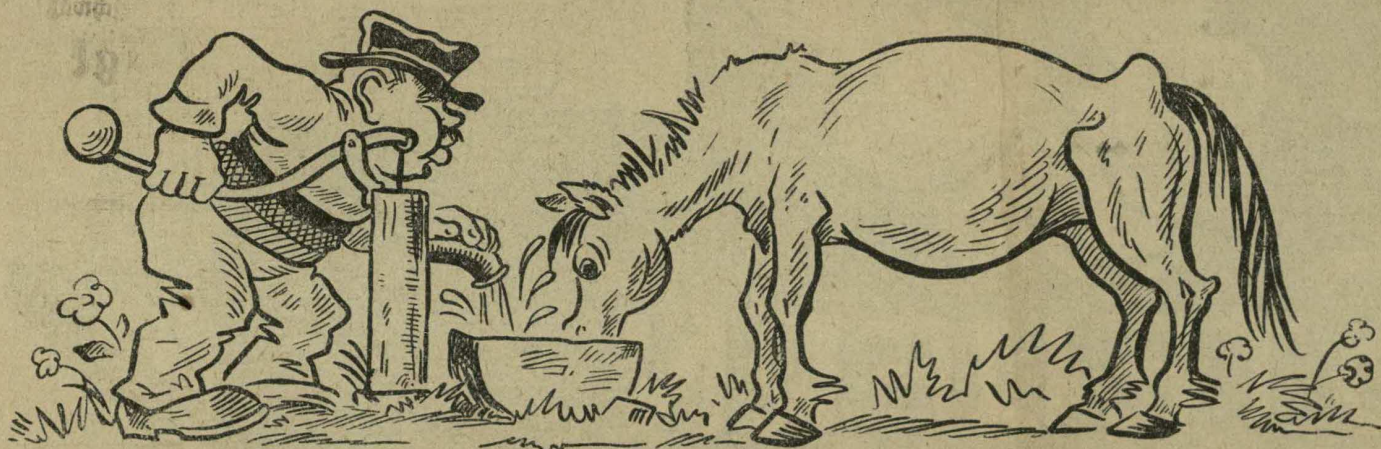
wenn nicht das Uebel viel mehr mit der Verfassung des Ganzen zusammenhing als mit der Form des Wählens.

Man kann allerdings schwer begreifen, wie Menschen, welche ganz und gar verzichtet haben, sich selbst zu führen, die Kunst und Weisheit haben sollten, Führer für das Volksganze zu wählen; oder wie jemals eine freihändige und energische und weise Regierung geschaffen werden sollte aus Wahlen eines verknöcherten Volkes.

Eine Verfassung, welche am Haupte republikanisch ist, aber an allen anderen Gliedern ultramonarchisch oder absolutistisch, ist doch ein Monstrum. Die Fehler der Regierenden und die Schwachmüdigkeit der Regierten müssen schließlich den Tod herbeiführen. Dann wird am Ende ein solches Volk, — müde geworden der Allgewalt seiner Volkssouveränität —, wieder daran gehen, sich freiere Einrichtungen zu schaffen, oder es wird in der Erschöpfung sich niederstrecken unter die Füße eines einzigen Herrn und Meisters.

Deutscher Wähler! Noch hast du es in der Hand, dieser Prophezeiung, die heute grausame Wirklichkeit geworden ist, in einem Punkte unredlich zu geben. Beweise, daß „die Schwachmüdigkeit der Regierten“ dich noch nicht erfasst hat. Habe den Mut, noch Lat- und Willensmensch zu sein! Erkenne, daß für dich persönlich alles davon abhängt, ob das deutsche Volk durch Arbeit und Entbehrung wieder wahrhaft frei wird, oder ob es in Knechtschaft das Gnadenbrot einer roten Diktatur genießt. Die wirtschaftlichen Ziele der Splitterparteien locken dich. Laß dich nicht verlocken! Nur die „Schwachmüdigkeit“ treibt zur Zersplitterung der nationalen Kräfte. Die Klugheit und Tatbereitschaft wählt die Partei des Kampfes und endlichen Sieges.

### Die Deutschnationale Volkspartei, Liste 2!



## Verlust der Beamtengrundrechte.

Der Finanzminister Dr. Jasper hat bei Beratung der neuen Besoldungsvorlage im Haushaltsausschuß mitgeteilt, daß er nach Verabschiedung der Vorlage von jedem Beamten vor seiner Einweisung in die neue Gruppe (gem. § 22 d. G.) eine schriftliche Erklärung verlangen würde, wonach der Beamte die Bestimmungen des § 39, Abs. 1, als für sich bindend anerkennen soll. In dem § 39 wird vorgesehen, daß den Beamten und den Versorgungsberechtigten keine wohlverworbenen Rechte darauf zustehen, „daß die jeweiligen Bezüge nicht durch Gesetz zu ihren Ungunsten geändert werden.“ Von der Abgabe dieser Erklärung durch jeden Beamten soll die Gewährung der neuen Bezüge abhängig gemacht werden.

Gegen diese Bestimmung der Vorlage und gegen das von der Regierung beabsichtigte Verfahren ist von dem Vertreter der D. N. V. P. scharfster Einspruch erhoben worden. Auch der Landessyndikus hat die Rechtsgültigkeit des vorgesehenen § 39 im Hinblick auf Art. 129 der Reichsverfassung bezweifelt. Ob die sozialistischen Alleinherrscher in Braunschweig sich daraus etwas machen, ist eine andere Frage. Dem Beamtentum jedenfalls, und zwar nicht nur den höheren, sondern gerade den zahlreichen mittleren und unteren Beamten droht der Verlust der Beamtengrundrechte.

Beamte! Euer Feind steht links!  
Wählt deutschnational, Liste 2.

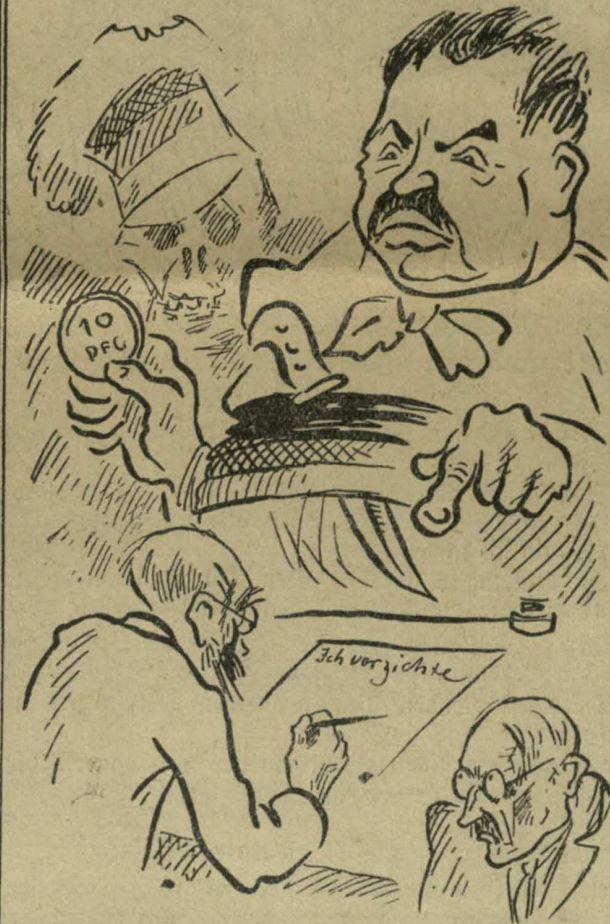
## Beamte!

Die rote Regierung baut die Beamtenrechte ab.

Die Besoldungsvorlage beweist es.

Die nationale Rechte schützt das Beamtentum!

### Wählt nur Deutschnationale Volkspartei, Liste 2





# Der lachende Vierte!



## Aufwertungspartei

Nicht weniger als sieben aufwertungsbesessene Parteien haben Kandidatenlisten zum Reichstag eingereicht. Kann man der Langmut der Wähler noch mehr zumuten? Mit der alten, tausendfach widerlegten Lüge, die Deutsch-nationalen hätten nicht gehalten, was sie versprochen, wird von den Aufwertungsparteien Stimmvieh gesucht, und immer wieder finden sich solche Leute, die bekanntlich nie alle werden, um einigen Abenteurern ein bequemes Leben mit den letzten Groschen der Inflationsgeschädigten zu verschaffen. Rentner! Eure berechtigten Ansprüche können nur befriedigt werden, wenn ihr helft, den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie und das internationale Großkapital, niederzuringen. Eine gesunde und freie deutsche Wirtschaft ist die sicherste Gewähr für die schließliche Wiedererlangung der verlorenen Erparnisse. Helft uns im Kampfe für den Wiederaufstieg, dann helft ihr euch.

Wählt Deutschnationale Volkspartei Liste 2

## Christl.-nat. Bauernpartei

Herr Hansen ist ein braver Mann,  
Nur schad', daß er nicht rechnen kann;  
Denn würd' er einmal zählen  
Die Stimmen, die ihn wählen,  
Würd' merken er, daß sein Mandat  
Nicht die geringste Aussicht hat.  
Wer Hansen seine Stimme gibt  
Wählt rot, wenn er das auch nicht liebt;  
Denn alle Splitterlisten  
Nützen den Sozialisten.  
Das Landvolk hat vor'm Kopf kein Brett,  
Es wählt nur Schrader-Emmerstedt;  
Er ist erprobt als rechter Mann,  
Der, was er will, vertreten kann.

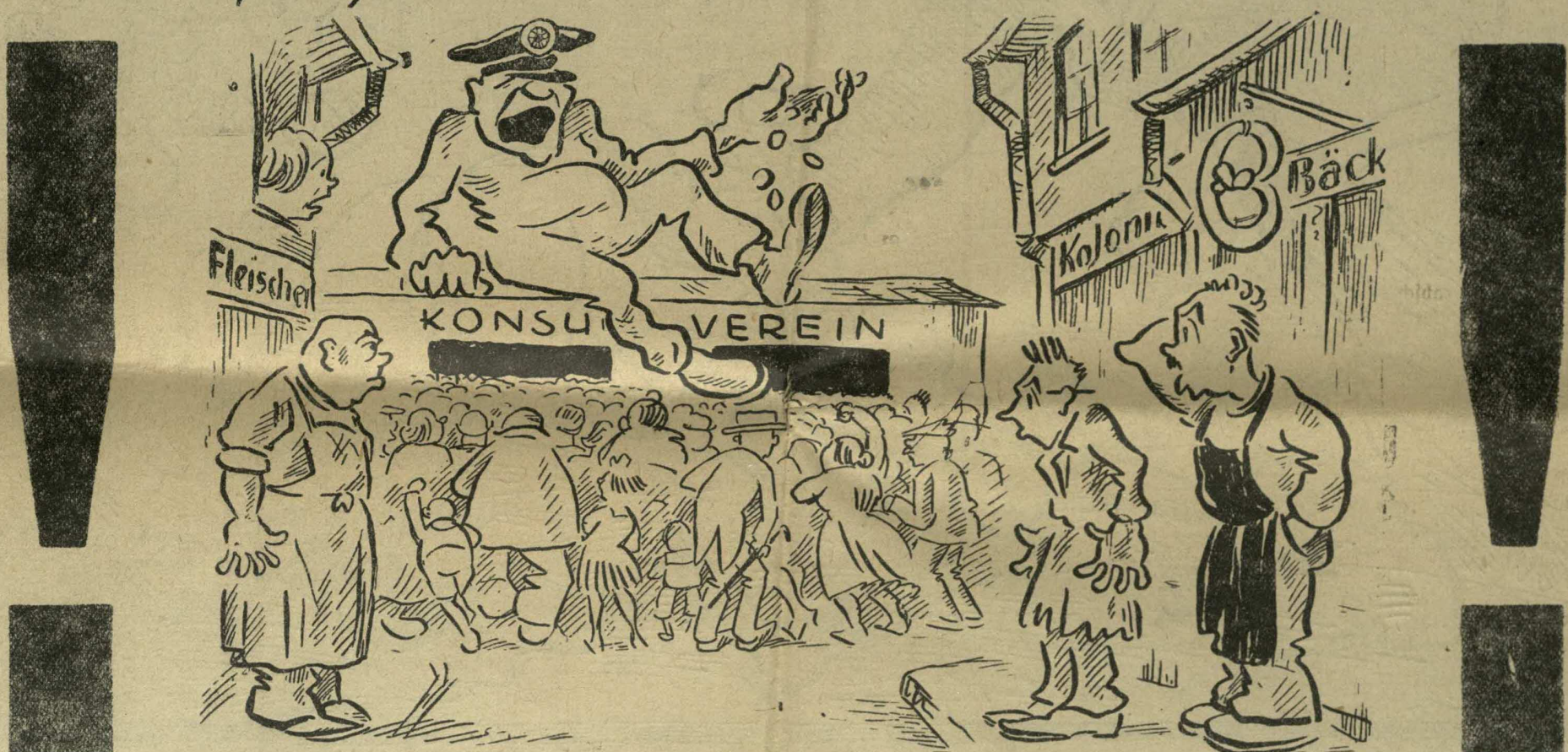
## Nationalsozialistische Partei

Die Nationalsozialisten sind auf dem Lande national und in der Stadt sozialistisch. Sie betreiben den Stimmengang grundsätzlich so, daß sie auf all das schelten, was irgendwann, irgendwo Grund zur Mißstimmung gegeben hat. Genau wie die Sozialdemokraten wenden sie sich an die niedrigsten Instinkte im Menschen. Mit Gummiknuppeln und Schlagringen markieren sie Mannhaftigkeit. — Positive politische Arbeit haben sie noch nie geleistet, weil sie sie garnicht kennen. Ja, nicht einmal für die eigene Person handeln sie nach den Grundsätzen, die sie mit dröhnenden Phrasen dem Volke verkünden. So lebt in Braunschweig ein Hitlermann mit dem seltenen Namen Runze, dessen Frau Mitglied im sozialdemokratischen Konsumverein ist.

Rechter Hand, linker Hand alles nur Heg';  
Nazi, es glaubt niemand mehr dein Geschwätz!

**Die Splitterparteien sind die Totengräber von Deutschlands Kraft und Einheit.**  
**Wählt die große Deutschnationale Volkspartei, Liste 2.**

**Die Steuerfreiheit der Konsumvereine. Der Ruin des Einzelhandels.**



**Kaufleute! Wählt keine Splitterparteien, die nur eurem Feind, der Sozialdemokratie nutzen!**  
**Kämpft mit uns gegen die Sozialisierung des Einzelhandels!**

**Wählt am 20. Mai Deutschnationale Volkspartei, Liste 2.**



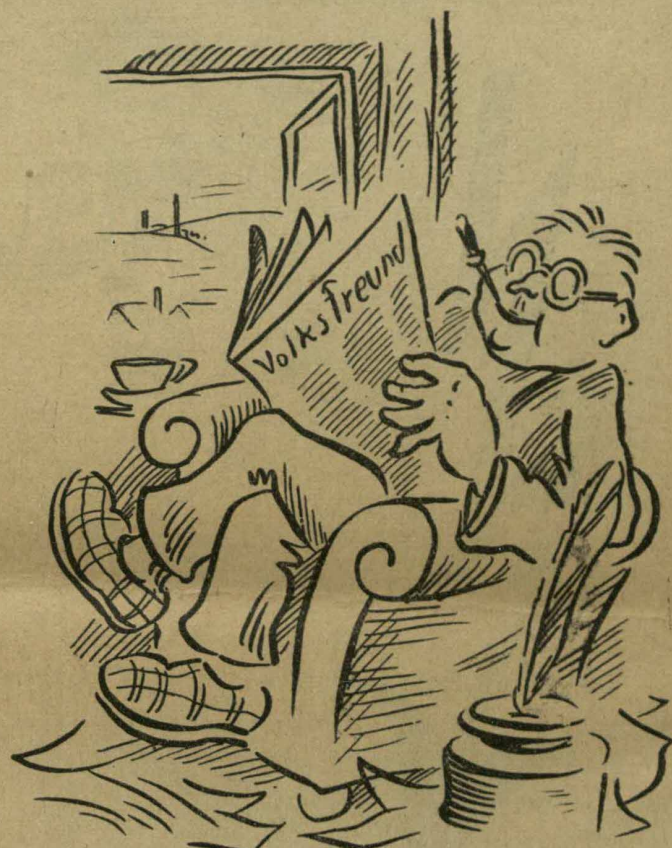
# Der Vertreter des schaffenden Volkes.



Der deutschnationale Spitzenkandidat Braunschweigs für den Reichstag ist der kleine Landwirt Wilhelm Schrader-Emmerstedt.  
Er vertritt das schaffende Volk.

Die Sozialdemokratie brüstet sich immer noch damit, sie sei die Partei, welche das schaffende Volk vertritt. Seht euch die sozialistischen Parteibonzen an: Journalisten, Rechtsanwälte, Volksschullehrer, „Berufslose“, Juden und Judengenossen sind sie. Vom Mistfahren und Pflügen verstehen sie nichts, einen Amboss und Schraubstock können sie kaum unterscheiden, Spaten und Sense kennen sie nur aus Büchern. Von 131 sozialdemokratischen Abgeordneten des letzten Reichstages war keiner Arbeiter. Die Vertreter des schaffenden Volkes sind in der Deutschnationalen Volkspartei; sie allein tritt für das Gedeihen der Wirtschaft und sichere Existenzmöglichkeiten für den Arbeiter ein.

## Wählt deutschnational! Liste 2



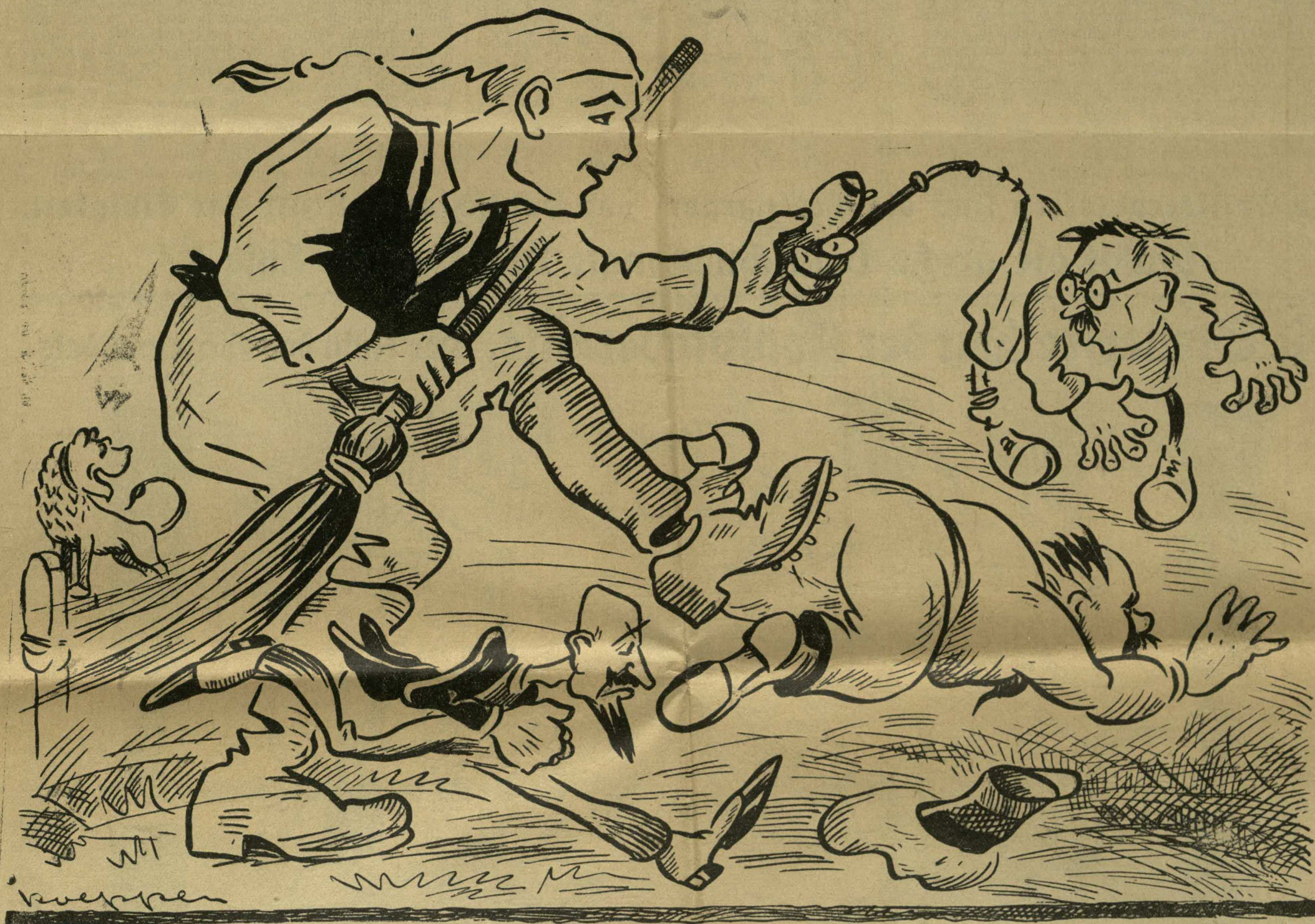
Der sozialdemokratische Spitzenkandidat Braunschweigs für den Reichstag ist der Herr Minister a. D. Grotewohl.  
Er vertritt nur Lackschuhe.

Deutscher Michel,  
der Wahltag naht;

Raffe dich auf  
zu entschlossener Tat;

Kehre hinaus  
mit eiserner Hand

Allen Unrat  
im deutschen Land.



**Vorwärts mit uns zur Entscheidungswahl,  
Seid einig und treu. Wählt deutschnational.**